

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

107. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 8. November 1978

Tagesordnung

1. Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1977 (Grüner Bericht)
2. Integrationsbericht 1977
3. Änderung des Privatbahnunterstützungsgesetzes 1959
4. Bericht über den Antrag (117/A) betreffend Änderung des Postgesetzes
5. Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektors für das Jahr 1976
6. Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektors für das Jahr 1977
7. Abkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens
8. Bundesgesetz über Ausnahmen von der Impfpflicht gegen Pocken in den Kalenderjahren 1979 und 1980
9. Wahl von Vertretern Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates

Inhalt

Nationalrat

- Angelobung des Abgeordneten Ing. Dittrich (S. 10537)
Mandatsverzicht des Abgeordneten Dr. Busek (S. 10537)

Personalien

- Krankmeldungen (S. 10537)

Fragestunde (67.)

Unterricht und Kunst (S. 10537)

- DDr. Maderner (636/M); Dr. Gruber, Peter, Dr. Hilde Hawlicek
Tonn (637/M); Mag. Höchtl, Dipl.-Vw. Josseck, Haas
Peter (644/M); Dr. Gruber, Dr. Schnell, Dr. Frischenschlager

Verkehr (S. 10543)

- Dr. Lanner (639/M); Dr. Schmidt, Dr. Gradenegger, Neumann
Dipl.-Vw. Josseck (635/M); Dr. Frischenschlager
Dkfm. DDr. König (645/M); Melter, Dr. Lenzi, Dr. Keimel

Ausschüsse

- Zuweisungen (S. 10550)

Wahlen in Institutionen

- (9) Wahl von Vertretern Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates (S. 10669)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft (III-128) über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1977 (Grüner Bericht) (1049 d. B.)

Berichterstatter: Weinberger (S. 10550)

Redner: Dipl.-Ing. Riegler (S. 10551), Pfeiffer (S. 10559), Meißl (S. 10568), Koller (S. 10572), Dr. Halder (S. 10576), Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden (S. 10580 und S. 10642), Minkowitsch (S. 10587), Peter (S. 10588), Maderthaner (S. 10595), Deutschmann (S. 10599), Remplbauer (S. 10603), Helga Wieser (S. 10607), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 10611), Breiteneder (S. 10618), Stögner (S. 10621), Ottilie Rochus (S. 10623), Kriz (S. 10626), Dr. Stix (S. 10629), Ing. Url (S. 10632), Egg (S. 10635), Hagspiel (S. 10639) und Hietl (S. 10642)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Pfeiffer und Genossen betreffend Agrarpolitik im Interesse der bäuerlichen Familien (S. 10567) – Annahme E 37 (S. 10646)

Kenntnisnahme (S. 10645)

- (2) Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration betreffend den vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie vorgelegten Bericht (III-106) (Integrationsbericht 1977) (1008 d. B.)

Berichterstatter: Heinz (S. 10646)

Redner: Dkfm. Gorton (S. 10646), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 10649), Teschl (S. 10652), Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 10654) und Brandstätter (S. 10657)

Kenntnisnahme (S. 10659)

- (3) Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (1001 d. B.): Änderung des Privatbahnunterstützungsgesetzes 1959 (1052 d. B.)

Berichterstatter: Hietl (S. 10659)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 10660)

- (4) Bericht des Verkehrsausschusses über den Antrag (117/A) der Abgeordneten Dr. Gradenegger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz, BGBl. Nr. 58/1957, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 36/1964, der Kundmachung BGBl. Nr. 365/1970 sowie der Bundesgesetze BGBl. Nr. 338/1971, BGBl. Nr. 646/1975 und BGBl. Nr. 618/1977 geändert wird (1053 d. B.)

Berichterstatter: Treichl (S. 10660)

Redner: Ing. Gradinger (S. 10660), Dr. Schmidt (S. 10662), Dr. Gradenegger (S. 10664) und Kammerhofer (S. 10665)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 10667)

10536

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

- (5) Bericht des Verkehrsausschusses über den Bericht des Bundesministers für Verkehr (III-101) über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektors für das Jahr 1976 (1054 d. B.)

Berichterstatter: **Alberer** (S. 10667)

Kenntnisnahme (S. 10667)

- (6) Bericht des Verkehrsausschusses über den Bericht des Bundesministers für Verkehr (III-135) über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektors für das Jahr 1977 (1055 d. B.)

Berichterstatter: **Alberer** (S. 10667)

Kenntnisnahme (S. 10667)

- (7) Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (1003 d. B.): Abkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens (1035 d. B.)

Berichterstatter: **Dr. Halder** (S. 10668)

Genehmigung (S. 10668)

- (8) Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (1004 d. B.): Bundesgesetz über Ausnahmen von der Impfpflicht gegen Pocken in den Kalenderjahren 1979 und 1980 (1036 d. B.)

Berichterstatter: **Vetter** (S. 10668)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 10669)

Eingebracht wurden

Anträge der Abgeordneten

Melter, Meiβl, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (122/A)

Dr. Fiedler, Dr. Frauscher und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 29. Juni 1977 zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen (BGBl. Nr. 392/1977) geändert wird (123/A)

Wille, Dr. Steyrer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über das Verbot der Nutzung der Kernenergie für die Energieversorgung in Österreich (124/A)

Dkfm. DDr. König und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972 geändert wird (Einkommensteuergesetz-Novelle 1978) (125/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dipl.-Ing. Riegler und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Meldung wichtiger Besprechungsstermine an das Ministerbüro (2171/J)

Dipl.-Ing. Riegler und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Mißbrauch des Urheberrechts im Zusammenhang mit einem Artikel in der ÖGB-Illustrierten „Solidarität“ (2172/J)

Blecha und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Präzisierung der Forschungsstatistik (2173/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Kaufmann, Dr. Broda und Marwan-Schlosser.

Angelobung

Präsident: Von der Hauptwahlbehörde ist die Mitteilung eingelangt, daß der Herr Abgeordnete Dr. Erhard Busek auf sein Mandat verzichtet hat und an seine Stelle Herr Ing. Karl Dittrich in den Nationalrat berufen worden ist.

Da der Wahlschein vorliegt und der Genannte im Hause anwesend ist, werde ich sogleich seine Angelobung vornehmen.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch den Schriftführer wird der Herr Abgeordnete seine Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche nunmehr den Schriftführer, Herrn Dipl.-Ing. Dr. Leitner, um die Verlesung der Gelöbnisformel. (Schriftführer Dr. Leitner verliest die Gelöbnisformel. – Der Abgeordnete Ing. Dittrich leistet die Angelobung.)

Präsident: Ich begrüße den neuen Herrn Abgeordneten herzlich in unserer Mitte. (Allgemeiner Beifall.)

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen nun zur Fragestunde.

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Präsident: 1. Anfrage: Herr Abgeordneter DDr. Maderner (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Unterricht.

636/M

Welche Ergebnisse haben die intensiven Bestrebungen Ihres Ressorts seit 1970 auf dem Gebiet des berufsausbildenden Schulwesens gebracht?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Maderner! Abgesehen von den materiellen Veränderungen

zugunsten des berufsbildenden Schulwesens ist, glaube ich, das bedeutsamste Merkmal dieser Entwicklung der neue Stellenwert, den heute das berufsbildende Schulwesen im Rahmen des gesamten Schulwesens Österreichs einnimmt. Auch der Begriff der Allgemeinbildung hat sich verändert, und im Grunde genommen muß auch in den Begriff der Allgemeinbildung die Kenntnis ökonomischer und technischer Zusammenhänge aufgenommen werden.

Jedenfalls kann man vielleicht mit einer Zahl andeuten, was sich geändert hat. Im Jahr 1970 hatten wir 216 000 Schüler im berufsbildenden Schulwesen. In diesem Schuljahr werden es etwa 430 000 sein. Während sich im gesamten Schulwesen Österreichs die Zahl der Schüler um etwa 16 Prozent erhöht hat, stieg sie im berufsbildenden Schulwesen um ungefähr 73 Prozent.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter DDr. **Maderner:** Herr Bundesminister! Vielleicht steht damit im Zusammenhang die Tatsache, daß in den letzten Jahren die Eltern immer noch Sorgen gehabt haben, ihre Kinder an höheren oder mittleren berufsbildenden Schulen unterzubringen; selbst dann, wenn sie die Aufnahmsprüfung bestanden haben. Sie haben immer wieder befürchtet, einen abschlägigen Bescheid wegen Platzmangels zu erhalten.

Ist diese Befürchtung auch in Zukunft noch berechtigt, oder wird es im kommenden Schuljahr voraussichtlich möglich sein, alle Kandidaten, die die Aufnahmsprüfung bestanden haben, auch wirklich aufzunehmen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Allein der Umstand, daß sich die Zahl der Schüler fast verdoppelt hat, zeigt ja, wie groß die Anforderungen an die Schulerhalter gewesen sind, die ja für die entsprechenden Schulräume vorzusorgen haben, aber auch Sorge tragen, was die Ausstattung und die Lehrerversorgung betrifft. Gerade im berufsbildenden Schulwesen ist es in den letzten Jahren in einzelnen Bereichen nicht möglich gewesen, alle Schüler aufzunehmen. Aber die Situation hat sich rapid gebessert, sodaß anzunehmen ist, daß wir in den nächsten Jahren im wesentlichen alle Schüler, die den Test bestehen, auch aufnehmen werden können.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

10538

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Abgeordneter DDr. Maderner: Herr Bundesminister! Der Herr Vizekanzler hat in seiner Budgetrede die Wendung gebraucht, Bildungspolitik sei auch Beschäftigungspolitik. Gerade beim berufsbildenden Schulwesen kommt es offensichtlich darauf an, daß die Schüler und später die Absolventen dieser Schulen in richtiger Weise auf das Berufsleben vorbereitet werden. Da sich die Anforderungen in den Berufen ständig ändern, müssen natürlich auch die Anforderungen in den Schulen entsprechend umgestellt und neu gestaltet werden. Findet diese Forderung in den Lehrplänen eine Erfüllung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowitz: Ich glaube, Herr Abgeordneter, daß gerade das berufsbildende Schulwesen durch die enge Bindung zum beruflichen Leben überhaupt, zur Wirtschaft, zu den Interessenvertretungen immer sehr lebensnah agiert. Dazu kommt, daß gerade in den letzten Jahren auf dem Sektor der Lehrplanarbeiten im berufsbildenden Schulwesen unerhört viel geschehen ist. Auch in der Berufsschule selbst ist nach der 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle eine Reform eingeleitet worden, die sehr bedeutsam ist, und es sind in diesen Jahren in den Berufsschulen etwa 130 neue Lehrpläne ausgearbeitet und in Kraft gesetzt worden.

Außerdem sind die Lehrpläne der technischen Lehranstalten erneuert worden, und mit 1. September des Jahres sind neue Lehrpläne der kaufmännischen Lehranstalten in Kraft getreten. Zurzeit arbeiten wir an neuen Lehrplänen für die Schulen für wirtschaftliche Frauenberufe, und wir haben Vorarbeiten geleistet für die Lehrpläne für das landwirtschaftliche Schulwesen.

Insgesamt muß ich sagen, daß gerade diese Lehrpläne – ich nehme hier die Lehrpläne für die kaufmännischen Lehranstalten als Beispiel – sehr wirklichkeitsbezogen sind, aber der Tradition des österreichischen berufsbildenden Schulwesens Rechnung tragen, daß nicht nur Berufsbildung, sondern auch ein hohes Maß an Allgemeinbildung in diesen Schulen vermittelt wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Gruber.

Abgeordneter Dr. Gruber (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich möchte auf die Zusatzfrage des Kollegen Maderner bezüglich der Abweisungen im berufsbildenden Schulwesen zurückkommen. Wir, die wir uns im Nationalrat mit den Fragen der Bildungspolitik befassen, haben immer wieder auf die Notwendigkeit des Ausbaues des berufsbildenden Schulwesens

hingewiesen. In der Bevölkerung wurde dieser Appell auch so verstanden, daß sich immer mehr für das berufsbildende Schulwesen entschieden haben.

In den letzten Jahren mußten in die Tausende gehende Abweisungen erfolgen. Wenn Sie nun gesagt haben, in den nächsten Jahren könnte es sein, daß keine Abweisungen mehr erfolgen müssen, so ist dies ein schwacher Trost. Ich möchte Sie, Herr Bundesminister, ganz konkret fragen, weil immer noch die Barriere der Aufnahmsprüfungen in diesem Bereich besteht, wie es für das heurige Schuljahr ausgesehen hat. Können Sie die konkreten Zahlen mitteilen, wie viele Schüler trotz bestandener Aufnahmsprüfung in den einzelnen Sparten des berufsbildenden Schulwesens abgewiesen wurden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowitz: Herr Dr. Gruber! Ich darf allerdings vorweg feststellen, daß gerade in den letzten sechs, sieben Jahren unerhört viel im Bereich des berufsbildenden Schulwesens geschehen ist. Seit 1970 sind über 100 Projekte von Schulbauten des berufsbildenden Schulwesens entweder fertiggestellt oder in Bau genommen worden. Das ist natürlich eine unerhört große Zahl. Darüber hinaus haben wir uns aber auch bemüht, durch Anmietungen und durch Improvisation alles zu tun, um alle Schüler aufnehmen zu können.

Es ist gelungen, in den letzten Jahren die Zahl der Abweisungen zu verringern. Im gesamten gewerblich-technischen Schulbereich – das sind die mittleren und höheren Schulen – haben wir etwa 800 Abweisungen gehabt. Im gesamten Bereich der Schulen für wirtschaftliche Frauenberufe, die ja besonders expandieren, gab es ebenfalls etwa 800 oder 900 Abweisungen, während wir bereits in der Lage gewesen sind, im gesamten Bereich der kaufmännischen Lehranstalten alle Bewerber aufzunehmen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Peter.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Bundesminister! Ich möchte den Gedanken des Abgeordneten Dr. Gruber ergänzen. Herrn Grubers Besorgnis geht dahin, daß eine Reihe von Schülern nach bestandener Aufnahmsprüfung in den berufsbildenden Schulen abgewiesen werden mußte. Dazu ist noch festzustellen, daß viele oder manche heute schon nicht mehr unterkommen, die ihre Ausbildung an berufsbildenden Schulen erhalten haben; nicht zuletzt auch deswegen, weil außer Streit steht, daß seit 1970 das Angebot an berufsbildenden mittleren und

Peter

höheren Schulen entsprechend ausgebaut wurde.

Nun interessieren mich die inzwischen gewonnenen Erfahrungswerte. Das Angebot dieser Schulen ist entscheidend verbreitert worden. Können auch die Absolventen untergebracht werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Peter! Ich kann sagen – allgemein gesprochen –, daß gerade die Absolventen unseres berufsbildenden mittleren und höheren Schulwesens im Beruf unterkommen.

Es mag sein, daß es in den letzten beiden Jahren nicht so gewesen ist wie vorher, daß gewissermaßen viele Betriebe bereits auf die Absolventen dieser Schulen gewartet haben. (Abg. Peter: Zwischenfrage: Auch Handelschulen?) Auch bei den Handelsschulen ist im wesentlichen der Umstand festzustellen, daß in absehbarer Zeit nach dem Verlassen der Schule die Schüler in den Berufen untergekommen sind, wobei es hier natürlich auch regionale Unterschiede gibt, was ja die Frage durchaus laut werden läßt, ob es berechtigt ist, etwa in Grenzregionen Österreichs solche Schulen zu bauen, obwohl es dort nicht diesen Bedarf an Absolventen gibt.

Ich als Bewohner einer solchen Grenzregion muß sagen, daß es die Chancengleichheit erfordert, daß auch in diesen Bereichen dieselben Ausbildungsmöglichkeiten bestehen, wie das in den städtischen Ballungsgebieten der Fall ist, was allerdings auch mit sich bringt, daß so wie in anderen beruflichen Bereichen auch hier die Notwendigkeit besteht, bis zum Ausbau solcher Grenzregionen die Arbeit in anderen Gebieten zu verrichten.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Hawlicek.

Abgeordnete Dr. Hilde Hawlicek (SPÖ): Herr Minister! Sie haben in der heutigen Anfragebeantwortung auch die kaufmännischen Lehranstalten erwähnt. Mich würde in diesem Zusammenhang interessieren, wie weit die Verbundlachung der kaufmännischen Lehranstalten fortgeschritten ist.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Frau Abgeordnete! Sie wissen, daß ja ein großer Teil unserer Handelsschulen und Handelsakademien von Städten oder auch von privaten Vereinigungen, Fonds der Wiener Kaufmannschaft, geführt wer-

den. Es ist durch die vielen Verbundlichungen, die wir nach einem Programm vorgenommen haben, gelungen, daß nunmehr erstmals mehr Schüler aus Bundesschulen kommen als aus jenen Schulen, die von den Städten oder von privaten Vereinigungen geführt werden.

Daß vom Bund so viele Schulen übernommen werden konnten, hat gerade die Städte, die bisher zum Teil für den gesamten Sachaufwand, aber auch vielfach für einen Teil des Personalaufwands aufkommen mußten, finanziell ungeheuer entlastet und führt natürlich auch insgesamt zu einer Vereinheitlichung dieses wichtigen Zweiges unseres Schulwesens.

Präsident: Anfrage 2: Herr Abgeordneter Tonn (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

637/M

Beabsichtigen Sie, dem Nationalrat in Zukunft, ähnlich wie dies bereits für den Bereich der Kunst durch den Kunstbericht geschieht, auch einen jährlichen Sportbericht vorzulegen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Tonn! Ja, wir bereiten einen Bericht an das Parlament über die Sportförderung und das Geschehen im Bereich des Sports in Österreich vor. Ich hoffe, daß wir in der ersten Hälfte des Jahres 1979 diesen Bericht dem Hohen Haus vorlegen können.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Tonn: Herr Bundesminister! Es ist erfreulich, daß auch über die Situation des Sports dem Nationalrat ein Bericht vorgelegt wird. Die Frage, die sich daraus ergibt, ist, ob dieser Sportbericht in seinem Umfang und in seinen Details so gestaltet ist, daß er eine kompakte Situationsdarstellung des Sports in Österreich ergibt.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter! Ich stelle mir vor, daß der erste Sportbericht, der dem Hohen Haus zugeleitet wird, doch umfangreicher sein muß, als das etwa bei den jetzigen Kunstberichten der Fall ist, und zwar deswegen, weil ja im ersten Bericht an das Hohe Haus insgesamt die Sportförderung seit dem Bestehen des Bundessportförderungsgesetzes aufscheinen muß.

Darüber hinaus gibt es Sportförderung in anderen Bereichen, wie etwa im Bereich der unmittelbaren Zuständigkeit unserer Sportabteilung, im gesamten Bereich des Schulsports, aber

10540

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Bundesminister Dr. Sinowatz

auch in jenen Bereichen, in denen wir in den sportwissenschaftlichen Institutionen mitwirken, Skipool, Sporthilfe.

Ich glaube, daß es für das Parlament zweifellos am interessantesten sein wird, wenn ein sehr umfassender erster Sportbericht vorgelegt wird.

Präsident: Zweite Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Tonn**: Herr Bundesminister! Sie haben in Ihrer ersten Fragebeantwortung gesagt, daß in der ersten Hälfte des Jahres 1979 dieser Sportbericht dem Hohen Hause zugeleitet wird. Die Frage an Sie ist, ob in diesem Bericht dann alle Daten bis Ende 1978 beinhaltet sind.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz**: Ja, Herr Abgeordneter, sie werden in diesem Bericht enthalten sein.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Höchtl.

Abgeordneter Mag. **Höchtl** (ÖVP): Herr Minister! Wir beurteilen es durchaus als positiv, daß Sie der Forderung, die wir schon seit Jahren stellen, nämlich auch einen Sportbericht zu erstellen und dem Parlament zuzuleiten, um hier eine umfassende Diskussion über die Sportpolitik in Österreich zu führen, nachkommen.

Was hier positiv ist, ist natürlich in manchen anderen Bereichen, die den Sport betreffen, nicht so positiv. Ich möchte Sie fragen, ob Sie in Ihrer Eigenschaft als Minister, in der Sie auch den Sport zu betreuen haben, bereit sind, nochmals mit dem Verkehrsminister in der Angelegenheit der Touristenmarken zu sprechen. Hier hat es eine enorm ...

Präsident: Herr Abgeordneter! Bitte zum Punkt zu reden.

Abgeordneter Mag. **Höchtl** (fortsetzend): Das ist der Punkt. Es ist ja unter anderem auch der Sportbericht. Es betrifft nämlich alle Dachverbände. Und die Dachverbände regen sich auf, weil hier eine Verteuerung von 3 S auf mindestens 50 bis 90 S erfolgt und zusätzlich eine Verbürokratisierung eingesetzt hat.

Ich frage Sie, Herr Minister: Sind Sie bereit, nochmals mit Ihrem Kollegen Lausecker darüber zu sprechen, um diese Möglichkeit entsprechend zu erörtern?

Präsident: Herr Abgeordneter! Ich sage Ihnen noch einmal, die Frage lautet: „Beabsichtigen

Sie, dem Nationalrat in Zukunft, ähnlich ... einen ... Sportbericht vorzulegen?“

Sie gehen darüber hinaus. Zum Punkt haben Sie nicht gefragt, aber der Herr Minister wird es beantworten. Bitte.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter! Nur um die Größenordnung darzulegen, weil Sie schon diese Frage an mich richten: Dieser Sportbericht wird natürlich ungeheuer wichtige Bereiche der Entwicklung des Sports in Österreich betreffen und aufzeigen, wie gewaltig sich die Förderung des Sports in den letzten Jahren in Österreich entwickelt hat.

Natürlich werden auch Detailfragen, solche, wie Sie sie jetzt angeschnitten haben, darin enthalten sein, und es wird zum Vorschein kommen, daß wir mit dem Verkehrsministerium in dieser Frage stets in Verbindung sind und daß auch eine entsprechende Lösung im Interesse aller Verbände gefunden wurde.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr Bundesminister! Ich sehe einen gewissen Nachteil darin, daß es kein entsprechendes parlamentarisches Gremium gibt, in dem mehr über Sport diskutiert werden kann. Sehen Sie den Bericht, den Sie dann geben, als einen über die Sportorganisation hinaus informativen Bericht, beziehungsweise es wird hoffentlich nicht, weil wir ja vor einem Wahljahr stehen, eine ausgesprochene Wahlbroschüre werden.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz**: Es wird sicherlich keine Wahlbroschüre werden, wenngleich ich nicht verschweigen kann, daß es ein sehr positiver Bericht über den Sport sein wird, weil auch tatsächlich sehr viel für den Sport in den letzten Jahren geschehen ist. (*Beifall bei der SPÖ*) Aber, Herr Abgeordneter, ich erwarte mir von der Diskussion über den Sportbericht tatsächlich eine Tatbestandsaufnahme, denn es muß schon festgestellt werden, daß diese rasche Entwicklung des Sports in den letzten Jahren und Jahrzehnten auch gewaltige Probleme aufgeworfen hat und daß es für uns für die Gestaltung der künftigen Arbeit eine große Erleichterung sein wird, wenn wir mit der Mitarbeit der Abgeordneten dieses Hohen Hauses rechnen können und wenn wir die Meinung über die weitere Entwicklung des Sports in Österreich vom Parlament mitbekommen.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter **Haas (SPÖ):** Herr Bundesminister! Ihre Absicht, schon im nächsten Frühjahr einen derartigen Sportbericht im Hohen Haus vorzulegen, ist wirklich im Interesse des österreichischen Sportes sehr zu begrüßen. Was mich dabei aber interessiert, ist folgendes:

Es wird so viel davon gesprochen, daß der Schulsport nicht nur für die Gesundheit unserer Jugend von erheblicher Wichtigkeit ist, sondern natürlich auch für den Sport selbst. Wird daher in diesem Sportbericht auch das Kapitel Schulsport entsprechende Berücksichtigung finden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Der Schulsport nimmt heute nach meinem Dafürhalten überhaupt einen wichtigen Bereich innerhalb des gesamten Sports ein. Aber die Frage ist insofern berechtigt, als es, bitte, lange Zeit nur sehr schwer möglich gewesen ist, selbst in einem Ministerium die Bereiche Allgemeiner Sport und Schulsport zu einer Koordination, zu einer gemeinsamen Arbeit zu bringen.

Das ist nicht leicht gewesen, aber es mehrten sich die Modelle, die wir gemeinsam von beiden Seiten her erarbeiten und die dann wieder in der Durchführung dem Sport zugute kommen. Ich verweise etwa auf die Schülerfußballiga, aber auch auf die Sportbauten selbst. Der Umstand, daß wir durch ein Hallenbäderzuschußprogramm, durch ein Sporthallenzuschußprogramm und durch die Errichtung von Bundesschulen mit großen Turnhallen und Freisportanlagen ja sehr wesentlich auch zum gesamten Sportstättenbau in Österreich mithelfen, wird sicherlich auch in diesem Sportbericht zum Ausdruck kommen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Peter (**FPÖ**) an den Herrn Minister.

644/M

Da Sie im Juli 1977 den Abschluß der Vorbereitungsarbeiten für Ihre in den Medien ausführlich angekündigte Aktion „Schule konkret“ in Aussicht gestellt haben, frage ich Sie, welche konkreten Maßnahmen Sie in der Zwischenzeit diesbezüglich bereits getroffen haben.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Peter! Im Rahmen der von Ihnen genannten Aktion ist die Schulservicestelle aufgebaut worden, sie hat ihre Arbeit aufgenommen, sie hat sich außerordentlich bewährt, sie wurde in

einer umfassenden Weise in Anspruch genommen und hat großes Interesse bei den Eltern, aber auch bei den Lehrern, weniger bei den Schülern, die ja andere Möglichkeiten der Information haben, gefunden.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Peter:** Herr Bundesminister! Ich bin enttäuscht über die Antwort, die Sie mir erteilt haben, denn anlässlich einer schriftlichen Interpellation erklärten Sie mir im Juli 1977, daß Sie zur Aktion „Schule konkret“ deswegen nichts sagen können, weil die Vorbereitungsarbeiten noch nicht abgeschlossen sind und die Aktion praktisch noch nicht in Angriff genommen wurde. Seit dieser Antwort ist ein Jahr vergangen, und Sie haben ja heute eigentlich nichts gesagt.

Ich frage Sie, ob Sie mir nicht mehr sagen können oder wollen, als Sie mir bisher mitgeteilt haben.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Peter! Mit großem Vergnügen gehe ich auf Einzelheiten ein in bezug auf das Schülerservice. Ich habe nur auf die Zeit Rücksicht genommen, die für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung steht.

Natürlich ist in der Zwischenzeit folgendes geschehen: Es wurde im Ministerium selbst eine Konstruktion gefunden, wonach alle Abteilungen des Ministeriums dieser Schulservicestelle zur Verfügung stehen, das heißt, daß mit einem möglichst geringen Verwaltungsaufwand die Aufgaben dieser Servicestelle erfüllt werden können.

Wir haben in der Zwischenzeit mehrere tausend Anfragen beantwortet. Wir haben Telefonaktionen der höchsten Beamten des Hauses durchgeführt. Wir haben Bezirkssprechstage abgehalten. Wir haben zum Schulschluß eine Broschüre herausgebracht zur Information der Eltern – über die Fragen der Berufsschule und der Lehrstellen –, wir haben eine Auskunftsdatei im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung aufgebaut, die wir noch heuer in Betrieb nehmen können.

Ich darf abschließend sagen, daß wir hier tatsächlich einem Bedürfnis der Menschen nachgekommen sind, einem starken Informationsbedürfnis der Eltern.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Peter:** Herr Bundesminister! Ich stehe unter dem Eindruck, daß die Verwirrung

10542

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Peter

eine totale ist. Ich glaube, wir reden von zweierlei Paar Schuhen, Sie meinen etwas anderes als ich. Sie meinen die Schulservicestelle, und ich meine jene Aktion, die Sie und Ihr Haus als „Schule konkret“ bezeichnet haben.

Das ist zumindest bis jetzt vom Bundesministerium für Unterricht als zweierlei verkauft worden. Ist das nunmehr eine Aktion, sind Schulservice und Aktion „Schule konkret“ zusammengelegt worden?

Diese Verwirrungspolitik wird ja von Ihrem Haus betrieben. Ich beziehe mich also auf den Start der Aktion. Sie haben damals mit einem Schulbesuch in der Volksschule Kirchberg bei Kitzbühel, glaube ich, begonnen, haben weitere Schulbesuche im Zusammenhang mit der Aktion „Schule konkret“ angekündigt. Wie viele Schulbesuche haben Sie durchgeführt und welche Erfahrungen haben Sie in diesem Zusammenhang gesammelt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Peter! In aller Bescheidenheit darf ich feststellen, daß für mich nie ein Zweifel darüber geherrscht hat, daß es sich hier um ein Vorhaben gehandelt hat. Ich habe das auch in meiner Anfragebeantwortung am Beginn klar und deutlich gesagt. Im Rahmen dieser Aktion ist die Schulservicestelle aufgebaut worden, weil diese ja gewissermaßen der Kern des Bemühens um eine bessere Information im Schulbereich ist.

In der Zwischenzeit habe ich eine Reihe von Schulen besucht, habe vor allem mit Lehrern und auch mit Eltern gesprochen.

Überhaupt muß ich sagen, Herr Abgeordneter Peter, daß die Rückkoppelung all dieser Informationen an die Eltern für uns, für das Ministerium sehr bedeutsam ist, weil auch für uns jetzt weitaus besser zu übersehen ist, wo ein besonders großes Bedürfnis nach Information vorherrscht.

Es ist auch für unsere Herren in der Schulverwaltung sehr interessant gewesen. Ich darf sagen, daß ich sehr froh bin, daß wir diese Schulservicestelle aufgebaut haben und damit zu unseren Bemühungen um die Schulverbesserung und Schulerneuerung auch das Bemühen um eine bessere Schulinformation anschließen konnten.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Gruber.

Abgeordneter Dr. Gruber (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben ja selbst das Thema

insofern gewechselt, als Sie jetzt auf die Schulservicestelle eigentlich stark eingegangen sind. Darf ich mich hier auch mit einer Frage anhängen.

Ich habe schon vorhin gesagt: Schulservicestelle Ministerium – das ist die teuerste Auskunftei, die es überhaupt gibt, wenn sich Sektionschefs ans Telefon hängen müssen, um Auskünfte zu geben.

Ließe sich die Aktion nicht viel ökonomischer und auch bürger näher durchführen, wenn man den Landesschulräten diese Beratungsfunktion überließe?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Gruber! Noch einmal: Es ist der Wunsch unserer Sektionsleiter gewesen, am Beginn dieser Aktion gewissermaßen beispielhaft ihre Mitarbeit anzubieten. Es war auch für sie sehr interessant, bei diesen Telefonsprechtagen direkt mit sehr vielen Eltern aus ganz Österreich sprechen zu können.

Natürlich, die Gesamtarbeit dieser Servicestelle ist ohne Mitarbeit der Landesschulbehörden nicht denkbar, weil ein großer Teil der Anrufer im Grunde genommen die Kompetenz der Landesbehörden betrifft und wir unsere Aufgabe dann darin sehen, die Vermittlung mit den Landesstellen herzustellen. Wie überhaupt in der Zwischenzeit ja auch bei verschiedenen Landesschulbehörden entsprechende Vorkehrungen getroffen wurden, um die Information zu verstärken, um gewisse Möglichkeiten einer direkten, schnellen, unbürokratischen Art der Information der Eltern sicherzustellen.

Selbstverständlich – noch einmal gesagt –, die Arbeit selbst kann nur im Zusammenhang mit den Landesstellen erfolgen.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Schnell.

Abgeordneter Dr. Schnell (SPÖ): Herr Bundesminister! Meine Anfrage bezieht sich im Anschluß an die Anfrage des Herrn Abgeordneten Gruber ebenfalls auf die Möglichkeit der Koordination der Aktion „Schule konkret“ durch das Bundesministerium für Unterricht und Kunst mit den entsprechenden Maßnahmen der Landesschulbehörden.

Wir haben den Eindruck gewonnen, daß die Aktion „Schule konkret“ vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst mit den vielen Publikationen zweifellos einen sehr wichtigen Beitrag liefert, auch im Hinblick auf die Bildungsberatung, auf die Schulservicestelle.

Dr. Schnell

Was aber nun für die praktische Arbeit wesentlich erscheint, liegt darin, daß eine noch bessere Koordinierung zwischen den Landesschulräten und dem Bundesministerium für Unterricht durchgeführt wird, und ich würde bitten, zu prüfen, ob Sie eine Möglichkeit sehen, daß bei den Landesschulinspektorenkonferenzen, bei den Dienstbesprechungen die direkte Kontaktaufnahme zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen, die vom Bundesministerium für Unterricht ergriffen werden, auf die Landesschulräte übertragen wird.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowitz**: Herr Abgeordneter Schnell! Ich danke schon im vorhinein für das große Interesse, das auch durch diese Anfrage seitens der Landesschulbehörden zum Ausdruck gebracht wird.

Wir haben ja – ich möchte daran erinnern – faktisch erst vor einem Jahr diese Stelle aufgebaut, und sie hat sich unerhört rasch entwickelt. Wir haben gleich am Beginn die Landesschulräte von unserem Vorhaben informiert. Aber es ist selbstverständlich, daß nun der weitere Ausbau, eine bessere Koordination, unter Umständen auch eine Aufteilung der Agenden und der Vorhaben nur so stattfinden können, daß es eine sehr intensive Zusammenarbeit mit den Landesschulbehörden gibt. Ich darf bei dieser Gelegenheit sagen, daß innerhalb der Schulverwaltung Bund und Länder hervorragend zusammenarbeiten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Herr Bundesminister! Soweit ich die Unterlagen zur „Schule konkret“ verstanden habe, war der Grundgedanke dieser Aktion weniger der, daß sich die Leute jetzt an eine Servicestelle wenden – die Schulservicestelle war ja auch schon zu dem Zeitpunkt im Laufen, als Sie mit dem Gedanken „Schule konkret“ hinausgegangen sind –, sondern der Gedanke war mehr, daß Sie eher überraschend mit Schulkonferenzen, mit Elternvereinen in den Schulen auftauchen, und zwar eher überraschend. Das ist ja an sich eine gute Sache; ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, daß über die Durchführung der Fünftagewoche in Salzburg einiges zu erzählen wäre.

Meine Frage: Haben Sie, wie angekündigt, mit irgendeinem Elternverein konkret Kontakt aufgenommen, und was haben Sie an konkreten Elternkontakten mit Elternvereinen vor?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowitz**: Herr Abgeordneter! Wir haben – ich darf das noch einmal mit Nachdruck feststellen – alle Vorhaben, die wir uns im Zusammenhang mit dieser besseren Information der Eltern auferlegt haben, durchgeführt, und zwar innerhalb kurzer Zeit. Es haben sich dabei wirklich interessante Kontakte mit den Eltern, mit den Lehrern und auch mit den Schülern ergeben, wie ich überhaupt sagen muß, daß Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Untersuchungen, die zum Teil schon vorliegen, zeigen, daß das Verhältnis zwischen Eltern und Schule ausgezeichnet ist, vor allem auch das Verhältnis zwischen Eltern und Lehrern, und daß man von Einzelfällen, die da und dort publiziert werden, nicht auf den allgemeinen Zustand schließen darf.

Ganz konkret: Welche Bereiche waren es, die bei diesen Gesprächen mit den Eltern und mit den Lehrern ganz besonders im Vordergrund gestanden sind? Rechtsprobleme, natürlich Fragen der Lernschwierigkeiten, bisweilen Fragen der Schulformen, der Möglichkeiten der Schullaufbahn, Fragen des Schülertransports, Fragen der Schülerbeihilfen. Im Grunde genommen eigentlich das, was wir erwartet haben und was die Eltern berührt.

Ich möchte gleich einen Einwand vorwegnehmen: Wenn man sagt, die vielen Gesetze, die jetzt beschlossen wurden, hätten die Schule unübersichtlich gemacht, dann ist das nicht der Fall. Sehr wesentlich ist, daß jetzt immer neue Eltern mit ihren Kindern kommen und diesen ganzen Bereich der Schule, der natürlich sehr umfangreich geworden ist, vorfinden.

Ich darf also abschließend sagen: Jawohl, alles, was wir bei der Aktion „Schule konkret“ vorhatten, haben wir durchgeführt.

Bundesministerium für Verkehr

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Lanner (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

639/M

Im Hinblick auf die Ankündigungen bevorstehender Tarif- beziehungsweise Gebührenerhöhungen durch einige Mitglieder der Bundesregierung frage ich Sie, ob seitens Ihres Ressorts in dieser Legislaturperiode weitere Tarif- oder Gebührenerhöhungen geplant sind.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Verkehr **Lausecker**: Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Vom Bundesministerium für Verkehr sind in der laufenden Legislaturperiode außer den bereits bekannten

10544

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Bundesminister Lausecker

oder in parlamentarischer Behandlung stehenden Gebührenerhöhungen keine weiteren geplant.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Lanner: Herr Bundesminister! Ich möchte mich ein bißchen mit den Bundesbahnen befassen. Es sind die Bahntarife in den letzten Jahren, 1977, 1978, jedesmal erhöht worden, und wir stehen 1979 vor einer neuerlichen Verteuerung der Bahntarife. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite zeigt, daß trotz einer ständigen Verteuerung der Bahntarife das Defizit der Bundesbahnen steigt. Nun fragt sich jeder – und diese Frage richte ich auch an Sie –: Wie soll das weitergehen? Jedes Jahr wird die Bundesbahn teurer. Jedes Jahr steigt das Defizit. Wenn wir in dieser Form weitermachen, wird bald niemand mehr mit der Bahn fahren können. Wie stehen Sie dazu?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lausecker: Herr Abgeordneter! Die Tarifveränderungen der Österreichischen Bundesbahnen sind im Jahre 1976 für drei Etappen festgelegt worden. Ich darf feststellen, daß zur Stunde und in der letzten Zeit keine wie immer gearteten Veränderungen oder Veränderungsabsichten an den Gebühren, die durch eine Ermächtigung, die für drei Jahre, nämlich für 1977, 1978 und 1979, festgelegt wurden, bestehen.

Es lag also eine Ermächtigung vor, die Personen- und Gütertarife zu erhöhen. Es kam am 1. März 1977 zu einer derartigen Erhöhung auf Grund der im Jahre 1976 festgelegten Ermächtigung, im Februar 1978 und schließlich nun mit 1. Jänner 1979, gleichfalls auf die seinerzeitige Ermächtigung zurückgehend. Es handelt sich dabei um 7 Prozent, und bezieht man die Rundungsbestimmungen ein, so ergibt das im Schnitt 8,3 Prozent.

Gleiches war für die Gütertarife festgelegt worden, nämlich für drei Etappen eine Erhöhung. Ich darf es kurz machen: Hier sind die Gütertarife zum 1. März 1977 erhöht worden, für 1978 und 1979 lagen dann jeweils Erhöhungsermächtigungen für 15 Prozent vor. Von dieser Ermächtigung ist zum 1. Februar 1978 nur im Ausmaß von 6 Prozent Gebrauch gemacht worden, und zum 1. Jänner 1979, für den gleichfalls aus 1976 herauf eine Ermächtigung auf eine Erhöhung der Gütertarife von 15 Prozent vorläge, wird von der Bundesbahn hinsichtlich der Regeltarife überhaupt kein Gebrauch gemacht. Deswegen, weil man sich die Chance, im Zusammenhang mit der Einführung des

Straßenverkehrsbeitrages gut zu akquirieren, nicht entgehen lassen wollte.

Ich darf, weil Sie das Bundesbahndefizit angesprochen haben, nur sagen: Wir dürfen schon unterscheiden zwischen dem, was gemeinhin und auch hier im Hohen Haus immer wieder als das Defizit angesprochen wird, und dem, was den reinen Betriebsabgang darstellt, denn das ist die Spanne, die zwischen 3,9 Milliarden und den 16 oder – wie es gestern hier gesagt wurde – 17 Milliarden liegt, die immer wieder genannt werden, wenn man Pensionslizenzen, Sozialtarife und alles das zusammenzählt.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Lanner: Herr Bundesminister! Ich habe das Bundesbahndefizit deshalb angesprochen, weil mir die Explosion dieses Defizits einfach Sorgen macht. Wir alle stellen uns die Frage: Wie soll es mit der Österreichischen Bundesbahn weitergehen? Der sozialistische Generaldirektor Kienzl hat im „Spiegel“ im September 1977 erklärt (*Abg. Dr. Kohlmaier: Der hat schon alles erklärt!*), die Österreichische Bundesbahn arbeite auf den Verschubbahnhöfen mit einer Infrastruktur, die 1890 – 1890! – der letzte Schrei war. Das heißt also mit anderen Worten, er unterstellt hier, daß hier das Ganze um 100 Jahre zurück, veraltet sei.

Daher meine Frage, Herr Bundesminister, immer im Zusammenhang mit den Tarifen, die hier hineinspielen: Wie soll das weitergehen? Wenn wir so weitermachen – jedes Jahr eine Verteuerung der Bahn, jedes Jahr ein steigendes Defizit –, dann gibt es kein gutes Ende. Werden Sie, Herr Bundesminister, ein Sanierungskonzept für die Österreichischen Bundesbahnen und die Tarifgestaltung vorlegen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lausecker: Herr Abgeordneter! Weitergehen – und darüber sind sich die Bundesbahnen einig – kann es nur durch eine unentwegte Arbeit an einer Steigerung der Kapazität und der Leistungsfähigkeit der Bahn. Und gerade auf dem Sektor des Güterverkehrs sind wir in diesem Jahre 1978 darangegangen, ein Projekt in Angriff zu nehmen, nämlich den Zugbilde- und Verschiebebahnhof Wien-Kledering, durch den wir eine Kapazitätsausweitung im Güterverkehr der Österreichischen Bundesbahnen in exorbitanter Weise – ich habe das bei der letzten Fragestunde ein wenig dargelegt – erreichen werden.

Es ist ein Projekt, das von den Bundesbahnen als das größte seit dem Bau der Semmering-Bahn bezeichnet werden durfte. Wir werden

Bundesminister Lausecker

damit Zeitgewinne im Güterverkehr durch Österreich von 15, 16 und 18 Stunden erreichen, den Umlauf der Güterzüge, der Güterwaggons um 6000 bis 6500 erhöhen können.

Ich darf auch feststellen, von einer Explosion des Bundesbahndefizits kann keine Rede sein. Wenn Sie sich etwa auf eine Meldung in einer Tageszeitung beziehen, dann geht die darauf zurück, daß in der Budgetdarstellung dieses Jahres der Betriebsabgang und die Investitionen in einem Betrag ausgewiesen wurden. Ansonsten kann von einem explodierenden Bundesbahndefizit gewiß nicht die Rede sein. Die Bundesbahnen haben eine Reihe von Erfolgen schon aufzuweisen und eine Reihe von großen Vorhaben im Bau, durch die sie ihre Kapazität in fühlbarer Weise steigern können.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Schmidt.

Abgeordneter Dr. Schmidt (FPÖ): Herr Bundesminister! Der Herr Kollege Lanner geht von der vielleicht etwas naiven Vorstellung aus, daß eine im Amt befindliche Bundesregierung kurz vor Wahlen noch Gebühren und Tarife erhöhen würde. Ich glaube, vielmehr muß man davon ausgehen, daß – wenn solche Gebührenanträge vorliegen – sie nach den Wahlen erst realisiert werden, ich möchte Sie daher fragen: Aus welchen Teilbereichen Ihres Ressorts liegen derzeit Tarif- und Gebührenerhöhungsanträge bei Ihnen vor oder sind im nächsten Halbjahr zu erwarten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lausecker: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Verkehrsministerium liegen derzeit weder Absichten noch Pläne vor, außer jenen, die bei früherer Gelegenheit sich in ganz allgemeiner Weise artikuliert haben, nämlich man möge – wie etwa bei den Postgebühren – nicht wie 1967 auf 1976 ein Jahrzehnt verstreichen lassen, sondern, wenn möglich, in kürzeren Abständen dieses tun.

Ich darf darauf verweisen, daß es natürlich auch Tarife gibt, in denen das Verkehrsministerium nur Tarifbehörde ist. Wenn ich etwa auf die Kraftfahrlinientarife verweisen darf, die zum 1. Jänner 1979 um 8,5 Prozent erhöht werden, so lag dazu ein Antrag der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft für alle Buslinien vor, und nach Verhandlungen zwischen Bundeskammer und Arbeiterkammer war es dann soweit, daß diese Kraftfahrlinientarife aller, also auch der Privaten, durch die Kraftfahrlinienbehörde sanktioniert wurden.

Pläne im konkreten liegen – und das sagte ich

schon dem Herrn Abgeordneten Lanner – nicht vor, weder für jetzt noch für die nächste Zukunft. Sie haben mich, glaube ich, um die Monate gefragt.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Gradenegger.

Abgeordneter Dr. Gradenegger (SPÖ): Die Doppelgesichtigkeit der Opposition zeigt sich meiner Meinung nach darin, daß seit 1970 beide Oppositionsparteien keiner einzigen Gebühren erhöhung zugestimmt haben und jetzt nach einer Gebührenerhöhung rufen. (Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Ist das eine Frage? – Abg. Anton Schlager: Wo ist die Frage?) Die Regierungspartei trägt die Verantwortung, daß zum Beispiel ein Betrieb, ein gut geführter Betrieb wie die Postverwaltung, nicht ausgeöhlt wird. Wir wollen nicht, daß der kleine Mann, der zwei oder drei Briefe im Jahr aufgibt, für Großversender und Großfirmen die Postgebühren über die Steuern mitzahlt. Deshalb haben wir einen Initiativantrag eingebracht auf Erhöhung der Postgebühren, und zwar auf eine geringfügige.

Ich bitte Sie, Herr Minister – und das ist meine Frage –, hier in der Öffentlichkeit zu sagen, welche Postgebühren erhöht werden, denn von der Opposition wird ja das immer als Globalerhöhung dargestellt.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lausecker: Herr Abgeordneter! Durch den in parlamentarischer Behandlung stehenden Initiativantrag werden einige Postgebühren verändert und erhöht. Das bezieht sich, wenn man es auf die Einnahmen umrechnet, auf eine Erhöhung der Einnahmen um 14,5 Prozent. Die einzelnen Werte liegen natürlich für jene – ich sage noch einmal – in der Minderzahl befindlichen Tarife, die zur Erhöhung gelangen, über diesen Prozentsätzen. Die Indexauswirkungen für den Verbraucherpreisindex aus dieser Erhöhung einiger Postgebühren beläuft sich auf etwa 0,03 Prozentpunkte. Erhöht werden beispielsweise der Brief von drei auf vier Schilling und einige andere Postgebühren. (Abg. Dr. Schmidt: Der Herr Gradenegger weiß gar nicht, was in dem Antrag steht, den er eingebracht hat! – Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.) Der weiß das schon!

Aber ich darf bei dieser Gelegenheit feststellen, daß die weitaus überwiegende Zahl der Posttarife unverändert bleibt, und darf daraus nur zitieren – und das scheint mir wichtig – die Postkarte, die keine Veränderung erfährt, die Zeitungsbeförderungsgebühren, die Postanweisungsgebühren, die Nachnahmegebühr, die Einschreibgebühr, alle Auslandsposttarife, und

10546

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Bundesminister Lausecker

selbstverständlich gibt es, und es liegt mir daran, das sagen zu dürfen, keinerlei Veränderungen bei Telegrammen und beim Telefon.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Neumann.

Abgeordneter Neumann (ÖVP): Es ist bezeichnend, daß ein sozialistischer Abgeordneter, der selbst den Antrag auf Erhöhung der Postgebühren stellt, nicht weiß, was darin alles enthalten ist. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ*)

Es hat auch der Herr Minister unvollständig geantwortet. Ich möchte Ihnen sagen, diese Erhöhung der Postgebühren wird die Bevölkerung neuerlich mit 800 Millionen Schilling belasten.

Aber nun, Herr Minister: Sie haben jetzt erklärt, daß in der auslaufenden Legislaturperiode weitere Erhöhungen von Tarifen und Gebühren in Ihrem Ressort nicht vorgesehen sind.

Herr Minister! Diese Erklärung haben Sie auch schon in der Fragestunde vor Jahresfrist abgegeben. Trotzdem werden heute, wie jetzt diskutiert, die Postgebühren zum Teil um 100 Prozent erhöht und die Bevölkerung, wie gesagt, damit mit weiteren 800 Millionen Schilling belastet.

Herr Minister, Sie erklären zwar, Sie erhöhen nicht, Sie machen jedoch eine Politik, die den Keim weiterer Gebührenerhöhungen in sich trägt. Sie haben gestern dem Fernmeldewesen 2 Milliarden entzogen. Hätten Sie das nicht getan, bräuchten Sie heute die Postgebühren nicht zu erhöhen.

Ich frage Sie, Herr Minister: Wie rechtfertigen Sie, daß durch diesen Ihren Zickzackkurs beispielsweise der Unternehmensplan der Postverwaltung, der vorsieht, daß es bis Ende 1979 in Österreich über 2 030 500 Fernsprechanschlüsse gibt, um etwa 40 000 Anschlüsse unterschritten wird und dann nach zehn Jahren sozialistischer Regierung erst jeder vierte, in der Steiermark erst jeder sechste und im ländlichen Raum erst jeder achte einen Telefonanschluß besitzt, während in der Schweiz jeder zweite einen Telefonanschluß hat?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lausecker: Herr Abgeordneter! Zunächst die Versorgung mit Telefonen. Darauf will ich gerne eingehen. Im Jahre 1967 haben von 100 Österreichern 10,5 über einen Telefonanschluß verfügt, im Jahre 1977 waren es bereits 23,2 und heute verfügt bereits mehr als jeder vierte über einen Telefonanschluß.

Die Entwicklung in Österreich war also im Laufe des letzten Jahrzehntes, gerade was die Versorgung anlangt, sehr progressiv. Im letzten Jahr hatten wir über 160 000 Anschlüsse, wir werden heuer bei 180 000, 185 000 liegen. Sie sagten ja selbst, nächstes Jahr werden wir die 2-Millionen-Grenze überschritten haben.

Wir haben damit, wenn wir uns den Ausgangspunkt von vor zehn Jahren vor Augen halten, in Österreich bei den Telefonanschlüssen einen Versorgungsgrad erreicht, der durchaus internationalen Standardwerten gerecht wird. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Neumann: Die Hälfte von der Schweiz!*)

Sie haben mich nun erinnert an die parlamentarische Anfragebeantwortung auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Lanner vom 18. Oktober 1977. Der Herr Abgeordnete hat mich damals befragt, und ich sagte ihm, daß derzeit keine Absichten oder Vorarbeiten für Gebührenerhöhungen weiterer Art bestehen.

In dem jetzt in parlamentarischer Behandlung stehenden Initiativantrag der sozialistischen Parlamentsfraktion wird auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß bei den Bemühungen um die Gestaltung des Budgets 1979 an der Post deswegen nicht gänzlich vorbeigegangen werden konnte, weil hier ein Kostenunterdeckungsgrad vorliegt, denn der Kostendeckungsgrad liegt nur bei 75 Prozent.

Was das Fernmeldeinvestitionsgesetz anlangt, so werden durch diese Veränderung, die gestern hier beschlossen wurde, die Auftragslage und die Möglichkeiten des Ausbaues in keiner Weise beeinträchtigt.

Herr Abgeordneter, eines noch: Die großen Vorhaben, die wir in der technischen Infrastruktur bewirkt haben, etwa das Fernmeldezentrum Arsenal, haben wir aus der laufenden Gebarung bestritten, eine Einrichtung, mit der bis ins nächste Jahrhundert hinein noch telefoniert werden wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ein letztes: Das Unternehmenskonzept der Post, Herr Abgeordneter Neumann – Sie beschäftigen sich ja sehr genau damit –, hätte für die Post im Vorjahr, bereits für den 1. Jänner 1978, eine Erhöhung der Gebühren im Ausmaß von 2,1 Milliarden Schilling vorgesehen. Wir stehen jetzt mit dieser Erhöhung einiger Gebühren bei etwa 800 Millionen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Anfrage 5: Herr Abgeordneter Josseck (FPÖ) an den Herrn Minister.

635/M

Sind Sie bereit, im Zusammenhang mit der Errichtung beziehungsweise Erweiterung von Flugplätzen der Forderung nach einem Ausbau der Bürgermitbestimmung Rechnung zu tragen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lausecker: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Bürgermitbestimmung bei der Errichtung beziehungsweise bei der Erweiterung von Flugplätzen wird bereits durch § 70 des Luftfahrtgesetzes Rechnung getragen. Auf Grund dieser Bestimmungen ist den Gemeinden als berufenen Interessenvertretungen der örtlichen Gemeinschaften in behördlichen Verfahren Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, und dadurch der Allgemeinheit ein mittelbares Mitwirkungsrecht eingeräumt.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck: Herr Bundesminister! Das hört sich natürlich sehr gut an, was Sie hier vorgelesen haben, aber da die Sozialisten den leichteren Zugang zum Recht auf ihre Fahnen geheftet haben, frage ich Sie: Sehen Sie keine Möglichkeit, an die Bürgerverbände und Bürgerinitiativen besser heranzukommen? Ich habe vor mir einen Zeitungsartikel, aus dem hervorgeht, daß sich zum Beispiel in Salzburg der Schutzverband, um überhaupt einen Rechtstitel, eine Parteienstellung zu bekommen, erst in dem Gelände, in dem strittigen Gelände, ein paar Quadratmeter kaufen mußte. Rechtlich sicher alles richtig. Aber ist das die Möglichkeit, die Sie sehen, um mit den Bürgern, die sich in Bedrängnis fühlen, echte Gespräche zu führen?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Lausecker: Herr Abgeordneter! Wir stehen der Einrichtung von Flugplatzlärmbeiräten, wenn Ihre Frage dorthin geht, aufgeschlossen gegenüber und suchen nach Möglichkeiten, hier eine Mitwirkung von Interessierten, also nicht unmittelbar nur bei den Anrainern zu finden, darüber gab es bereits über den Verfassungsdienst auch Kontakte mit der Landesamtsdirektorenkonferenz. Wir müssen hier eine Beschickungsmöglichkeit finden, daß auch eine repräsentative Vertretung denkbar ist.

Eine Änderung des Begriffes der Parteienstellung scheint aus diesem Aspekt heraus kaum denkbar, weil ja das nicht etwas wäre, was man allein vom Flugplatz oder vom Fluglärm her sehen könnte, sondern ein allgemeines Rechtsproblem für viele andere Bereiche wäre.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Bundesminister! Ein konkretes Problem, das immer wieder auftritt, besonders auch in Salzburg, ist, daß die unmittelbaren Anrainer den Eindruck haben, sie würden nicht alle Informationen bekommen. Das bezieht sich vor allem auf die Gutachten, die im Zuge des Erweiterungsbauens im Salzburger Flughafen ein besonderes Problem dargestellt haben.

Meine Frage: Sind Sie bereit, den Anrainern und den Anrainerorganisationen Einsicht in die Gutachten zu gewähren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lausecker: Soweit dadurch nicht ein Verfahren und die Interessen von im Verfahren befindlichen Parteien beeinträchtigt werden, sehe ich darin sicher keine Schwierigkeit, das zu tun.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Dr. König (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

645/M

Welche Auswirkungen auf den Frachtverkehr der Österreichischen Bundesbahnen hatte die Einführung des sogenannten Straßenverkehrsbeitrages?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lausecker: Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Das Güterverkehrsaufkommen der Österreichischen Bundesbahnen war in der ersten Hälfte des heurigen Jahres und auch im Vorjahr rückläufig. Davon war vor allem der Inlandsverkehr betroffen. Schon im August des heurigen Jahres ist jedoch das Gesamtaufkommen gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Prozent und im September um 2,6 Prozent gestiegen.

Im grenzüberschreitenden Güterverkehr konnte die sinkende Tendenz ab Jahresmitte gestoppt werden. Die Zuwachsraten betragen hier 6,4 Prozent im August und 6,7 Prozent im September.

Besonders erfreulich entwickelte sich der Transitverkehr. Es konnten ab Jahresmitte beachtliche Zuwachsraten erzielt werden, und zwar 12,7 Prozent im Juli, 13,1 Prozent im August und 9,4 Prozent im September. Absolut wurden in diesen drei Monaten im Transit rund 220 000 Tonnen mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahrs befördert.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

10548

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König**: Herr Bundesminister! Der Herr Abgeordnete Lanner hat Sie gefragt, ob Gebührenerhöhungen notwendig wären. Sie haben geantwortet, in dieser Legislaturperiode nicht.

Nun ist es aber so, daß wir gestern beim Bundesfinanzgesetz und beim Budgetüberschreitungsgesetz namhafte Beträge, und zwar Kredite, aufnehmen mußten, um unter anderem die Mindereingänge bei der Bahn abzudecken, und Kreditaufnahmen sind halt nichts anderes als vorweggenommene spätere Tariferhöhungen oder Steuern.

Und da die Lkw-Steuer ja von der Bundesregierung als eine verkehrspolitische Maßnahme gedacht war, sie aber nun, wie wir gehört haben, der Bundesbahn nicht nennenswerte Mehreinnahmen bringt – im Gegenteil: sie sind ja insgesamt gegenüber dem Voranschlag gesunken –, die Straße auch nichts davon bekommt, so frage ich Sie: Worin liegt eigentlich jetzt rückblickend der verkehrspolitische Effekt dieser Lkw-Steuer?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Lausecker**: Herr Abgeordneter! Es ist bei der Behandlung in diesem Hause hier von dieser Stelle sehr viel bezüglich der Wettbewerbsungleichheit zwischen Straße und Schiene gesagt worden. Der Straßenverkehrsbeitrag, wie er dann zustande gekommen ist, ist ein kleiner Schritt, diese Wettbewerbsungleichheit ein wenig auszugleichen.

Sie wissen, daß der Ursprungsentwurf, der in der Begutachtung war und der auf Entfernung und Gewicht abgestellt hätte, das in wirkungsvoller Weise – jetzt nur vom verkehrspolitischen Aspekt gesprochen – getan hätte. Die Pauschalierung nach Monatssätzen, die jetzt eine Reihe anderer Probleme bringt, über die wir mit der Bundeskammer verhandeln, hat den Schritt kleiner gemacht, aber es war eine Chance auch für die Bahn.

Ich durfte schon in der vorherigen Anfragebeantwortung darauf hinweisen, daß wir uns bei der Bahn nicht nur mit dem Hinweis auf 25 Prozent unausgenützte Güterkapazität begnügen, sondern so große Vorhaben wie Kledering – Zugbilde- und Verschiebebahnhof oder Villach–Fürnitz-Süd oder das Fertigstellen von Wolfurt oder etwa in Form eines Staatsvertrages die Möglichkeit der Durchfahrt mit Güterzügen über Rosenheim werden die Bahn auf dem Gütersektor weit stärker und leistungsfähiger machen, und das schon in naher Zukunft.

Präsident: Weitere Frage, bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König**: Herr Bundesminister! Das ändert aber nichts daran, daß wir heute feststellen müssen, wie wir das vorhergesagt haben, daß die freie Kapazität der Bahn durch die Lkw-Steuer keineswegs gesenkt wird, sondern daß dieses Problem weiterbestehen bleibt. Aber wir haben eine unglaublich aufwendige Steuer, und eine Reihe von Staaten haben Retorsionsmaßnahmen gesetzt. Wir müssen den Frätern, den Österreichern, damit sie konkurrenzfähig bleiben, das ersetzen, was dazu führt, daß jetzt de facto immer mehr die Österreicher die Lkw-Steuer zahlen, statt daß es die Ausländer per Saldo tun.

Herr Bundesminister, das kann doch nicht der Zweck dieser Steuer sein. Meine Frage daher: Können Sie ausschließen, daß noch weitere Staaten in Europa auf die österreichische Lkw-Steuer mit Retorsionssteuern antworten?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Lausecker**: Herr Abgeordneter König! Wir haben nie, wie das auch gestern hier wieder gesagt wurde, etwas ausgeschlossen, noch kann man überhaupt etwas ausschließen. Wir haben immer nur gesagt, daß unser Gesetz keine ausländerdiskriminierenden Bestimmungen enthält und daher eine Berechtigung für eine Retorsion aus dem Gesetz nicht ableitbar ist.

Ich darf aber bei dieser Gelegenheit sagen, daß die weitaus überwiegende Zahl der europäischen Staaten keine Retorsionsmaßnahmen ergriffen hat; es hat mein Kollege Kittl gestern vom Rednerpult die ganze Liste bereits heruntergelesen. Eine Reihe von Staaten, Herr Abgeordneter König, die nach ihrem innerstaatlichen Recht jetzt Abgaben einheben, haben in formaler Hinsicht damit nicht Retorsionssteuern ein; ein Staat, wenn Sie etwa die Türkei nehmen, kassiert von allen Frätern eine Steuer.

Und was wir jetzt tun, ist, unseren Frätern, die im Auslandsgeschäft sind, eine Hilfe dadurch zu geben, daß man ihnen die Möglichkeit gibt, jene Steuer, die sie nach Besteitung der österreichischen Steuer im Ausland noch entrichten müssen, von ihrer Steuerschuld in Österreich absetzen zu können. Und diese an sich gute und gutgemeinte Aktion wird jetzt in der öffentlichen Diskussion so umfunktioniert, als ob man mit der einen Hand die Steuer kassiert und mit der anderen sie wieder auszahlt.

Die Proportionen – Herr Abgeordneter König, es kann sie jetzt noch niemand genau kennen – werden aber nicht 1 : 1 sein, wie das immer dargestellt wird, sondern vom Steueraufkommen

Bundesminister Lausecker

schätzt man, daß im schlimmsten Falle 10 bis 15 Prozent auf diese Weise wieder gutgeschrieben werden.

Die jetzige Rechnung, die sich allerdings nur auf die Monate Juli bis Oktober bezieht, sieht so aus – nach einem vorläufigen Wert der Finanzbeamten, also mit diesem Vorbehalt –: 425,8 Millionen Schilling wurden eingenommen, 8,7 wurden im Nachsichtswege gutgeschrieben. Das sind also 2,04 Prozent, Herr Abgeordneter.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Meltler.

Abgeordneter **Meltler** (FPÖ): Herr Bundesminister! In der ersten Anfragebeantwortung haben Sie Steigerungsprozentsätze im Güterverkehrsaufkommen genannt. Das ist sicher unzulänglich, denn interessant ist nur, ob im Anteil am gesamten Güterverkehrsaufkommen die Bundesbahnen nun wieder besser abgeschnitten haben. Denn es hat – wie Sie selbst ja wissen – der Finanzminister in seiner Budgetrede darauf hingewiesen, daß in wenigen Jahren das Straßengüterverkehrsaufkommen so groß sein wird wie das der Bundesbahnen.

Aber für mich ist folgende Frage interessant. Herr Bundesminister: Welche direkten Auswirkungen hat die Frächterblockade für das Güterverkehrsaufkommen der Bundesbahnen gehabt?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Lausecker**: Herr Abgeordneter! Ich habe die prozentmäßigen Steigerungen im Güterverkehrsaufkommen der Bundesbahnen – unterschieden nach Inland, nach Grenzüberschreitung, nach gesamt und nach Transit – vorhin verlesen. Das sind gewisse Zunahmertaten in diesen drei Sommer- oder Herbstmonaten. Es wird schwer sein, es jetzt schon zu beurteilen, ob das nicht ein wenig atypisch gewesen ist eben als Folge der Blockade. Ich habe daher in aller Vorsicht nur gesagt, daß es Erhöhungs-werte gibt. Ich glaube, der Zeitraum ist zu kurz, um hier schon Abschließendes sagen zu können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter **Lenzi**.

Abgeordneter **Dr. Lenzi** (SPÖ): Herr Bundesminister! Welche Maßnahmen wurden seitens der Österreichischen Bundesbahnen ergriffen, um eine Steigerung des Frachtaufkommens zu bewirken?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Lausecker: Herr Abgeordneter! Die Österreichischen Bundesbahnen haben schon zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Gesetzes alles darangesetzt, eine Akquisitions-kampagne zur Gewinnung von Frachtgut auf der Schiene zu erreichen. Sie haben sich dazu eine Konzeption zurechtgelegt. Das reicht bis in die Bundesbahndirektionen hinein. Dort wurde von höchster Stelle, vom Präsidenten, wieder direkt mit den einzelnen Firmen Kontakt aufgenommen, um damit – und im Zusammenhang mit der Beschleunigung von Nachtsprungverbindungen – gerüstet zu sein, Frachtgut aufzunehmen. Ich glaube, es kann von bescheidenen Erfolgen bis jetzt gesprochen werden. Aber der Zeitraum scheint mir, wie ich schon sagte, zu kurz, um Abschließendes zu sagen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter **Keimel**.

Abgeordneter **Dr. Keimel** (ÖVP): Herr Bundesminister! Während also diese Lkw-Steuer für die ÖBB offensichtlich wenig bringt – ordnungs-politisch –, wirkt sie sich negativ auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Frachtgewerbes aus.

Sie selbst haben jetzt erklärt – auch der Finanzminister –, daß etwa 10 bis 15 Prozent des Bruttoertrages, des Gesamtertrages an Retorsionsrückzahlung refundiert werden. Das heißt: Die seinerzeit so propagierte Transitsteuer für Ausländer trifft jetzt und belastet zu 80 Prozent das heimische Transportgewerbe und nur mehr zu einem knappen Viertel – zu etwa 20 Prozent – eigentlich Ausländer. Das ist jetzt der Erfolg. Und das wird mit einem enormen Verwaltungsaufwand gemacht: Ein paar hundert zusätzliche Grenzbeamte. Tausende Formulare und so weiter.

Ich frage Sie daher, wenn die Kosten-Nutzen-Rechnung – ich hoffe, Sie werden eine solche anstellen – zwischen dem Nettoertrag aus der Ausländerbelastung – nicht der Belastung der Einheimischen; aus der Ausländerbelastung – und dem erhöhten Verwaltungsaufwand ein ungünstiges Ergebnis bringt: Sind Sie dann bereit, ohne Prestigedenken die Lkw-Steuer als völlig verfehlt wieder aufzuheben?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Lausecker**: Herr Abgeordneter **Keimel**! Die Darstellung, wie Sie mir die Frage stellen, scheint mir deswegen irrig, weil ja angesichts des gigantischen Anwachsens des Transitverkehrs beim Steueraufkommen gerade der ausländische Lkw in überproportionaler Weise an unserem Steueraufkommen beteiligt sein wird. Die von mir genannten 10 bis

10550

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Bundesminister Lausecker

15 Prozent sind eine eher pessimistische Schätzung des Finanzministeriums. Ich durfte jetzt bezüglich der drei Monate sagen, daß es weit unter den 10 Prozent liegt. Der Zeitraum ist auch hier deswegen zu kurz, weil ja etwa im Juli nur die Ausländer bezahlt haben. Die erste Österreicherzahlung ist ja erst zum 10. August eingetreten. Der Sinn, damit die Belastung auf Österreichs Straßen durch den Transitverkehr etwas teurer zu machen, ist also durch diese Vergütungsmaßnahmen nicht nur nicht negiert, sondern es ist das eine notwendige Hilfsmaßnahme für unsere Frächter.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Zuweisungen

Präsident: Den eingelangten Antrag 121/A der Abgeordneten Schranz und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bodenbeschaffungsgesetz geändert wird, weise ich dem Bautenausschuß zu.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebene Regierungsvorlage:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 17. November 1977, BGBI. Nr. 610, über den Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste“ geändert wird (1039 der Beilagen),

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zu.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft (III-128 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 1 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBI. Nr. 299/1976, über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1977 (Grüner Bericht) (1049 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bericht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft gemäß § 9 Abs. 1 des Landwirtschaftsgesetzes über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1977 (Grüner Bericht).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Weinberger. Ich ersuche, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Weinberger: Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich erstatte den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft gemäß § 9 Abs. 1 des Landwirt-

schaftsgesetzes, BGBI. Nr. 299/1976, über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1977 (Grüner Bericht) (III-128 der Beilagen).

Gemäß § 9 Abs. 1 des Landwirtschaftsgesetzes vom 9. Juni 1976 hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft der Bundesregierung bis zum 15. September eines jeden Jahres über die Feststellungen gemäß den §§ 7 und 8 und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten zu berichten.

In Entsprechung dieses gesetzlichen Auftrages hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft den „Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1977“ in der Sitzung des Ministerrates am 12. September 1978 der Bundesregierung vorgelegt. Am gleichen Tage wurde dieser Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1977 (Grüner Bericht) dem Nationalrat zugeleitet und am 11. Oktober 1978 dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zugewiesen.

Dieser Bericht, meine Damen und Herren, besteht aus folgenden Abschnitten:

die Stellung der Landwirtschaft in der österreichischen Volkswirtschaft,

die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im Jahr 1977,

die Verwendung der Mittel gemäß § 10 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan) im Jahr 1977,

Empfehlung für Förderungsschwerpunkte gemäß § 7 Abs. 5 des Landwirtschaftsgesetzes,

Zusammenfassender Überblick und Tabellenanhang.

Zur „Stellung der Landwirtschaft in der österreichischen Volkswirtschaft“ wird unter anderem ausgeführt, daß der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Bruttonationalprodukt und jener zum Volkseinkommen bei weiterhin rückläufiger Zahl an Arbeitskräften nach den vorläufigen Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1977 ungefähr auf dem Niveau des Jahres 1976 blieb. Die Endproduktion der Landwirtschaft stieg um 3 Prozent, der Endrohertrag aus der forstlichen Produktion ging um 3,5 Prozent zurück, blieb aber auf hohem Niveau. Die Arbeitsproduktivität wurde mit 2,7 Prozent weniger stark als in den vergangenen Jahren erhöht.

Bei den buchführenden Testbetrieben waren die Ergebnisse regional noch differenzierter als in den Jahren zuvor. Der Hektarrohertrag stieg im Bundesmittel mit 5 Prozent relativ weniger stark als der Aufwand mit 7 Prozent. Das Betriebseinkommen und das landwirtschaftliche

Weinberger

Einkommen waren auf die Arbeitskraft bezogen im Durchschnitt um 3 beziehungsweise 2 Prozent höher als im Jahr zuvor. Das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft wurde mit 31 beziehungsweise 21 Prozent am stärksten in den Betrieben des Voralpengebietes beziehungsweise des Kärntner Beckens verbessert. Im Hochalpengebiet stieg das Betriebseinkommen um 17 Prozent, in den Gebieten des Alpenvorlandes und des Alpenostrandes um je 11 Prozent. Im südöstlichen Flach- und Hügelland blieb es auf Vorjahresniveau, im nordöstlichen Flach- und Hügelland sowie im Wald- und Mühlviertel hingegen ging es um 6 beziehungsweise 16 Prozent zurück. Eine Stagnation ergab sich bei den ackerbaubetonten Betriebstypen. Auch die weinbautreibenden Betriebe stagnierten in der Regel in ihrer Einkommenschöpfung. Die Grünlandbetriebe, deren Hauptquote des Einkommens aus dem Betriebszweig Rinderhaltung erzielt wird, und jene Betriebe, in denen die Waldwirtschaft maßgeblich zur Einkommenschöpfung beiträgt, schnitten im Berichtsjahr zum Teil wesentlich besser ab. Das Gesamteinkommen stieg um 3 Prozent je Betrieb auf fast 190 000 S. Im Durchschnitt konnte der Lebensstandard der bäuerlichen Familien weiter um 9 Prozent verbessert werden.

Meine geschätzten Damen und Herren! Die Förderung der Land- und Forstwirtschaft aus dem Kapitel 60 erreichte insgesamt den Betrag von 1 450,67 Millionen Schilling. An Bundesmineralölsteuervergütung wurden außerdem 1977 649,9 Millionen Schilling für die Landwirtschaft ausbezahlt.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung vom 2. November 1978 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler, Pfeifer, Meißl und Ing. Schmitzer sowie der Ausschusssmann Abgeordneter Deutschmann und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden beteiligten, faßte der Ausschuß mit Stimmenmehrheit den Beschuß, dem Hohen Hause zu empfehlen, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vorliegenden Bericht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft gemäß § 9 Abs. 1 des Landwirtschaftsgesetzes über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1977 (Grüner Bericht) (III-128 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Sollten Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Ing. Riegler.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute über die Situation der Land- und Forstwirtschaft und deren Entwicklung im Hohen Haus diskutieren, dann drängen sich mir zwei Erlebnisse aus jüngster Zeit auf. Das eine war, als ich am Vorabend zum Nationalfeiertag zufällig mitten hineingekommen bin in die Flucht der Wiener Bevölkerung aus ihrer Stadt mit dem Bestreben, ein verlängertes Wochenende auf dem Land verbringen zu können. Und es war beeindruckend, wie sich im Laufe der Kilometer, die man in das Land hinausgefahren ist, die Menschen in diesem Land langsam verflüchtigt haben, ihre Möglichkeit zur Erholung gefunden haben. Ich habe mir dabei gedacht, wie wäre es, wenn wir kein von Bauern belebtes und besiedeltes Land hätten. Gäbe es dann die Möglichkeit, diese notwendige Erholung in einer Kulturlandschaft zu finden?

Und ein zweites Erlebnis verbindet sich mit den Versammlungen im Sommer dieses Jahres, als es darum ging, die Neuregelung auf dem Milchmarkt mit den betroffenen Bauern zu diskutieren. Mich hat hier beeindruckt, daß immer wieder junge Bauern aufgestanden sind, intelligente, gut ausgebildete Menschen, bestrebt, etwas zu leisten, die dann gesagt haben: Herr Abgeordneter! Was sollen wir tun? Welche Möglichkeiten haben wir? Überall stehen wir an. Wir haben eine Mengenbegrenzung auf dem Milchsektor, wir haben Absatzprobleme bei Vieh, bei Getreide, im Weinbau. Wir haben aber auch Schwierigkeiten, außerhalb der Landwirtschaft eine Arbeitsmöglichkeit zu finden.

Mir hat diese Frage von leistungsfähigen, jungen Menschen sehr zu denken gegeben. Und ich glaube daher, daß es falsch wäre, das Bild einer heilen Bauernwelt weiterhin pflegen zu wollen. Wobei ich eines deutlich herausstellen möchte – und ich glaube, das soll auch bewußt gemacht werden an einem solchen Tag –: Die Leistungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung für unser Land sind gewaltig gewesen. Ich nenne nur einige Beispiele: 1960 hatten wir 740 000 Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft; im Jahre 1977 waren es 337 000. Das heißt, innerhalb eines Zeitraumes von 17 Jahren sind über 400 000 Menschen aus diesem Erwerbszweig ausgeschieden. Was das heißt an Mobilität, an Anforderung an die Einzelschicksale, sollte uns bewußt sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dieser gewaltige Weg der Umschichtung

10552

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dipl.-Ing. Riegler

wurde eigentlich in aller Stille und in aller Stabilität bewältigt.

Ein zweites. Wir haben in der Landwirtschaft eine beachtliche Steigerung der Produktivität, der Leistungsfähigkeit. Wenn ich die Jahre 1970 bis 1977 vergleiche, haben wir in der Landwirtschaft 5,1 Prozent Steigerung der Arbeitsproduktivität pro Jahr. Zum Vergleich: in der Industrie 4,2 Prozent. Das heißt, unsere Bauern sind leistungsfähig. Wir sehen es auch darin, daß sie in der europäischen Konkurrenz bestehen können.

Es gibt doch zu denken, meine Damen und Herren, wenn heute die österreichische Landwirtschaft zum Exporteur in die seinerzeitigen Kornkammern der Monarchie geworden ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, daß es angebracht ist, das auch als ein gesellschaftspolitisches Schulbeispiel zu erkennen, daß nämlich die Leistungsfähigkeit des bäuerlichen Betriebes, des selbständigen Betriebes in einem ganz eklatanten Maß darin zum Ausdruck kommt. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich wollte bewußt diese positiven Leistungen herausstellen, damit wir nicht nur in das Kritisieren, in das negative Darstellen hineinkommen.

Trotzdem ist es notwendig aufzuzeigen, daß die Situation in der Land- und Forstwirtschaft heute viel ernster ist als das allgemeine öffentliche Bild, wo man in erster Linie von Überschüssen, wo man von Subventionen spricht.

Tatsächlich glaube ich, daß wir der Gefahr entgegengehen, neue, gewaltige soziale Spannungen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft im Entstehen zu haben. Dabei möchte ich auch bei dieser Debatte herausstellen, daß die Probleme der Agrarpolitik in allen Industriestaaten schwierig sind. Aber wenn wir vergleichen etwa mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft, mit Schweden oder gar mit der Schweiz, dann müssen wir einfach feststellen, daß der Landwirtschaft dort mit einem viel größeren Verständnis begegnet wird, als es in Österreich derzeit der Fall ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Und diese ernste Situation, meine Damen und Herren, nach acht Jahren SPÖ-Regierung ist nicht zufällig. Und ich glaube, eines feststellen zu können: Die Menschen in Österreich haben zunehmend Verständnis für die Bauern und deren Probleme, weil sie auch wissen, was es für sie bedeutet. Nur diese Regierung hat noch immer nicht das notwendige Verständnis gefunden. Und es wundert mich nicht. Bei einem Bundeskanzler, der vor Jahren gesagt hat: „Wir

werden den Bauern den Brotkorb höher hängen!“, bei einem Handelsminister, dessen Philosophie lautet: „Importieren ist billiger!“; bei einem Finanzminister, der sich sagt, wenigstens bei den Bauern versuche ich zu sparen, wenn es schon sonst nicht gelingt, und bei einem Landwirtschaftsminister, von dem ich den Eindruck habe, daß er sich zum Vollstrecker einer Politik gegen die Bauern hergibt. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wen wundert also dann das Ergebnis, das wir in der Agrarpolitik vorliegen haben?

Im Landwirtschaftsgesetz lautet der Auftrag für die Agrarpolitik, daß sie einen wirtschaftlich gesunden und leistungsfähigen Bauernstand in einem funktionsfähigen ländlichen Raum erhalten soll, daß den in der Landwirtschaft beschäftigten Personen die Teilnahme an der fortschreitenden Entwicklung unserer Volkswirtschaft zu sichern und die wirtschaftliche Lage der in der Landwirtschaft Tätigen angemessen zu verbessern ist. Das ist der Auftrag des Landwirtschaftsgesetzes, und dieser Auftrag, meine Damen und Herren, wurde nach dem heute zur Diskussion stehenden Bericht ganz eindeutig nicht erfüllt. Er wurde ganz eindeutig verfehlt! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Dieser Bericht über das Jahr 1977 weist das schlechteste Ergebnis in der Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft seit langer Zeit aus. Dabei sind die Aussagen in diesen Bericht zum Teil gar nicht in aller Härte und in aller Deutlichkeit aufgenommen worden, wenn die Arbeiterkammer in der Diskussion der Kommission damit nicht einverstanden war. Es wurde etwa die Möglichkeit, Importe durch die eigene Produktion zu ersetzen, nicht aufgenommen. Es wurde die Auswirkung der Kürzung im Bereich des Milchmarktes, die mit 1. Jänner 1977 eingesetzt hat, nicht aufgenommen. Es wurden die negative Kapitalverzinsung, das Problem der Abschreibung, das wir mehrmals in diesem Haus diskutiert haben, nicht aufgenommen.

Ich möchte dies an einem Beispiel verdeutlichen. Im Jahr 1973 hat ein Mähdrescher eines bestimmten Fabrikats 270 000 S gekostet. Das bedeutet bei einer zehnjährigen Lebensdauer eine jährliche Abschreibung, eine Kostenberechnung von 27 000 S. Im Jahr 1978 kostet die gleiche Maschine 400 000 S. Das heißt, es wäre eine jährliche Abschreibung von 40 000 S erforderlich. Allein aus diesem einen Teil heraus ergibt sich ein sogenanntes Scheineinkommen von 13 000 S pro Jahr. Verstehen Sie daher, daß wir bei der Einkommensbewertung auf dieses Problem immer wieder hinweisen müssen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wir haben ein schlechtes Einkommensergeb-

Dipl.-Ing. Riegler

nis trotz einer gewaltigen Arbeitsleistung der bäuerlichen Bevölkerung. Im Grünen Bericht wird auf Seite 43 auf eine Arbeitszeiterhebung aus dem Jahre 1976 hingewiesen, aus der hervorgeht, daß der Bauer eine tägliche Gesamtarbeitszeit von 9,6 Stunden und die Bäuerin von 10,3 Stunden bei – nun hören Sie, meine Damen und Herren! – unterstellten 366 Arbeitstagen pro Jahr zu leisten haben. Ich frage mich: Was soll überhaupt eine solche Auswertung? Wird hier einfach von vornherein unterstellt, daß diese Menschen jeden Feiertag, jeden Sonntag, also Tag für Tag, ihre Arbeit zu verrichten haben? (Ruf bei der ÖVP: *Da hört sich ja alles auf!* – Abg. Dr. Zittmayr: *Das ist eine Gemeinheit!* – Ruf bei der ÖVP: *Das sollte man einmal den Arbeitern zumuten!*)

Wie sehen die Ergebnisse aus? Ich möchte sie nur an einigen wenigen Beispielen aufzeigen. Ich wollte darauf hinweisen, daß bei der Bewertung – die Beschönigung dieser Entwicklung wird ja von Ihrer Seite kommen – auch diese Zusammenhänge, wenn man die Zahlen diskutiert, klar herausgestellt werden müssen.

Das landwirtschaftliche Einkommen betrug im Jahr 1977 nach dem vorliegenden Bericht 5 800 S pro Monat. Das sind real um 3,5 Prozent weniger als im Jahr 1976. Nun werden Sie sagen: Das landwirtschaftliche Einkommen allein macht es nicht aus, es gibt noch einen Zuverdienst. Das Gesamterwerbseinkommen einschließlich der öffentlichen Zuschüsse beträgt 6 600 S im Monat je Arbeitskraft. Das sind real um 2,5 Prozent weniger als im Jahr 1976. Was heißt das also, meine Damen und Herren? (Der Redner zeigt eine Tabelle vor.) Der Einkommensabstand zwischen dem landwirtschaftlichen Verdienst und der Einkommensentwicklung im Durchschnitt der Arbeitnehmer ist größer geworden. Noch tragischer schaut die Entwicklung aus, wenn wir das Hochalpengebiet, das Hauptproduktionsgebiet der Bergbauern, hernehmen. Hier hat sich der Einkommensabstand von 2 900 S im Jahr 1970 auf 7 450 S im Jahr 1977 vergrößert. Da helfen alle Beteuerungen nichts, daß noch nie so viel für die Bergbauern getan worden wäre. Man muß den Appell richten, daß diesen Menschen geholfen werden muß, und zwar in einer wirksameren Weise als bisher. (Beifall bei der ÖVP.)

Beim Gesamterwerbseinkommen beträgt die Differenz 4 970 S; im Jahr 1970 waren es 2 348 S. Das heißt also, daß sich die Einkommensdisparität vergrößert hat, und darüber können alle Prozentvergleiche nicht hinwegtäuschen. Ich glaube, das muß man deutlich sagen: 10 Prozent mehr bei 2 000 S sind eben etwas anderes als 10 Prozent mehr bei 8 000 oder 9 000 S. Daher geht es auch um den absoluten Wert, der dieser Entwicklung zugrunde liegt.

Noch eines, das Sie vermieden haben, im Grünen Bericht deutlich hervorzuheben und auszuwerten. Wenn man die Buchführungsergebnisse – das ist ja nicht der Durchschnitt, sondern ein gehobener Stand beziehungsweise Standard – umlegt auf die Armutsgrenze, auf den Mindestbeitrag, den die Sozialversicherung für die Einkommensbildung vorsieht, dann sind 13 Prozent der Betriebe unterhalb dieser Grenze. Es gibt eine Erhebung über die Aufteilung der Einkommensbezieher von unter 3 000 S aus dem Jahre 1976. Daraus ergibt sich, daß bei den selbständigen Landwirten 20 Prozent unter dieser 3 000-S-Grenze zu liegen gekommen sind. Bei den sonstigen Arbeitern als nächstgrößere Gruppe waren es 13 Prozent und bei den freien Berufen 6 Prozent. Ich glaube, daß diese Ergebnisse doch etwas aussagen und uns zu denken geben sollten.

Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, zeigt sich auch darin, daß die Investitionskraft der Land- und Forstwirtschaft zurückgegangen ist. Ich nehme wieder den Grünen Bericht her. Dort wird auf Seite 51 ausgewiesen, daß bis zum Jahre 1975 etwa ein Drittel des Gesamteinkommens der Bauern für die Eigenkapitalbildung, für Investitionen verwendet werden konnte. Im Jahr 1977 sind es 25 Prozent. Das heißt, es ist weniger geworden, was vom Einkommen für die Kapitalbildung verwendet werden kann.

Meine Damen und Herren! Es sitzen jetzt sehr wenige von der linken Seite hier im Haus – wahrscheinlich, weil sie zur Landwirtschaft keine sehr intensive Beziehung haben. Ich appelliere aber an die Gewerkschafter, denn das müßte doch gerade die Gewerkschaften etwas angehen, das müßte gerade sie interessieren. Vor wenigen Tagen war in der Zeitung zu lesen, daß die Steyr-Werke 250 Mitarbeiter entlassen müßten. Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion und von der Gewerkschaft, müßten wir uns nicht gemeinsam bemühen, den Bauern ihre Kaufkraft zu erhalten, weil ja eine alte Erfahrung zeigt, daß der Bauer bestrebt ist, das, was er verdient, zu investieren, wieder einzusetzen, also der Industrie, dem Gewerbe und den Dienstleistungen wieder zuzuführen? (Abg. Kern: *Im eigenen Land, nicht in Mallorca!*)

Wir sichern damit nicht nur die Entwicklung in der Landwirtschaft, sondern wir sichern damit auch Arbeitsplätze! Das ist es ja, was grundsätzlich Ihre Wirtschaftspolitik kennzeichnet, nämlich daß Sie nur in Sektoren denken, daß Sie nicht erkennen, wie die Dinge zusammenhängen und wie sich eine positive Entwicklung in einem Bereich auch positiv für andere Bereiche auswirkt. (Beifall bei der ÖVP.)

10554

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dipl.-Ing. Rieger

Daher ist es klar, daß eine erfolgreiche Agrarpolitik auch für die anderen von Vorteil ist und eine schlechte Agrarpolitik sicher zunächst die Bauern trifft, aber im weiteren sich auch auf die anderen Bereiche negativ auswirkt.

Ich möchte noch ein Merkmal herausstellen. Im Jahr 1970, als die Auswirkung der Agrarpolitik noch nicht von der sozialistischen Regierung, sondern von der Arbeit der Regierung vorher gekommen ist, hatten wir in allen acht Produktionsgebieten Österreichs einen Reinertrag, also eine positive Verzinsung des Betriebskapitals in der Landwirtschaft. In allen acht Produktionsgebieten!

Im Jahr 1977 gibt es nur mehr in drei dieser acht Produktionsgebiete eine positive Verzinsung, nur mehr in drei! In fünf Gebieten bedeutet das, daß das Kapital, das in den landwirtschaftlichen Betrieb investiert wird, nicht nur keinen Ertrag bringt, sondern daß es Kosten verursacht, daß es vom Einkommen des Bauern noch mitbezahlt werden muß. Und das sind doch Dinge, die auch in aller Deutlichkeit herausgestellt werden müssen.

Sie verschweigen im Bericht die negativen Werte. Wir haben eine Anfrage gestellt, wir hoffen, darauf Auskunft zu erhalten.

Im Ausschuß – und das muß ich doch hier aufzeigen – hat der Minister bei der Debatte über diese Frage gesagt, der landwirtschaftliche Betrieb sei ja keine Kapitalanlage, so ungefähr hat er es gesagt, sondern er ist ein Arbeitsinstrument, und daher könne keine Verzinsung verlangt werden.

Herr Minister, was soll denn das heißen? Soll das heißen, daß von den Bauern erwartet wird, einen Teil ihres Einkommens zu investieren, damit sie sich ihren Arbeitsplatz erhalten, daß aber eine Verzinsung dieses eingesetzten Kapitals eine Zumutung wäre? Welche Konsequenzen hat das? Das müßte doch die Konsequenz haben, daß sich jeder Unternehmer sagt, ich investiere mein Kapital woanders. Und das führt ja auch zu den Schwierigkeiten in der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Dabei müssen wir feststellen – auch das weist Ihr Bericht ja klar aus –, daß die Kapitalbelastung mit 780 000 S pro Arbeitskraft in der Landwirtschaft besonders hoch ist und daß daher die Frage, wieweit sich dieses Kapital auch wieder rentiert, eine sehr entscheidende sein muß.

Ich komme nun zur Hauptursache der schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung. Wir haben hier (der Redner zeigt eine Graphik) die Entwicklung der Gesamtausgaben und die

Entwicklung der Betriebseinnahmen, das, was im Fachjargon Preis-Kosten-Schere heißt. Wenn Sie sich dieses Bild ansehen, ich glaube, man braucht nicht sehr viel dazu zu sagen. Hier ist diese Schere eklatant auseinandergefahren, daher ist es nicht verwunderlich, wenn das Einkommen dieser Menschen zurückgegangen ist, weil eben die Fehler nicht in der Entwicklung der Natur, sondern in der Wirtschaftspolitik gelegen sind. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Dabei haben wir die schlechte Entwicklung des Jahres 1977 noch dadurch etwas mildern können, daß wir die Anhebung des Vorsteuersatzes bei der Mehrwertsteuer von 6 auf 8 Prozent durchgesetzt haben. Das ist ein Erfolg der ÖVP, meine Damen und Herren, denn wir haben jahrelang darum gekämpft, das ist ein Erfolg des Bauernbundes, der sich für diese Frage mit aller Intensität eingesetzt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Diese wenigen Fakten, die ich versucht habe hier aufzuzeigen, zeigen eines: 1977 ist für die österreichischen Bauern das schlechteste Jahr seit langem. Und der Grund, meine Damen und Herren, warum wir diesen vorliegenden Bericht ablehnen, ist, daß wir die darin zum Ausdruck kommende Agrarpolitik der sozialistischen Bundesregierung ablehnen müssen.

Wir haben in der Diskussion im Ausschuß auch darauf hingewiesen, daß unseres Erachtens einige Dinge in den Bericht aufgenommen werden sollten, die die Aussagekraft verbessern könnten: zum Beispiel im Zeitalter der verbesserten wirtschaftlichen Prognosebildung auch ein Ausblick auf das nächste Jahr, denn wir wollen ja diesen Bericht nicht nur als Diskussionsgrundlage über einen vergangenen Abschnitt haben, sondern als Grundlage dafür, was in der Agrarpolitik anders gemacht werden soll. Wir wollen in diesem Bericht eine Aktualisierung haben. Das Institut für Wirtschaftsforschung ist in der Lage, bereits im April eine Vorausschau für das laufende Jahr zu geben. Und hier diskutieren wir am Ende des Jahres 1978 über die Entwicklung im Jahr 1977. Das kann doch den heutigen Möglichkeiten der Wirtschaftswissenschaft nicht voll entsprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir sind es bereits gewohnt, meine Damen und Herren, daß die Redner der sozialistischen Fraktion aufmarschieren und sagen werden, das sei eine Schwarzmalerei, es sei ja ohnehin alles in bester Ordnung. Ich empfehle Ihnen eines, Herr Kollege Pfeifer (Abg. Anton Schläger: Er kann nicht lesen!) und meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite: Reden Sie doch mit den Bauern direkt, gehen Sie hinaus, erkundigen Sie sich, wie diese betroffenen Menschen die Dinge beurteilen. Gehen Sie hinauf auf die

Dipl.-Ing. Riegler

Galerie, es sitzen viele Bauern oben, fragen Sie doch, wie die Entwicklung ist, und hören Sie auf, hier der Öffentlichkeit etwas vorzumalen, was den Realitäten überhaupt nicht gerecht wird. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Sie werden auch wieder hoffnungsvoll in die Vergangenheit flüchten und sagen, seinerzeit war das noch viel schlechter. Daher möchte ich auch dazu ein klares Wort aussprechen: In der Regierungszeit der ÖVP von 1966 bis 1970 sind in einer wirtschaftlich schwierigen Situation alle Anstrengungen unternommen worden, eine Strukturverbesserung in der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung einzuleiten, in Gewerbe und Industrie, aber auch in der Landwirtschaft. Ich verweise etwa darauf, daß damals die notwendige Umlenkung von der Milch- auf die Fleischproduktion vorgenommen wurde. Sicher mit Härten in der ersten Phase, aber mit positiven Auswirkungen bis weit in die siebziger Jahre hinein. Ich verweise darauf, daß die Umlenkung von Brot- auf Futtergetreide in dieser Zeit eingeleitet wurde, ebenfalls mit einer längerfristigen, sehr positiven Auswirkung auf diesen Sektor. Und ich verweise auch darauf, daß es in den Jahren von 1967 bis 1969 möglich war, die Außenhandelspolitischen Voraussetzungen zu verbessern.

Gegen den Willen der Sozialistischen Partei wurde damals ein Ausgleichsabgabengesetz beschlossen. Es wurde 1968 ein Außenhandelsgesetz beschlossen, ein Geflügelwirtschaftsgesetz gegen die Stimmen der SPÖ. Das Zuckergesetz, das Stärkegesetz wurden gegen den Willen der SPÖ beschlossen, die Stärkeförderung, die Stärkeprodukteabgabe. Das waren Maßnahmen, die in der damaligen Entwicklung dem Vorgehen der Europäischen Gemeinschaft gerecht geworden sind, das waren EG-konforme Lösungen. Dann ist diese Entwicklung steckengeblieben.

Und damit, meine Damen und Herren, sind wir bei einem Hauptproblem der Agrarpolitik, sind wir bei einem Hauptversagen dieser Regierung, nämlich bei der Frage des Agrarausßenhandels. (Zustimmung bei der ÖVP.)

1972 wurde ein Handelsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft geschlossen. Die Landwirtschaft wurde ausgesperrt. Im Interesse der volkswirtschaftlichen Integration wurde erklärt, wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, daß die EG eine Einbeziehung der österreichischen Landwirtschaft ablehnt, obwohl die österreichische Landwirtschaft sich jahrelang bemüht hat, europareif zu sein und in den Gemeinsamen Markt integriert zu werden. Es gibt aus dem Jahr 1972 ein Parteienübereinkommen. Darin wurde zugesichert, Sorge dafür zu

tragen, daß der Milchmarkt in Großbritannien erhalten bleibt. Mit 1. Jänner 1973 war er verloren. Es wurde zugesichert, daß man EWG-ähnliche Regelungen schaffen wird. Wir warten heute noch darauf. Es wurde zugesichert, Qualitätsklassenverordnungen zu schaffen. Jahrelang wurden diese Maßnahmen verzögert. Und nun, wenn es darum geht, die negativen Auswirkungen auszugleichen, wird der Landwirtschaft die Subvention vorgeworfen, wird sie als Subventionsempfänger hingestellt, wird die Exportförderung, die notwendig ist, um diese Nachteile zu mildern, der Landwirtschaft zum Vorwurf gemacht. So geht das nicht, meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft hat ein Recht darauf, daß diese negativen Auswirkungen ausgeglichen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte noch eines sagen: Die österreichischen Bauern sind wettbewerbsfähig, und wir sind für einen freien Wettbewerb, nur ist es eine Tatsache, daß wir von den natürlichen Absatzmärkten einfach ausgesperrt sind.

Ich habe auf die Milchprodukte hingewiesen. Wir haben den Schlachtviehabsatz nach Italien verloren, es droht Gefahr bei der Entwicklung des Zuchtviehabsatzes.

Meine Damen und Herren! Der Bericht der Bundesregierung weist auf Seite 11 das Zeugnis dieser Außenhandelspolitik sehr drastisch aus, wenn es heißt, das Agrarhandelsdefizit ist innerhalb von fünf Jahren von 6 Milliarden auf 14 Milliarden Schilling gestiegen, wenn es in diesem Bericht heißt, meine Damen und Herren, im Jahr 1972 hatten wir gegenüber der EG 520 Millionen Defizit auf dem Agrarsektor, im Vorjahr 5,2 Milliarden Schilling, also das Zehnfache dieser negativen Handelsentwicklung, und wenn es in diesem Bericht heißt, im Jahr 1972 war der EWG-Anteil am Handelsdefizit 7,5 Prozent und im Jahr 1977 37,5 Prozent. Hier kommt doch klar zum Ausdruck, daß einfach ein Versagen auf dem Gebiet der handelspolitischen Entwicklung in diesem Sektor vorliegt. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich weiß schon, daß es schwierig ist, daß die EG ein harter Verhandlungspartner ist, daß es nicht leicht ist, sich durchzusetzen, aber – und das machen wir Ihnen zum Vorwurf –, die Bundesregierung insgesamt hat diese Entwicklung auf die leichte Schulter genommen. Der Bundeskanzler hat einmal erklärt: Ich bin ja kein Viehverkäufer!

Andere Staatsmänner, etwa der französische Staatspräsident, sind sich nicht zu gut, daß sie mit den Regierungen der anderen Staaten über die Sorgen ihrer Landwirtschaft verhandeln. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. A. Schlager: Schober nach Brüssel! – Heiterkeit. – Ruf bei der ÖVP: Vom „Maxim“!)

10556

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dipl.-Ing. Riegler

Der Handelsminister, meine Damen und Herren, war seit 1972 nicht in Brüssel, und in einer Fragebeantwortung wurde mir hier im Hohen Haus gesagt: Ja glauben Sie denn, daß in der jetzigen wirtschaftspolitischen Situation die EG-Staaten bereit sind, den Vertrag zu ändern? Was wir machen können, ist nichts anderes als Goodwilltouren. – Bei einer solchen Einstellung darf man sich nicht wundern, wenn die Erfolge ausbleiben. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Den Landwirtschaftsministern, dem Vorgänger und dem jetzigen, möchte ich durchaus bescheinigen, daß sie sich wiederholt bemüht haben, daß sie sich in Brüssel und in anderen Teilen der EG-Staaten für die Probleme eingesetzt haben. Aber was war der Erfolg? – Der Erfolg waren Erfolgsmeldungen seit dem Jahr 1974. Nur: Die Erfolge selbst sind ausgeblieben, meine Damen und Herren, auf die warten wir immer noch, und zwar auf echte Erfolge, nicht auf das Abwehren noch schlechterer Entwicklungen.

Nun war in jüngster Zeit nach dem Besuch von Gundelach in Wien zu lesen, jetzt sei eine neue Ära der Agrarhandelspolitik mit der EG angebrochen. Und daher einige Fragen, Herr Minister.

Wie sieht es nun aus? Soweit ich gehört habe, konnte sich Gundelach mit seinen Zusicherungen, die er in Wien gemacht hatte, bisher in Brüssel nicht durchsetzen, das heißt, die Gefährdung unserer Zuchtviehexporte besteht nach wie vor.

Zweite Frage: Stimmt es, daß Sie Zugeständnisse gemacht haben, daß Tiere über sechs Jahre nicht mehr als Zuchtvieh akzeptiert werden und daß allein von da her eine beträchtliche Schmälerung droht?

Wie steht es mit dem beabsichtigten Kompen-sationsgeschäft Schlachtvieh – Verarbeitungs-fleisch?

Wie steht es mit dem Mindestpreisab-kommen?

Lauter Fragen, die die Bauernschaft sehr direkt und unmittelbar betreffen. Und ich möchte eines sagen: Ihr größter Fehler scheint mir darin zu liegen, daß Sie immer wieder Erfolge hinausposaunen, ohne diese Erfolge zu haben, und daß die EG-Staaten sagen: Die Österreicher haben schon wieder etwas erreicht! – Dabei haben wir den einen Erfolg noch gar nicht, den Sie drei- und viermal bereits in der Öffentlichkeit verkauft haben. (Zustimmung bei der ÖVP.)

In aller Kürze in diesem Zusammenhang doch ein sehr grundsätzliches Problem. Immer wieder wird den Bauern der Vorwurf gemacht, Über-

schüsse zu produzieren. Dabei müssen wir eines erkennen: Alle Industriestaaten haben steigende Produktivität, stagnierende Absatzentwicklung im Inland, und daher sind die größten Industrienationen wie die USA und andere Industriestaaten auch die größten Agrarexportiere der Welt.

Auch in Österreich haben wir diese Situation. Wir haben eine strukturelle Produktion über den Eigenbedarf hinaus bei Vieh, bei Milch, bei Getreide, bei Wein. Ich glaube, daß es um folgendes geht: entweder anzuerkennen, daß diese Produktivitätsentwicklung den Konsumenten ja auch die Vorteile gebracht hat, und sie entsprechend zu verwerten, oder Sie müßten klar sagen, daß Sie einen Teil der Flächen stilllegen wollen. Eine andere Konsequenz gibt es nicht. Ich glaube, daß das Stilllegen von Flächen einfach unvorstellbar ist, und daher geht es darum, daß wir den Strukturwandel bejahen, daß wir aber auch klar dazu stehen müssen, die Verwertung der landwirtschaftlichen Produktion sicherzustellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, daß es notwendig ist, zwei Irrwege zu vermeiden: den einer industriellen Produktion in der Landwirtschaft und den zweiten der Versorgung aus den Weltmärkten. Beide Wege würden zunächst billigere Nahrungsmittel liefern. Beide Wege wären aber gerade für einen neutralen Staat unverantwortlich und würden mit einem hohen Preis bezahlt werden müssen, den wir unserer österreichischen Bevölkerung einfach nicht zumuten können. (Beifall bei der ÖVP.)

Daher ganz klar: Die Ernährungssicherung kostet etwas. Sie ist nicht zum Nulltarif möglich, sondern es geht um die Frage: Wie geschieht die wirtschaftlichste Form der Exportproduktion? Wie können wir möglichst viel Wertschöpfung erreichen? Wie können wir möglichst viele Arbeitsplätze im Inland sicherstellen?

In dem Zusammenhang noch ein ernstes Problem. Es besteht die Gefahr, daß bei der derzeitig angespannten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt die Bauern zu einem gewissen Puffer in der Arbeitsmarktentwicklung werden sollen, daß es einen Rückstau von Arbeitskräften in der Landwirtschaft gibt, die außerhalb keine Arbeitsmöglichkeit finden. Und das wäre eine sehr gefährliche Entwicklung, meine Damen und Herren, weil hier soziale Probleme unabsehbaren Ausmaßes auftreten würden. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Daher glauben wir, daß wir überlegen müssen: Welche zusätzlichen Chancen gibt es außerhalb der Landwirtschaft im ländlichen Bereich und welche zusätzlichen Chancen gibt

Dipl.-Ing. Riegler

es innerhalb der Landwirtschaft, neue Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsplätze sicherzustellen, eine positive Arbeitsplatzpolitik zu betreiben?

Es gibt Möglichkeiten im Bereich von Spezialkulturen, im Bereich der Veredelung, aber diese Möglichkeiten können von den Bauern nicht allein bewältigt werden, hier bedarf es einer Unterstützung, beginnend vom Versuchswesen über die Beratung, über die Marktforschung. Über die Ausfallshaftung. Es soll einfach das Risiko ermöglicht werden, es soll abgesichert werden. Es sind viele kleine Schritte notwendig. Voraussetzung ist aber der politische Wille, diese Chancen zu nutzen, und dieser Wille ist bei Ihnen nicht vorhanden, sondern es geht in den Weg eines Reduzierens, eines Zusperrens. Ich sage das sehr bewußt.

Wir haben auf dem Milchmarkt eine Mengenbeschränkung. Sie wurde notwendig, weil Fehler in der agrarpolitischen Entwicklung vorangegangen sind. Eine solche Mengenregelung ist ein Eingriff in den einzelnen Betrieb, sie ist daher problematisch. Daher haben wir immer gesagt: Wenn dieser Schritt notwendig ist, dann muß er die letzte Maßnahme sein, eine Feuerwehrmaßnahme, und nur dann wirken, wenn es eben wirklich notwendig ist.

Das Ziel von Ihnen, Herr Minister, war es, mit dieser Vorgangsweise die Produktion auf diesem Sektor möglichst rasch herabzudrücken. Daher waren diese Verhandlungen so schwierig. Wir haben unter großen Schwierigkeiten einen Kompromiß gefunden, weil wir der Auffassung waren, das System und die wirtschaftlichen Auswirkungen sind vertretbar. Wir haben eine hohe politische Miterantwortung auf uns genommen, wir bekennen uns dazu, und wir haben Ihnen als Regierung damit manchen Gegenwind in den vergangenen Monaten weggenommen.

Der Dank der Bundesregierung, meine Damen und Herren, ist nun ein Vertragsbruch. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Denn es wurde von uns in diesen Verhandlungen immer wieder gesagt: Diese Regelung auf dem Milchsektor ist nur vertretbar im Rahmen einer Gesamtagrarpolitik, die sich bemüht, eine positive Produktionsumlenkung weiterzuführen, damit den Grünlandgebieten eine Weiterentwicklung in der Milcherzeugung möglich ist. Das Richtmengensystem bietet diese Möglichkeit, es ist flexibel. Man muß es nur agrarpolitisch richtig anwenden und zum Vorteil der Bauern anwenden. (Beifall bei der ÖVP.) Daher sage ich: Wenn die Österreichische Volkspartei in die Verantwortung berufen werden sollte, wird ein ÖVP-Landwirtschaftsminister diese Anwendung für die Bauern vornehmen. Das können wir den Milchbauern im

Namen der Österreichischen Volkspartei versprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei Verhandlungsabschluß im Mai 1978 war klar: Das Ölsaatenprojekt soll noch im Juni verwirklicht werden. Die Getreidemarktordnung bleibt unverändert. Die Milchpreisstützung wird für die Gesamtmenge bezahlt.

Es gibt hier ein Berechnungspapier vom 19. Mai, vom Abschluß der Verhandlungen, wo klar zu lesen steht: Staatliche Milchpreisstützung für Gesamtanlieferung. Wo zu lesen steht: Staatliche Milchpreisstützung 1 219 Millionen Schilling. Bedeckung: Bund, Budget. Das ist ein Bestandteil der Verhandlungen.

Wenn nun nachträglich erklärt wird, das gelte nicht, das sei ja nicht abgemacht, so ist es ein Nichteinhalten der politischen Bedingungen, unter denen damals dieser Kompromiß zustande gekommen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Es war klar, daß eine positive Absatzpolitik betrieben wird, daß Maßnahmen gegen die Importentwicklung ergriffen werden.

Wie sieht es nun aus? – Das Ölsaatenprojekt ist zumindest vorläufig begraben. Beim Viehabsatz erspart sich der Minister aus den zweckgebundenen Einnahmen heuer schätzungsweise 20 Millionen Schilling, während die Bundesländer ohne Einnahmen etwa 150, 160 Millionen Schilling aufzuwenden haben, damit der Absatz möglich ist. Und dann erklären Sie im Ausschuß, es seien ausreichend Absatzförderungsmittel vorhanden.

Der Getreidemarkt steuert einer echten Krise, ja man könnte fast sagen, einer katastrophalen Entwicklung zu.

Hier ist mir, Herr Minister, Ihr Interview im „AGRA-EUROPE“ vom 9. Oktober aufgefallen, wo Sie erklären, Sie kündigten einen breiteren Spielraum für den österreichischen Markt bei Futterweizen an.

Ich habe noch im Ohr die Aussage eines Arbeiterkammervertreters, der erklärt hat, er warne vor einer Hochpreispolitik bei Futtergetreide.

Soll das heißen, meine Damen und Herren – ich frage Sie, Herr Minister –, daß Sie bewußt eine Entwicklung gehen, die Futtergetreidepreise herabzudrücken, um damit einen Zusammenbruch auf diesem Sektor herbeizuführen und damit den Vorwand zu haben, daß die Preise der Veredlungsproduktion herabgedrückt werden müssen? Das ist die Frage, um die es hier geht und wo nun durch ein Junktimieren in einzelnen Fragen eine Lösung der Probleme einfach hinausgeschoben wird; wo die Exportchancen vertan werden; wo eine Silomaisaktion

10558

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dipl.-Ing. Riegler

nicht ergriffen wird, obwohl – hier muß ich den Staatssekretär Schober loben – zu hören war, daß er sich mit Verständnis geäußert habe. Aber er hat dazugefügt, daß er ja keine Kompetenz habe.

Nun, ich verstehe schon, daß er immer mehr aus dem Ministerium flüchtet, und ich muß sagen, ich habe sogar das Empfinden, daß er es menschlich wirklich nicht leicht hat. (*Ruf bei der ÖVP: Wohin?*) Na, wohin er flüchtet – man kann es ja hin und wieder nachlesen. (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! In der „Presse“ vom 26. August steht ein hartes Wort: „Der Minister als Bauernleger.“ Ich sage: Es ist ein sehr hartes Wort. Aber, Herr Minister, wundern Sie sich, wenn eine solche Beurteilung von unabhängiger Seite vorgenommen wird? Ich frage Sie: Wundern Sie sich, wenn das Verhandlungsklima schwieriger wird, wenn immer wieder das Gefühl vorhanden sein muß, getäuscht zu werden und getäuscht worden zu sein?

Ich frage mich: Gilt wirklich nur mehr das, was mit einem Zweidrittelgesetz abgesichert ist? In der bäuerlichen Bevölkerung hat ein gegebenes Wort seine Bedeutung, und ich frage mich, ob Ihnen diese Bedeutung eines gegebenen Wortes wirklich fremd ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Mit dem Stützungsabbau wurde ein Bestandteil der Marktordnungsregelung gebrochen. Statt für die Einhaltung dieses Verhandlungsergebnisses zu kämpfen, muß sich der Landwirtschaftsminister im Fernsehen hinstellen und diesen Stützungsabbau verkünden.

Im Jahr 1969 ist der Herr Minister Piffl zurückgetreten, weil er eine Konzeption für seine Politik nicht durchsetzen konnte. Nun, bei der SPÖ-Regierung hätten schon viele Minister zurücktreten müssen. Es ist daher nicht zu erwarten, daß der Landwirtschaftsminister es tun wird. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich erinnere mich doch, meine Damen und Herren: Bei den Milchpreisverhandlungen im Sommer dieses Jahres hat die Arbeiterkammer gesagt: Keinen Groschen mehr beim Trinkmilchpreis! – Und der Handelsminister hat erklärt – ich habe das noch gut im Ohr –: 40 Groschen ist das Äußerste, da muß ich die Arbeiterkammer vergewaltigen! – Damals mußten für die Erzeugerpreise der Bauern, für die Löhne, für die Betriebskosten, etwa 700 Millionen Schilling auf die Produkte umgelegt werden.

Drei Monate später wird der gleich hohe Betrag vom Finanzminister auf die Verbraucher überwälzt, von der Arbeiterkammer ist kein

Wort zu hören, vom Handelsminister ist kein Wort zu hören, daß das nicht tragbar wäre; während im Jahr 1966 die Sozialistische Partei noch erklärt hat: Ein Stützungsabbau ist unannehmbar, weil er die Arbeitnehmer trifft.

Ich zitiere hier die „Arbeiter-Zeitung“ vom 21. Oktober 1966 – auch das ist interessant, wir haben gestern die Anhebung der Familienbeihilfen zur Diskussion gehabt –:

„Die sogenannte Abgeltung der Teuerung durch die Kinderbeihilfe ändert nichts am Ausmaß der Belastung der arbeitenden Menschen, denn auch die Beiträge zum Kinderbeihilfenzfonds sind ... mittelbar Bestandteil des Lohnes, werden also letzten Endes von den Dienstnehmern selbst bezahlt.“ – SPÖ-Argumentation von 1966.

Aber inzwischen schweigt ja die Arbeiterkammer zu jeder Belastung. Die Antwort erhalten Sie auch bei den verschiedenen Wahlen. Diese Antworten werden Sie auch weiterhin erhalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun sagen Sie, das habe keine Auswirkungen auf die Bauern. – Daher auch dazu ein klares Wort: Diese Aussage, diese Behauptung ist falsch. Denn höhere Verbraucherpreise bewirken höhere Exportkosten. Das müssen die Bauern bezahlen. Höhere Verbraucherpreise bewirken einen Rückgang des Inlandsverbrauches, daher höhere Exportmengen. Das müssen die Milchbauern bezahlen. Höhere Verbraucherpreise bewirken durch den Rückgang des Inlandsverbrauches eine geringere Richtmenge, das wirkt sich also negativ auf das Einkommen der Milchbauern aus. Die Folge also: Die Bauern zahlen mit schlechteren Preisen für diese Vorgangsweise. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nach unserer Schätzung beträgt die Gesamtbelaustung daraus etwa 200 Millionen Schilling; das heißt, der positive Einkommenseffekt bei der Systemumstellung wurde weitgehend annuliert. Die Hälfte der Preisrunde wurde wieder weggemommen. Oder, wenn man es anders ausdrückt: Die Aufstockung der Bergbauernförderung müssen die Milchbauern mit einem geringeren Einkommen bezahlen. Das ist ja Ihre alte Taktik in der Förderungspolitik. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich vermute fast, meine Damen und Herren, daß der Landwirtschaftsminister den Auftrag hatte, zunächst bei der Marktordnungsregelung diese Beträge einzusparen. Dort ist es ihm nicht gelungen, daher wird es nun auf diesem Wege von den betroffenen Milchproduzenten wieder weggemommen.

Ich stelle daher eines deutlich fest: Wir werden uns diese Vorgangsweise nicht gefallen

Dipl.-Ing. Riegler

lassen. Und, meine Damen und Herren von der Regierungsseite, Sie werden sich noch oft mit den Bauern in dieser Frage auseinandersetzen müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme zum Schluß. Wenn die Kreisky-Regierung spätestens im Oktober 1979 abtritt, dann wird sie – wie in den anderen Bereichen – auch in der Agrarpolitik ein schweres Erbe hinterlassen. (Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)

Es ist daher höchste Zeit, meine Damen und Herren, daß es auch in der österreichischen Agrarpolitik wieder zu einem Kurswechsel kommt. Wir haben diese Konzeption der Agrarpolitik klar aufgezeigt in unserem Konzept zur Sicherung der Ernährung mit den Zielsetzungen einer sachlichen Einkommenspolitik, einer sachgerechten Förderungspolitik. Vor allem mit dem Ziel der Schaffung von mehr Chancengleichheit im Außenhandel, wo es darum geht, uns der Konkurrenz entsprechend anzupassen; mit dem Ziel, daß wir den Inlandsmarkt wieder stärker für die eigene Produktion möglich machen und daß wir auf der anderen Seite eine breitere Exportpalette aufbauen, eine bewußte Exportpolitik betreiben. Wir werden alles tun, die Vielzahl der kleinen Chancen wahrzunehmen, von der Forschung bis zur Investitionsförderung und zur Exportförderung hin. Wir werden vor allem alles tun, daß wieder eine Agrarpolitik mit den Bauern möglich wird und nicht eine Agrarpolitik gegen die Bauern betrieben wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Es wird notwendig sein, statt Mißtrauen, statt Ausspielen wieder eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Bund, den Ländern, den Kammern und den bäuerlichen Organisationen herzustellen, und statt einer Teillösung, die sich zum Teil widerspricht, wieder eine Gesamtkonzeption zu verfolgen.

Das heißt zur Beurteilung der heutigen Diskussion: Der Grüne Bericht weist reale Einkommensverluste auf und eine Fülle von Problemen. Dieser Zustand ist das Ergebnis einer Agrarpolitik ohne Gesamtkonzept.

Was wir brauchen, ist wieder eine konzeptive, eine offensive Agrarpolitik, damit wir den Bauern in Österreich einen besseren Weg in die Zukunft geben können, damit wir vor allem den jungen Menschen in diesem Berufsstand wieder eine Chance geben können und damit wir der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung gerecht werden. Denn wir haben bewußt in unserem Ernährungssicherungskonzept gesagt: Sicherheit für die Landwirtschaft ist Sicherheit für alle. Und dafür werden wir uns einsetzen! (Lang anhaltender Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pfeifer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Riegler hat zu Beginn seiner Ausführungen einige versöhnliche Sätze gesprochen und hat dann eigentlich mit dem Generalangriff des Bauernbundes gegen die sozialistische Agrarpolitik begonnen. Ich habe mir eine Rede vorbereitet, ich werde aber diese Rede, die ich mir vorbereitet habe, nicht halten, sondern ich werde auf seine Argumente eingehen.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Erstmals steht auf Wunsch der großen Oppositionspartei als eigener Tagesordnungspunkt der Grüne Bericht 1977 zur Diskussion. Die große Oppositionspartei hat diesen Wunsch ausdrücklich geäußert, und wir sind diesem Wunsch nachgekommen.

Kollege Riegler hat nun alles, was man so rasch und in mehr als in einer dreiviertel Stunde an Negativem über die sozialistische Agrarpolitik aus der Sicht der großen Oppositionspartei sagen kann, hier am Pult erklärt. (Abg. Dr. **Mussil**: Wenn es nichts Positives gibt!)

Wir werden hier nichts beschönigen, meine Damen und Herren, wir haben nie etwas beschönigt. Zahlen sind Zahlen, Fakten sind Fakten!

Er hat dann in seinem Generalangriff und mit vielen Argumenten gegen die sozialistische Agrarpolitik aus der Sicht der großen Oppositionspartei auch gleich auf eines hingewiesen – er hat gesagt –: Da wird ja jetzt der Redner der sozialistischen Parlamentsfraktion kommen, und der Pfeifer wird jetzt beschönigen und sagen, wie gut es den Bauern geht.

Ja, meine Damen und Herren, der Pfeifer wird bitte natürlich auch das sagen (Abg. **Graf**: Wer ist der Pfeifer?), wovor Sie sich immer ein wenig fürchten. Sie wollen uns nämlich angreifen, meine Damen und Herren, und uns dann verwehren, es uns mit einem Wort ganz einfach nicht möglich machen, daß wir, wenn Sie beinhalt angreifen, auch einmal ein wenig zurückschauen, wie das bei Ihnen war. Denn Sie waren ja hier an der Regierungsbank vier Jahre allein verantwortlich, meine Damen und Herren, und da hätten Sie ja eigentlich alles für die Landwirtschaft tun können. Und Sie haben, meine Damen und Herren, wohlweislich sofort hier deponiert: Der Pfeifer und die sozialistischen Abgeordneten, die sozialistischen Redner heute werden doch hoffentlich nichts von der Zeit reden, wo die ÖVP allein regiert hat. Den Gefallenen, meine Damen und Herren, bei der

10560

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Pfeifer

Angriffswelle, bei der Verdrehungswelle, die Sie hier starten, den Gefallen werden wir Ihnen nicht erweisen! (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mussil: Der Pfeifer ist ein Oberverdreher!*)

Jetzt, Herr Kollege Riegler, zu Ihnen. Sie beginnen damit, daß Sie sagen: Die Bauern fragen, was sie tun sollen. Ja, meine Damen und Herren, die Bauern fragen nicht erst seit 1970, was sie tun sollen. Und nicht nur die Bauern fragen, sondern viele Berufsstände artikulieren selbstverständlich ihre Wünsche.

Aber bitte, die Bauern haben ja auch vor 1970 gefragt, was sie tun sollen, und ich muß Ihnen ehrlich sagen, sie haben auch mit dem Bundeskanzler zu Ihrer Zeit reden wollen, mit einem gewissen Dr. Klaus. Der Dr. Klaus ist beim Hintertürl verschwunden, und die Bauern konnten wieder gehen. Das haben Sie offenbar schon vergessen. So haben Sie zu Ihrer Zeit die Bauern behandelt.

Und wenn Sie jetzt sagen, wie denn die sozialen Dinge lagen, meine Damen und Herren, zu Ihrer Zeit: Ja haben Sie denn, bitte vergessen, wie die soziale Situation in Ihrer Zeit war? Ich wohne genauso wie manche von Ihnen in einem kleinen Dorf. Sie hätten ja in den sechziger Jahren die Sozialpolitik selbstverständlich auch von der Interessensebene her vertreten können, Sie hätten ja zwischen 1966 und 1970 alles tun können. Wissen Sie, daß es Sozialisten waren, die die schwierige Situation der Bauern in den fünfziger Jahren und sechziger Jahren immer wieder betont und gesagt haben, da muß doch etwas geschehen?

Wie lange haben Sie denn überhaupt die Rentensituation, die Möglichkeit einer Berentung für die Bauern verhindert, meine Damen und Herren? So lange, bis es nicht mehr anders möglich war, bis Sie selber den Druck gespürt haben im Dorf draußen, weil die Bauern ganz einfach richtigerweise auch allmählich mit den Arbeitern gleichziehen wollen. Das war Ihnen nie recht, meine Damen und Herren!

Und dann haben Sie sozusagen einen Weg der kleinen Schritte begonnen und die landwirtschaftliche Zuschußrente, als „Tabakgeld“ apostrophiert, dem Bauern zugemutet.

Ich habe, meine Damen und Herren, wie viele andere, wahrscheinlich auch von Ihnen, das Los kleiner und kleinster Bauern in den Dörfern in den sechziger Jahren erlebt. Ich habe erlebt, wie kleine Bauern, die ohne ihr Zutun, weil sie vielleicht durch Beschädigungen im Krieg leidend waren, auf Grund der kleinen Betriebsstruktur, keine Krankenkasse war vorhanden, ihre Äcker verkaufen mußten, weil sie anders das Spital nicht zahlen konnten.

Ich frage Sie: Haben Sie damals dieses Los der Bauern nicht erkannt? Warum sind Sie denn nicht eingeschritten, meine Damen und Herren? Sie hätten es ja machen können! Haben Sie das alles versäumt? Warum haben Sie nicht reagiert? Aber jetzt, meine Damen und Herren, kommen Sie hierher und sagen, der Herr Landwirtschaftsminister ist der Vollstrecker einer Politik gegen die Bauern, jetzt kommen Sie mit Vorwürfen, statt die Fakten beim richtigen Namen zu nennen.

Meine Damen und Herren! Meine Freunde, die nach mir zum Grünen Bericht reden werden, werden Sie auf Grund der vorliegenden Grünen Berichte über die Einkommenssituation sehr genau informieren. Sie werden das sagen, was Sie als Bauernbündler immer bewußt verschweigen. Denn eines steht fest: Die Meinung des Bauernbundes ist für uns nicht die Meinung der Bauern! (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist die Situation, meine Damen und Herren!

Wenn ich Ihnen das hier sage, dann meine ich, daß man, wenn Sie von Wahlen reden, jederzeit diesen Beweis führen kann. Ja wenn Sie kommen und sagen, Sie wünschen sich halt eine andere Regierung – das wünschen Sie sich seit 1970 . . . (*Abg. Graf: Jede Opposition wünscht die Regierung zum Teufel! Sie haben das auch getan!*) Natürlich! (*Abg. Graf: Na, also!*) Herr Präsident Graf, nur mit dem einen Unterschied, daß Sie nach vier Jahren beim Teufel waren und daß wir seit acht Jahren, wie ich glaube, gut für die Bevölkerung dieses Staates regieren. (*Beifall bei SPÖ. – Abg. Graf: Viel zu lange!*)

Also, Herr Kollege Graf, seien Sie mit solchen Zwischenrufen vorsichtig! Ich weiß schon, Sie sind sehr ungeduldig, Sie haben 1970 gesagt: Die Welt geht zugrunde, wenn die Sozialisten einmal das Landwirtschaftsressort übernehmen werden. – Sie haben 1971 gesagt: Das Gastspiel wird sehr rasch zu Ende gehen. – Sie haben 1975 gesagt: Jetzt ist es endgültig aus! – Und Sie sind 1970, 1971 und 1975 vernichtend geschlagen worden, meine Damen und Herren! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Auf Grund Ihrer Argumente, die Sie uns ja auch gestern mitgeteilt haben, und auf Grund der letzten Entwicklungen glauben Sie, mit einem Wort Wind in den Segeln zu haben. Ich sage Ihnen nur: Freuen Sie sich nicht zu früh! Denn wer zuletzt lacht, lacht am besten, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mussil: Sie müssen nicht alles nachplappern!*)

Herr Kollege Mussil! Ich bin noch immer beim Kollegen Riegler, denn er hat ja so viel an Angriffen, an provokanten Angriffen hier am Pult vorgetragen, und diese darf man nicht im

Pfeifer

Raum stehen lassen, darauf muß man erwidern. Da muß man die Situation, in der wir uns befinden und in der die Agrarpolitik ist, ganz klar darlegen.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon von den Einzelschicksalen gesprochen, die ich selbst erlebt habe. Sicherlich hat Herr Kollege Riegler sie auch erlebt, vielleicht erinnert er sich nicht mehr gerne daran. Er spricht von den sozialen Spannungen. Ja noch einmal einige Sätze zur Sozialpolitik: Bitte, kommen Sie hier ans Pult, meine Damen und Herren, und nennen Sie mir die Beträge, die Sie zu Ihrer Zeit für die Bauern ausgegeben haben! (*Ruf bei der ÖVP: Werden wir machen!*) Sie können von 760 Millionen im Jahre 1970 sprechen. Doch wir sprechen von fast 5 Milliarden! Das ist die Situation, und das ist der Unterschied! (*Beifall bei der SPÖ*.)

Was Sie hier behaupten, was Sie hier mit Ihren Zahlen behaupten, ist falsch. Das wissen wir ganz genau. – (*Beifall bei der SPÖ. – Widerspruch bei der ÖVP*.)

Sie haben beim Angriff auf diese Agrarpolitik der Bundesregierung ganz einfach keine klaren Argumente, keine richtigen Argumente. (*Ruf bei der ÖVP: Unglaublicher Schreihals! – Abg. Dr. Mussil: Treten Sie ab vom Rednerpult!*)

Sie sind jene, meine Damen und Herren, die mit Unterstellungen reden, die den Bundesminister in unsachlicher Weise angreifen und die diese Regierung mit Argumenten bekämpfen, deren Unsachlichkeit nicht mehr zu überbieten ist. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Kollege Riegler spricht – das werden ja sicherlich noch eine Reihe von anderen Rednern Ihrer Seite, der rechten Seite dieses Hauses, auch tun – von Scheineinkommen. Das hat Kollege Schmitzer ja auch im Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft getan. Er hat unter anderem gesagt – ich glaube, das war Kollege Schmitzer –, diese Scheineinkommen, so sagt das die Österreichische Volkspartei, seien deswegen im Grünen Bericht ausgewiesen, weil die Inflationsrate zurückgegangen ist.

Ich möchte Ihnen sagen: Erstens gibt es keine Scheineinkommen, und zweitens frage ich die ÖVP: Ja haben Sie es offenbar nicht gern, wenn durch eine vernünftige Regierungspolitik die Inflation niedriger wird? Sind Ihnen höhere Inflationsraten lieber, meine Damen und Herren? – Es scheint offenbar so zu sein.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Außerdem wird gesagt, den Bergbauern müsse geholfen werden. Ja, Hohes Haus, es geht nicht an, der Regierung, dem Herrn Bundesminister, der sich als Staatssekretär in Bergbauernfragen sehr bemüht hat,

Vorwürfe zu machen. Landwirtschaftsminister Weihs war in der EG doch durch die Einführung des Bergbauernprogramms sehr bekannt. Da geht es wirklich nicht an, jetzt zu sagen, die Sozialisten würden für die Bergbauern nichts tun, mit einem Wort, sie hätten kein Herz für die Bergbauern.

Ja da wundern Sie sich, wenn ein Regierungsabgeordneter jetzt die Dinge wieder ins richtige Lot rückt? Wir sollen uns von Ihnen gefallen lassen, daß Sie uns vorwerfen, es geschehe nichts?

In wenigen Tagen werden wir einen Grünen Plan zu verhandeln haben, bei dem 700 Millionen Schilling allein für die Bergbauern ausgewiesen werden! (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ*)

Wir werden diese Politik selbstverständlich fortsetzen, weil wir die Probleme kennen. Ich unterstreiche noch einmal: Auch wir reden mit den Bauern, auch wir beschäftigen uns in Diskussionen mit ihren Problemen, nicht erst heute, sondern das geschah schon in unserer Oppositionszeit und noch früher. Aber wir wissen ganz genau – von diesem Standpunkt lassen wir Sozialisten uns nicht abbringen –: Der Standpunkt, den Sie als Opposition uns hier darlegen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, ist in vielen politischen Fragen nicht der Standpunkt der überwältigenden Mehrheit der Bauern. Daher gehen wir von diesen Dingen aus und werden diese Agrarpolitik, für die wir eigentlich auch gerade auf dem Lande in immer größer werdender Zustimmung 1970, 1971 und 1975 das Vertrauen bekommen haben, fortsetzen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Dann kommt Kollege Riegler und bringt auch das alte Argument, die alte Walze: Ja die Bilanz bei der EG, bei der Integration, bei den Exportgeschäften auf dem landwirtschaftlichen Sektor ist so negativ! – Das wissen wir selber, meine Damen und Herren! Kollege Riegler sagt: Hier geschieht nichts, hier ist allein die Regierung schuld! – Billiger, meine Damen und Herren von der ÖVP, geht es nicht mehr!

Denn Sie haben 1972 – meine Damen und Herren, das wissen Sie hoffentlich doch noch – mit uns gemeinsam im Hause den EG-Vertrag unterschrieben und mitgestimmt. Sie kennen die Problematik, die sich für die Landwirtschaft aus diesem Vertragsabschluß ergibt, nicht erst heute, sondern Sie konnten sie damals wie auch andere sicherlich auch in gewisser Weise vorhersehen.

Meine Damen und Herren! Wir sind über diese Entwicklung nicht glücklich. Ich sagte schon, ich bin nicht zum Pult gekommen, um die

10562

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Pfeifer

Probleme zu verniedlichen. Auch meine Kollegen, die zu diesem Problem und überhaupt zum Grünen Bericht reden werden, werden hier auch nichts beschönigen. Das haben wir nicht notwendig. Wir werden die Dinge beim Namen nennen.

Wir geben Ihnen gerne zu, daß der Grüne Bericht auch für uns im Jahre 1977 eigentlich hätte besser aussehen können. Aber Sie wissen, daß das ja nicht eine einmalige Sache ist, Sie wissen, daß die Grünen Berichte . . . (Zwischenruf bei der ÖVP.) Seien Sie vorsichtig! Ich werde dann ein bissel nachschauen, wie es zu Ihrer Zeit mit den Grünen Berichten ausgesehen hat.

Sie wissen, daß ein Bauer, gleich, ob er einen größeren Betrieb oder einen kleineren Betrieb hat, ein Unternehmer ist. (Abg. Steiner: Außenhandelsdefizit! Sie sind abgewichen!)

Ich komme schon zurück, Herr Kollege Steiner! Seien Sie nicht so neugierig! Sie werden all diese Antworten bekommen. Ich komme schon wieder zum Handelsdefizit zurück. Ich weiche da nicht aus. Aber weil der Grüne Bericht zur Diskussion steht und weil die gesamte Landwirtschaftspolitik als solche mit dem Grünen Bericht abgehandelt wird, muß man immer wieder auch auf den Grünen Bericht zurückblenden.

Meine Damen und Herren! Zur Handelsbilanz aus bäuerlicher Sicht noch einmal: Wir haben den Standpunkt vertreten, daß wir die Politik der kleinen Schritte forsetzen werden. Und heute kommt ein Vertreter der großen Oppositionspartei und wirft unserer Regierung, ja gerade dem Herrn Bundeskanzler vor und sagt, der Bundeskanzler müsse mehr für die Bauern tun.

Er hat aber wohlweislich vergessen, daß Bundeskanzler Klaus ja eigentlich auch einmal als Regierungschef tätig war, er hat nämlich nichts davon erwähnt, aus gutem Grund. Bundeskanzler Kreisky, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, hat sich zu jeder gegebenen Situation für die Landwirtschaft verwendet, das hat er in der Vergangenheit und Gegenwart getan und wird das auch in Zukunft für die Bauern tun. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Steiner: Im Vorderen Orient hat er sich verwendet, der Herr Bundeskanzler!)

Haben Sie vielleicht schon vergessen, Herr Kollege Steiner, wenn ich auf den Zwischenruf eingehe, oder haben Sie es nie gewußt oder lesen Sie die Dinge nicht, daß der Export nach Libyen auf dem Rindersektor eigentlich ohne die Vorarbeiten des Herrn Bundeskanzlers gar nicht möglich gewesen wäre? (Abg. Helga Wieser: Aber geh!) Das haben Sie vielleicht vergessen, das dürfen Sie nicht sagen, das wollen Sie nicht

sagen, das paßt nicht in Ihr Konzept. Es paßt natürlich nicht in Ihr Konzept, die Dinge beim Namen zu nennen, wie sie wirklich sind, Sie müssen sie ja verdrehen, meine Damen und Herren, damit Sie, so glauben Sie, überhaupt erst Erfolg haben können. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir bezweifeln, daß Sie mit Ihren Darlegungen Erfolg haben werden. Das ist Ihre Sache, aber unsere Sache ist es selbstverständlich, auch darüber zu reden.

Und nun kommt das Argument der Irrwege und der landwirtschaftlichen Subventionen. Auch das hat uns Herr Riegler vorgeworfen. Er meinte, die Agrarpolitik gehe in Irrwege, er hat die industrielle Produktion angeführt und noch einige andere Dinge mehr.

Wir sagen Ihnen – ich darf das wiederholend mitteilen –, daß diese Politik – das haben wir auch von anderen bestätigt bekommen, die sehr kritisch sind – in keiner Weise eine Agrarpolitik auf Irrwegen ist, sondern sie ist eine Agrarpolitik für den Menschen im ländlichen Raum. In dieser Agrarpolitik, die wir seit 1970 machen, werden wir uns, soweit dies möglich ist, immer um gemeinsame Lösungen bemühen. Wenn es nicht geht, haben wir bisher die alleinige Verantwortung zu tragen gehabt, wir werden sie gerne für die Menschen im ländlichen Raum auch weiter tragen. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt zu dem großen Vorwurf des Wortbruchs. Dies wirft die große Oppositionspartei dem Herrn Bundesminister und damit der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Preisstützungen vor. Sie haben gehört, daß es eine Diskussion über Preisstützungsabbau geben soll und gibt, und nun sagen Sie sofort: das ist Wortbruch! (Abg. Steiner: Natürlich!)

Sie kennen sich da am wenigsten aus, Herr Kollege Steiner, aber bitte, wenn Sie sagen „natürlich“, nehme ich an, nachdem Sie es sehr oft sagen, daß Sie halt die Dinge überhaupt nicht genau kennen, sondern halt den Jargon als Oppositionsabgeordneter – ziemlich unwissend über die Auswirkungen – forsetzen müssen. (Abg. Steiner: So eine konfuse Rede wie Sie hat da auch noch niemand gehalten!)

Kollege Steiner, ich sage Ihnen noch einmal: Sie haben uns des Wortbruchs geziert, und wir werden auf diesen schwerwiegenden Vorwurf, den wir sofort zurückweisen, auch dementsprechend reagieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Sagen Sie mir einmal, meine Damen und Herren von der rechten Seite: Wo gab es denn eine Zusage, daß Preisstützungen nie verändert werden dürfen? (Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Im Budget zum Beispiel!)

Kollege Deutschmann, ich werde Ihnen jetzt

Pfeifer

sofort einmal sagen, wie das zu Ihrer Zeit war. (Zwischenruf des Abg. Deutschmann.) Das müssen Sie schon tolerieren. Ich meine, so geht es nicht, daß der Herr Riegler uns vorschreibt, was wir hier beim Pult sagen dürfen, das geht nicht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Graf: Sie dürfen „eh“ alles, Herr Kollege Pfeifer!) Das ist lieb von Ihnen, Herr Kollege Graf, ich darf Ihnen sogar Ihren Stützungsabbau vorlesen. (Abg. Graf: Alles dürfen Sie!) Das ist wunderbar.

Da gab es 1967 eine ÖVP-Regierung, und da gab es natürlich einen entsprechenden Stützungsabbau bei Roggen, bei Normalweizen und auch bei Kontraktweizen. Da ist das als große, ich möchte sagen, zukunftsorientierte Regierungstat von Ihrer Seite gepriesen worden, obwohl die Bauern selbstverständlich darunter gelitten haben.

Heute darf man von unserer Seite nicht einmal ein Gespräch über Stützungsabbau führen, wo die Situation in der Landwirtschaft wesentlich günstiger ist. (Zwischenruf des Abg. Deutschmann.) Kollege Deutschmann, Sie werden ja dann sicherlich noch sehr lange reden, aber bitte, welchen Wunsch haben Sie denn? (Abg. Deutschmann: Über den Stützungsabbau bei der Milch haben Sie mit uns kein einziges Wort geredet! Verdrehen Sie doch nicht die Dinge!) Ich verdrehe überhaupt nichts, ich sage nur, daß es weder im Unterausschuß noch in anderen Ausschüssen eine Zusage gegeben hat, daß Preisstützungen nicht verändert werden dürfen.

Hier habe ich eine Information, ich habe mir das ausgehoben, weil man ja ungefähr weiß, womit Sie kommen werden. Wie hat denn das im Jahre 1966 ausgesehen? – Da hat am 8. Oktober 1966 der damalige Bundeskanzler Klaus folgendes erklärt:

Wir haben bei diesem Budget – so sagte er – „zwei mutige Schritte tun müssen, den einen in Richtung eines Abbaues der Lebensmittelsubventionen, die jetzt allen zugutekommen, gleichgültig ob Ausländer oder Inländer, ob arm oder reich.“ Dieser Feststellung fügte er am 18. Oktober 1966 eine andere bei: Es sei eine vordringliche Aufgabe der Agrarpolitik, Maßnahmen zu ergreifen, die eine Anpassung der Produktion an die Marktlage bewirken.

Und sein Finanzminister Schmitz erklärte nach Abschluß der Beratungen auf Beamten- und Ministerebene: Die Frage der agrarischen Überproduktion sei eines der zentralen Probleme. Es geht bei den derzeit laufenden Budgetverhandlungen nicht nur um die Schließung einer Lücke von rund 4,5 Milliarden Schilling und die Vermeidung jeglicher zusätzlicher Mehrausgaben, sondern um die Lösung struktureller Probleme, deren Weiterschleppen

wir uns einfach nicht mehr leisten könnten oder können. – Und die Folgemaßnahme war dann selbstverständlich auch der schon mitgeteilte Stützungsabbau.

Und jetzt, meine Damen und Herren, zu den Fragen der Milchwirtschaft. Ich habe geglaubt, daß dieser hart errungene Kompromiß, meine Damen und Herren, und die sicherlich sehr harten und sachlichen Verhandlungen doch eigentlich gemeinsam getragen werden. Ich hoffe, daß diese gemeinsamen Verhandlungen auf Grund der Neuorientierung des Milchmarktes auch von den beiden Großparteien, so würde ich es sehr wünschen, auch in Zukunft getragen werden.

Aber wissen Sie, es mutet schon ein wenig sonderbar an, wenn man dann immer wieder hört: Na ja, wir haben zwar diesen Kompromiß geschlossen, weil wir auch die Dinge kennen, weil wir wissen, wie schwierig die Situation ist, aber da hätte ja eigentlich noch etwas ganz anderes herauskommen müssen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wenn man sich zu einem Kompromiß nach langen Verhandlungen entscheidet, dann hat man diesen Kompromiß auch gemeinsam zu tragen. Und wenn man bei der Neuorientierung des Milchmarktes ganz einfach durch diese neue Situation – darüber sind wir uns einig, meine Damen und Herren – Neuland beschritten hat und Fehler feststellt – das ist keine Schande, wenn man daraufkommt –, aber dann soll man alles tun, damit man auch gemeinsam wieder in der Lage ist, die Dinge für diesen Berufsstand, für alle, wenn Sie wollen, besser und zweckdienlicher zu gestalten.

Es wäre einfach, hierherzukommen und zu sagen, na gut, das müßte halt die Bundesregierung allein lösen, das alles geht uns nichts an. Sie haben sich hier sicherlich verwendet, und ich hoffe, daß dieser gemeinsame Kompromiß auch in der Zukunft gilt und daß die gemeinsamen Abänderungen auch hier im Haus gemeinsam – anders ist es ja gar nicht möglich – zum Wohle derjenigen beschlossen werden können, die von diesem Kompromiß betroffen sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Und jetzt zurück zum Grünen Bericht. Sie sagen – Sie wiederholen ja in dieser Frage Ihre Argumente immer wieder –, Sie werden den Grünen Bericht ablehnen. Sie haben ihn im Ausschuß abgelehnt, Sie werden ihn selbstverständlich im Haus ablehnen. Das ist Ihr gutes Recht als Opposition.

Ich möchte Ihnen noch einmal sagen, wie ich das seit Jahren festgestellt habe: Unserer Auffassung zufolge haben Sie kein sachliches

10564

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Pfeifer

Argument vorzubringen, um diesen Grünen Bericht abzulehnen.

Wenn ich diese Behauptung aufstelle, dann möchte ich auch die Beweisführung antreten. Sie sagen „Scheineinkommen“, „schlechtes Einkommen“. Zurückweisen möchte ich Ihre Behauptung – das ist ein Vorwurf, den ich hier im Hause genauso zurückweisen möchte, wie ich das im Landwirtschaftsausschuß getan habe –, in diesen Grünen Bericht müßte ja eigentlich noch viel mehr aufgenommen werden, aber das hat ja, und das haben Sie dann schon so gesagt, daß sich jeder ausgekannt hat, dieser böse Landwirtschaftsminister verhindert.

Meine Damen und Herren! Der Herr Landwirtschaftsminister hat sich sofort im Ausschuß zu Wort gemeldet und die Dinge klargestellt und ausdrücklich darauf verwiesen, daß er in keiner Weise auf die entsprechenden Beratungen Einfluß genommen hat, wie das kein Landwirtschaftsminister, seitdem die Sozialistische Partei regiert, in den vergangenen Jahren getan hat. Jetzt werfen Sie uns vor und sagen, ja, da ist irgend etwas hineingekommen, da ist nicht das hineingekommen, was Sie gerne drinnen gehabt hätten.

Ich möchte Ihnen eines sagen: So sind die Dinge nicht. Wir haben auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes die §-7-Kommission, die das seit Bestehen des Landwirtschaftsgesetzes macht, die diese Grünen Berichte erstellt.

Interessant ist ja eines: Für uns ist es absolut nicht überraschend, daß Sie ablehnen. Wie sollen Sie denn diesmal einen Grünen Bericht der, zugegeben, natürlich auf Grund der Produktionsveränderungen, auf Grund der Verschiedenartigkeit der Ernteergebnisse, meine Damen und Herren, einmal besser, einmal schlechter präsentiert wird in seinen Zahlen, in seinem Inhalt, weil ja auch die Ernteergebnisse unterschiedlich sind, wie das jeder Praktiker, ja ich möchte sagen, auch Theoretiker wissen müßte, ablehnen? Das ist für uns nicht überraschend. Sie haben die Grünen Berichte abgelehnt, als sie zweistellige Einkommenszuschüsse für die Bauern gebracht haben! Da haben Sie auch nein gesagt. Sie konnten es zwar nicht sachlich begründen, aber Sie haben gesagt, wir sind dagegen. (Abg. Graf: Herr Pfeifer haben Sie jemals als Oppositioneller unserem Bericht, unserem Budget zugestimmt?) Herr Kollege Graf! (Abg. Graf: Ich frage ja nur!)

Gerne, ich möchte nur eines sagen: Ich hätte absolutes Verständnis, wenn Sie kommen und sagen würden: Bitte, wir sind Opposition, das ist unsere Oppositionslinie, wir sind selbstverständlich auch dagegen. Aber da kommen Sie und reden von Scheineinkommen, da werfen Sie

uns vor, daß verschiedene Dinge nicht aufgenommen worden wären, wo Ihre Beamten sehr genau die Dinge kennen, sehr genau die Dinge machen. Ich möchte ja nur sagen, so leicht geht es nicht, Herr Kollege Graf!

Wir bekennen uns zu dieser §-7-Kommission, wir werfen Ihnen vor, daß Ihre Argumente, die Sie uns vorhalten, nicht stichhaltig sind, weil es ganz einfach nicht so ist, daß Sie kommen und sagen, aus Oppositionsstrategie lehnen wir es ab, sondern Sie werfen uns Scheineinkommen vor und andere Dinge. (Abg. Graf: Wie möchten Sie es denn? Sollen wir Sie beloben?)

Herr Kollege Graf, tun Sie es, wie Sie wollen, Sie setzen hier die Argumente, wir tun das auch. (Abg. Graf: Natürlich!) Sie können uns bitte nicht daran hindern, daß wir auf Ihre Argumente eingehen. Ich möchte Ihnen nur sagen, die Grünen Berichte sind seit dem Jahre 1970 mit wenigen Ausnahmen für die Landwirtschaft positiv dargelegt worden und sie spiegeln auch eine entsprechende Entwicklung in der Landwirtschaft wider. Wir bekennen uns zu diesen Berichten, zum Unterschied von Ihnen.

Was jetzt die Einkommenssituation betrifft, da ist ja auch der große Vorwurf. Vielleicht auch dazu einige Mitteilungen. Der Richtsatz für die Ausgleichszulage. Sie kommen ja mit dem Argument und sagen, die Armut bei den Bauern ist seit 1970 ausgebrochen, seitdem diese bösen Sozialisten regieren. Das soll Ihnen bitte auch jemand abnehmen. Obwohl Sie drei Wahlen in der Zwischenzeit verloren haben, auch auf dem Land verloren haben, haben Sie noch keine andere Strategie entwickelt. Sie bleiben beim alten Standpunkt. Gott erhalte Ihnen diesen Standpunkt, meine Damen und Herren, wir werden ihn nicht ändern können.

Meine Damen und Herren, jetzt zu der Einkommenssituation auf Grund des Grünen Berichtes, die ja schon dargelegt wurde. Sie argumentieren mit der Armutsgrenze. Sie sagen, eigentlich sind jetzt auf Grund des vorliegenden Grünen Berichtes die Landwirte alle unterhalb der Armutsgrenze. Ja wie sehen die Dinge denn wirklich aus? Der Richtsatz für die Ausgleichszulage von 3 092 S gilt für 1978 (Zwischenruf der Abg. Helga Wieser), die Einkommensdarstellungen im Grünen Bericht, Frau Kollegin, erfolgten für das Jahr 1977. Also bitte vergleichen Sie auch hier nicht Äpfel mit Birnen, sondern vergleichen Sie hier gleiches mit gleichem. (Abg. Steiner: Das tun Sie!) Nein, ich stelle hier sachlich richtig, daß der Richtsatz für die Ausgleichszulage von 3 092 S für 1978 gilt und daß die Einkommensdarstellung des Grünen Berichtes für das Jahr 1977 ausgewiesen wird. (Abg. Dr. Halder: Das wissen wir auch!) Bitte, dann erklären Sie mir nicht, dann

Pfeifer

zeihen Sie mich nicht, daß ich etwas anderes sage.

1977 betrug der Richtsatz für die alleinstehende Person 2 860 und für Ehegatten 4 090 S. Der Ausgleichszulagenempfänger hat seine Nahrungsmittel zu Verbraucherpreisen einzukaufen, und der Eigenverbrauch der Landwirte an selbsterzeugten Nahrungsgütern geht, bewertet zu Erzeugerpreisen, in das landwirtschaftliche Einkommen ein. Ich glaube, darüber dürften wir uns auch – so hoffe ich – einig sein.

Preisdifferenz zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen 1977 für die Land- und Forstwirtschaft – schauen Sie sich den Grünen Bericht an, lesen Sie bitte die Seite 5, rechte Spalte oben –: 4 Milliarden Schilling. Also die Preisdifferenz zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ergab 1977, in diesem Grünen Bericht ausgewiesen, eine Differenz für die Land- und Forstwirtschaft von über 4 Milliarden Schilling.

Jetzt kommen Sie und vergleichen immer wieder und sagen, wie schlecht es den Bauern im Vergleich zu den Arbeitnehmern geht. Sie wissen, daß wir heute die Entwicklung haben, daß es mehr Neben- und Zuerwerbsbetriebe als Vollerwerbsbetriebe gibt. Ich stehe nicht an, Ihnen selbstverständlich zuzugeben, daß es innerhalb der Landwirtschaft auf Grund der gigantischen Einkommensunterschiede, die es auch bitte nicht erst seit 1970 gibt, selbstverständlich auch schwierige Probleme gibt. Diese Einkommensunterschiede konnten Sie nicht ausgleichen, und ich stehe nicht an zu sagen, daß es auch uns nicht gelungen ist.

Ich behaupte, daß es wahrscheinlich keine Regierung geben wird, die ad hoc diese Einkommensunterschiede über Nacht wird ändern, für die Menschen wird besser gestalten können. Aber bitte, ein Arbeitnehmer, der Ausgleichszulagenempfänger ist, ist allein von seiner Pension abhängig, das werden Sie uns doch zugestehen, da gibt es selbstverständlich auch Unterschiede. Aber in der großen Majorität der Landwirte ist doch die Situation so, daß neben dem landwirtschaftlichen Einkommen auch außerbetriebliche Einkommen, zum Beispiel öffentliche Zuschüsse für betriebliche Zwecke da sind, daß bäuerliche Betriebe auf Grund von jahresweise unterschiedlichen Wittringsbedingungen – ich habe darauf schon hingewiesen – oft in einem Jahr nur geringe Einkommen und in einem anderen Jahr natürlich äußerst günstige Einkommen haben. Also hier kann man die Dinge nicht vergleichen. Sie vergleichen hier Ungleiches mit Gleichem. Meine Damen und Herren, ich möchte Sie schon sehr bitten, daß Sie auch hier die Dinge so beim Namen nennen, wie die Fakten wirklich liegen.

(*Abg. A. Schlager: Sollen wir jetzt sagen, es war eine Einkommenserhöhung, wenn es ein Verlust war?*)

Herr Kollege Schlager, ich habe schon gesagt: Sie gehören auch zu jenen, die seit 1970 die Grünen Berichte mit zweistelligen Zuwachsräten abgelehnt haben. Jetzt eine Diskussion mit Ihnen zu führen, daß es vielleicht einen Grünen Bericht unter der sozialistischen Bundesregierung gibt, dem Sie einmal zustimmen, das ist ja ganz unmöglich, denn ich glaube, da müßte man ja dreistellige Zuwachsräten haben, und Sie würden ihn auch ablehnen, ohne einen entsprechenden Grund dafür zu haben. (*Zwischenruf des Abg. A. Schlager.*)

Ja, Herr Kollege Schlager, ich weiß, entweder dürfen Sie heute nicht reden, oder, wenn Sie kommen, höre ich mir das denn auch sehr geduldig an. Unsere Argumente sind sehr wohl bekannt, Ihre Argumente sind bekannt. Sie sagen, die Bauern sind seit 1970 verarmt, schuld ist die sozialistische Bundesregierung. Wir sagen, daß es nie vorher soviel Positives für die Bauern gegeben hat als seit die Sozialisten in dieser Regierung arbeiten und für sie wirken. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Weil ich vom Grünen Bericht jetzt schon einiges zitiert habe und weil meine Freunde sicherlich noch zu speziellen Problemen des Grünen Berichtes Stellung nehmen werden, möchte ich Ihnen natürlich nicht die Freude entgehen lassen, das zu tun, was der Herr Kollege Riegler mir eigentlich am liebsten verboten hätte, nämlich einmal nachzuschauen, wie denn das mit den Grünen Berichten zu Ihrer Zeit war. (*Abg. Steiner: Märchen!*) – Wenn Sie meinen, daß für Sie die Parlamentsbibliothek ein Märchen ist – vielleicht ist sie fremd für Sie, Herr Kollege Steiner, das ist möglich, aber bitte, ein Märchen ist sie sicher nicht, sie ist Realität.

Ich habe da einmal nachgeschaut, wie das zu Ihrer Zeit war, und da gab es in der Landwirtschaftsdebatte vom 10. 12. 1969 einen gewissen Kollegen Brandstätter als Berichterstatter zum Grünen Bericht, der ja damals nicht so wie heute extra ein Tagesordnungspunkt der Plenarsitzung war, sondern natürlich unter einem mit dem Grünen Plan dann verhandelt wurde und im gesamten Landwirtschaftskapitel auch mit einigen Sätzen noch erwähnt wurde. Damals hat der Herr Berichterstatter folgendes mitgeteilt – ich zitiere wörtlich –:

„Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttonationalprodukt und Volkseinkommen ist nach vorläufigen Berechnungen 1968 auf 7,1 Prozent beziehungsweise 6,5 Prozent zurückgegangen. Das Produktionsvolumen ist

10566

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Pfeifer

real weiter gestiegen, jedoch infolge der wechselhaften „Witterungsverhältnisse“ – damals galt die Witterung, heute gilt sie ja nicht, nicht wahr? –, „in geringerem Ausmaß als in den Jahren zuvor gestiegen. Zugleich verstärkte sich der Preis- und Kostendruck. Als Folge der hohen landwirtschaftlichen Marktleistung kosteten Agrarerzeugnisse, Lebens- und Genußmittel im Großhandel durchschnittlich etwas weniger als im Jahr zuvor.“

In den buchführenden Testbetrieben ist der Rohertrag nach dem Berichterstatter Brandstätter mit plus 2 Prozent relativ geringer als der Aufwand mit plus 5 Prozent gestiegen. „Das Betriebseinkommen je Arbeitskraft und Jahr erreichte im Mittel der Testbetriebe 28 674 S. Damit ist es im Vergleich zu 1967 nicht weiter gestiegen.“

Und dann gab es Ihren Agrarsprecher, den Kollegen Hofstetter, der gesagt hat – ebenfalls nachzulesen bitte in der Bibliothek, Kollege Steiner, falls Sie es nicht wissen sollten –, es gibt keine Partei, die sich so wirkungsvoll und so konsequent für die Interessen der Bauernschaft einsetzt wie die ÖVP. 1970 hat es dann niemand mehr geglaubt, meine Damen und Herren, und seither drücken Sie auch die Oppositionsbänke.

Und dann habe ich mir noch eines herausgeschrieben, weil Sie sagen, zu Ihrer Zeit war alles bestens und jetzt ist alles so schlecht. Hören Sie bitte, wenn es möglich ist, ein bißlerl zu.

Ebenfalls in der 37. Sitzung – bitte, meine Damen und Herren der ÖVP und des Bauernbundes – am 7. 12. 1966 hat der Berichterstatter Ing. Tschida über den Grünen Bericht 1965 berichtet. Er sagte uns:

„Wie der grüne Bericht 1965 zeigt, war der Anteil der Land- und Forstwirtschaft sowohl am Bruttonationalprodukt als auch am Volkseinkommen um 0,8 Prozent beziehungsweise 1,6 Milliarden Schilling geringer als 1964 und verringerte sich auf 20,2 beziehungsweise 14,4 Milliarden Schilling.

Und jetzt kommt wieder das Argument, das Sie seit 1970 vergessen haben: „Die ungünstigen Witterungsverhältnisse wirkten sich insbesondere auf die pflanzliche Produktion aus. Die Zahl der Arbeitskräfte ist mit 24 000 damals zurückgegangen, hat also stärker abgenommen als in den Vorjahren. In den buchführenden bäuerlichen Testbetrieben blieb die Steigerung des Rohertrages hinter der des Aufwandes zurück. Vor allem jene Betriebe, deren Produktion hauptsächlich auf den Pflanzenbau ausgerichtet ist und die eine weitgehend viehschwache Wirtschaftsweise betreiben, haben Rückschläge erlitten. Der Reinertrag, der die Differenz vom Rohertrag und Aufwand darstellt, wies

eine Verminderung auf und erbrachte, gemessen am Aktivkapital, eine Verzinsung von 0,7 Prozent, 1964 noch 1,6 Prozent. Das Betriebseinkommen je Arbeitskraft war im Vergleich zu 1964 um 2 Prozent geringer und erreichte 23 063 S. Dieser Einkommensrückschlag“ – berichtete der Berichterstatter damals in Ihrer Regierungszeit – „traf die Landwirtschaft in einer Situation, in der ihr Einkommen ohnedies hinter dem anderer Wirtschaftsbereiche nachhinkt.“

Und dann sagte zur Diskussion einer Ihrer Bauernbundsprecher, Fachleutner: Wir werden diesem Kapitel gerne die Zustimmung geben, weil da so viel geschehen ist.

Und der Kollege Steiner – bitte, machen Sie einen Sprung in die Bibliothek, wenn Sie es mir nicht glauben; ich stehe zu jedem Wort, das ich hier sage, ich habe mir das sehr genau herausgeschrieben – war glücklich über das Budget und strahlte über die Entwicklung in der Landwirtschaft der damaligen Zeit.

So sind die Dinge, und heute kommen Sie her und unterstellen Sie, die Katastrophe ist seit 1970 in der Landwirtschaft eingetreten, obwohl Sie die Dinge ganz genau wissen! Und nun trichern Sie bei allen Ihren Bauernbundversammlungen – ist Ihr gutes Recht, Ihre Sache – den Menschen immer wieder falsche Zahlen ein über eine Politik, die es seit 1970 nicht mehr gibt, die für die bäuerlichen Menschen wesentlich günstiger ist. Dagegen verwahren wir uns, und diese Dinge stellen wir klar, meine Damen und Herren der rechten Seite! (Beifall bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß kommen und folgendes sagen. Ich habe in meinen Ausführungen nichts beschönigt. Ich habe die Dinge dargelegt, wie sie sind. Ich stelle noch einmal fest: Der Grüne Bericht ist das jeweilige Spiegelbild der Entwicklung in der Landwirtschaft. Sie haben keinen – und ich wiederhole mich – sachlichen Grund bisher anführen können, um diesen Grünen Bericht sachlich abzulehnen. Ich habe versucht, Ihnen mit einem kurzen Streiflicht in Ihre Zeit zu beweisen, wie Sie die Grünen Pläne in Ihrer Zeit vorgelegt haben, wie Sie über Ihre Grünen Berichte gesprochen haben. (Abg. Graf: Der Versuch ist gescheitert!) Herr Kollege Graf! Von Ihnen erwarte ich auch nichts anderes. Das ist gar keine Frage. (Abg. Graf: Das spricht für Sie!) Sie werden mir doch nicht beipflichten. Da müßten Sie in unser Lager kommen. Das dürfen und wollen Sie wahrscheinlich nicht. (Abg. Graf: Da habe ich andere Vorstellungen! Das muß ich Ihnen sagen!) Aber Sie werden dann noch lange auf dieser Bank sitzen. Ich wünsche Ihnen das

Pfeifer

natürlich sehr gern. (Abg. Graf: Sie haben einen menschlichen Tag heute!)

Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt zu einem Entschließungsantrag, den ich einbringen möchte. Da ich weiß, daß Sie ebenfalls – das artikulieren Sie ja immer wieder – alles für die Interessen der bäuerlichen Familien tun wollen, lade ich Sie gern ein, diesem Entschließungsantrag zuzustimmen. Ich werde diesen Entschließungsantrag verlesen:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Pfeifer, Koller, Stögner und Genossen betreffend Agrarpolitik im Interesse der bäuerlichen Familien.

Von 1971 bis 1977 hat sich das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft im Bundesdurchschnitt von 32 400 S auf 70 031 S erhöht. Dies entspricht einer realen Steigerung von insgesamt 34 Prozent oder 4,8 Prozent pro Jahr. Das landwirtschaftliche Einkommen der Bergbauern im Hoch- und Voralpengebiet ist in den Jahren 1976 und 1977 überdurchschnittlich stark gestiegen.

Diese erfreuliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen ist eine Folge der gestiegenen Produktivität, aber auch der aktiven Preis- und Absatzpolitik der Bundesregierung. Seit 1970 wurde zum Beispiel der Erzeugerpreis für Qualitätsweizen von 262,50 S auf 354 S pro 100 kg angehoben. Der Preis für Milch wurde von 2,23 S auf 3,66 S erhöht. Von 1966 bis 1970 blieben diese Preise praktisch unverändert.

Die Agrarförderung wurde beträchtlich erweitert und hat zur Bewältigung der Strukturprobleme beigetragen. Die Mittel des Grünen Planes betrugen 762 Millionen Schilling im Jahre 1969. Für das Jahr 1979 sind 1,7 Milliarden Schilling vorgesehen.

Im Rahmen der Verkehrserschließung wurden 20 084 Höfe 1970 bis 1977 mit einem Wegenetz von 11 163 km erschlossen.

Das „Erste Bergbauern-Sonderprogramm“ brachte 1971 eine tiefgreifende Änderung der Agrarpolitik. Seither wurden 2,2 Milliarden Schilling aufgewendet. 1979 wird für diesen Zweck ein Betrag von 700 Millionen Schilling zur Verfügung stehen und damit das „Zweite Bergbauern-Sonderprogramm“ mit einem Förderungsrahmen von 4 Milliarden Schilling für die Jahre 1979 bis 1983 in Angriff genommen.

Im Rahmen der 1974 eingeführten Grenzlandförderung, deren Ziel es ist, leistungsfähige bäuerliche Betriebe im Grenzgebiet zu

erhalten, wurden 302 Millionen Schilling Beihilfen und rund 1 Milliarde Schilling Agrarinvestitionskredite bis 1977 zur Verfügung gestellt.

Eine erhebliche Produktivitätssteigerung ist seit 1970 eingetreten. Bei Weizen von 2 940 kg per Hektar auf 3 760 kg per Hektar, bei Milch von 3 098 kg auf 3 420 kg per Kuh und Jahr. Dieser Produktivitätsfortschritt und die begrenzte Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes erfordern gezielte Maßnahmen zur Anpassung der Produktion an die Markt- und Exportchancen.

Durch sozial- und familienpolitische Maßnahmen, wie der Umwandlung der Zuschußrenten in Bauernpensionen, der bedeutenden Anhebung bei Geburten- und Familienbeihilfen, der Einführung der freien Schulbücher und Schulfahrten sowie der Heiratsbeihilfe wurde die wirtschaftliche und soziale Lage der bäuerlichen Familien entscheidend verbessert. (Beifall bei der SPÖ.)

Alle diese Umstände haben dazu beigetragen, daß sich die Lebensumstände der bäuerlichen Bevölkerung in Österreich in erfreulicher und positiver Weise entwickelt haben. Diese Entwicklung gilt es fortzusetzen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den

Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, im Interesse der bäuerlichen Familien ihre erfolgreiche Agrarpolitik fortzusetzen und im besonderen die Einkommensentwicklung wie bisher durch eine ausgewogene Produktions-, Markt- und Preispolitik zu fördern, die Anstrengungen zur Verringerung der innerlandwirtschaftlichen Einkommensdisparität fortzusetzen und nicht zuletzt weiterhin um die Bewältigung der Anpassung der Produktion an die Marktchancen bemüht zu sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Präsident! Ich bitte, diesen von mir verlesenen Entschließungsantrag in die weitere Debatte einzubeziehen.

Ich möchte Ihnen gern sagen, daß wir Sie einladen, unserem Entschließungsantrag beizutreten.

Ich möchte Ihnen zum Schluß sagen, daß wir alle Ihre Argumente, die Sie uns durch Ihren ersten Redner hier vorgetragen haben, entkräftet haben und entkräften werden und daß wir die Politik, die wir seit 1970 – gerade in den ländlichen Regionen, gerade in den kleinen

10568

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Pfeifer

Dörfern draußen – mit verstärktem Vertrauen durch die ländliche Bevölkerung 1970, 1971 und 1975 bestätigt bekommen haben, fortsetzen werden, damit wir sie auch 1979 bestätigt bekommen. – Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Minkowitsch: Der soeben verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Pfeifer, Koller, Stögner und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Meißl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Meißl (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erstmals steht der Grüne Bericht zur Diskussion im Haus, erstmals haben wir Gelegenheit, in einer gesonderten Diskussion die Probleme der Landwirtschaft im einzelnen zu diskutieren und darüber hinaus daraus auch die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen.

Dieser Grüne Bericht ist im Landwirtschaftsgesetz festgehalten. Er ist jährlich zu erstellen. Diesmal ist es der Bericht für 1977. Ich darf gleich einleitend sagen, daß wir Freiheitlichen sehr damit einverstanden sind, diese Diskussion abzuführen. Ich habe auch meinerseits wiederholt diese Anregung im Landwirtschaftsausschuß gebracht. Es war immer ein Schnellsiedeverfahren: Grüner Bericht unter einem mit dem Kapitel Landwirtschaft des Budgets. Es wurde damals meinen Anregungen wenig Gehör geschenkt. Ich freue mich, daß wir heuer so weit sind, hier eine eigene Debatte abzuführen.

Ich möchte aber als erstes doch etwas auf die Ausführungen meiner beiden Vorförder eingehen. Der Abgeordnete Pfeifer hat in seiner schon bekannten Art und Weise hier argumentiert. Er tat sich natürlich wirklich schwer bei dem Bericht 1977, denn darüber ist keine Erfolgsmeldung zu verkünden. Er hat es versucht mit Gegenangriffen, indem er eben auf die Ausführungen des Agrarsprechers der Volkspartei, Dr. Riegler, seiner Meinung nach entsprechend geantwortet hat.

Nur etwas, Herr Abgeordneter Pfeifer: Es ist kein Argument, wenn man in der Vergangenheit alle Dinge ausgräbt und eine damals ungenügende – und auch von uns Freiheitlichen festgestellte ungenügende – Agrarpolitik zum Anlaß nimmt, jetzt zu sagen: Aber die Politik der SPÖ-Bundesregierung und des Landwirtschaftsministers ist besser! Hier gibt es keine Entschuldigung. Wir meinen: Beide Seiten haben die Probleme nicht bewältigt. Dieser Bericht, der heute zur Diskussion steht, gibt ja dafür im Grunde genommen den Beweis. (*Zustimmung bei der FPÖ*.)

Wir meinen auch, daß es keinen Sinn hat, Vorhaltungen zu machen, was seinerzeit falsch gemacht und versäumt wurde.

Ich darf von unserer Seite nur feststellen – ich habe es bereits im Ausschuß getan –, daß wir sehr wohl genau geprüft haben und durchaus bereit waren, positive Dinge anzuerkennen. Wir haben sehr wohl bei der ÖVP einmal einem Grünen Bericht zugestimmt, wir haben das auch bei der SPÖ getan, dann, wenn wir der Meinung waren, daß echte Fortschritte zu verzeichnen sind in der Landwirtschaftspolitik.

Daher nehmen wir für uns auch das Recht in Anspruch, beide Seiten echt zu kritisieren. Aber eines ist sicher: Heute steht der Bericht 1977 zur Diskussion, und hier gibt es halt einfach nichts zu loben.

Ich darf gleich zu dem Entschließungsantrag kurz Stellung nehmen, den der Abgeordnete Pfeifer eingebracht hat. Bei erster Sichtung ist es halt der übliche Jubelbericht einer Bundesregierung, und wenn dann am Schluß noch steht, „die erfolgreiche Agrarpolitik fortzusetzen“, so werden wir das sicherlich noch prüfen, aber ich kann mir kaum vorstellen, daß wir so einem Antrag die Zustimmung geben. Aber die weiteren Sprecher meiner Fraktion werden dazu noch Stellung beziehen.

Und nun wirklich zum Grünen Bericht.

Vielleicht zuerst noch ein Satz zu Ausführungen des Abgeordneten Riegler, der im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, die sich heute in bezug auf die Europäischen Gemeinschaften ergeben, meinte: Hier ist es ja doch so, daß sicherlich ein Großteil der Schuld auf dieser Seite zu suchen ist (*weist auf die SPÖ*), daß wir so spät in die Gemeinschaften gekommen sind.

Aber von Ihnen (*zur ÖVP gewendet*) war ja auch keine besondere Bereitschaft da, rechtzeitig einzusteigen, zu einem Zeitpunkt, wo die Europäischen Gemeinschaften uns noch gerne gesehen hätten und wo wir noch Bedingungen hätten stellen können. Dann könnten wir nur noch als Bittsteller kommen. Das ist im Grund genommen die Misere. Daran sind beide mit schuld. Wir Freiheitlichen haben hier immer eine klare Linie vertreten und haben gesagt: Möglichst rasch, zum ehestmöglichen Zeitpunkt in die Gemeinschaften! (*Beifall bei der FPÖ*.)

Wenn der Herr Abgeordnete Pfeifer dann irgendwo am Schluß wieder so ein bissel Koalitionsgelüste hat anklingen lassen, also zwischen Bauernbund und Bundesregierung, dann verstehe ich das halt so, daß man sich doch wieder gerne einen Partner suchen möchte, damit man eben die Schwierigkeiten, die zweifelsohne auf diesem Gebiet bestehen, bewältigen kann.

Meißl

Meine Damen und Herren! Dieser Grüne Bericht 1977, den wir heute diskutieren – natürlich mit Verspätung, aber ich glaube, es muß erlaubt und gestattet sein, daß wir auch auf das heurige Jahr schon Bezug nehmen, soweit eben Daten und Fakten vorliegen –, ist eine Bestandsaufnahme über die Situation der Landwirtschaft. Und diese Situation ist bei Gott nicht erfreulich, das ist ja einwandfrei herauszulesen, wobei ich sage: Sicherlich spielen hie und da gewisse Ernteeinflüsse auch eine Rolle.

Nur so, Herr Landwirtschaftsminister, geht es halt auch nicht, daß man die Tabellen und die Vergleiche immer nur so ausrichtet, wie sie halt dann per Saldo noch etwas günstiger ausschauen.

Heute diskutieren wir über diesen Bericht, und hier ist nun einmal zu sagen: Die Politik der sozialistischen Bundesregierung, die Agrarpolitik der sozialistischen Bundesregierung hat im Grund genommen keine Ergebnisse gezeigt in der Richtung, daß die Regierungserklärung und die Versprechungen, die der Bundeskanzler gemacht hat bei den diversen Regierungserklärungen auf Heranführung dieser Berufsgruppe an die übrigen Berufsgruppen, eingelöst worden wären. Das ist nicht der Fall, das ist nachzulesen.

Daher ist heute dieser Bericht auch gleichzeitig ein Bericht oder eine Bilanz über acht Jahre sozialistischer Agrarpolitik, wobei ich sage, daß wir gehofft haben und durchaus bereit waren, hier einen Beitrag zu leisten. Es gab ja auch Ansätze in dieser Richtung, daß die Sozialisten eine solche Politik machen, sicherlich auch parteipolitisch bedingt, denn sie erhofften sich, und das ist ja sogar zum Teil eingetreten, daß enttäuschte Menschen auf dem Lande sich dem Neuen zuwenden, in der Hoffnung, daß er es besser macht. Nun, diese Entwicklung ist abgestoppt, wie ich meine, und wird sich in das Gegenteil verkehren, denn diese Bilanz zeigt, daß die Sozialisten diese Probleme nicht bewältigen konnten.

Wenn es eines Beweises bedurfte, so gibt es ja darüber Fakten, und ein Faktum ist beispielsweise der „Paritätsspiegel“ im heurigen Jahr, der eine weitere Verschlechterung anzeigt. Denn es ist ja doch so, Herr Landwirtschaftsminister: Sie entschuldigen das Jahr 1977 mit schlechter Ernte und so weiter und verschiedenen anderen Ursachen. Aber wenn Sie die Einkommensverhältnisse anschauen, und dieser „Paritätsspiegel“ zeigt es ja deutlich, so ist es doch so, daß zwischen April und Juli eine neuerliche Verschlechterung eingetreten ist, daß heißt, die Preisschere hat sich neuerlich geöffnet.

Von Jänner bis April 1978, wenn ich es nur

kurz zitiere, sind die Betriebsausgaben um 2,3 Prozent, die Investitionsausgaben um 3,3 Prozent und damit die Gesamtausgaben um 2,7 Prozent gestiegen. Auf der Einnahmenseite war im gleichen Zeitraum eine Indexsteigerung von nur einem Prozent festzustellen. Das heißt, die Preisschere hat sich von minus 45,8 Prozent im Jänner auf minus 48,2 Prozent im April geöffnet. Bis zum Juli kam es zu einer weiteren Öffnung auf 50,7 Prozent. Das heißt, die Einkommensverhältnisse haben sich verschlechtert.

Der Grüne Bericht – Sie haben uns eine Kurzfassung zugehen lassen, Herr Bundesminister – ist im Grunde genommen ja der Beweis, daß der Bericht für das Jahr 1977, von den Fakten her gesehen, der schlechteste Bericht ist, ich sage noch einmal: mit einer gewissen Einschränkung, da auch Erntefragen eine Rolle gespielt haben.

Nun, Herr Bundesminister, wie schauen die Fakten aus? Wenn ich ganz kurz zusammenfasse aus dem Grünen Bericht, so ist es doch so, daß die Bauern 1977 als einzige Berufsgruppe in Österreich einen weiteren Einkommensverlust hinnehmen mußten. Unter Berücksichtigung der Inflationsrate war dies ein Einkommensverlust von mehr als 3 Prozent. Das ist nachzulesen im Grünen Bericht. (Zwischenbemerkung des Abg. Dr. Fischer.)

Das durchschnittliche Monatseinkommen eines Landwirtes betrug 1977 etwa die Hälfte des Verdienstes eines Facharbeiters. Das ist ein Faktum. Herr Klubobmann Dr. Fischer, ich weiß nicht, warum Ihnen das so Freude macht.

Trotz staatlicher Förderungsmaßnahmen konnte die Einkommensdisparität nicht beseitigt werden. Wenn sich auch die Einkommensdisparität, das sei durchaus zugegeben, verschoben hat, sich etwas zugunsten der Bergbauern verbessert hat, so ist die Lage der Bergbauern ja nach wie vor nicht erfreulich.

Der Verschuldensgrad der Landwirtschaft – auch nachzulesen im Grünen Bericht – ist im Laufe des Jahres 1977 weiter angestiegen.

Diese Punkte zeigen eigentlich schon, daß diese Entwicklung oder die Situation wirklich nicht erfreulich ist. Ich habe wirklich mit einem gewissen Schmunzeln in der „Presse“ folgendes gelesen – bei der Präsentation des Grünen Berichtes hat sich auch der Herr Staatssekretär Schober zum Wort gemeldet –:

„Der einzige Bauer in der Regierung, Staatssekretär Schober, plädiert dafür, ein agrarisches Langzeitprogramm in Angriff zu nehmen.“ Jetzt! „Es soll Maßnahmen enthalten, die der Landwirtschaft ihren Stellenwert in Wirtschaft und Gesellschaft erhalten.“

Was heißt das eigentlich? Also der Status, auf

10570

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Meißl

dem wir jetzt sind, wo wir feststellen, daß die Regierungserklärungen wirklich nicht erfüllt sind, soll erhalten bleiben? Und die Idee kam ihm nunmehr bei der Präsentation des Grünen Berichtes durch den Landwirtschaftsminister!

Somit wissen wir schon, was das wichtigste Ergebnis des Grünen Berichtes für das Jahr 1977 ist:

Der Herr Staatssekretär Schober hatte eine Idee, die Idee nämlich, daß man in Österreich ein agrarisches Langzeitprogramm in Angriff nehmen sollte. Dazu kann ich nur sagen, das kommt sehr, sehr spät, zu spät, wir Freiheitlichen haben uns damit schon früher befaßt. Wir haben schon vor Jahren ein Programm für die Land- und Forstwirtschaft vorgelegt, wir haben auch bezüglich der Marktordnung Konzepte vorgelegt. Sie wurden nur nicht zur Kenntnis genommen. Wir meinen, wir haben die Probleme ernst genommen. Der Herr Staatssekretär hat erst jetzt einen Denkanstoß zur Situation in der Landwirtschaft erhalten.

Das sind die Sorgen unserer Landwirtschaft. Diese Sorgen werden noch vermehrt durch die Entwicklung in der letzten Zeit. Unerfreulich, sicherlich – ich komme noch darauf –, ist die Entwicklung im Bereich der Milchwirtschaft. Wir sind hier nicht mitschuldig. Das haben der Bauernbund und die Präsidentenkonferenz mit der SPÖ-Regierung beschlossen.

Wir haben heute schon gehört, daß Reparaturen notwendig sind. Also man hat das nicht genügend überlegt. Wir sind aber durchaus bereit, wenn es Verbesserungen gibt, hier auch mitzuwirken. Nur machen Sie das ja meist im stillen Kämmerlein untereinander als Partner aus. (Abg. Peter: Darum sind ja auch die Ergebnisse so schlecht!)

In der Frage der Weinwirtschaft – mein Kollege Hanreich wird sicherlich dazu noch Stellung nehmen – gab es eine äußerst unerfreuliche Entwicklung. Die Frage des Getreideüberschusses ist offen; ich hoffe, daß der Herr Bundesminister heute vielleicht sagen kann, ob schon Verhandlungen stattgefunden haben, ob es schon eine Abklärung gibt. Wir sind jedenfalls sehr, sehr daran interessiert, nur darf nicht auf dem Rücken der betroffenen Bauern eine Regelung getroffen werden.

Die Europäischen Gemeinschaften habe ich schon kurz angezogen, denn hier liegt natürlich eine Wurzel für die schlechte Entwicklung in unserer Landwirtschaft.

Nun darf ich doch noch auf einzelne Dinge eingehen. Die Milchmarktordnung – ich habe es schon erwähnt – haben die beiden anderen Parteien – SPÖ und ÖVP – alleine zu

verantworten. Es war nicht so, daß wir uns absentierte haben, weil das eine sehr unangenehme Sache ist, sondern wir Freiheitlichen waren ja durchaus bereit, unseren Beitrag zu leisten. Nur: So, wie es beschlossen wurde, konnte das unsere Zustimmung nicht finden. Diese allgemein begründete Unzufriedenheit besteht bei den Bauern zu recht. Denn das war vielleicht überhaupt die schlechteste Lösung, die man getroffen hat.

Herr Landwirtschaftsminister, vielleicht können Sie heute sagen, welche Änderungen, welche Verbesserungen das Ressort beim gegenwärtigen Stand beabsichtigt. Ich darf in diesem Zusammenhang auch zitieren. Herr Minister, es gibt ja nicht nur in unserem Bereich, nicht nur im Bereich der ÖVP, sondern auch in Ihren eigenen Reihen kritische Stimmen; wenn ich nur erinnere an den Agrarsprecher der Tiroler SPÖ, den Landtagsvizepräsidenten Lettenbichler, der einen Vorstoß im Landtag unternommen hat, daß der Landtag eben veranlassen wolle, zugunsten der Bergbauern zu intervenieren. Übrigens ist das dann am Widerstand der ÖVP gescheitert; die Gründe weiß ich nicht. Ist ja auch nicht uninteressant, wenn schon ein Vorstoß von der anderen Seite kommt, daß man ihn dann vielleicht aus reinem Machtdenken heraus nicht unterstützt, aber vielleicht gibt es dazu noch eine Äußerung.

Tatsache ist, daß die Produktionskosten in den extremen Berggebieten eben sehr, sehr ungünstig sind. Hier wird man sich mehr einfallen lassen müssen als die bisherigen Maßnahmen. Auch diese Frage hätte ich gerne an den Herrn Bundesminister gerichtet.

Und nun zu einer der wichtigsten Fragen, zu den Europäischen Gemeinschaften. Meine Damen und Herren! Ich habe es im Ausschuß schon angezogen und habe Fragen gestellt. Vor einem Jahr war Haferkamp da. Große Hoffnungen wurden auf ihn gesetzt, auf seinen Besuch; die Enttäuschung kam postwendend. Gundelach, der Agrarkommissar und Vizepräsident der Europäischen Gemeinschaften, war ebenfalls hier. Herr Landwirtschaftsminister, ich darf vielleicht die Warnung, die hier ausgesprochen wurde, wirklich unterstützen. Verkaufen Sie nicht immer zu früh Erfolgsmeldungen der Öffentlichkeit! Ich lese da, daß der Landwirtschaftsminister gesagt hat, er hat Verwendungs- zusagen Gundelachs für handfeste Ergebnisse im November.

Wir wären sehr, sehr froh, wenn es tatsächlich so kommen sollte, Herr Bundesminister, nur verkünden Sie halt immer schon ein bissel voreilig diese ganzen Dinge in der Öffentlichkeit und dann tun Sie sich sehr, sehr schwer, wenn die Dinge nicht so laufen, wie wir es alle

Meißl

miteinander gerne hätten; damit hier von unserer Seite auch die positive Einstellung unterstrichen wird.

Die Diskriminierung der Landwirtschaft durch die Europäischen Gemeinschaften ist ein Faktum, aber hier liegt die Schuld wahrlich nicht bei uns. Das heißt, die Schuld ist, wenn überhaupt zu suchen, bei den anderen Parteien.

In dem Zusammenhang könnten Sie vielleicht doch einige Fragen beantworten, Herr Bundesminister, die mit dem Besuch Gundelachs im Zusammenhang stehen: Hat es schon irgendwelche Anzeichen für eine bevorstehende positive Erledigung gegeben? Das ist ja im Grunde genommen schon meine erste Frage gewesen. Herr Bundesminister, ich habe Sie das auch im Ausschuß gefragt. Wir haben ja wirklich einen guten Freund in den Europäischen Gemeinschaften, den deutschen Landwirtschaftsminister Ertl, der sicher ein maßgebliches Wort dort mitsprechen kann.

Ich habe Sie damals gefragt, ob Sie auch mit den anderen Landwirtschaftsministern reden werden, ob Sie Kontakt aufnehmen werden, damit man auf dieser Ebene die Dinge schon vorbereitet. Sie haben gesagt, nach den Wahlen in Bayern, wenn ich Sie zitieren darf, wird der Besuch sofort gemacht. Frage: Haben Sie einen Besuch gemacht? Ist eine, wie ich annehme, Verwendungszusage herausgekommen? Herr Minister, bis wann erwarten Sie eine definitive Antwort aus Brüssel auf die drei großen Fragen; das ist sicherlich die Zuchtrinder-, die Schlachtrinderfrage, es betrifft die Qualitätsweine.

Dann gibt es da noch so eine Formulierung, und da hätte ich auch gerne Auskunft, Herr Bundesminister. Der Minister erklärt immer, daß auf pragmatischem Wege über die Bilanzen der EG im Zusammenhang mit dem Schlachtrinderexport eine Lösung oder Verbesserung zu erwarten ist. Vielleicht könnten Sie uns da etwas Näheres sagen: besonderer Einfuhrpreis oder Kompressionsgeschäft, das wäre die Zusatzfrage dazu. Und das ist eine spezielle Frage: Wie steht es mit der Wiederherstellung der Lieferbedingungen für Emmentaler?

Die Frage der Libyen-Rinderausfuhr wurde schon erwähnt, ich möchte das nicht neuerlich anschneiden. Aber im Zusammenhang mit dem Besuch Gundelachs war es ja nicht uninteressant, daß er auch – wie soll man sagen? – gewisse Winke mit dem Zaunpfahl – laut Berichterstattung der Zeitungen – gegeben hat. Für die Kündigung der Bindungen der Stärkeprodukte wurde Verständnis gezeigt, aber gleichzeitig soll Gundelach gemeint haben, daß man darüber noch reden müsse. Es wäre auch

nicht uninteressant, wenn Sie diese Frage beantworten könnten.

Ebenfalls nicht uninteressant ist im Zusammenhang mit einem Seminar, daß ein Vertreter des Fachverbandes der Nahrungs- und Genußmittelindustrie im Rahmen eines von der Österreichischen Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaftspolitik veranstalteten „Internationalen Symposiums 1978“ folgende Feststellung getroffen hat. Er äußerte sich in der Richtung, daß „Österreich seinen Spielraum, den ihm seine Verpflichtungen aus den Verträgen mit der EFTA, der EG, dem GATT und der Ostliberalisierung lassen, noch keinesfalls voll ausgeschöpft hat“. Herr Bundesminister, teilen Sie diese Meinung, oder meinen Sie, daß Sie schon alle Möglichkeiten ausgenutzt haben? Ich würde auch hier um eine Antwort ersuchen.

In diesem Zusammenhang ist ja nicht uninteressant, daß bei dieser Tagung auch davon gesprochen wurde, daß die Systeme, mit denen sich die Schweiz, Schweden, aber auch die EG gegen allzu offensive Einfuhrpraktiken schützen, als Modelle für Österreich bezeichnet wurden. Vielleicht haben wir hier etwas versäumt. Vielleicht können wir hier noch etwas tun, Herr Bundesminister; ich möchte Ihnen das auch zu meinem Fragenkomplex mitgeben.

Nun eine politische Frage, ich habe sie bereits angeschnitten, die Frage der Selbstbeteiligung oder, wie man es immer nennen möchte, des Getreidekrisengroschens. Es ist die Rede, daß die Bauern eben ihren Überschuß selbst mitfinanzieren müßten, beim Getreide, beim Weizen.

Hier darf ich sagen, daß wir es in der jetzigen Situation, wenn wir so einen Bericht diskutieren wie 1977, grundsätzlich ablehnen, daß eine weitere Belastung auf dem Rücken der Bauern erfolgt! (Beifall bei der FPÖ.)

Und eng damit im Zusammenhang steht natürlich das, möchte ich sagen, vorläufig gestorbene Ölsaatenprojekt. Und hier ist wirklich ein Vorwurf zu erheben, Herr Bundesminister. Hat die Koordination in dieser Bundesregierung überhaupt nicht mehr funktioniert? Es wurde ein Abgabengesetz eingebracht, das die Voraussetzung gewesen wäre, um das bekannte Ölsaatenprojekt durchzuführen, von dem wir alle der Meinung waren, und wir Freiheitlichen haben das seit langem gefordert, daß damit die Schließung der Fettlücke bewerkstelligt werden könnte. Es hätte verschiedene Vorteile gebracht, es hätten bestimmte Anbauflächen umfunktionsiert werden können.

Nein, man hat ein Gesetz eingebracht, und im Ausschuß kommt dann plötzlich der Herr Handelsminister daher und sagt: Njet, nicht zu machen! Also diese Blamage hätte man sich

10572

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Meißl

ersparen können, wenn eine bessere Koordination innerhalb der Regierung möglich gewesen wäre. Vielleicht hätte man das Öl gebraucht, um besser zu schmieren. Aber es funktioniert halt einfach nicht mehr.

Helmut Romé schreibt darüber in der „Arbeiter-Zeitung“:

„In einer geheimen Vereinbarung hat sich die ÖVP-Regierung unter Klaus 1969 gegenüber Washington verpflichtet, die amerikanischen Eiweißfuttermittel (Sojaschrotte) nicht zu diskriminieren, wie dies Nationalbankpräsident Koren (damals Finanzminister) bestätigt. Dafür konnte Österreich die Käseexporte in die USA sichern. Die Gelegenheit, diese Zusagen“ – um das geht es – „anlässlich des US-Sojaexportembargos Anfang der siebziger Jahre zu kündigen, wurde leider nicht wahrgenommen.“

Das schreibt Helmut Romé in der „Arbeiter-Zeitung“.

Und wie nehmen Sie zu diesem Sachverhalt Stellung? Vor allem müssen ja Beamte dabei gewesen sein bei diesen Verhandlungen, die etwas gewußt haben. Sie bringen aber dann trotzdem ein Abgabengesetz ins Haus, wo dann zwischendurch der Herr Handelsminister aufscheint und sagt: Nein, njet, geht nicht, wir können uns das nicht leisten!

Herr Bundesminister! Das ist ein wesentlicher Bestandteil einer Verbesserung der Produktionsmöglichkeiten! Wie sieht es damit aus? Haben Sie überhaupt noch Chancen, daß dieses Ölsaatenprojekt in die Tat umgesetzt werden kann?

Ich möchte nun natürlich auch begründen, warum wir diesen Grünen Bericht ablehnen. Wir lehnen ihn deshalb ab, Herr Bundesminister, weil sicherlich – und von mir wiederholt kritisierte – Mängel im Bericht selbst aufscheinen. Wir meinen, daß der Bericht unvollständig ist. Es ist richtig, Sie haben auf meine Frage im Ausschuß geantwortet, Sie nehmen keinen unmittelbaren Einfluß auf die Abfassung. Nur – die Frage ist auch an die ÖVP zu richten –, Sie haben ja Ihre Leute überall drinnen sitzen, die Vertreter und so weiter, wurde heute schon gesagt, die dürfen manchmal nichts reden. Ja, bitte schön, dann muß man halt das Ganze ändern, diese §-7-Kommission. So geht es ja auch nicht. Wenn die Arbeiterkammer, der Gewerkschaftsbund oder wer immer Einspruch erhebt und das wird dann nicht aufgenommen, so ist das ja kein echtes Spiegelbild der Situation der Landwirtschaft. So geht es wirklich nicht. Und das ist sicherlich für uns auch ein Grund, diesen Grünen Bericht abzulehnen, ihn nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Darüber hinaus ist natürlich ein Grund auch der Bericht über den Zustand in der Landwirtschaft. Und hier kann man ja wirklich kein Jubellied anstimmen, Herr Bundesminister. Damit lehnen wir auch die – wie es aus dem Bericht 1977 ersichtlich ist – gescheiterte Politik der sozialistischen Bundesregierung in den Agrarfragen mit ab.

Darüber hinaus möchte ich aber auch sagen, daß wir besorgt sind über die weitere Entwicklung. Wir sind im Zweifel, ob diese, wie ich es nennen möchte, heimlichen Koalitionen zwischen Präsidentenkonferenz, Bauernbund und SPÖ-Ministern, ganz gleich, wer jeweils immer glaubt, den anderen hineingelegt zu haben, für die Bauern ein Vorteil sind. Wir meinen, das ist kein Vorteil. Im Grund genommen werden diese Vereinbarungen auf dem Rücken der Bauern zu ihrem Nachteil ausgetragen, und wir verwahren uns dagegen.

Daher, Herr Bundesminister, abschließend noch einmal: Die Bilanz von acht Jahren sozialistischer Agrarpolitik nimmt sich sehr, sehr bescheiden aus. Am Anfang gab es Ansätze für eine Verbesserung, es hat sich aber nichts verbessert. Dieser Bericht liefert den Beweis hiefür, und daher lehnen wir ihn ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Koller. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Koller (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Vorerst, meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zu Herrn Abgeordneten Riegler, der sich hier auch mit grundsätzlichen Problemen der Landwirtschaft befaßt hat. Er hat zum Beispiel eingangs seiner Rede davon gesprochen, daß es die heile Bauernwelt heute nicht mehr gibt.

Herr Abgeordneter Riegler! Können Sie mir ein Land nennen, sei es in der EWG, in den Industriestaaten, die sich abkapseln, die größte Probleme mit der Landwirtschaft haben, oder sei es ein agrarisches Land in den Überseegebieten, wo diese Bauernwelt noch heil ist? Bei uns gibt es keine heile Bauernwelt (*Abg. F a c h l eutner: Wir würden mit einer EWG-Regelung sofort zufrieden sein!*) – auch darauf komme ich zu sprechen –, sie ist weder bei uns heil noch in irgendeinem anderen Land der Welt.

Sie haben, Herr Abgeordneter Riegler, von der großen Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft gesprochen. Da stimme ich Ihnen vollkommen bei. Auch wir Sozialisten zollen dieser Landwirtschaft unseren Respekt, wir anerkennen diese Leistung.

Koller

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie den Höhepunkt der Leistung der österreichischen Landwirtschaft darin sehen, daß wir jetzt soweit sind, daß wir in die ehemaligen Kronländer der Monarchie Getreide liefern können, dann frage ich Sie: Wann haben wir denn Getreide exportiert – zwischen 1966 und 1970 oder erst seit 1976, 1977? 200 000 Tonnen nach Polen! Sagen Sie auch dazu, daß dieses Geschäft 290 Millionen Schilling gekostet hat, und sagen Sie dazu, daß eben das Verständnis dieser Regierung für die Landwirtschaftspolitik so groß ist, daß sie solche Subventionen macht! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wir können heute kein Körnchen Getreide exportieren, wäre die Subvention nicht so hoch. Sie kennen doch die Preise: 1 500 S pro Tonne auf dem Weltmarkt. Hier zeigt sich das Verständnis. (Abg. Helga Wieser: Reden Sie von der Dritten Welt, Herr Kollege, oder reden Sie von den Industriestaaten?)

Jetzt gleich zu einem zweiten Problem, meine Damen und Herren. Der Herr Abgeordnete Riegler hat von den teuren Landmaschinen gesprochen. Recht hat er. Es läßt sich hier natürlich schwer ein Vergleich zu den anderen Produkten bringen. Aber ich möchte Ihnen eines sagen: In keinem anderen Land der Welt, in dem die Subventionen, die öffentlichen Zuschüsse nicht so hoch sind, gibt es diese Mechanisierung oder diese Übermechanisierung wie hier in Österreich, weil sie sich das gar nicht leisten könnten. (Abg. Helga Wieser: Herr Kollege! Reden Sie von der Dritten Welt oder reden Sie von der EWG?) Denn wenn sich einer wirklich diese Übermechanisierung leisten könnte – meine Damen und Herren, Sie kennen das Problem –, dann müßte ja der Bauer das von der Substanz nehmen, um diese teuren Maschinen zu kaufen. (Abg. Helga Wieser: Sie können doch nicht sagen, daß die ganzen Maschinen subventioniert sind!)

Ich weiß nicht, ob der Herr Abgeordnete Letmaier jetzt hier ist; der versteht sicher etwas von der Bauwirtschaft. Was ich jetzt sage, will ich gar nicht mit einer Gehässigkeit und schon gar nicht mit Spott sagen. Das möchte ich vorausschicken.

Ein Mann aus der Bauwirtschaft, meine Damen und Herren, hat mir folgendes gesagt: Wenn wir in der Bauwirtschaft so mechanisiert wären wie die österreichische Landwirtschaft, dann würde jeder Bauarbeiter mit einem Kräder, mit einer Raupe oder mit einem Bagger zur Arbeit fahren. Schauen Sie doch in andere Länder, wie viele Hektar dort bearbeitet werden! (Zwischenruf der Abg. Helga Wieser. – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Der Herr

Abgeordnete Riegler hat gesagt, wir müßten mehr Kontakt mit den Bauern draußen haben. Darf ich Ihnen darauf eine Antwort geben? (Ruf bei der ÖVP: Ja!) Der Abgeordnete Riegler ist Direktor des Bauernbundes in Graz, während ich seit 16 Jahren Bürgermeister einer Landgemeinde bin, also täglich Kontakt mit den Bauern habe. (Ruf bei der ÖVP: Keine Ahnung! – Abg. Deutschmann: Ich 21 Jahre in einer Landgemeinde!) Wir sind ja Kollegen. Sie haben Verständnis dafür. Ich kenne die Probleme, weil ich eben täglich mit ihnen konfrontiert werde. (Abg. Deutschmann: Was sind das gegen 21 Jahre?!)

Meine Damen und Herren! Wenn man sich diese ganze Debatte anhört, dann merkt man natürlich, daß wir rund elf Monate vor der Nationalratswahl stehen. Das merkt man hier ganz deutlich. (Abg. Helga Wieser: Aber wo, das ist ja immer das gleiche!) Die ÖVP verläßt bei dieser Diskussion – das haben wir auch gestern schon gesehen – das Gebiet der Sachlichkeit vollkommen. Polemik und auch eine gewisse bewußte Verunsicherung der Bevölkerung, das ist Ihre Devise für diese ganze Debatte! (Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.)

Frau Abgeordnete Wieser! Sie kritisieren heute das hohe Budgetdefizit, Sie sind gegen alle Sanierungsmaßnahmen (Abg. Helga Wieser: Stimmt ja nicht!) und Sie fordern weitere Milliardenbeträge. Wie gestern der Finanzminister hier vorgerechnet hat, gibt es allein auf dem Gebiet der Landwirtschaft 2 Milliarden Schilling, meine Damen und Herren. (Abg. Helga Wieser: Wir haben ja ein Förderungskonzept vorgelegt, wir haben ja Alternativen vorgelegt, Sie können nicht sagen, daß wir nur kritisieren! Wir haben Alternativen vorgelegt, aber Sie nehmen sie ja nicht an!)

Der Grund dafür, daß Sie diese Debatte so führen, dürfte sein, daß Sie sich heute in einem gewissen Siegestaumel befinden. Es hat aber für Sie schon öfters ein nüchternes Erwachen gegeben, und das wird zweifellos nächstes Jahr auch wieder der Fall sein. (Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: Es ist Ihr Mut zu bewundern! Keine Ahnung von der Materie, aber große Worte!)

Mir kommt vor, daß sich die ÖVP heute in einem gewissen Trancezustand befindet. Sie sind heute nicht mehr in der Lage, einen Bericht, der mit größter Objektivität erstellt wurde, auf den der Herr Bundesminister, wie er im Ausschuß erklärt hat, nicht den geringsten Einfluß genommen hat, also eine nüchterne Zusammenstellung von objektiven Zahlen, zur Kenntnis zu nehmen. (Ruf bei der ÖVP: Sehen Sie, das stört uns am meisten, wenn Leute, die

10574

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Koller

von der Wirklichkeit keine Ahnung haben, dazu reden!)

Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Riegler hat im Ausschuß . . . (Abg. *Fachleutner*: *Er war sehr gut!*) Zweifellos, in seiner Rede, in seiner Rhetorik war er zweifellos sehr gut. Er hat aber zum Beispiel im Ausschuß von einem Scheineinkommen in der Landwirtschaft gesprochen. (Abg. *Helga Wieser*: *Sicher, war ja auch nichts anderes!*) Übersehen Sie denn wirklich den Fortschritt in Österreich auf allen Gebieten und insbesondere in der Landwirtschaft vollkommen? Sie reden heute vom Scheineinkommen. Sie reden davon, wie schlecht es dieser Landwirtschaft geht. (Ruf bei der ÖVP: *Wieso gehen denn alle von der Landwirtschaft weg?*) Man muß hier förmlich den Eindruck haben, als ob diese Landwirtschaft am Hungertuch nagen würde. Aber wie schaut es denn wirklich aus? Sind denn die 300 000 Traktoren, die Zehntausenden von Mähdreschern, die Mechanisierung, ja sogar Übermechanisierung, wie wir gesagt haben, alles nur Phantombilder, oder ist das Realität hier in Österreich, meine Damen und Herren? (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Abgeordnete, sind es Phantombahlen, oder ist es eine Tatsache, daß die Exportstützung bei Milch, um jetzt nur einige Zahlen zu nennen, im Jahre 1970 359 Millionen Schilling betrug, heute aber 1 258 000 000 S ausmacht? Ist das die Realität, oder sind das phantastische Zahlen? (Abg. Dr. *Zittmayr*: *Wo die Preise in Österreich so gestiegen sind! Inflation!*)

Herr Abgeordneter, ist es Realität, daß im Jahre 1978 für das Bergbauern-Sonderprogramm 453 Millionen Schilling ausgegeben wurden und für 1979 700 Millionen Schilling vorgesehen sind? Ist das die Realität, ist das die Wahrheit oder nicht? (Abg. Dr. *Zittmayr*: *Nein!* – Abg. *Fachleutner*: *Sie tun sich ein bißchen schwer, Herr Abgeordneter, weil Sie nichts verstehen von der Geschichte!*)

Um noch einige Zahlen zu nennen, meine Damen und Herren: Von 1972 bis 1978 wurden allein für das Bergbauern-Sonderprogramm 3 364 000 000 S aufgewendet, für den Grünen Plan 579 Millionen Schilling im Jahr 1966 und 1 359 Millionen Schilling im Jahr 1977.

Meine Damen und Herren! Sie haben sich heute hier auch in bezug auf die Rinderexporte beschwert. Wie schaut es denn da aus? Ich will das jetzt nicht jahrweise aufschlüsseln. Von 1966 bis 1969 wurden an Stützungsmitteln rund 210 Millionen Schilling gewährt. Von 1974 bis 1977 waren es 1 242 000 000 S. Ist das die Realität? Sind das Tatsachen, oder wollen Sie das bestreiten? (Beifall bei der SPÖ. – Abg.

Helga Wieser: Die Länder haben Sie vergessen!

Damit ist bewiesen, daß der Nettoaufwand des Bundes für die Jahre 1974 bis 1977 das Sechsfache des Betrages für die Jahre 1966 bis 1969 ausmachte. Das sind alles Zahlen, und diese sollten Sie doch anerkennen. (Ruf bei der ÖVP: *Wieviel ist denn importiert worden?* – Abg. *Helga Wieser*: *Die Länder haben doch überall mitgezahlt! Das wissen wir doch ganz genau, das ist ja kein Geheimnis!*)

Meine Damen und Herren! Da in diesem Zusammenhang der Ausdruck „Wortbruch“ schon einige Male gefallen ist, muß ich fragen: Wie schaut es denn nun mit dem bevorstehenden Abbau der Preisstützungen aus? War das wirklich ein „Wortbruch“ oder etwas anderes? In diesem Zusammenhang muß ich Sie weiters fragen: War es ein Wortbruch, als Bundeskanzler Klaus 1967 – ich will das Zitat jetzt nicht wiedergeben, meine Damen und Herren – die Preisstützungen zum Beispiel bei Roggen von 55 Groschen auf 20 Groschen, bei Normalweizen von 52 Groschen auf 17 Groschen, bei Kontraktweizen ebenfalls von 52 Groschen auf 17 Groschen und bei Milch von 90 Groschen auf 52 Groschen herabgesetzt hat? War das damals ein Wortbruch? (Abg. *Helga Wieser*: *Herr Kollege Koller, das war ein Bestandteil der Verhandlungen der Marktordnung! Das wissen Sie doch ganz genau!*)

Ich möchte, wie gesagt, das Zitat jetzt nicht bringen, sondern stelle nur eine ganz nüchterne Frage, meine Damen und Herren: Glaubt man wirklich, daß es bei dem heutigen Lebensstandard, den sich das österreichische Volk erarbeitet hat, immer noch notwendig ist, die Preisstützungen in vollem Umfang beziehungsweise überhaupt aufrechtzuerhalten? Ist das in einer Zeit – das muß man auch sagen –, in der die Österreicher in der Lage sind, in einem Jahr um zwei Dutzend Milliarden Autos zu kaufen (Abg. *Kern*: *Eine gute Ausrede!*), in einer Zeit – das wurde überhaupt noch nicht gesagt –, in der die Österreicher Gott sei Dank in der Lage sind, in einer Woche 13,5 Milliarden Schilling auf ihre Sparbücher zu legen, in einer Zeit, in der die Sparguthaben die 400-Milliarden-Grenze überschritten haben, wirklich noch notwendig, so fragt man sich.

Viele Österreicher, und ich behaupte sogar, viele Hausfrauen wissen nicht mehr auf den Groschen genau, was das Kilo Brot oder der Liter Milch kostet; tatsächlich. Gehen Sie, meine Damen und Herren, in einen Bäckerladen. Was erleben Sie denn dort? Von der Bevölkerung werden heute . . . (Abg. *Deutschmann*: *Aber Herr Kollege, so heruntertun dürfen Sie doch die Leute nicht, um Gottes willen! Herr Kollege,*

Koller

jede Frau weiß doch, wenn sie einkauft geht, was die Ware kostet! Diese Aussage ist beschämend! Beschämend!

Herr Abgeordneter, ich kenne viele, die das nicht wissen. Gehen Sie hinaus auf die Straße und machen Sie einmal eine Straßenbefragung, dann werden Sie es sehen. Das ist heute so. Gehen Sie heute in einen Bäckerladen. Wissen Sie, was Sie dort erleben? Heute kaufen die Menschen meistens jene Backwaren, die nicht preisgeregt und daher sehr teuer sind. (Abg. Deutschmann: *Wollen Sie das vorschreiben?*) Nein, das will ich gar nicht vorschreiben, ich stelle das nur fest. Das zeigt den besonders hohen Lebensstandard der Bevölkerung in Österreich. (Beifall bei der SPÖ.)

Und jetzt, meine Damen und Herren, nochmals zu diesem sogenannten Stützungsabbau. Daß das so aufrecht bleibt, davon wurde kein Wort gesprochen. Und ich behaupte jetzt folgendes: Der Produzentenpreis für den Bauern wird keine Einbuße erleiden. Sollte er im Zusammenhang mit dem besonderen Absatzförderungsbeitrag eine Einbuße durch den Export erleiden, so sind Ihnen Verhandlungen zugesagt, und die Sache wird zweifellos abgegolten werden. (Abg. Dr. Haider: *Was sagen Sie noch zu! Den Milchkonsumentenpreis erhöht er, weil die Frauen ohnehin nicht wissen, was er kostet! So etwas!*)

Aber was ich sagen wollte: Glauben Sie nicht, daß es dem Bauern heute egal ist, daß es ihm ganz egal ist, ob er seinen Produzentenpreis durch einen Teil von Stützungen abgegolten bekommt oder direkt vom Produzenten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube sogar, daß es dem Bauern lieber ist, wenn er seinen Preis vom Produzenten bekommt, und er dabei sogar ein besseres Gefühl hat, als wenn dieser Preis durch Subventionen gestützt ist. Das behaupte ich. (Abg. Dr. Haider: *Sie sollten zum Vertragsbruch reden!*)

Also dem Bauern wird es völlig egal sein, von wem er sein Geld bekommt, Hauptsache, er bekommt es. Und er wird es bekommen. Das wollte ich sagen. (Abg. Dr. Haider: *Was ist mit dem Wortbruch!*) War es ein Wortbruch damals vom Bundeskanzler Klaus, als diese Subventionen herabgesetzt wurden? (Abg. Dr. Haider: *Mit wem hat denn der einen Vertrag geschlossen?*)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es nicht nur in Österreich, sondern vor allem auch in den anderen Industriestaaten natürlich Schwierigkeiten in der Landwirtschaft gibt, sie finden vor allem ihren Niederschlag im agrarischen

Außenhandelsdefizit. (Abg. Dr. Zittmayr: *Man kann mit euch nichts vereinbaren!*)

Die Ursachen sind natürlich sehr vielfältig. Der Zugang zu den traditionellen Märkten in der EWG ist sehr schwierig. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß sie sich immer mehr abkapsseln. Eine der Schwierigkeiten sind natürlich bessere Produktionsbedingungen in den Überseeländern.

Zweifellos werden heute die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft durch ein Überangebot an Agrarprodukten auf den Weltmärkten hervorgerufen.

Und, meine Damen und Herren, wenn wir die Agrarimporte ganz objektiv betrachten, dann stellen wir fest, daß ein sehr großer Teil auf Obst, Gemüse, Kaffee, Tee und Kakao entfällt, also vielfach auf Produkte, die wir in Österreich nicht produzieren können. Diese Produkte belasten unsere Handelsbilanz allein mit einem Betrag von rund 9 Milliarden Schilling. Allein der Einfuhrwert, meine Damen und Herren, von Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen stieg innerhalb eines Jahres um rund 40 Prozent oder 1,12 Milliarden Schilling. (Zwischenruf des Abg. Dr. Haider.) Dafür sind natürlich auch sehr große Preisschwankungen, Herr Abgeordneter, die Ursache. (Abg. Dr. Haider: *Reden wir vom Kaffee, sagt er!*)

Und, meine Herren, noch einmal: Diese hohen Einfuhren zu sehr hohen Preisen widerspiegeln auch wieder den hohen Lebensstandard der österreichischen Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, man könnte auch im Zusammenhang mit dem Brot- und dem Milchpreis die Frage stellen, wenn man heute bereit ist, auf Grund dieser hohen Preissteigerungen für 1 kg Kaffee um 20 bis 50 S mehr zu bezahlen, ob es dann wirklich darauf ankommt, Frau Abgeordnete, ob jetzt die Milch . . . (Abg. Helga Wieser: *Es gibt auch Familien, die sich keinen Kaffee kaufen, aber Milch brauchen sie schon zum Brot!*) Selbstverständlich kommt es für manche darauf an, das wollte ich gerade sagen, für Ausgleichszulagenempfänger, für kinderreiche Familien. Aber, meine Damen und Herren, da haben wir ja schon zugesagt, es ist ja dafür gesorgt, daß dieser Betrag abgegolten wird. Aber bei den anderen spielt das heute keine bedeutende Rolle mehr, das möchte ich Ihnen dazu sagen. (Abg. Dr. Haider: *Das ist ein Konsumentenschützer!* – Abg. Kern: *Der Staribacher hat immer etwas ganz anderes gesagt!* – Abg. Dr. Haider: *Wo ist die Frau Albrecht, die oberste Konsumentenschützerin?*)

Man könnte, Hohes Haus, zweifellos hier noch andere Vergleiche bringen.

10576

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Koller

Meine Damen und Herren! Wie Sie aus dem Bericht ersehen können und wie aus dem Grünen Bericht hervorgeht, ist auch im Jahre 1977 der Lebensstandard der bäuerlichen Bevölkerung wieder verbessert worden. Und Sie wissen, daß das Einkommen eines Bauern nicht nur vom Preis der Produkte abhängt, sondern auch von dem, was er erntet, was er produziert. Sie wissen auch, meine Damen und Herren, daß der Bauer nicht in einem Glashaus produziert wie ein Gärtner, wo er die Feuchtigkeit und alles heute fast schon elektronisch einstellen kann, sondern daß seine Produkte der Witterung ausgesetzt sind und deshalb die Ernte davon abhängt. (Abg. Kern: *Den Reichsverweser haben Sie schon gestern ins Glashaus gesetzt!*) Und die Ernten sind nicht in jedem Jahr gleich, daher natürlich auch nicht das Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung.

Immerhin, meine Damen und Herren, stieg von 1970 bis 1977 das landwirtschaftliche Einkommen real um mehr als ein Drittel. Und das ist, glaube ich, eine wesentliche, eine bedeutende Zahl. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch etwas, meine Damen und Herren: Für das Einkommen des Bauern ist nicht nur das Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft maßgebend, sondern zweifellos das Gesamteinkommen. Das Nebeneinkommen, das Sozialeinkommen, die Rente, die Kinderbeihilfe und die öffentlichen Zuschüsse spielen hier eine sehr große Rolle. (Abg. Deutschmann: *Die Betriebsmittel!*)

Auch darüber werden wir heute noch von anderen Kollegen sehr aufschlußreiche Zahlen hören. (Abg. Dr. Haider: *Frisiertel!*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte abschließend folgendes sagen: Die Politik dieser Regierung war immer getragen von ihrer großen staatlichen Verantwortung, selbstverständlich in allen Bereichen und auch im Bereich der Landwirtschaft. Auch die landwirtschaftliche Bevölkerung konnte seit 1970 Anteil an dem steigenden Wohlstand haben.

Wenn der Herr Abgeordnete Riegler am Schluß seiner Rede, meine Damen und Herren, und das wird ja heute noch öfter kommen, auf die Nationalratswahl Bezug genommen und in bezug auf Kreisky, Budget und alles gemeint hat, das wird das letztemal sein, dann möchte ich Ihnen folgendes Erlebnis erzählen (Abg. Helga Wieser: *Vom 5. November!*): Vor kurzem hat mit ein sehr aufgeschlossener Bauer in mittlerem Alter gesagt: Wissen Sie, Herr Abgeordneter, hat er gesagt, als ihr damals 1970 die Mehrheit gemacht habt – ich bin ja kein Roter, hat er gesagt –, habe ich mir gedacht: Na lang kann das nicht gut gehen. Wissen Sie, warum ich mir

das gedacht habe: Einen Vizekanzler, den habt ihr immer gehabt, einen Verkehrsminister und einen Innenminister habt ihr immer gehabt. Aber wir haben geglaubt: Woher sollen die einen Landwirtschaftsminister nehmen? Wie wird denn das gehen? Und jetzt, sagt er, sind fast acht Jahre vergangen, und eines muß ich Ihnen sagen: Auf keinen Fall hätten's die Schwarzen besser gemacht als ihr!

Und wir werden es in Zukunft wieder besser machen, was eben tatsächlich geschehen ist. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Haider: *Grimms gesammelte Märchen!*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Halder. Ich erteile es ihm. (Abg. Dr. Haider: *Einen Minister haben sie bald gefunden, aber für einen Staatssekretär haben sie lange gebraucht!*)

Abgeordneter Dr. Halder (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Pfeifer hat seine Ausführungen damit begonnen, der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Riegler habe zum Generalangriff des österreichischen Bauernbundes gegen die sozialistische Agrarpolitik geblasen. Das hatte er sicherlich nicht vor, aber er hatte vor, einiges und nicht nur einiges, sondern sehr vieles klarzustellen. Von einem Generalangriff haben wir nichts gehört, und so wollen wir es auch gar nicht verstanden wissen.

Es hat sich schon gezeigt, wie notwendig es war, erstmals zumindest den Bericht über die Lage der Landwirtschaft 1977 gesondert im Plenum des Nationalrates zu verhandeln. Denn niemand kann die Tatsache wegdiskutieren, daß wir von 1976 auf 1977 beim Gesamteinkommen ein reales Minus von 2 Prozent und beim landwirtschaftlichen Einkommen ein reales Minus von 3,5 Prozent haben.

Und Sie, Herr Bundesminister – das entnehme ich dem Stenographischen Protokoll aus dem Landwirtschaftsausschuß vom 2. November –, haben vom realen Minus von 2,8 gesprochen. Das ist protokollarisch festgehalten. Wie Sie auf 2,8 Prozent kommen, weiß ich nicht. Aber die Plus 2 beim landwirtschaftlichen Einkommen nominell ergeben eben real minus 3,5, und plus 3,5 beim Gesamteinkommen minus 5,5 Teuerung ergibt eben minus 2 real. Um diese Ziffern kommen wir also auch nicht herum.

Der Herr Abgeordneter Pfeifer sprach von den Mängeln der Agrarpolitik in den Jahren 1966 bis 1970. Es sind mittlerweile zwar schon acht Jahre vergangen, aber es will offenbar die Sozialistische Partei von dieser Diskussion nicht weg.

Dr. Halder

Was ist damals geschehen? Damals hat die ÖVP-Agrarpolitik sehr viele wichtige strukturelle Weichen gestellt und hat damit in diese Richtung hingezieilt, daß die landwirtschaftliche Produktion im Inland und im Ausland bestehen kann. Und die sozialistische Agrarpolitik hat zumindest einige Jahre noch davon gelebt, bis einschließlich 1972, möchte ich behaupten. Dann aber geht es bergab. 1973, 1974, 1975, lauter schlechte Jahre, 1975 das allerschlechteste Jahr. Und wenn es dann prozentuell wieder einmal aufwärts geht, dann kann man nicht sagen, daß ein hervorragender Fortschritt gegenüber früher eingetreten wäre.

Der Herr Abgeordnete Pfeifer spricht auch immer wieder von der Sozialpolitik der ÖVP. Was ist geschehen? Wir haben im Jahre 1965 gemeinsam die Bauernkrankenkasse beschlossen. Und wenn Sie sagen, in den Zeiten von 1966 bis 1970 hätte es viel Not in den Bauernfamilien gegeben, wenn die Leute ins Spital mußten (*Abg. Pfeifer: Vor 1966!*): Damals war ja schon das Leistungsrecht der Bauernkrankenkasse in Kraft. Und wenn Sie dann von den großen Beträgen reden, die der Bund an Bundeszuschüssen für die bäuerliche Sozialversicherung zu leisten hat, dann geht das auf die Gesetze zurück, was Unfallversicherung anlangt, von 1968, und Bauern-Pensionsversicherung und Zuschußrechtenversicherung von 1969, 12. Dezember 1969. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wie lange es gebraucht hat, die Zuschußrenten zumindest in Übergangspensionen umzuwandeln, das wissen Sie selber. Bis Ende 1976, bis endlich dieses Arrangement hier im Parlament beschlossen werden konnte. (*Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenrufe des Abg. Pfeifer.*)

Wenn Sie von den „Versäumnissen“ der ÖVP reden, dann ... (*Abg. Pfeifer: Warum haben Sie nicht umgewandelt, bitte, zu Ihrer Zeit?*) Sie haben es die ganze Zeit verhindert! Wir haben den einen großen Schritt im Jahre 1969 getan, das hat mit 1. Jänner 1971 begonnen, und seitdem haben Sie Widerstand geleistet bis Ende 1976. So ist die Tatsache. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und zum EWG-Vertrag. Wir haben ihn hier gemeinsam beschlossen, aber Sie wissen, daß wir auch den Artikel 15 mit beschlossen haben, und hier liegt das große Versäumnis der Bundesregierung, daß nicht laufend nach dem Rechten gesehen worden ist und wir heute ein derart enormes agrarisches Außenhandelsdefizit haben.

Nun zum angeblichen Wortbruch. Herr Bundesminister, ich kann mich nicht erinnern, daß der Abgeordnete Dipl.-Ing. Riegler Ihnen Wort-

bruch vorgeworfen hätte. Wir werfen Ihnen überhaupt nichts vor, denn bekanntlich haben es nur Hunde gern, wenn man ihnen etwas vorwirft. Wir tun das nicht. Wir stellen nur den Sachverhalt klar. (*Abg. Pfeifer: Das ist eine Ebene!*)

Und wie schaut der Status quo zum 1. Juli 1978 aus? (*Abg. Pfeifer: Haben Sie noch eine tiefere Lade?*) Herr Abgeordneter Pfeifer! Wie schaut der Status quo zum 1. Juli 1978 aus? Was hat sich seitdem verändert? – Der Stützungsabbau wird angekündigt, obwohl damals nicht davon die Rede war. (*Abg. Pfeifer: Wir können uns auf einiges gefaßt machen, wenn es so weitergeht!*) Der Bergbauernzuschuß für den Export von Zucht- und Nutzrindern soll verschwinden. Die Kälbermastaktion soll nicht gelten für Bergbauern, die überhaupt keine Milch liefern. Und was ist mit dem Getreidekonzept? War nicht ausgemacht, daß die Finanzierung der Verwertung im heurigen Jahr klar gestellt ist? (*Abg. Pfeifer: Schämen Sie sich!*) Vier Punkte, in denen Sie mittlerweile seit dem 1. Juli 1978 vom Status quo abweichen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ob Sie das als Wortbruch beurteilen oder anders, das möchte ich Ihnen und dem Hohen Hause überlassen.

Herr Abgeordneter Koller, Sie haben hier polemisiert gegen die angebliche Übermechanisierung in der Landwirtschaft. Ja soll die bäuerliche Bevölkerung Grund und Boden mit den Fingernägeln bearbeiten? (*Abg. Pfeifer: Unsachlich! Schämen Sie sich!*) Und was sagt etwa die gewerbliche Wirtschaft, die Landmaschinenindustrie, der Landmaschinenhandel, und wie ist es in bezug auf die Arbeitsplätze dortselbst? Ist es nicht gut, daß die Land- und Forstwirtschaft in der Lage ist, Landmaschinen zu kaufen und modern und rationell zu wirtschaften? (*Abg. Pfeifer: Ihnen fehlen die Argumente, daher greifen Sie in diese Lade! Schämen Sie sich!*) Herr Abgeordneter Pfeifer! Sie sollten, bitte, lieber zuhören. Ja?

Es war vorauszusehen, daß Sie natürlich aus dem Grünen Bericht nur das herausnehmen, was Ihnen zusagt, was die Situation der Landwirtschaft von 1976 auf 1977 Ihrer Meinung nach im rosigen Licht erscheinen läßt. (*Abg. Pfeifer: Schläge unter der Gürtellinie, weil Ihnen die Argumente abgehen, Herr Doktor!*) Aber die Darstellung der prozentuellen Entwicklungen sagt noch gar nichts aus über die tatsächliche Einkommenslage der Landwirtschaft. Wie gesagt, keine einzige Kategorie der Bergbauernzonen 3, 2, 1 ist herangekommen an den Gesamtbundesdurchschnitt von monatlich 5 836 S landwirtschaftliches Einkommen je Familienarbeitskraft, die FAK im gewichteten Mittel der Bergbauernbetriebe des österreichi-

10578

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dr. Halder

schen Alpenlandes 4 499 S, in der Zone 3 im gewichteten Mittel 3 564 S.

Was sagt der Grüne Bericht nun tatsächlich aus? – Daß trotz der nominellen Einkommenserhöhung keine nennenswerte Verbesserung des Reinertrages eingetreten ist. Der Aufwand war höher als der Rohertrag. Für das in den Bergbauernbetrieben des Alpengebietes investierte Kapitel konnte keine Verzinsung erzielt werden. Häufig reichen die Erträge nicht einmal dazu aus, das bedungene Arbeitseinkommen, den sogenannten Lohnansatz, zu erwirtschaften. Investitionen ließen sich daher vielfach nur durch Verbrauchseinschränkung und beziehungsweise oder durch Heranziehung von Nebeneinkünften wie Direktzahlungen, Zuerwerbseinkommen, Sozialeinkommen sowie mit Fremdkapital bewältigen. Das sagt dieser Bericht wortwörtlich. Ich habe daraus zitiert.

Im gesamtösterreichischen Durchschnitt, haben wir bereits gehört, haben wir ein reales Minus von minus 2 Prozent beim Gesamteinkommen und minus 3,5 Prozent beim landwirtschaftlichen Einkommen, und das heißt, daß allein von 1976 auf 1977 das durchschnittliche Gesamteinkommen einer landwirtschaftlichen Familienarbeitskraft neuerdings gegenüber den unselbstständig Erwerbstätigen im Schnitt um 5,5 Prozent abgesunken ist. Der Einkommensabstand im Verhältnis zu einem Beschäftigten in der Industrie beträgt also, wenn man das landwirtschaftliche Einkommen rechnet, sogar 52 Prozent, und wenn man das Gesamterwerbseinkommen rechnet, immer noch 45 Prozent.

Aus diesen Ziffern werden vor allem zwei Tatsachen deutlich sichtbar: Einerseits der absolute hohe Einkommensabstand zu ungünsten der Bauern, andererseits ein noch höherer Einkommensabstand der in der Land- und Forstwirtschaft arbeitenden Familienarbeitskräfte.

Und nun zur Situation: Wie viele Betriebe der Land- und Forstwirtschaft liegen unter der Armutsgrenze? Herr Abgeordneter Pfeifer, ich möchte Ihnen empfehlen, selbst nachzurechnen. Schlagen Sie Seite 146 auf, die Tabelle 94 des Grünen Berichtes über die Streuung der Betriebe nach dem Gesamteinkommen.

Hier haben wir das Betriebseinkommen, und hier haben wir es genau: 12,8 Prozent liegen unter 75 000 S Betriebseinkommen. Das Betriebseinkommen entfällt auf 2,15 Arbeitskräfte, und der Richtsatz hat im Jahre 1977 2 860 S betragen, wie Sie richtig sagen. Sie brauchen nur durchzurechnen, dann sehen Sie ganz genau, wie viele Betriebe der Land- und Forstwirtschaft tatsächlich unter der Armutsgrenze liegen! Und das läßt sich auch nicht

wegdiskutieren. (*Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Dr. Haider.*)

Der enorme Einkommensabstand der Bauern und ihrer Familienangehörigen im österreichischen Durchschnitt zu den Einkommen der Beschäftigten in der Industrie ist schon für sich allein signifikant für die Frage, welchen Stellenwert die Bundesregierung als Hauptträger der Wirtschaftspolitik, der Agrarpolitik und der Sozialpolitik der bäuerlichen Bevölkerung und der Bauernarbeit zuordnet. Und dazu kommt, daß die durchschnittliche Arbeitskraft etwa eines Industriearbeiters echt, bitte, ohne Urlaub und so weiter, rund 1 800 Stunden im Jahr beträgt und nachgewiesenermaßen der Durchschnitt der Bauern 3 500 und jener der Bäuerinnen 3 760 Stunden. Das ist etwa doppelt soviel wie beim Arbeiter in der Industrie. Dieser Umstand findet aber keinen Niederschlag im Zahlenschungel des Grünen Berichtes.

Es ist sinnlos und unvertretbar schlechthin, vor diesen Tatsachen die Augen zu verschließen. Der Berufsnachwuchs des Bauernstandes kalkuliert sehr genau. Wenn sie nämlich keine annähernd gleichwertigen Einkommenschancen für die gleiche Arbeitszeiteinheit bei der Bauernarbeit sehen, ist es nicht verwunderlich, wenn sie diesem Beruf den Rücken kehren und sich, wie gesagt, um eine bessere Verdienstmöglichkeit umschauen. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Ich darf Ihnen an Hand von 257 buchführenden Betrieben ganz kurz vielleicht noch sagen, wie es in Tirol ausschaut. Dort beträgt der Anteil des landwirtschaftlichen Einkommens am Gesamteinkommen in den Tallagen immerhin rund 76 Prozent, also gut drei Viertel, in den Mittellagen zirka 52 Prozent und in den Extremlagen nur mehr zirka 37 Prozent des Gesamteinkommens. Und in den exponierten Bezirken des westlichen Tirol, also Imst, Landeck und Reutte, beträgt der Anteil des landwirtschaftlichen Einkommens am Gesamteinkommen überhaupt nur mehr 16 Prozent.

Im Tiroler Durchschnitt ist der Anteil des landwirtschaftlichen Einkommens am Gesamteinkommen in den Extremlagen von 57 Prozent im Jahre 1973 auf 38 Prozent im Jahre 1977 zurückgefallen. Diese Entwicklung werden wir uns sehr wohl zu merken haben.

Das heißt also, daß immer mehr Leute, wenn sie sehen, daß das landwirtschaftliche Einkommen rückläufig ist, diesem Beruf den Rücken kehren und sich um eine andere, besser bezahlte Arbeit umschauen.

Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß die Bundesregierung trotz umfassender Vorschläge der ÖVP – ich erinnere an die umfassende

Dr. Halder

Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung – sich nicht gewillt zeigt, das verfügbare Instrumentarium auszuschöpfen beziehungsweise zeitgemäß auszubauen. Es gibt nach wie vor kein Richtpreissystem für eine gerechte Erzeugerpreispolitik bei land- und forstwirtschaftlichen Produkten.

Auch ohne eine gesetzliche Verpflichtung, Herr Bundesminister, könnten Sie ohne weiteres Einkommensvergleiche anstellen, damit Sie den Maßstab für die Einkommensentwicklung des Bauernstandes im Vergleich mit anderen vergleichbaren Berufen haben. Sie werden sehr wohl daraufkommen, daß die Einkommensdisparität immer weiter auseinanderklafft.

Die Bundesregierung nimmt die inneragrari- sche Disparität praktisch ziemlich untätig hin. Sie ist nicht gewillt, zureichende Ausgleichsmaßnahmen zu setzen beziehungsweise stärker zu differenzieren, um auch den Bauern in Extremlagen mit anderen Berufsgruppen vergleichbare Einkommenschancen zu eröffnen.

Die Bundesregierung hat es lange Zeit schon verabsäumt, energische Maßnahmen zum Abbau des enormen agrarischen Außenhandelsdefizits gegenüber der EG und anderen Drittländern zu setzen und zumindest ein der EWG vergleichbares Abschöpfungs- und Erstattungssystem zu schaffen.

Die Bundesregierung zeigt sich uninteressiert an der laufenden Öffnung der agrarischen Preisschere, von einem Jahr auf das andere wieder von 35,6 auf 44,6 Prozent. Die Gesamtausgaben sind um 6,9 Prozent gestiegen, die Betriebseinnahmen hingegen nur um 0,2 Prozent von 1976 auf 1977.

Die Verzinsung des in der Landwirtschaft investierten Kapitals ist innerhalb eines Jahres von 1,2 auf 0,3 Prozent abgesunken. Viele Betriebe sind bereits in die Negativverzinsung geraten.

Und was ist mit den Zuchtrinderrichtlinien der EG los? Wir haben vernommen: Ernsthaft – hat es geheißen – Verwendungszusagen des Herrn Vizepräsidenten Gundelach. Was ist mittlerweile geschehen? Wir haben November. Herr Bundesminister! Mit 1. Jänner soll die Sache in Kraft treten.

Wir wissen genau, was das bedeutet, daß vielleicht 90 Prozent der Zuchtrinder Österreichs, die bis jetzt zollfrei exportiert werden konnten, dann nur mehr mit einer enormen Zoll- und Abschöpfungsbelastung exportiert werden können, wobei diese Zoll- und Abschöpfungsbelastung zusammen sogar höher sein wird als das, was für den Zuchtrinderexport Bund und Land zusammen bis jetzt an Förderung je Stück aufgebracht haben. Das ist die Situation.

Wenn hier nicht ernsthaft etwas geschieht, dann ist das der schwerste Schlag, der die Bergbauern, die hauptsächlich auf die Produktion von Zuchtrindern angewiesen sind, jemals getroffen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist echt existenzbedrohend, und deswegen muß ich Sie mit aller Eindringlichkeit, Herr Bundesminister, namens der Bergbauern darum bitten, daß Sie nichts, aber schon gar nichts versäumen, um, und zwar die gesamte Bundesregierung, hier endlich und rechtzeitig nach dem Rechten zu sehen.

Es zeichnet sich ab, daß die kleinen und bäuerlichen Gemeinden im Finanzausgleich keineswegs besser fahren, das heißt, daß die Gemeinden auch nicht in der Lage sein werden, künftig mehr als bisher für infrastrukturelle Maßnahmen zu tun, das heißt, daß die bäuerlichen Betriebe weiterhin sehr mit infrastrukturellen Investitionen belastet sein werden, wie Wegebau, Telefon, Postzustellung und Wegerhaltung und insbesondere Raumordnung und Siedlung.

Die Berg- und Almbauern haben kein Verständnis, daß die Sorge um die Weiterbewirtschaftung der Almen allein ihnen und den Ländern obliegen soll, daß sich der Bund an diesem Problem überhaupt nicht beteiligt; daß für die Beteiligung an der Kälbermastaktion der Ankauf von mindestens 125 Kilo Milchaustauschern Bedingung sein muß, daß dem Vernehmen nach der Bergbauernzuschuß für den Zuchtrindernexport überhaupt entfallen soll und daß im Rahmen der Milchmarktordnung Alm- und Bergbauern vorläufig, also immer noch, unvertretbare Härten auf sich zu nehmen haben. Natürlich wissen Sie auch, Herr Bundesminister, daß der beabsichtigte Abbau der staatlichen Milchpreisstützung selbstverständlich den Milchlieferanten zusätzliche Belastungen bringen wird. Diese Dinge stehen außer Zweifel.

Herr Bundesminister! Wir haben sehr gerne Ihre Mitteilung und auch den Sachverhalt entgegengenommen, daß 700 Millionen Schilling vom zweiten Bergbauernsonderprogramm bereits im Budget für 1979 stehen. Nur möchte ich Sie, Herr Bundesminister, aufmerksam machen, daß für das erste Bergbauernsonderprogramm fünf Jahre lang 1,5 Milliarden Schilling in Aussicht genommen waren, daß aber nur 956 Millionen Schilling zum Tragen gekommen sind. Das sind 64 Prozent. Den Rest wäre eigentlich der Bund den Bergbauern aus dem Titel des ersten Bergbauernsonderprogrammes immer noch schuldig.

Ich möchte Sie daher dringend ersuchen, Herr Bundesminister, diese Mittel nicht im Wege von Umschichtungen aufzubringen, sondern tatsäch-

10580

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dr. Halder

lich zusätzlich bereitzustellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun zum Entschließungsantrag der Abgeordneten Pfeifer und Genossen. Sie meinen, wir sollen Ihrem Entschließungsantrag beitreten, in dem es am Beginn heißt: „Die Bundesregierung wird ersucht, im Interesse der Bauernfamilien die erfolgreiche Agrarpolitik fortzusetzen.“ (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Was verstehen Sie unter „erfolgreicher Agrarpolitik“? – Seit 1970 bis jetzt haben wir reale Einkommenszunahmen gehabt: von 1970 auf 1971, von 1971 auf 1972 und so weiter herauf. Nur von 1976 auf 1977 fallen wir real zurück. Nennen Sie das erfolgreiche Agrarpolitik? Ja? Sollen wir vielleicht einer derartigen Agrarpolitik unsere Zustimmung geben?

Und wie schaut es bei den Bergbauern im Produktionsgebiet Alpengebiet aus? Wenn wir im Jahre 1970 den Index 100 nehmen, sind wir im Jahre 1972 bei 115,45 Prozent Prozent gelegen. Also reale Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens je Familienarbeitskraft im Jahre 1972 115,45 und im Jahre 1977 111,86. Wir sind also auch zurückgefallen. Nennen Sie das eine „erfolgreiche Agrarpolitik“ und muten Sie uns zu, einer angeblich derart erfolgreichen Agrarpolitik unsere Zustimmung zu geben?

Wir sind daher außerstande, diesem Entschließungsantrag beizutreten. (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Ich muß Sie abschließend noch auf die Gefahren aufmerksam machen, die eine zunehmende Nichtbewirtschaftung von Grund und Boden für die gesamte Volkswirtschaft nach sich ziehen müßte. Auch der Bauer in Extremlagen produziert Nahrungsmittel, produziert Rohstoffe. Er schützt, bewahrt und pflegt aber auch die Kultur- und Erholungslandschaft und schafft damit die allerwichtigste Voraussetzung für den Fremdenverkehr – auch eine sehr wichtige Sparte der österreichischen Volkswirtschaft. Mit der Weiterbewirtschaftung der bergbäuerlichen Betriebe und Almen sichert der Bauer auch eine gewisse Siedlungsdichte, die für sich allein schon eine unabdingbare Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes ist. Das ist auch ein Ziel des Landwirtschaftsgesetzes. Ohne einen gewissen Mindestbestand an bäuerlichen Betrieben gibt es keine funktionsfähige Kommunalwirtschaft, würden Region um Region veröden, würden Siedlungen und Betriebe der gewerblichen Wirtschaft und des Fremdenverkehrs unterhalb des bäuerlichen Siedlungsraumes den Gefahren durch Wildbäche, Lawinen und Vermurungen ausgesetzt. Solche volkswirtschaftlich unmeßbare Schäden

und Verluste wären unwiederbringlich, sie wären irreversibel. Viele relativ und insbesondere in Krisenzeiten sehr wichtige Arbeitsplätze gingen ebenso ein für allemal verloren.

Alle diese Überlegungen lohnen die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung des Bauernstandes auch in Problemgebieten und gerade dort. Es sei denn, entvölkerte Weiler, Dörfer oder Täler wären für eine Volkswirtschaft eine problemlose Angelegenheit.

Da dem sicher nicht so ist und dem auch nicht so sein kann, fordere ich die Bundesregierung auf, aus dem Grünen Bericht für 1977 die Konsequenzen zu ziehen und alles Notwendige und Zielführende zu tun, einen gesunden und leistungsfähigen Bauernstand auch für die Zukunft zu erhalten. Denn wer nicht an die Zukunft denkt, der wird auch keine Zukunft haben.

Ich schließe mit Friedrich Schiller, der sagt: „Die Stunde dringt, und rascher Tat bedarf's.“ (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden.

Dipl.-Ing. Haiden: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie immer wir heute den Grünen Bericht 1977 werten wollen, politisch werten wollen, eines sollte doch völlig außer Streit stehen: Dieser Grüne Bericht 1977 ist auch Ausdruck dessen, daß die bäuerlichen Familien in Österreich beachtliche Leistungen erbracht haben, daß sie in vielen Fällen unter sehr schwierigen Bewirtschaftungsbedingungen die Höfe bewirtschaften, daß sie ihren Beitrag zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft in beachtenswerter Weise leisten und daß sie auch bereit sind, den Umstellungsprozeß, der unerlässlich ist, mitzugehen, ihre Betriebe zu modernisieren und dafür zu sorgen, daß die Produktivität steigt.

Meine Damen und Herren! Wenn innerhalb der letzten zehn Jahre die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft praktisch verdoppelt wurde, so ist dies Ausdruck dieser großen Leistung, dieser Umstellungsreichweite. Und dafür ist dieser Bericht 1977 neuerlich Zeuge. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie kommen zur Feststellung, aus dem Grünen Bericht 1977 könnte abgeleitet werden, daß die Ziele des Landwirtschaftsgesetzes verfehlt wären.

Ich möchte eine Vorbemerkung machen: Die Ziele des Landwirtschaftsgesetzes haben wir so lange nicht erreicht, solange (Abg. Dr. Gruber: ... solange wir einen sozialistischen

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Minister haben!) wir die Hilfe zur Selbsthilfe über den Grünen Plan brauchen, solange die Allgemeinheit aus guten Gründen, auch im Interesse der Allgemeinheit selber, Mittel für die Bauern zur Verfügung stellt, damit dieser Umstellungsprozeß bewältigt werden kann. So lange werden wir zu streben haben, damit die Landwirtschaft die völlige Einbindung in die Entwicklung unserer industrialisierten Welt bewältigt.

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie aus der Einkommensentwicklung 1977, gemessen an der Einkommensentwicklung 1976, zu diesem Schluß kommen, so kann ich nur schlicht und einfach sagen, daß Sie ein wesentliches Moment völlig außer acht lassen und nicht bereit sind, dieses Moment mitzuberücksichtigen. Es ist nun einmal so, daß die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft doch nicht nur von den Agrarpreisen und doch nicht nur von den Produktionskosten, sondern selbstverständlich auch vom Rohertrag oder, wenn Sie es so wollen, vom Erntevolumen, vom Ernteertrag, abhängt.

Daher haben wir doch seit vielen Jahren die Entwicklung, daß auf eine sehr schlechte Ernte im folgenden Jahr im Grünen Bericht eine gute Einkommensentwicklung resultiert und nach einer überdurchschnittlich guten Ernte die Einkommensentwicklung geringer ist. Das muß doch wohl einleuchten; das kann man doch wirklich nicht bestreiten.

Wie war nun die Situation 1976? Wir hatten im Jahre 1976 doch unbestreitbar eine gute Ernte, in einigen Bereichen eine überdurchschnittlich gute Ernte. Es gab auch Probleme in einigen Produktionszweigen; das möchte ich nicht in Abrede stellen.

Wir hatten 1976 außerdem einen ungewöhnlich hohen Holzeinschlag, mitbeeinflußt durch die Windwurfkatastrophe. Im Vorjahr haben Sie ja das eingewendet, weil Sie nicht wahrhaben wollten, daß im Vorjahr der Einkommenszuwachs immerhin ganz beachtlich war, nominell etwa 12 Prozent. Diese Erntesituation des Jahres 1976 führte zu einem Rohertragszuwachs von 11,6 Prozent im Jahre 1976.

Es kann doch nicht erwartet werden, daß sich Rohertragsentwicklungen dieser Art in ununterbrochener Reihenfolge ergeben. Ernten in der Landwirtschaft sind einmal besser, einmal schwächer, einmal durchschnittlich. Das kommt durch diese Verflachung in der Einkommensentwicklung zum Ausdruck.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sollten aber auch erkennen, daß wir eine ganz beachtliche innerlandwirtschaftliche Einkommensdisparität haben, und daran sollten wir uns

auch eingehender, konkreter und gemessen an den objektiven Zahlen orientieren.

Ich habe das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft für die Produktionsgebiete ausrechnen lassen, und zwar 1977 gemessen am Jahr 1976 – das ist der Grüne Bericht – aber auch 1977 gemessen am Jahr 1975, da sind zwei Jahre zusammengenommen, und praktisch das Ergebnis des Grünen Berichtes 1976, nämlich die Ergebnisse von 1976 gemessen am Jahre 1975.

Wenn Sie sich das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft nach Produktionsgebieten ansehen – da verstehe ich den Abgeordneten Halder wirklich nicht –, dann zeigt sich folgendes Ergebnis: Wir haben real um 2,8 Prozent minus. Ich weiß nun nicht, welche Zahl aus dem Ausschuß Sie kritisiert haben. Vielleicht ist das mit dem Gesamteinkommen verwechselt worden, da ist der reale Einkommensverlust etwas niedriger. Aber ich glaube, das ist keine sehr entscheidende Frage.

Wenn Sie nun die reale Entwicklung ansehen, so zeigt sich im Jahre 1977 – also der Bericht, der heute zur Diskussion steht – im Hochalpengebiet ein Einkommenszuwachs real – da kann man nicht mit der Preissteigerung argumentieren – von 11,1 Prozent, im Voralpengebiet sind es 24,4 Prozent real, und am Alpenostrand gibt es einen realen Einkommenszuwachs von 5,2 Prozent. Das bedeutet Verbesserung des Lebensstandards im vollen Umfang. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte gar nichts beschönigen: Die Entwicklung im Wald- und im Mühlviertel ist bedauerlich. Im Wald- und im Mühlviertel haben wir einen starken realen Einkommensverlust von rund 20 Prozent, und das ist genau der Einkommensgewinn im Jahre 1976, der Einkommenszuwachs, denn nominell ist im Wald- und im Mühlviertel im Jahre 1976 das Einkommen um 28 Prozent gestiegen, nominell ist es 1977 um 16 Prozent zurückgegangen.

Wir haben im Kärntner Becken eine überaus erfreuliche Entwicklung: realer Einkommenszuwachs von 14,8 Prozent, allerdings – das möchte ich auch der Ordnung halber hinzufügen – im Jahre 1976 ein realer Einkommensverlust durch die schlechte Ernte im Kärntner Becken in diesem Jahr 1976, das insgesamt eine gute Ernte gebracht hat.

Damit, meine Damen und Herren, ist doch schon zum Ausdruck gebracht, daß landwirtschaftliche Einkommen nur in längeren Zeiträumen beurteilt werden können. Jetzt wird sich jeder den Bezugspunkt aussuchen, der ihm besser in die Argumentation paßt. Das gebe ich gerne zu. Aber Sie können ruhig das Jahr 1970

10582

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

hernehmen – da gab es eine politische Zäsur –, wo man also nicht sagen kann, daß man sich einen mathematischen Bezugspunkt ausgesucht hat. Dann haben Sie eine reale Einkommensentwicklung insgesamt von ungefähr 34 Prozent, also mehr als ein Drittel real. (Abg. Kern: *Das waren die guten Ernten nach 1970!*)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie von den Bergbauern sprechen, wenn Sie die letzten beiden Jahre zusammennehmen, so ergibt sich am Alpenostrand real ein Einkommenszuwachs von 20 Prozent, im Voralpengebiet von 21,2 Prozent und im Hochalpengebiet von 27,8 Prozent. Wir haben also ganz beachtlich aufgeholt. Wobei ich gerne bestätige, Herr Abgeordneter Halder, daß in den frühen siebziger Jahren durch eine überdurchschnittliche Einkommensentwicklung im nordöstlichen Flach- und Hügelland das Alpengebiet etwas zurückgefallen ist.

Das sind nüchtern die Fakten und gar nicht so dargestellt, wie es ... (Abg. Dr. Zittmayr: *Immer nur Prozente, Herr Minister!*)

Sehr geehrter Herr Kollege Zittmayr! Wenn wir absolute Werte nehmen, dann würden Sie ja mit den Werten der Jahre vor 1970 konfrontiert. Da müßten ja die Bauern damals verhungert sein, wenn man sich diese Werte aus der Zeit vor 1970 anschaut. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie sprechen immer wieder davon, das Jahr 1977 würde so sehr aus dem Rahmen fallen. Sie finden auch in der langjährigen Entwicklung typisch diesen Wechsel sehr guter Ergebnisse und schwächerer Ergebnisse. Wir hatten ein Spitzenergebnis wie nie zuvor im Jahre 1972 gehabt mit einem realen Einkommenszuwachs von 17,6 Prozent. Weshalb? Weil dieses Ergebnis am Ergebnis 1971 mit einem Einkommenszuwachs von 0,9 Prozent gemessen worden ist. Also man sieht typisch diesen Wechsel, der sicher durch die Ernte bedingt ist. Daher hielte ich es für unrichtig, Ihnen vorzuwerfen, daß im Jahre 1968 ein Einkommensverlust von real 6,2 Prozent eingetreten ist, der stärkste, der je zustande gekommen ist. Das war nicht zuletzt auch mit beeinflußt von den Ernteergebnissen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten uns über eine andere Frage auch unterhalten, die heute ein wenig unter den Tisch gefallen ist.

Zunächst aber zum Reinertrag. Ich habe nicht gesagt, das möchte ich ausdrücklich festhalten – ich glaube, der Herr Abgeordnete Riegler hat das behauptet –, ich habe im Ausschuß nicht gesagt, man könnte in der Landwirtschaft keine Verzinsung verlangen. Ich habe nur dargelegt, daß es in der Landwirtschaft nun einmal so ist, daß der Arbeitsplatz im Mittelpunkt steht. Das

ist nicht meine Auffassung allein, sondern das ist international unbestritten. Es ist in der Agrarpolitik völlig unbestritten, daß es weniger um den Reinertrag geht, sondern um den Arbeitsplatz und natürlich auch um das Arbeitseinkommen.

In der Forstwirtschaft haben wir die Reinertragslehre um die Jahrhundertwende schon begraben, das ist längst vorbei. Es ist sicher nicht so, daß man den landwirtschaftlichen Reinertrag so beurteilen könnte wie eine Kapitalsanlage. Ich glaube, das wollen die Bauern auch gar nicht.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Frage, die wir nicht unbeachtet lassen dürfen. Wir sollten eine Kennzahl mehr beachten, die über den Lebensstandard der bäuerlichen Familien mehr aussagt als vieles andere. Da gibt es auch nicht das Argument mit Scheingewinnen, mit kalkulatorischen Posten oder andere Argumente.

Wir sollten uns den Verbrauch der bäuerlichen Familien ansehen. Wenn Sie das tun – Sie haben im Grünen Bericht die entsprechende Tabelle –, dann haben Sie auch einen Maßstab für die Entwicklung des Lebensstandards. Der Verbrauch – er enthält übrigens die aus dem eigenen Betrieb bezogenen Naturalien mit den Erzeugerpreisen bewertet – ist 1975 und 1976 um jeweils 12 Prozent beachtlich gestiegen und 1977 um weitere 9 Prozent. Der Verbraucherpreisindex ist um 5,5 Prozent gestiegen.

Daher lesen Sie sich, meine Damen und Herren, diese Tabelle 95 genau durch! Wir haben also eine Verbrauchsverbesserung 1975 von durchschnittlich 12 Prozent, 1976 von 12 Prozent und 1977 von 9 Prozent

Ich möchte zur Frage der Paritätsvergleiche folgendes anregen – ich habe das schon im Ausschuß getan –: Die §-7-Kommission sollte sich mit dieser Frage befassen. Aber ich kann nur neuerlich darauf hinweisen, daß im Ausland, und zwar im Grünen Bericht der Bundesrepublik Deutschland und im Grünen Bericht der Schweizer Eidgenossenschaft, große Vorbehalte bei diesen Paritätsvergleichen angemeldet werden. Vorbehalte deshalb, weil es schwer ist, schwer Vergleichbares unmittelbar zu vergleichen. Vielfach wird ja der Fehler gemacht, ein Fehler, der leicht behebbar ist, daß man Bruttoeinkommen mit Nettoeinkommen vergleicht. Natürlich können nur Nettovergleiche zielführend sein.

Übrigens liegt eine interessante Studie, eine Untersuchung vor, die von einem Wissenschaftler der Universität für Bodenkultur erst vor kurzer Zeit der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist. Auch diese Studie kann ich nur zum Studium empfehlen.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Nun, meine Damen und Herren, zu einer sehr ernsten Frage, zur Frage des Abbaues der Preisstützungen. Ich möchte mich gar nicht damit befassen, was sich im Jahre 1966 und im Jahre 1967 auch hier im Hohen Hause getan hat. Mir geht es zunächst nur um die Frage des Vorwurfs, Vereinbarungen nicht einzuhalten.

Meine Damen und Herren! Ich muß diesen Vorwurf mit allem Ernst und mit aller Entscheidlichkeit zurückweisen. (Beifall bei der SPÖ.) Wir haben weder eine schriftliche . . . (Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.) Sie werden mir sicher gerne zuhören, Herr Abgeordneter Zittmayr. Sie werden es aushalten müssen, Sie werden es nicht gerne hören; das gebe ich gerne zu. Wir haben keine schriftliche Vereinbarung und wir haben auch keine mündliche Vereinbarung darüber. Ich räume gerne ein, das habe ich nie bestritten, auch nicht im ersten Gespräch, das wir nach der Ankündigung geführt hatten: Wir haben selbstverständlich die Preisstützungen bei den Berechnungen mitberücksichtigt. Das ist ja selbstverständlich, die Berechnungen wären ja nicht anstellbar gewesen, wenn nicht der volle Produzentenpreis diesen Berechnungen zugrunde gelegen hätte, also einschließlich der staatlichen Preisstützung. (Abg. Dr. Zittmayr: Sie haben nie gesagt, daß das anders werden könnte!)

Es ist richtig, daß innerhalb dieser Besprechungen die Frage zur Debatte stand, ob die Preisstützungen auch für die sogenannte Übermilch gegeben werden oder nicht. Ich räume ein, daß nach langen Gesprächen – das war in der letzten Phase der Verhandlungen – die Zusage gegeben wurde, daß diese Preisstützungen auch für die Übermilch gelten.

Aber, meine Damen und Herren, das bedeutet doch nicht, daß nicht an Stelle der Preisstützungen durch andere Mittel das, was für die bäuerlichen Produzenten wichtig ist, hergestellt wird, nämlich der Produzentenmilchpreis. Eine Zusage dieser Art haben Sie nicht.

Meine Damen und Herren, wenn die Preisstützung oder ein Teil der Preisstützung, wie vorgesehen 26 Groschen, durch andere Mittel für die bäuerlichen Produzenten ersetzt wird, dann haben sie keinerlei Begründung dafür, nun diese Maßnahmen zu kritisieren, was das System betrifft. (Abg. Dr. Zittmayr: Weil Sie die Bauern ganz massiv belasten!) Ich komme schon dazu.

Es ergibt sich nur ein Problem, inwieweit Auswirkungen aus der Marktordnungsverhandlung und aus dem Gesetz, das beschlossen ist, für die Bauern eintreten könnten oder eintreten werden, wenn diese Änderung durchgeführt wird und der Produzentenpreis zum Teil nicht

aus der Preisstützung, sondern aus anderen Mitteln getragen wird.

Beim Produzentenpreis ergibt sich keine Änderung. Das können Sie ja nicht bestreiten. Es ist aber richtig, daß bei einem Rückgang des Konsums Auswirkungen da sein müssen. (Abg. Dr. Zittmayr: Auch beim Gleichbleiben!) Es wird sich also die Frage ergeben, haben wir einen Rückgang im Konsum oder nicht. Im Sommer dieses Jahres hatten wir eine Preisregelung, durch die ein ähnlicher Betrag abgedeckt worden ist, wie es jetzt ab 1. Jänner dann notwendig sein wird. Bei dieser Preisänderung ist kaum eine nennenswerte Änderung beim Konsum eingetreten. Aber das, meine Damen und Herren, kann man messen, kann man quantifizieren, kann man bewerten, und darüber haben wir Verhandlungen zugesagt. (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.) Ja lassen Sie mich doch ausreden, Herr Abgeordneter Zittmayr, oder wenigstens weiterreden. (Abg. Dr. Zittmayr: Die bisherigen Exporte müssen höher gestützt werden! Sie reden immer von etwas anderem!)

Es ist zweifellos auch so, daß nach dem neuen System, höhere Inlandspreise, eine größere Differenz zu den Preisen zustandekommt, die auf den Weltmärkten erzielt werden. Diese Differenz führt natürlich zu einem Teil zu Belastungen für die Bauern, weil aus den Absatzförderungsbeiträgen ja jenes Erfordernis für die Exportfinanzierung aufzubringen ist, das über 115 Prozent des Inlandsverbrauchs hinausgeht; die ersten 15 Prozent werden ja vom Staat finanziert.

Auch in dieser Frage liegt die Zusicherung vor, daß hier quantifiziert bemessen, berechnet wird und dann die Abgeltung erfolgt. Ich frage mich: Was bleibt dann noch über? Das soll Wortbruch sein? Ich kann mich da nur wundern, und wenn dann als Argument die Kälbermast eingewendet wird, Herr Abgeordneter Halder, das ist das schlechteste Beispiel, das Sie wählen hätten können. So paktfähig wie unsere Gesprächspartner sind, sind wir immer noch. Nehmen Sie das zur Kenntnis! (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Kälbermastaktion gab es folgende Situation; ich muß das hier darstellen. Wir hatten im Sommer des Vorjahres Übereinstimmung erzielt, daß es nicht vernünftig wäre, unser Magermilchpulver zu einem Spottpreis auf die internationalen Märkte zu bringen. Wir erzielen nicht ganz sieben Schilling, oder sind es jetzt über sieben Schilling, in dieser Größenordnung ungefähr; wir müssen aber 14 Schilling dazuzahlen, um überhaupt exportieren zu können.

Wir haben daher im Vorjahr vereinbart – das

10584

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

steht auch im Erfolgsbericht der Präsidentenkonferenz –, daß wir, um diese Exporte zu reduzieren, um die Mittel nicht aufzubringen zu müssen für die Exportstützung, diese Kälbermastaktion unter der Voraussetzung durchführen, daß dadurch die Magermilchpulverlager reduziert werden. Das war die Vereinbarung und keine andere. Diese Vereinbarung muß eingehalten werden. (Abg. Dr. Zittmayr: *Da gab es noch eine andere Milchmarktordnung, wie das vereinbart worden ist! Da muß man doch jetzt eine andere Regelung treffen!*)

Herr Abgeordneter Zittmayr! Hier ging es nur darum, das Magermilchpulver wegzubringen. Und dann argumentieren Sie draußen, daß es doch nicht vernünftig wäre, die Milch zu liefern, man würde sich dann das Magermilchpulver ersparen. Ich frage mich: Wie wollen Sie die Produktion des Magermilchpulvers unterbinden? Diese Frage möchte ich an Sie stellen. (Abg. Dr. Mock: *So weit sind wir noch nicht, daß die Regierung die Abgeordneten frägt!* – Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.) Das ist ja ein Koppelpunkt. (Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner. – Weitere Zwischenrufe.)

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte, Herr Minister, fortzusetzen.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden** (*fortsetzend*): Der Sinn ist ja nicht, daß über diese Aktion eine Vollmilchmast aufzuziehen, denn wenn wir das wollten, müssen Sie sagen, wie es bezahlt werden soll. Diese Aktion ist doch aus dem Krisengroschen bezahlt worden und wird jetzt vom Bund und aus den Absatzförderungsbeiträgen bezahlt. Wenn Sie das machen, was Sie wollen, dann müssen Sie unter der Annahme, daß wir unsere Importe an Kälbern vermindern, mit mindestens 250 000 bis 300 000 Kälbern rechnen, dann brauchen Sie etwa 150 Millionen Schilling, um die Mittel aufzubringen. Jetzt frage ich: Wollen Sie das aus dem allgemeinen Absatzförderungsbeitrag bezahlen? Sollen wir ihn deshalb erhöhen? Das ist die Frage. (Abg. Dr. Leitner: *Wir haben nur geredet von den Bauern, die keine Milch liefern!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahre 1967 ist die Stützung von 90 Groschen auf 52 Groschen abgebaut worden. Der Konsumentenmilchpreis wurde um einen vollen Schilling erhöht, und die Bauern haben damals im vollen Umfang die zusätzlichen Exporterfordernisse berappen müssen, aus einem einfachen Grund, weil damals der Staat keinen Groschen zum Krisengroschen beigetragen hat. Der Krisengroschen ist dann auch von 2 auf 5 Groschen und kurz darauf dann von 5 auf 19 Groschen erhöht worden. Das haben Sie halt auch schon

vergessen, aber ich darf Sie daran erinnern. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Zittmayr: *Herr Minister! Damals gab es keine Brotpreiserhöhung und keine Käsepreiserhöhung!*)

Frau Abgeordnete Wieser, weil Sie vorhin gemeint haben, die 30 S Erhöhung der Familienbeihilfe würde nicht ausreichen. Sie haben sie um 20 S erhöht, haben damals den Konsumentenpreis um einen vollen Schilling erhöht. (Abg. Dr. Zittmayr: *Die 20 S entsprechen heute 40 S!*)

Ja, aber Sie haben den Milchpreis um einen vollen Schilling erhöht und nicht um 40 Groschen, die durchaus möglich sind. Das war das Ergebnis dieses Sommer. (Beifall bei der SPÖ.) Allein diese Differenz aus dem Krisengroschen hat damals 245 Millionen Schilling ausgemacht, weil die Erhöhung so hoch war und weil der Staat damals nichts beigetragen hat.

Meine Damen und Herren! Zur Getreidefrage: Es haben sich einige Debattenredner damit befaßt; das ist sicher ein sehr ernstes Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Wie ist die Situation?

Wir hatten im Jahre 1965 noch einen Importbedarf von 851 000 Tonnen, das war Weizen, Gerste, Roggen und Mais. Wir hatten 1975 nur noch einen Importbedarf von 5 000 Tonnen und heute, meine Damen und Herren, müssen wir exportieren. Es besteht ja, glaube ich, keine Meinungsdifferenz darüber, daß wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um rasch zu exportieren, daß es nicht sinnvoll sein kann, das alte System aufrechtzuhalten.

Wie sieht das alte System beim Weizen aus? – Die Ernte wird eingebracht. Es wird gestützt, eingelagert. Das kostet Geld. Es wird der Zinsendienst getragen. Ein Teil der Ware liegt ein Jahr und länger. Und dann kommen wir drauf, daß wir diese Ware für Brotgetreide nicht mehr brauchen können. Die Ware wird vergällt, wird wieder herabgestützt und kommt in den Futterkanal. Das kann doch nicht vernünftig sein.

Und es kommt ja eine zweite Frage dazu: Wir haben, verglichen auch mit der EG oder besonders mit der EG, hohe Futtergetreidepreise, gemessen an den Brotgetreidepreisen, weil wir kaum differenzieren. Und bei diesem Zustand müssen wir damit rechnen, daß die Bauern jene Getreidesorten anbauen, die ihnen die höchsten Erträge bringen. Das ist ja das Natürlichste auf der Welt. Man kann doch nicht vom Landwirt verlangen, daß er aus volkswirtschaftlichen Erwägungen etwas nicht unternimmt, was ihm betriebswirtschaftlich ein gutes Ergebnis bringt. Das kann man nicht verlangen.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Daher hatten wir die Tendenz zu jenen Getreidesorten, die nicht backfähig sind und daher auch nicht exportiert werden können, und daher muß dieses System geändert werden.

Nun, meine Damen und Herren, es war nicht mein Vorschlag – ich sage es noch einmal –, diese Mittel, die für die Bewältigung der Exporte erforderlich sind, gemeinsam zu tragen durch den Bund und durch die Produzenten. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß bei einer der letzten Verhandlungen – sie liegt jetzt schon ein wenig zurück – von der Präsidentenkonferenz der Vorschlag gemacht wurde, eine Selbstbeteiligung wäre dann denkbar, wenn eine Reihe von Bedingungen eingehalten werden – das stelle ich nicht außer Streit – und wenn das gesamte ... (Abg. Dr. Zittmayr: *Liegt das schriftlich vor, Herr Minister?*) Schriftlich leider nicht. In der schriftlichen Stellungnahme war es dann nicht mehr. Aber ich glaube, wenn man jetzt von Paktfähigkeit spricht, muß doch das noch gelten, was ein maßgeblicher Vertreter der Präsidentenkonferenz vor x Zeugen gesagt hat. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Minkowitsch: *Schriftlich oder mündlich ist egal! Verbindlich ist verbindlich, das ist mein Standpunkt!*)

Die Bedingung war, wenn die übrigen Voraussetzungen eingehalten werden, daß auch das volle Futtergetreide, das durch Maßnahmen des Bundes erfaßt ist, hier einbezogen wird.

Ich bedaure, daß die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt haben. Wir werden nicht mehr länger warten können. Wir müssen entscheiden.

Die Verhandlung vom Freitag war auch ergebnislos; wir waren am Freitag weiter auseinander – nicht durch meine Schuld – als eine Woche zuvor.

Jetzt ist die Frage, wie es weitergehen soll. Ein Maissperrlager wäre sicher nützlich gewesen, obwohl es nicht die Lösung bringt, denn ein Sperrlager schiebt das Problem ja nur hinaus. Jene Mengen, die in ein Sperrlager kommen, entlasten den Markt vorübergehend, er steht dann nicht unter Druck.

Ich habe ein Sperrlager von 80 000 Tonnen angeboten für Mais nach Rücksprache in der Regierung unter der Voraussetzung, daß wir uns in der Weizenfrage finden könnten, daß wir uns zumindest im Grundsatz finden könnten, die Verhandlungen fortzusetzen über die gemeinsame Kostentragung der Exporterfordernisse beim Weizen. Leider gab es kein Ergebnis.

Wir werden daher, meine Damen und Herren, das Exportvolumen bei Weizen erheblich erhöhen. Wir werden nicht 100 000 Tonnen exportieren, sondern 150 000 Tonnen Weizen hiefür in

Aussicht nehmen. Das kostet den Bund mehr als das Maissperrlager, das möchte ich nur nebenbei sagen. Aber wir haben die Ware weg, wir haben die Ware über den Grenzen, und wir haben für diese Menge das Problem gelöst. Das ist ein wahrhaft großzügiges Angebot. Der Bund wird diese Mittel zur Verfügung stellen, und wir werden schauen, daß dieser Export so rasch als möglich zustande kommen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde eine Reihe von Fragen zur Debatte gestellt von den Damen und Herren, die sich bisher an der Debatte beteiligt haben. (Der Redner sucht in seinen Unterlagen.)

Das ist schlecht, wenn man die Notizen nicht zur Hand hat. Ich werde dennoch meiner Aufgabe gerecht werden, ich darf Ihnen das versprechen.

Der Herr Abgeordnete Meiβl und auch der Herr Abgeordnete Riegler haben die Fragen zur Debatte gestellt im Zusammenhang mit dem Gundelach-Besuch. Sie haben nahezu unisono die Auffassung vertreten, der Landwirtschaftsminister sollte keine vorzeitigen Ankündigungen machen, sondern über Ergebnisse berichten. Das habe ich schon im Vorjahr hier im Hohen Hause von Ihnen gehört, meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit dem Nutzrinderkontingent. Das Nutzrinderkontingent wurde von 30 000 auf 38 000 Stück erhöht. Das kann man nicht bestreiten. (Abg. Steiner: *Wie lange haben Sie es verkündet, Herr Minister? Eineinhalb Jahre!*) Seit wir die Verhandlungen geführt haben in Brüssel.

Und nun darf ich Ihnen das Ergebnis mitteilen, wie es bei unseren Zucht-, Nutz- und Schlachtrinderexporten im heurigen Jahr aussieht. Weil Sie keine positiven Ergebnisse sehen wollen, weil Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen. (Abg. Dr. Zittmayr: *Wir reden ja nicht von 1979!*) Na ja, Sie haben schon auch darüber gesprochen, wie es jetzt weitergehen soll. Sie haben mich gefragt, was ich in Brüssel tun werde. Ich kann im Jahre 1977 in Brüssel nichts mehr unternehmen, das kann ich nur jetzt; also reden wir auch über die Dinge, die man heute feststellen kann.

Ich kann Ihnen sagen, daß die Zucht- und Nutzrinderexporte von 41 908 im Jahre 1977 auf 48 094 im Jahre 1978 – Jänner bis September jeweils – gestiegen sind. Um mehr als 6 000 Stück mehr, um 14,8 Prozent mehr. Bei den Schlachtrindern haben wir von Jänner bis September nicht 94 172, sondern 113 910 exportiert, das ist eine Zunahme um 21 Prozent. Und da sehen Sie eine schlechte Exportentwicklung? Das kann ich nicht verstehen! (Beifall bei der SPÖ.)

10586

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Was die Außenhandelsbilanz mit der EG betrifft, haben wir wahrlich keine Freude. Wir alle miteinander nicht. Und ich stehe nicht an, zu sagen, daß diese Frage ein vorrangiges Problem ist.

Aber bitte, Herr Abgeordneter Riegler, doch nur Vergleichbares mit Vergleichbarem zu vergleichen. Wenn Sie mit dem Jahr 1972 kommen und eine zehnfache Steigerung des Defizits sehen – ich habe nicht den Mut, diesen Vergleich in Brüssel an den Mann zu bringen. Sie vergleichen die Sechsergemeinschaft mit der Neunergemeinschaft. Ich glaube, das ist also wirklich nicht möglich. (Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Da müßten wir ja mehr absetzen können!)

Das ist ja überhaupt nicht vergleichbar, das ist in keiner Weise vergleichbar. Wenn ich zuerst die Sechsergemeinschaft habe und dann Großbritannien, Irland und Dänemark dazukommen, wie wollen Sie denn das vergleichen? Das ist absolut unmöglich! Oder wenn man es wissenschaftlich ausdrückt: Es ist unwissenschaftlich. Das ist ein Vergleich, der unzulässig ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Erstes Halbjahr 1978, mit der EG: Das Defizit ist von 2,8 Milliarden auf 2,5 Milliarden im ersten Halbjahr 1978 zurückgegangen. Ein Minus von 258 Millionen. Das Gesamtaußenhandelsdefizit, das agrarische, ist von 7,4 Milliarden auf 6,4 Milliarden zurückgegangen, genau um 1 Milliarde und 2 Millionen in diesem halben Jahr. Und das ist für Sie eine schlechte Entwicklung? Ich verstehe Sie nicht!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu den Zuchtrinderexporten, zu den Verhandlungen in Brüssel, zu dem, wie es nun weitergehen soll, kann ich Ihnen nur eines sagen. Es wird eine Beamtendelegation in den nächsten Tagen nach Brüssel reisen, ich habe auch in absehbarer Zeit einen Termin in Brüssel, der Termin ist fixiert, es ist ungefähr der 21., 22. November, ich müßte in meinem Terminkalender nachsehen. Jedenfalls in dieser Woche sind es die Tage Dienstag, Mittwoch und Donnerstag.

Ich habe bei dieser Gelegenheit mit dem Vorsitzenden des Ministerrates, dem Landwirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland Bundesminister Ertl ein Arbeitsgespräch, ich treffe einige andere Landwirtschaftsminister! Wir brauchen ja eine Goodwillstimmung bei allen Landwirtschaftsministern, denn es ist ja richtig, daß die Zusage Gundelachs, die Verwendungszusage, ungewöhnlich wichtig ist. Sie ist der Anfang. Aber beim bestehenden System der EG brauchen wir diese Bereitschaft des EG-Kommissars, damit die Kommission die entsprechenden Beschlüsse faßt. Und dann ist

der letzte Schritt natürlich die Befassung des Rates, und dort ist ja bekanntlich Einstimmigkeit das Prinzip, und das macht es nicht leichter.

Sie wollen von mir heute wissen, was in Brüssel herauskommt, und kritisieren gleichzeitig, daß ich bereits sichtbare Ergebnisse hier mitgeteilt habe. Ich werde Ihnen heute gar nichts mitteilen, was unter Umständen möglich sein wird in Brüssel. Bei der Budgetdebatte stehe ich Ihnen dann zur Verfügung, da werde ich schon mehr wissen. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Herr Abgeordnete Meißl hat eine Bemerkung gemacht, die den Herrn Staatssekretär betrifft. Ich halte es für notwendig, dazu Stellung zu nehmen.

Ich weiß nicht, was Sie daran stört, daß sich der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium damit befaßt, wie es in den nächsten zehn, zwanzig Jahren weitergehen soll. Ich habe den Staatssekretär gebeten, und er hat mir zugesagt, sich darüber Gedanken zu machen, wie die weitere Entwicklung des Förderungsprogramms sein könnte. Es ist daher sein gutes Recht, das Recht hat jeder, der sich mit Agrarpolitik beschäftigt, sich auch Gedanken zu machen, wie es in der Zukunft aussehen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Und damit Sie nicht Schlußfolgerungen ziehen, die einfach nicht stimmen: das ist in keiner Weise eine Abkehr vom ersten Bergbauernprogramm, vom zweiten Bergbauernprogramm, das wir jetzt beschlossen haben für die nächsten fünf Jahre. Im Gegenteil, Sie sollten doch einbekennen, daß erstmalig eine gezielte Politik für jene Regionen gemacht wird, die unter besonderen Bewirtschaftungsnachteilen stehen.

Die beiden Bergbauern-Sonderprogramme, das Grenzlandprogramm, die sind ja auch nicht von Ihnen ins Leben gerufen worden, sondern von dieser Bundesregierung. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Maschinenringförderung und vieles andere mehr sind nun einmal eine Abkehr vom Gießkannensystem. Ich würde mich nur freuen, wenn wir diesen Blick in die weitere Entwicklung dann auch gemeinsam tun können. Wir werden ja darüber verhandeln.

Ja, vom 21. bis 23. November bin ich in Brüssel, wenn ich den Tag noch konkretisiere.

Zur Ölsaatenfrage. Ich bin der letzte, der sich über diese Entwicklung freut. Meiner Ansicht nach ist die Bewältigung der Ölsaatenfrage eine ganz große Chance, nicht die einzige, wenn es um Produktionsumstellungen geht, aber die einzige, wo der Umstellungseffekt besonders spürbar und besonders wirksam wäre.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Ich bedaure sehr, daß die Schwierigkeiten größer sind, als wir gedacht haben, nicht zuletzt deshalb, weil diese Verhandlungen mit einer Hypothek belastet sind, die nicht aus dieser Zeit stammt. Aber, meine Damen und Herren, das Abgabengesetz ist GATT-konform, das möchte ich ausdrücklich unterstreichen. Diesen Standpunkt müssen wir aufrechterhalten, wenn uns auch die Hypothek, die wir zu tragen haben, ein bißchen behindert. Ich möchte das mit großer Zurückhaltung zum Ausdruck bringen: Das Abgabengesetz ist GATT-konform, und wir müssen weiterverhandeln.

Aber, meine Damen und Herren, wir sind ja in Österreich noch nicht einig. Mit der Ölsaaten gesellschaft, mit der Gesellschaft, die die Ölsaaten übernehmen soll, haben wir noch kein brauchbares Ergebnis. Denn etwas ist ja undenkbar, da würde ja der Abgeordnete Mussil nicht einverstanden sein und der Herr Abgeordnete Sallinger, daß wir ein System haben, bei dem alle Risiken nationalisiert werden und der eventuelle Ertrag natürlich im privaten Bereich bleibt. Das geht natürlich ganz sicher nicht. (Abg. Dr. Zittmayr: *Da müssen Sie einmal mit Handelsminister Staribacher reden, damit wir weiterkommen in der Sache!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte abschließend nur folgendes sagen: Ich darf Ihnen versichern, den Grünen Bericht 1977 kann ich als Landwirtschaftsminister guten Gewissens vertreten, nicht nur im Parlament, sondern auch den Bauern gegenüber draußen bei den Versammlungen. Und ich tue das.

Wir werden in kurzer Zeit über den Grünen Plan beraten. Wenn Sie sich die Entwicklung des Grünen Planes ansehen, dann sind wir heute so weit, daß das Bergbauern-Sonderprogramm allein schon nahezu das Ausmaß des gesamten Grünen Plans 1969 ausmacht. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir hatten ungefähr 750 Millionen Schilling im Grünen Plan 1969 und wir haben im nächsten Jahr 1,7 Milliarden Schilling. Da können Sie die Kaufkraft dann ruhig berechnen, ohne weiteres. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen. Wenn Sie das gesamte Förderungsvolumen beurteilen, Ordinarium, Grüner Plan und Bergbauern-Sonderprogramm, dann ergibt sich folgendes Ergebnis: Im Jahre 1969 1 091 000 000 S mit Ordinarium, Bergbauernprogramm gab es ja damals keines. Im Jahre 1979 werden es sein – und da muß ich die Treibstoffrückvergütung dazurechnen, denn das war 1969 eine Förderungspost, und wenn ich vergleiche, muß ich Gleiche mit Gleichen vergleichen –, mit der Mineralölsteuer-Rückvergütung sind aus diesen 1 091 000 000 S

im Jahre 1979 2 438 000 000 S geworden. Und da will irgend jemand den Bauern draußen weismachen, daß unter dieser Regierung das Förderungsvolumen nicht ungewöhnlich ausgedehnt worden ist. Ich sage Ihnen, noch nie zuvor wurde real soviel geleistet für die Bauern wie in dieser Zeit. Und das sollten Sie auch zugeben! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Minkowitsch zum Wort gemeldet.

Abgeordneter Minkowitsch (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach mehrmonatigen schwierigsten Verhandlungen ist das Instrument der Wirtschaftsgesetze politisch vereinbart worden. Da die Darstellung des Herrn Bundesministers in der Öffentlichkeit ein unrichtiges Bild begünstigen würde, sehe ich mich zu folgender tatsächlicher Berichtigung veranlaßt.

Gegenstand der Vereinbarung war immer auch die staatliche Preisstützung von 53 Groschen, vom Minister selbst in einem Papier für die sogenannte Richtmenge vorgeschlagen. Am 19. Mai wurde knapp vor Beginn des Ausschusses in einer Vereinbarung mit dem Finanzminister und dem Landwirtschaftsminister auch für die sogenannte Übermilch diese Staatsstützung von 53 Groschen vereinbart.

Ich hatte überhaupt keinen Anlaß, jemals zu unterstellen, daß dieses Angebot des Ministers von uns aus noch einmal verifiziert werden müsse, daß es tatsächlich auch ernst gemeint werde. Diese Vereinbarungen galten für zwei Jahre.

Als bekanntgeworden ist, daß der Abbau dieser Preisstützungen geplant wäre – man muß einfügen, hier hat es eine völlige Umstellung des Milchwirtschaftssystems gegeben –, als also bekanntgeworden ist, daß diese Preisstützung teilweise abgebaut werden soll, haben wir sofort beim Herrn Bundeskanzler eine Aussprache verlangt, der von sich aus zugegeben hat, daß ihm dieser Aspekt der Nebenvereinbarung völlig neu wäre und daß er noch einmal mit seinen Ministern sprechen würde.

Der Herr Bundeskanzler hat sicherlich unter dem Eindruck der Argumentation damals sofort angeboten, daß ein eventueller Schaden, der dadurch entstehen würde, nachher abgegolten werden sollte. Darum bitte geht es nicht! Das haben wir auch dem Herrn Bundesminister gesagt.

Hier geht es darum, ob man nach schwierigen Verhandlungen zu einem Gesamtpaket von Vereinbarungen steht, ja oder nein. Der Herr

10588

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Minkowitsch

Bundeskanzler hat – von sich aus, bitte – in aller Eindringlichkeit sofort gesagt: Im politischen Sektor gelten selbstverständlich alle Vereinbarungen clausula rebus sic stantibus – ich zitiere den Bundeskanzler. Von der Juristensprache in das allgemeinverständliche Deutsche übersetzt heißt das: Treu und Glauben haben zu gelten, und alle Voraussetzungen, die zum Abschluß des Vertrages geführt haben, haben weiter zu gelten.

Und wenn ich jetzt auch noch darauf kurz eingehe, daß dann diese meine Vorgangsweise dazu geführt hat, daß ich den Herrn Bundeskanzler zu einer Fernsehdiskussion aufgefordert habe, der mir mitgeteilt hat, daß er mir dafür den Landwirtschaftsminister als den geeigneteren Partner anbietet, gehe ich selbstverständlich darauf ein, weil ich nicht in der Lage bin, innerhalb der geschäftsordnungsmäßig gestatteten fünf Minuten weitere Details hier zu sagen.

Nur eines noch zum Abschluß. Wenn so gerne das Jahr 1967 zitiert wird –: Damals gab es bitte keine geänderte Milchmarktordnung, damals gab es keinen Vertrag, konnte also auch kein Vertrag gebrochen werden. Und der Minister, der damals glaubte, das tun zu müssen, ist nicht mehr lange Finanzminister geblieben. Und glauben Sie doch nicht, daß wir uns das von Ihnen bieten lassen! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Peter.

Abgeordneter Peter (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehe zuerst auf den Debattenbeitrag des Herrn Bundesministers für Landwirtschaft ein. Mit Genugtuung stelle ich fest, Herr Bundesminister, daß Sie sich demnächst auf die Reise nach Brüssel begeben werden. Das ist sicher notwendig.

Ich bin aber ganz und gar nicht einverstanden mit dem Konzept der österreichischen Bundesregierung, wie sie seit Jahren die agrarpolitischen Anliegen Österreichs bei der Neunergemeinschaft vertritt. Warum? Weil die Schwierigkeiten auf diesem Sektor innerhalb der Europäischen Gemeinschaften Legion sind und daher andererseits die gesamte Kräftekapazität Österreichs mobilisiert werden müßte, um die agrarpolitischen Schwierigkeiten aus unserer Sicht in Brüssel zu bewältigen.

Nicht, weil ich Sie persönlich und Ihr Fachwissen zu gering achten würde, bin ich dieser Meinung, sondern einfach deswegen, weil die Potenz der Republik Österreich gegenüber diesem ungeheuren Wirtschaftsblock und den dort bestehenden Schwierigkeiten eben nicht allzu hoch zu Buche geschlagen werden kann. Es wäre daher notwendig, daß eine

konzertierte Aktion aller hiefür zuständigen Kräfte zum frühestmöglichen Zeitpunkt stattfindet.

Was verstehe ich darunter? Unter einer konzertierten Aktion verstehe ich eine gemeinsame Vorgangsweise in Richtung Brüssel zwischen dem Bundeskanzler, dem Landwirtschaftsminister, dem Handelsminister und den Außenhandelskompetenten der Bundeswirtschaftskammer, weil dort eben die Außenhandelswirtschaft angesiedelt ist.

Solange sich die österreichische Bundesregierung zu dieser konzertierten Aktion Österreichs gegenüber den Europäischen Gemeinschaften in der Agrarfrage nicht aufruft, solange werden wir keinen Schritt weiterkommen.

Nun, Herr Bundesminister, möchte ich wissen, wie Sie zu diesem Vorschlag stehen.

Der Herr Bundesminister hat heute der Landwirtschaft ein Lob gezollt. Er hat dann weiter eine verbale Würdigung der bäuerlichen Familie vorgenommen und schließlich auch der Landwirtschaft Anerkennung ausgesprochen, daß sie unseren Kultur-, Erholungs- und Fremdenverkehrsraum offen hält.

Herr Minister, wenn Sie dieser Meinung sind, ich bin derselben Meinung, aber dann stelle ich fest, daß in der österreichischen Agrarpolitik seit der Beschußfassung über das Landwirtschaftsgesetz 1960 eine eklatante Lücke offen ist. Warum? Das Landwirtschaftsgesetz 1960 regelt die Primäraufgaben der Landwirtschaft im Sinne der Sicherung der Ernährung der Bevölkerung.

Es sind inzwischen 18 Jahre verstrichen. In diesen 18 Jahren hat sich keine Bundesregierung, weder die der großen Koalition, noch die der ÖVP-Alleinregierung, noch der SPÖ-Alleinregierung, aufgerafft, die Sekundäraufgaben der österreichischen Landwirtschaft zu definieren und gesetzlich zu statuieren.

Von allen drei Parteien wird den Bauern das gleiche gesagt: Wir brauchen euch als Bewahrer des Kultur-, Erholungs- und Fremdenverkehrsraumes. Stimmt das, dann überantworten wir der Landwirtschaft in diesem Zusammenhang nicht nur Pflichten, sondern dann müssen wir der Landwirtschaft in diesem Zusammenhang auch Rechte zugestehen.

Diese Rechte hinsichtlich der Sekundäraufgaben, die einen wesentlichen Dienst an der gesamten Gesellschaft darstellen, sind nirgendwo statuiert. Und das ist eben der Mangel, der acht Jahre hindurch der sozialistischen Alleinregierung zum Vorwurf gemacht werden muß. Es wäre hier müßig, in die Zeit vor 1970 zurückzugehen, sie ist verflossen. Im achtten Jahr ist nun eine sozialistische Alleinregierung an

Peter

der Macht. Sie hätte alle Möglichkeiten gehabt, diese Frage zu klären, und hat schlechthin meines Erachtens in dieser Entscheidungsfrage nichts getan.

Herr Bundesminister! Sie haben jetzt dreiviertel Stunden hindurch über Detailprobleme überaus interessant referiert. Es war in diesen Zahlen, die Sie uns dargelegt haben, ungeheuer viel Positives für die Landwirtschaft enthalten. Aber, bitte, in erster Linie waren es Probleme, die in den Subventions- und Förderungsbereich gegangen sind. Aber Sie haben in den dreiviertel Stunden nichts über die Rechte der österreichischen Landwirtschaft gesagt. Es bekümmert mich, daß der Landwirtschaftsminister bei einer Debatte über den Grünen Plan und damit bei einer Debatte über das Schicksal der österreichischen Landwirtschaft über Rechte der Bauern keinen einzigen Satz zu sagen wußte.

Nun zu jener Kritik, die mein Fraktionskollege Meißl an Ihrem Staatssekretär Schober angebracht hat und auf die Sie repliziert haben.

Herr Bundesminister! Ob sich der Herr Staatssekretär Schober mit der Vision beschäftigt, wie die österreichische Landwirtschaft in zehn Jahren etwa ausschaut, das, glaube ich, interessiert derzeit keinen österreichischen Bauer, ganz gleich, welchem politischen Lager er zuzuzählen ist. Sehr wohl aber, Herr Bundesminister, interessiert jeden österreichischen Bauer das, was ihn unter den Nägeln brennt.

Zu jenen Fragen, die der Landwirtschaft unter den Nägeln brennen, Herr Bundesminister, gehört das verunglückte Milchpreissystem. Daß es verunglückt ist, haben uns die Wortmeldungen, die bisher zu diesem Thema getätigten worden sind, bestätigt. Der Bogen reicht vom Bauernbunddirektor der Österreichischen Volkspartei über den Landwirtschaftsminister bis zum Präsidenten des Österreichischen Bauernbundes. Daß dieses verunglückte Milchpreissystem repariert werden soll, ist ja heute schon mit beiden Händen zu greifen.

Wenn Sie uns über die Reparatur dieses verunglückten Milchpreissystems etwas gesagt hätten, wäre es überaus eindrucksvoll gewesen. Wenn uns der Praktiker Schober dazu seine Meinung gesagt hätte, dann wäre das noch interessanter gewesen (*Zwischenruf bei der FPÖ*) – bitte mich nicht zum Lachen zu bringen am Rednerpult – weitaus interessanter, als eine Vision über die Möglichkeiten und Eventualitäten der österreichischen Landwirtschaft in zehn Jahren.

Herr Bundesminister! Nun muß man im Interesse der österreichischen Bauern eine Forderung erheben – gerade dann, wenn Sie das „Bergbauern-Sonderprogramm“ so strapazieren,

wie Sie es getan haben –: „Bergbauern-Sonderprogramm“ ist das Zauberwort der sozialistischen Alleinregierung – nicht für die österreichische Landwirtschaft, sondern für die Sozialistische Partei – in Richtung des Wahltermins Oktober 1979. Sind wir uns doch klar darüber, daß hinter dem „Bergbauern-Sonderprogramm“ von mir aus eine legitime Absicht der sozialistischen Mehrheitspartei steht, nämlich Budgetmittel einzusetzen, um Bauern damit als Wähler zu gewinnen.

Sicher sprechen Sie damit ein bäuerliches Bevölkerungspotential an, das derzeit wohl zur bedrängtesten Bevölkerungsgruppe in unserer Republik gehört. Das ist richtig. Aber wie die Probleme der gesamten Landwirtschaft gelöst werden sollen, ist in der Debatte über den Grünen Bericht 1977 bis zur Stunde nicht zutage getreten. Und das, Herr Bundesminister, bedaure ich aus freiheitlicher Sicht einfach deswegen zutiefst, weil die Landwirtschaft einer immer härteren Konkurrenzsituation ausgesetzt wird.

Nun komme ich zu meiner beabsichtigten Rede, bei der ich mich als Nichtbauer an einem der hervorragendsten agrarischen Fachleute Österreichs orientiert habe, an dem früheren Landwirtschaftsminister Dr. Eduard Hartmann. Ich möchte die Debatte über den Grünen Bericht 1977 unter ein Motto stellen, das er geprägt hat: „Agrarpolitik geht alle an,“ auch den Nichtbauern und jeden in unserer Gesellschaft Verantwortlichen.

In diesem Zusammenhang läßt die Situation der Landwirtschaft gerade an Hand des Grünen Berichtes 1977 eine Beurteilung zu beziehungsweise erfordert eine Beurteilung, Herr Bundesminister für Landwirtschaft, die leider negativ ist. Negativ aus der Sicht des österreichischen Bauernstandes. Wenn Sie auch im einzelnen noch so viele Teilpositionen anführen: Im Grundsätzlichen ist die Bilanz 1977 für die österreichische Landwirtschaft leider eine negative gewesen.

Die Bauern mußten 1977 als einzige Berufsgruppe in Österreich einen Einkommensverlust hinnehmen. Das ist eine Realität, Herr Bundesminister. An der können Sie nicht rütteln.

Bereits unter Berücksichtigung der Inflationsrate war dies ein Einkommensverlust für die Landwirtschaft um mehr als drei Prozent.

Das durchschnittliche Monatseinkommen eines Landwirtes betrug 1977 etwa die Hälfte des Verdienstes eines Facharbeiters. Es ist für einen sozialistischen Landwirtschaftsminister ein vernichtendes Urteil, wenn er meint, er betreibe eine gute Agrarpolitik.

10590

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Peter

Trotz staatlicher Förderung konnte die Einkommensdisparität 1977 nicht beseitigt werden und – eine Konsequenz aus der Gesamtsituation – der Verschuldungsgrad der Landwirtschaft ist leider 1977 weiter gestiegen.

Das sind einige Bilanzpositionen im Grundsätzlichen, Herr Bundesminister, die Sie bis zur Stunde nicht widerlegt haben. Ich lade Sie ein, sie in der weiteren Debatte zu widerlegen.

Zurück zum Hartmann-Grundsatz: „Agrarpolitik geht alle an.“ Ich bin der Meinung, daß dieser Grundsatz von den Verantwortlichen – seien sie in den letzten zwanzig Jahren in der Bundesregierung oder in der agrarischen Standesvertretung oder seien sie Sozialpartner gewesen –, daß dieser Grundsatz von allen Verantwortlichen in den letzten Jahrzehnten zu wenig berücksichtigt wurde. Einer der verheerendsten Irrtümer der österreichischen Agrarpolitik bestand doch darin, zu meinen, daß sich aus einer radikalen Verringerung der landwirtschaftlichen Bevölkerung automatisch eine nachhaltige Hebung des Einkommens der verbleibenden Bauern ergeben müsse.

Ich erinnere mich in meiner Anfangszeit als Politiker in der Mitte der fünfziger Jahre, als der Grundsatz an die Adresse der Bauern geprägt wurde: Produziert mehr, dann verdient ihr mehr. Die Bauern haben diesen Grundsatz befolgt. Sie produzieren heute ein Vielfaches von dem, was sie in den fünfziger Jahren produziert haben, und verdienen weitaus weniger, als sie damals besessen haben.

So liegt denn die Lösung der Agrarfrage im allgemeinen Interesse. Sicher wird weder der Landwirtschaftsminister allein noch die bäuerliche Standesvertretung allein in der Lage sein, die offenen Probleme zu lösen. Liegt die Lösung der Agrarfrage im allgemeinen Interesse – darüber sind wir uns einig –, dann bedarf es aber eines allgemeinen Verständnisses, um die offenen Probleme bewältigen zu können. In einem demokratischen Gemeinwesen liegt dann die letzte Entscheidung bei der Mehrheit und ihrer Vertretung. Bei der jeweiligen Mehrheit, sei es die politische Mehrheit, sei es die standespolitische Mehrheit.

Wenn wir uns nun die Vertretungsbereiche vor Augen führen, dann zeigen sich folgende Grundeinrichtungen: Die Bundesregierung auf der einen Seite, die Bauern auf der anderen Seite und der Konsumentenbereich schlechthin als jene Masse, die mit den agrarischen Produkten konfrontiert ist.

Ich habe gestern in der Budgetdebatte gesagt, wir Freiheitliche kritisieren den Abbau und die Reduzierung von Subventionen nicht. Dieser Abbau und diese Reduzierung darf nicht auf

Kosten des bäuerlichen Einkommens gehen und bedarf der Lösung einer sicher nicht einfachen Aufgabe, nämlich der Weckung eines entsprechenden Verständnisses beim Konsumenten.

Dieser Mühe unterzieht sich derzeit die Bundesregierung, unterzieht sich die Mehrheitsfraktion. Das soll bei aller Gegensätzlichkeit der Standpunkte auch deponiert werden.

Bis jetzt aber kann man allen Vertretungsbereichen in dieser Frage leider kein allzu gutes Zeugnis ausstellen. Soll aber hier Wandel geschaffen werden, dann liegt dies sicher im Interesse der Allgemeinheit und damit auch im Interesse der österreichischen Landwirtschaft.

Agrarwirtschaft ist weitaus mehr als Ernährungswirtschaft. Das Landwirtschaftsgesetz 1960, das damals einen großen Fortschritt darstellte, konzipierte aber dieses „Mehr“ noch nicht. Es hat den Rahmen innerhalb der Sicherung der Ernährungswirtschaft gesetzt. Aber – ich wiederhole es noch einmal – die Sekundäraufgaben der österreichischen Landwirtschaft sind offen: die Pflege der Landschaft, die Erhaltung des Gleichgewichtes in der Natur, aber auch, was mir sehr wesentlich erscheint, die Erhaltung des Gleichgewichtes innerhalb der Landwirtschaft.

Es muß der Versuch unternommen werden, der sehr schwer zu bewältigen sein wird, zwischen einer hochindustrialisierten Landwirtschaft im Flachland und dem bergbäuerlichen Bereich so gut es geht ein Gleichgewicht herzustellen beziehungsweise dafür zu sorgen, daß das Übergewicht des hochindustrialisierten Bereiches der Landwirtschaft nicht noch weiter ausgebaut wird. Denn ich sehe auch Gefahren innerhalb der Landwirtschaft durch übermäßige Mechanisierung, durch übermäßige Spezialisierung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen durch übermäßige Anwendung von Chemikalien bei der Düngung und Schädlingsbekämpfung. Welche Probleme bereits vorhanden sind, bedarf ja hier keiner besonderen Erwähnung.

Zum Thema „Agrarwirtschaft ist mehr als Ernährungswirtschaft“ gehört auch die Frage, die vielleicht zum „Schober-Programm“ zählt, nämlich die Überlegung anzustellen, wie etwa in zehn Jahren die Landwirtschaft in Österreich aussehen könnte. Mit eingeschlossen müßte die Frage der Funktion des Dorfes in der Zukunft sein.

Das Dorf unterliegt nicht seit heute, sondern seit Jahrzehnten einer Krise, Kulturträger, die früher Mittelpunkt des dörflichen Lebens waren, sind heute zu Pendlern geworden. Zu Pendlern von der Stadt ins Dorf hinaus, zum Beispiel in gar nicht wenigen Fällen der Lehrer. Die Krise

Peter

des Dorfes ist ein Symptom unserer Zeit. Der Wandel der Gesellschaftsstruktur ist vermutlich im Dorf am größten und wahrscheinlich dort noch am ungelötesten. Jahrhundertealte Normen und Wertmaßstäbe haben im Bereich des Dorfes ihre Gültigkeit verloren. Neue Ansichten und Erscheinungen – ob richtig oder falsch – sind an ihre Stelle getreten. Die Stadt ist voller Probleme. Ich möchte nicht sagen, die Stadt ist krank. Umso notwendiger ist es, das Dorf gesund zu erhalten. Sicher eine große Aufgabe, die nicht allein in den Kompetenzbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gehört, sondern weit darüber hinausreicht.

Der Umgestaltungsprozeß des Dorfes sollte im Rahmen einer landwirtschaftlichen Debatte einen entsprechenden Stellenwert erhalten, und den möchte ich ihm zuordnen. Hoffentlich wenden Staat, Regierung und Gesellschaft und damit auch die entsprechenden Standesvertretungen diesem Umgestaltungsprozeß das erforderliche Augenmerk in der weiteren Entwicklung zu.

Eines bedrückt mich persönlich immer wieder: Es ist das Schicksal der Bäuerin. Bei ihr darf man sagen, sie ist jener Teil der Gesellschaft, der sicher so etwas wie ausgebeutet wird. Wenn dieser scharfe Ausdruck seine Berechtigung hat, dann für die Bäuerin. Und damit mein Argument auch sozialistischer Beurteilung standhält, verwende ich ein Untersuchungsergebnis, das IFES, der SPÖ nahestehend, 1977 erarbeitet hat, und zwar für eine Bäuerinnen-Enquete des Bundesfrauenkomitees der SPÖ. Aus diesem Untersuchungsergebnis ist zu entnehmen, daß 61 Prozent der Bäuerinnen im Sommer mehr als 80 Wochenstunden arbeiten. Im Winter sollen es nach dieser Untersuchung noch 30 Prozent sein. Dipl.-Ing. Gehmacher vertrat bei dieser Bäuerinnen-Enquete des SPÖ-Bundesfrauenkomitees die Meinung, daß das Wochenstundenausmaß der Bäuerin zwischen 67 und 70 Stunden liegt. Und das müßte doch aus der Sicht eines sozialistischen Landwirtschaftsministers ein unsozialer Zustand sein, der der ehesten Behebung bedarf.

Wie man es wendet und dreht und von welchem Standpunkt man es auch beleuchtet, die Bauern, Herr Bundesminister für Landwirtschaft, sind trotz Ihrer Erfolgsmeldungen auch heute noch Stiefkind der Gesellschaft. Die Bauern waren bisher das Stiefkind aller Regierungen, Herr Bundesminister, die Bauern sind in hohem Maß das Opfer des Pfusches der derzeit in Geltung befindlichen Agrarmarktordnung. Und daß diese Agrarmarktordnung nicht in Ordnung ist, ist ja aus den Reden der einzelnen Redner der SPÖ und ÖVP bisher eindrucksvoll zu entnehmen gewesen.

Ein weiteres, meine Damen und Herren, scheint mir auch im 33. Jahr des Bestandes der Zweiten Republik nicht gelöst zu sein: nämlich die Einordnung der Landwirtschaft in die industrieorientierte Volkswirtschaft. Die Einordnung der Landwirtschaft in die Volkswirtschaft ist ungelöst in bezug auf das Einkommen und, wie ich eben an Hand der Bäuerinnen ausgeführt habe, ungelöst in sozialer Hinsicht.

Nun greife ich zurück auf Minister Dr. Eduard Hartmann, der anlässlich seiner ersten Pressekonferenz als Landwirtschaftsminister am 23. Juli 1959 unter anderem ausführte: „Einem Höchststand an agrarischer Produktion und Produktivität steht ein Tiefstand im Anteil der Volkswirtschaft gegenüber.“

1959 gesagt, und 1978, Herr Bundesminister, hat sich an dieser Hartmann-Feststellung noch immer nichts geändert. Ein weiterer Beweis dafür, daß die Agrarpolitik Österreichs in der gegebenen Situation nicht in Ordnung ist.

1957 setzte sich Dr. Eduard Hartmann mit den Wirtschaftsgesetzen auseinander und sagte dazu: „Das österreichische Landwirtschaftsgesetz soll im wesentlichen die agrarischen Wirtschaftsgesetze umfassen. Der gegenwärtige Zustand der kurzfristigen Verlängerung dieser Wirtschaftsgesetze ist jedoch untragbar für eine fortschrittliche Landwirtschaft, die ihren Wirtschaftsplan für einen längeren Zeitraum erstellen muß und nicht von Jahr zu Jahr umdisponieren kann.“

21 Jahre sind vergangen, seit Dr. Hartmann diese Forderung aufstellte, und 21 Jahre pfuschen die Verantwortlichen der österreichischen Agrarpolitik im alten Trott weiter. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Bundesminister! Die vordringlichste Aufgabe, die Sie meines Erachtens in dieser Gesetzgebungsperiode noch zu realisieren hätten, wäre die Neuordnung der Agrarmarktordnung. Anregungen dazu haben wir Freiheitlichen schon vor Jahren der Öffentlichkeit und den beiden anderen Parteien vorgelegt. Sie sind bis zur Stunde ignoriert worden.

Ich glaube auch nicht, daß man über die Krise des Milchpreissystems so hinweggehen kann, wie der Herr Bundesminister es in seinen Ausführungen getan hat. Ich habe durch Bekräftigung von beiden Seiten festgestellt, daß man hinsichtlich des Vertrages, seines Inhaltes und seiner Auslegung unterschiedlicher Meinung ist. Ich habe es aber als Parlamentarier noch nie erlebt, daß man über eine Abmachung zwischen Bundesregierung einerseits und bürgerlicher Standesvertretung andererseits im offenen Haus des Parlaments eine Interpretationsdebatte führen mußte. Das hat bis zur

10592

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Peter

Stunde noch nicht stattgefunden und fand heute zum ersten Mal statt.

Daraus folgere ich, wie schlecht dieser Vertrag gewesen sein muß, den beide Vertrags-teile der SPÖ und ÖVP abgeschlossen haben. Wir Freiheitlichen drücken uns in diesem Zusammenhang vor einer vernünftigen, sinnvollen und tragbaren Mengensteuerung nicht. Die Idee ist und bleibt meiner Meinung nach richtig. Ich glaube nur, daß die Idee zwischen den beiden Vertragspartnern der SPÖ und ÖVP überhastet, unausgereift realisiert wurde und daß jetzt beide Vertragspartner vor diesen Schwierigkeiten stehen. Durch ihren unglücklichen Vertrag und durch ihre unglückliche Entscheidung haben sie zu einer nicht notwendigen Empörung der Landwirtschaft Anlaß gegeben. Die Landwirtschaft ist über dieses Milchpreissystem nach meinen Erfahrungen höchst empört. Es ist falsch, Entscheidungen dieser Art und von solcher Tragweite auf der Grundlage des Gerangels und des Feilschens herbeizuführen. Die österreichische Landwirtschaft hat ein Recht, Herr Bundesminister, endlich aus dem Verlängerungspfusch von eineinhalb bis zwei Jahren herauszukommen und endlich Ende der siebziger Jahre eine zeitgemäße, moderne und EWG-orientierte Agrarmarktordnung zu erhalten.

Auf diesem Gebiet ist überhaupt noch nichts in den acht Jahren der sozialistischen Alleinregierung geschehen. Konzeptlos stehen Sie am Ende dieser Gesetzgebungsperiode da; vielleicht deswegen, weil Sie als sozialistische Alleinregierung bis jetzt nur ein begrenztes, aber sehr entscheidendes Interesse an der österreichischen Landwirtschaft bekundet haben. Sie haben Agrarpolitik bis jetzt so betrieben, daß möglichst viele Bauern als Selbständige abgewandert und in die Industrie gegangen sind. Seit der Rezession gibt es in der Industriegesellschaft keine Arbeitsplätze mehr für abwandernde Bauern. In diesem Sinne wird sogar eine Neuordnung und Neuorientierung der sozialistischen Vorstellungen notwendig sein.

Wenige Tage nach Abschluß des verunglückten Milchpreissystems ließ eine Erklärung aufhorchen, die der Bauernbunddirektor Riegler abgegeben hat, nachdem er wenige Tage nach Abschluß dieser Vereinbarung die Forderung nach „flankierenden Maßnahmen“ erhoben hatte. Herr Bauernbunddirektor! Warum haben Sie die Forderung nach „flankierenden Maßnahmen“ nicht vor Abschluß erhoben (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Selbstverständlich!*), oder sind die „flankierenden Maßnahmen“ von der Regierung abgelehnt worden? Dann muß der Herr Bundesminister dazu Stellung nehmen, warum die

„flankierenden Maßnahmen“ abgelehnt worden sind und im Vertrag nicht untergebracht werden konnten.

Wie wenig Freude man im ÖVP- und Bauernbundlager mit dieser verunglückten Milchpreisregelung hatte, ließe sich an Hand einer Reihe von Erklärungen hoher ÖVP-Politiker darlegen. Ich zitiere nun den Präsidenten der Präsidentenkonferenz Dr. Lehner, der am 17. Juli 1978 sagte: Mir sagen die Bauern heute, daß sie sich die Milchlösung anders vorgestellt haben. Und ich – so sagte Dr. Lehner – muß hinzufügen: Ich auch. – Das ist ein ÖVP-Urteil, vermutlich ein kompetentes, über die Milchpreisregelung.

Jetzt kommt der Clou des Ganzen, meine Damen und Herren. Er wurde am 25. Oktober 1978 in den „Salzburger Nachrichten“ veröffentlicht. Ich zitiere:

„Volksbegehren der Bauern.“ „Der Salzburger Landesrat Anton Bonimaier,“ Agrarreferent der Salzburger Landesregierung, „hat ... in einem Fernschreiben an den ÖVP-Bauernbund vorgeschlagen, ein Volksbegehren zur Neuordnung der österreichischen Agrarmarktordnung einzuleiten. Diese Regelung sollte sich an der geltenden Marktordnung der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz orientieren.“

Herr Bundesminister! Bedarf es wirklich eines Volksbegehrens, um die Agrarmarktordnung neu zu regeln und so zu modernisieren, daß sie EWG-konform ist? Der Agrarreferent der Salzburger Landesregierung forderte weiter, diese Regelung solle sich an der geltenden Marktordnung der Europäischen Gemeinschaften und an der Schweiz orientieren.

Wenn das der Agrarreferent der Salzburger Landesregierung allen Verantwortlichen auf der Regierungsbank und in der ÖVP-Standesvertretung ins Stammbuch schreibt, dann ist es hoch an der Zeit, daß die Verantwortlichen die Initiative ergreifen. (*Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Die Schweiz hat 50 Prozent Selbstversorgung, importiert fleißig! – Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.*) Stimmt, Herr Bundesminister, jedoch, wenn Sie gestatten, mit einem Unterschied: In der Schweiz sind die Rechte der Bauern klar definiert und gesetzlich statuiert, aber in Österreich nicht. Das ist der Unterschied. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Ich möchte nichts anderes für den österreichischen Bauern, als daß er in diesem Punkt genau die gleichen Rechte zugestanden erhält, wie sie der Schweizer Bauer nach Ende des Zweiten Weltkrieges bekommen hat. Warum? – Ich war nach dem Zweiten Weltkrieg 1949 das erste Mal in der Schweiz und bin mit dem Problem folgendermaßen konfrontiert worden:

Peter

Wenn die Schweizer Bauern während des Zweiten Weltkrieges nicht den letzten Quadratmeter Boden im wahrsten Sinne des Wortes für die Sicherstellung der Ernährung genutzt hätten, dann hätte die Schweiz ernährungsmäßig nicht überstehen können. Aus dieser im ganzen Schweizer Volk vorhandenen Einstellung heraus war die damalige Agrargesetzgebung möglich. Eine funktionsfähige, tragfähige und konkurrenzfähige Agrargesetzgebung setzt eines voraus, Herr Bundesminister: Gesinnung gegenüber den Betroffenen und Gesinnung gegenüber der österreichischen Landwirtschaft. An der hat es bis zur Stunde gemangelt.

Es ist heute schon darüber gesprochen worden, meine Damen und Herren, daß ein Problem vorhanden ist, bei dem es wieder einmal in der Bundesregierung darunter und darüber geht, nämlich die Frage der Steuerung des Getreideüberflusses im Zusammenhang mit dem Ölsaatenprojekt.

Herr Bundesminister! Was in diesem Zusammenhang zwischen Ihrem Ressort und dem des Ministers Staribacher passiert ist, dafür gibt es keine Entschuldigung! Das ist eine Blamage der Regierung bis auf die Knochen mit entsprechender Wirkung gegenüber dem Ausland. Wenn uns die Vereinigten Staaten sagen müssen: Das geht nicht, Ihr habt ja andere Vereinbarungen mit uns!, dann frage ich mich, was sich die verantwortlichen Minister in diesem Zusammenhang gedacht haben.

Ich bin mit dem Problem in Linz konfrontiert worden. Als ich zu Hause war, ist mir von der Handelskammer mitgeteilt worden: Paßt auf im Parlament, das könnt Ihr überhaupt nicht realisieren, weil Vereinbarungen mit den Vereinigten Staaten bestehen, nach denen das Ölsaatenprojekt nicht möglich ist. Es geht um die Frage, ob man Vereinbarungen dieser Art – Treu und Glauben stehen hier zu Buche – respektiert oder nicht. (Abg. Dr. Fischer: Wer hat die geschlossen, diese Vereinbarungen?) Ein Verantwortlicher oder Verantwortliche der Republik Österreich. (Abg. Pansi: Von welcher Regierung? – Abg. Dr. Fischer: Es wird ja gelegnet! – Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich bin nicht Anwalt der Österreichischen Volkspartei, sondern Vertreter der Freiheitlichen Partei. Die Österreichische Volkspartei wird sich schon zur Wehr setzen. Aber wenn Sie die Frage an mich richten, Herr Kollege Dr. Fischer, so bin ich bereit, sie zu beantworten. Nach den mir zur Verfügung stehenden Unterlagen gehen diese Vereinbarungen auf die Zeit der ÖVP-Alleinregierung zurück. (Abg. Dr. Fischer: Aber das Interessante ist, daß die Handelskammer Ihnen das sagt, während von dieser Seite ganz anderes behauptet wird!)

Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich bemüht bin, Ihnen aus meiner Sicht nichts Falsches zu sagen, wobei ich aber nicht weiß, ob meine Informationen hieb- und stichfest sind. (Abg. Dr. Fischer: Aber sie stammen von der Handelskammer!?) Sie stammen unmißverständlich von der Handelskammer (Abg. Dr. Fischer: Danke schön!), und zwar von meinem Vizepräsidenten, dem freiheitlichen Vizepräsidenten, den wir in der Oberösterreichischen Handelskammer haben. Er hat mir gesagt: Paßt auf, daß euch da nichts passiert. – Daraufhin habe ich hier auch einmal in einem gemeinsamen Gespräch eine Erwähnung gemacht.

Wenn das also sogar die freiheitliche Opposition weiß, die in diesen Gremien nur bedingt vertreten ist, dann müßten es die berufenen Seiten der großen Parteien sicher noch besser wissen als wir. Hier ist etwas passiert, Herr Bundesminister, das meines Erachtens im Ansehen einfach irreparabel ist, in der Sache jedoch repariert werden kann.

Nun liegt mir aus freiheitlicher Sicht noch etwas am Herzen, nämlich der bürgerliche Familienbetrieb. Ich stehe unter dem Eindruck, Herr Bundesminister, daß die gesellschaftspolitische Bedeutung des bürgerlichen Familienbetriebes nach wie vor unterschätzt und vielfach sogar falsch eingeschätzt wird.

Der Österreichischen Volkspartei muß ich in diesem Zusammenhang einen Vorwurf machen. Sie hat durch eine falsche Gesellschaftspolitik das Dasein der wirtschaftlich selbständigen Mittelschicht erschwert und damit das Dasein vieler Bauern in den letzten Jahrzehnten gefährdet und unmöglich gemacht. Als signifikantes Beispiel aus Oberösterreich brauche ich Ihnen nur die bürgerliche Abwanderung aus dem Mühlviertel vor Augen zu führen.

Die SPÖ wieder hat bis heute das notwendige Verständnis für die Einhaltung dieser wirtschaftlich selbständigen Mittelschicht überhaupt nicht an den Tag gelegt.

Der ÖVP muß man in diesem Zusammenhang weiter vorwerfen, daß sie es in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung an einer ausgeprägten Eigentumspolitik in diesen Bereichen mangeln hat lassen, besonders in der Zeit, da die Österreichische Volkspartei noch den Bundeskanzler, den Finanzminister und den Landwirtschaftsminister stellte.

Das Eigentum nimmt in der SPÖ-Alleinregierung überhaupt nur einen untergeordneten Stellenwert ein, was wir Freiheitlichen außerordentlich bedauern.

Wieder zurück zu Dr. Eduard Hartmann, der 1963 vor dem Rheinischen Landwirteverband in

10594

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Peter

Bonn sagte, daß Agrarpolitik nicht nur aus einer ökonomischen, sondern noch mehr aus einer gesellschaftlichen Komponente besteht. Es ist hoch an der Zeit, diese gesellschaftliche Komponente der Landwirtschaft in der Gesamt- politik besser als bisher zu berücksichtigen.

Daß die ungelöste Agrarmarktordnung einer der Hauptgründe für die Krise in der Landwirtschaft ist, steht außer Diskussion. Die Sünden beider großen Parteien, der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei, auf diesem Gebiet sind Legion und können kaum wieder gutgemacht werden, einfach deswegen nicht, weil Jahrzehnte versäumt worden sind.

Die Landwirtschaftskrise kann nicht mit zu geringer privatwirtschaftlicher Rentabilität erklärt werden. Dr. Hartmann meinte schon damals, daß der Preis- und Konkurrenzmechanismus versagt hat. Diese Feststellung Dr. Eduard Hartmanns stammt aus dem Jahre 1964. Wenn der Preis- und Konkurrenzmechanismus schon im Jahre 1964 versagt hat und dies ein so Berufener wie Minister Dr. Hartmann zum Ausdruck brachte, warum ist dann dieser Preis- und Konkurrenzmechanismus, der Jahre versagt hat, in den letzten 14 Jahren, die dazwischen liegen, nicht geändert worden?

Dr. Hartmann meinte weiter: Der Preis- und Konkurrenzmechanismus ist hilflos gegenüber der Dauerkrise der Landwirtschaft. – Wie recht hat Minister Dr. Hartmann noch im Jahre 1978!

Die Sicherung der Arbeitsplätze ist heute eines der schwierigsten Probleme unserer Zeit. Die Sicherung der Arbeitsplätze stellt eines der höchsten wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Ziele dar. Aber, Herr Bundesminister, wir Freiheitlichen verstehen unter einer umfassenden Sicherung der Arbeitsplätze nicht nur eine in der Industrie, im Gewerbe, im Handel und in der mittelständischen Wirtschaft. Die Sicherung der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze ist genauso ein Gebot der Stunde. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber was ist in diesem Zusammenhang an Sicherung der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze geboten worden?

Statt Sicherung der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze: Schrumpfung der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze.

Statt Sicherung der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze: Abwanderung bürgerlicher Selbstständiger.

Statt Sicherung landwirtschaftlicher Arbeitsplätze: Aushungerung der Bauern nach dem berühmten Gießkannenprinzip oft verfehlter Subventionen!

Es steht ein Problem im Raum, das Minister Dr. Hartmann im Jahre 1964 in einem Vortrag vor den Ingenieuragronomen der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich visionär vorausgesehen hat. Er führte in diesem Zusammenhang aus:

„Derzeit werden von der industriell-gewerblichen Konjunkturwirtschaft alle Landarbeitskräfte, die sich von der Landwirtschaft abwenden, gerne und in jeder Zahl aufgenommen. Was würde geschehen, wenn es einmal, was hoffentlich niemals der Fall sein wird, wieder zu einer Massenarbeitslosigkeit käme?“

Wir haben die Massenarbeitslosigkeit Gott sei Dank nicht, aber die Situation in dieser Frage ist ernster geworden, als sie sich Dr. Hartmann im Jahre 1964 vorgestellt hat.

Welche Schlußfolgerungen, Herr Bundesminister, zieht die Bundesregierung, ziehen die Verantwortlichen für die Agrarpolitik aus der Tatsache, daß heute kaum ein abwandernder Bauer in der Industriegesellschaft einen unselbstständigen Arbeitsplatz bekommt? Auch darauf müssen bei einer Debatte über den Grünen Bericht entsprechende Antworten gegeben werden.

Wie, Herr Bundesminister – das ist die Frage, die wir Freiheitlichen an Sie und an die Bundesregierung richten –, sieht das agrarpolitische Latein der Bundesregierung aus? Zuerst Aushungern, damit die Bauern abwandern und Unselbstständige werden, und dann vielleicht als Schlußfolgerung sozialistisch wählen? Der letzte Schrei der sozialistischen Alleinregierung war nichts anderes als das verfehlte Milchpreissystem. Ich schließe mit Dr. Eduard Hartmanns Appell: Agrarpolitik geht alle an! Die Lösung der Agrarfrage liegt nach wie vor im Allgemeininteresse.

Herr Bundesminister! Sie haben in dieser Gesetzgebungsperiode nicht mehr viel Zeit, nur mehr ein gutes Jahr. Sie müßten meines Erachtens postwendend an die Arbeit gehen, die Hemdärmeln aufkrepeln und Schluß machen mit einer Agrarpolitik, die zum Teil auf dem Rücken der Bauern ausgetragen wird. Sie müßten dafür sorgen, daß die Bauern noch in der jetzigen Gesetzgebungsperiode die ihnen noch immer vorenthaltenen Rechte bekommen.

Eines, glaube ich, ist Ihre zentrale Hauptaufgabe, Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: in der noch verbleibenden Zeit dieser Gesetzgebungsperiode für eine rasche und zukunftsorientierte Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes Sorge zu tragen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Maderthaner.

Abgeordneter **Maderthaner** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man überlegt und bedenkt, wie sich in den letzten Jahrzehnten die Technologien verändert haben, wie es strukturelle Veränderungen in allen Bereichen und natürlich im besonderen Bereich der Agrarwirtschaft gegeben hat, so ist es auch verständlich, daß es immer schwierig war, heute schwierig ist und auch in Zukunft schwierig sein wird, mit den Problemen so fertig zu werden, wie es wünschenswert wäre.

Wenn man diese Überlegungen anstellt, dann scheinen mir die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Peter doch in einem anderen Licht. Nach seiner sehr heftig vorgebrachten Kritik ist es natürlich notwendig, die Dinge wieder richtigzustellen. Aber es war immer schwierig und wird es bleiben.

Wenn man dann noch überlegt, daß der Abgeordnete Peter von der kleinen Oppositionspartei kommt, ist es umso mehr verständlich – es ist sein gutes Recht –, daß er versucht, nach links und rechts fest auszuteilen. Das hat er ja genügend getan.

Noch eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen bezüglich der Visionen des Herrn Staatssekretärs Schober. Jawohl, Herr Abgeordneter Peter, die vorhandenen täglichen Probleme, die sich immer wieder stellen, sind sicherlich vordringlich, und es muß der Versuch unternommen werden, diese zu lösen. Aber ich glaube, es ist genauso berechtigt, und Sie haben es ja dann später in Ihren Ausführungen wieder richtiggestellt, daß er sich natürlich auch langzeitmäßig mit den Problemen befassen muß, um zeitgerecht vorzubeugen, um die neuerlich an uns herantretenden Probleme beherrschen und optimal lösen zu können. Das ist das eine.

Und das zweite noch – das gilt für beide Oppositionsparteien –: Ich weiß, daß Sie bis jetzt nicht viel Freude mit Staatssekretär Schober gehabt haben. Sie haben noch nie mit einem Staatssekretär in dieser sozialistischen Bundesregierung Freude gehabt. Aber ich glaube, Sie können doch froh sein, wenn es einen Staatssekretär gibt, der nachdenkt, der überlegt und der aktiv wird. Das kann man doch nur begrüßen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Peter: *Maderthaner, geteiltes Leid ist halbes Leid!*) Und die manchmal – das sage ich auch sehr offen – sehr hämisch vorgebrachten, oft lächerlichen Äußerungen zeugen nicht unbedingt von einem hohen Niveau eines Abgeordneten dieses Hohen Hauses.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu meinen eigentlichen Ausführungen,

zu dem vorliegenden Grünen Bericht, den wir hier zu behandeln und zu besprechen haben. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Kollege Pfeifer hat schon angeführt, daß diese Art der Behandlung des Grünen Berichts im Hohen Hause erstmalig so erfolgt. Es war das Verlangen der großen Oppositionspartei, dem wir uns angeschlossen haben, weil wir das überhaupt nicht zu scheuen brauchen, obwohl wir wissen, daß für Sie das gleichzeitig und bereits vorbereitend eine Plattform sein soll; neben der Landwirtschaftsdebatte über Finanzen die Ausgangsbasis, eine Plattform, nicht voll, aber doch bereits für die Nationalratswahlen 1979.

Es wiederholt sich ja immer wieder von Ihren Sprechern, überhaupt im Agrarbereich. Ich kann mich gut erinnern: Ich bin seit 1971 hier im Hohen Haus, habe die Ehre, hier Abgeordneter zu sein, und habe festgestellt, daß Sie bereits 1975 angekündigt haben, wie Sie es jetzt wieder machen und nicht nur heute, sondern bereits gestern und wie Sie es vorher immer wieder gemacht haben, wir hätten nicht mehr das große Vertrauen der Bevölkerung, wir hätten abgewirtschaftet, die Staatsfinanzen seien nicht in Ordnung. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Aber, meine Damen und Herren! Das alte Lied wiederholt sich doch ... (Abg. Helga Wieser: Ich würde doch nicht davon reden! Die Beweise sind doch da!)

Was ist Ihnen denn nachher passiert, im Oktober 1975! (Abg. Helga Wieser: Was ist Ihnen denn alles passiert in der letzten Zeit! Erinnern Sie sich!) Schauen Sie, das Spiel wiederholt sich.

Bei meinen Ausführungen zu dem Grünen Plan ... (Ruf bei der ÖVP: Bericht!) Bericht. Entschuldigung, das war ein Versprecher. Meine Ausführungen zum Grünen Bericht. Neu ist, daß wir zugestimmt haben, hier auf diese Art und Weise diesen Bericht zu behandeln, so daß es auch für uns möglich ist, die Leistungen der sozialistischen Bundesregierung Ihnen gegenüber und gegenüber der Bevölkerung ins richtige Licht zu rücken.

Nicht neu ist – was ich vorher schon angedeutet habe und was sich immer wiederholt –, alle Jahre wieder, könnte man sagen, wird das alte Lied gesungen, wie schlecht diese sozialistische Regierung die Belange der Land- und Forstwirtschaft vertritt (Abg. Dr. Blenk: Sie sagen es!), kein Verständnis für die Landwirtschaft hat, zuwenig finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. Und dann versucht man zur Untermauerung dieser Behauptungen Dinge hier in den Raum zu stellen, anzudeuten und vergißt dabei natürlich bewußt, mehr dazu zu

10596

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Maderthaner

sagen, damit man vielleicht doch versuchen könnte, sachbezogener diese Probleme zu behandeln.

Ich pflichte dem Herrn Bundesminister bei: Wenn man eine wirklich sachbezogene Diskussion führen will, dann muß man mehrere Jahre heranziehen, um Vergleiche anzustellen: Wie ist das Bild der Landwirtschaft, wie war die Entwicklung bezüglich Produktion, Einkommen und Lebensverhältnis im gesamten?

Das ist notwendig, das macht man in jedem Betrieb, das macht man auch in Gewerbebetrieben, das ist ein ganz normaler Vorgang, wie man wirtschaftliche Probleme beurteilt und behandelt. Und das gilt selbstverständlich auch für die Landwirtschaft.

Ich bin der Meinung, daß es der SPÖ gelungen ist, eine bessere Agrarpolitik zu betreiben als Sie früher. (*Beifall bei der SPÖ.* – *Abg. Kern: Das ist eine Fehlmeinung!*) Das werde ich Ihnen noch beweisen. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Der Herr Abgeordnete Peter hat gesagt, er geht nur bis 1970 zurück. Ich gehe schon weiter zurück. Aber nicht, weil, wie Sie behaupten, wir zurückgreifen müssen, damit wir besser dastehen. So liegen die Dinge ja nicht. Doch wenn Sie die Behauptung aufstellen, daß wir eine schlechte Agrarpolitik betreiben, dann müssen Sie auch uns gestatten, daß wir Ihre Agrarpolitik ebenfalls unter die Lupe nehmen, und die ist eben in der Zeit vor 1970 gelegen und dauerte leider nur vier Jahre. Gott sei Dank für die Bauern dauerte sie nur vier Jahre. (*Abg. Kern: Leider!*) Gott sei Dank, daß dann eine sozialistische Regierung die Mehrheit erreicht hat. Das, glaube ich, muß man auch einmal sagen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn der Herr Abgeordnete Riegler gesagt hat, es wird höchste Zeit, wieder eine neue Agrarpolitik zu betreiben, dann darf ich Sie fragen, Herr Abgeordneter: Meinen Sie wieder eine Agrarpolitik, wie Sie sie von 1966 bis 1970 betrieben haben (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Sie waren nicht bereit, über unseren Antrag zu diskutieren!*), wo Sie zweimal – zweimal! – die Mittel des Grünen Planes gekürzt haben, wo Sie rigorose Streichungen von Milch- und Weizenpreisstützungen durchgeführt haben? Was haben Sie damals gesagt? Das Ergebnis war, daß Sie 1970 einen Großteil an Vertrauen bei der ländlichen Bevölkerung und auch bei den kleineren Bauern verloren haben. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ansonsten hätten wir nicht dreimal die Wahl gewonnen. Das war, weil man mit Ihrer Agrarpolitik nicht zufrieden war. (*Abg. Kern: Das waren Ihre Versprechungen, die Sie nie erfüllt haben!*)

Ich habe aber auch gesagt und ich verstehe es auch: Auch Sie haben zu Ihrer Zeit große Schwierigkeiten gehabt, mit den Problemen fertig zu werden, die durch die strukturellen Veränderungen, entstanden sind, die in der Landwirtschaft bis heute eingetreten sind und weitergehen werden. Wir haben sie auch. Nur sind wir der Meinung, und ich beweise es Ihnen, daß es besser gelungen ist, mit den Problemen fertig zu werden. Ihnen ist es während der vier Jahre nicht in dem Ausmaß gelungen, in dem es uns bis heute gelungen ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn ich bedenke, daß es notwendig war, die Landwirtschaft diesen strukturellen Veränderungen entsprechend zu unterstützen und die Lebensbedingungen zu erleichtern, um auch die landwirtschaftliche Bevölkerung an der Gesamtentwicklung in Österreich Anteil nehmen zu lassen, so ist das sicherlich nicht überall gelungen, aber ich glaube, es ist im großen Ausmaße gelungen, auch hier eine gewisse Gleichstellung praktisch zu erzielen.

Und weil man gewußt hat – zu Ihrer Zeit und zu unserer Zeit –, daß man mit finanziellen Mitteln helfen muß, daß man die Landwirtschaft unterstützen muß, ist das Landwirtschaftsgesetz geschaffen worden. Gestatten Sie mir einige sachliche Darstellungen.

Von 1961 bis 1977 wurden insgesamt ... (*Abg. Deutschmann: War das bis jetzt unsachlich?*) Ich habe immer sachlich gesprochen. Nur müssen Sie schon zur Kenntnis nehmen, daß man auf Ihre unsachlichen Vorbringen natürlich auch eine entsprechende Antwort gibt und die Dinge wieder dorthin rückt, wohin sie gehören. Das bitte nehmen Sie auch zur Kenntnis.

Es wurden bis 1977 13,9 Milliarden Schilling der Landwirtschaft in Form des Grünen Planes und der AIK-Aktionen zur Verfügung gestellt. Nur einige Beispiele dafür, daß man der Landwirtschaft sehr wohl geholfen hat, die Probleme zu bewältigen: 4,88 Milliarden Schilling gab es für Struktur- und Betriebsverbesserungen; 643 Millionen für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen; 567 Millionen für sozialpolitische Maßnahmen für land- und forstwirtschaftliche Dienstnehmer und 3,6 Milliarden Zinsverbilligungen für Kredite.

Allein – das ist ja hier schon gesagt worden, ich möchte es wiederholen und unterstreichen – für 1977 gab es im Grünen Plan 1 375 Millionen Schilling. Gerade in der Zeit von 1970 bis 1977 und auch weiterhin sind mehr Mittel der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt worden, wohl wissend, daß es notwendig ist, um, wie schon vorhin erwähnt, mit den Problemen fertig zu werden.

Maderthaner

Ich habe Ihnen aber auch schon gesagt, wie Sie zu Ihrer Zeit Kürzungen vorgenommen haben. Das möchte ich auch mit Zahlen untermauern. Ich habe Ihnen vorhin gesagt, ich werde das versuchen.

Sie hatten 1966 579,5 Millionen Schilling im Grünen Plan. Sie haben 1967 auf 725 Millionen aufgestockt, aber 1965 waren die Mittel über 600 Millionen Schilling. Sie haben um 52 Millionen Schilling gekürzt. Sie haben dann im Jahr 1968 auf 814 Millionen Schilling erhöht. Sie haben 1969 aber wieder auf 762 Millionen Schilling gekürzt oder um etwa 90 Millionen reduziert. Erst 1970, als die Nationalratswahl vor der Tür gestanden ist, haben Sie wieder auf 814 Millionen erhöht. Das Ergebnis dieser Politik haben Sie ja dann zu spüren bekommen.

Wenn man bedenkt, daß es 1972 978 Millionen Schilling gegeben hat und sich dieser Betrag bis 1977 inklusive Bergbauernsonderprogramm auf 1 359,9 Millionen Schilling gesteigert hat . . . (Abg. Kern: *Und die Inflation seit dieser Zeit! 70 Prozent Geldwertveränderung!*)

Unserer Regierung ist es vorbehalten geblieben, auch für die Bergbauern Sondermaßnahmen zu setzen, die 1978 verstärkt fortgesetzt worden sind und die im besonderen Ausmaß auch für 1979 vorgesehen sind. Dazu sind noch Budgetansätze für das Konjunkturbelebungsprogramm gekommen, zum Beispiel 1975 19,8 Millionen für das Bergbauern-Sonderprogramm und 30,3 Millionen für den Grünen Plan. 1976 für die Stabilisierungsquote 100 Millionen Bergbauern-Sonderprogramm und 50,5 Millionen für den Grünen Plan. Ebenfalls für 1980 vorgesehen sind 85 Millionen für den Grünen Plan. Das sind die Ziffern und Vergleiche in unserer Zeit.

Genauso kann man die finanziellen Mittel für die AI-Kredite vergleichen, die von 1970 bis 1978 von 1,3 auf 2,5 Milliarden Schilling gestiegen sind. Ich glaube, es kann doch niemand behaupten, daß auf diesem Sektor nichts geschehen wäre. Das sind doch Ziffern, die man zur Kenntnis nehmen muß, weil sie einfach Tatsachen sind. (Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)

Und wieder gestatten Sie mir nur ein Beispiel in bezug auf die Auswirkungen von 1970 bis 1977: Durch die Zurverfügungstellung der finanziellen Mittel des Grünen Planes von 8,9 Milliarden Schilling und von 13 Milliarden Schilling Agrarkreditvolumen war es möglich, 11 100 km Güterwege zu bauen und 7 800 km Forstwege zu errichten.

Diese 11 100 km Güterwege entsprechen, um einen Vergleich herzustellen, der Strecke eines Viertels des Erdumfangs und kommen

20 800 Höfen zugute für einen zeitgemäßen Weganschluß an das öffentliche Verkehrsnetz.

Auf 177 000 Hektar wurden Grundstückszusammenlegungen für eine rationelle Bewirtschaftung vorgenommen. Diese Fläche, um wiederum ein Beispiel zu sagen, umfaßt etwa vier Fünftel des Bundeslandes Vorarlberg.

Im Rahmen der Besitzaufstockung konnten 36 700 Hektar angekauft werden. Außerdem wurden 425 Millionen Schilling Bergbauernzuschüsse geleistet, davon allein im Berichtsjahr 107 Millionen Schilling für 33 000 Betriebe.

Das waren nur einige Zahlen und Ziffern, die zeigen sollen, was die sozialistische Bundesregierung unternommen hat, um der Agrarwirtschaft, den Bauern in Österreich, zu helfen und sie zu unterstützen, damit sie ihre Schwierigkeiten besser bewältigen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bin mir auch bewußt der derzeit vorhandenen großen Schwierigkeiten, wie etwa die Abwanderung, die mehr und mehr vor sich gehende Verlagerung der Landwirtschaftsbetriebe zum Nebenerwerb, die Probleme durch die Intensivierung der maschinellen und technischen Ausrüstung, die Spezialisierung und die Arbeitsteilung. Das ist mir alles bewußt, und ich weiß, daß es auch in Zukunft noch unterschiedliche Einkommensentwicklungen geben wird.

Aber wenn ich gesagt habe, daß es notwendig ist, einen längeren Zeitraum zu betrachten, um ein besseres und sachliches Bild von der Lage der Landwirtschaft zu bekommen, so ist gerade der Grüne Bericht des Jahres 1977 der Ausgangspunkt, weil er eben, gemessen am Vorjahr, ein Bild ergibt, das, wenn man es über einen längeren Zeitraum betrachten würde, anders aussehen würde.

Der Herr Kollege Dr. Halder hat zum Beispiel einen Vergleich angestellt über die Mindesteinkommen vieler Betriebe. Hätte er aber sachlich argumentieren wollen, dann hätte er natürlich auch jene Betriebe aufzählen müssen, die ein höheres Einkommen haben als die unterste Gruppe, und dort gibt es mit einer Ausnahme nur positive Entwicklungen zu höheren Einkommen.

Ein weiteres, was der Herr Bundesminister angeschnitten hat, eine Kennzahl für das Einkommen und für den Lebensstandard der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Man muß auch den Verbrauch pro Familie im Jahr rechnen. Es wurde angeführt, daß sich von 1975 bis 1977 der Verbrauch von 116 248 S auf 141 335 S verbessert hat. Ich weiß schon, der Einwand wird dann kommen, die Inflation oder die Teuerung könnte ja das aufgefressen haben.

10598

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Maderthaner

Das ist nicht der Fall. Ich habe mir die Mühe gemacht und die Preissteigerungsraten von 1976 und 1977 genommen. Daraus ergibt sich ein realer Verbrauchszuwachs von 10 208 S pro Familie. Der Gesamt mehrverbrauch war 25 087 S, die Differenz ist natürlich durch die Inflation in Abzug zu bringen.

Aber noch einige sehr wichtige Punkte und Kennziffern, wie die Lage 1977 in der Landwirtschaft gewesen ist, und das sind die Investitionen. Der Investitionsaufwand ist gestiegen. Beachtliche Beträge konnten wieder aufgewendet werden für den Ankauf von Traktoren, Lkw und Anhänger für die Land- und Forstwirtschaft, eine runde Summe von 6,03 Milliarden Schilling. (Abg. Ing. Schmitzer: Herr Kollege Maderthaner, soll das jetzt ein positives Argument oder ein negatives sein?) Das kann nur ein positives Argument sein, denn wenn die wirtschaftliche Lage nicht so wäre, wenn man eine pessimistische Einstellung hätte, dann würde man, das weiß ich doch ganz genau, solche Investitionen in diesem Ausmaß nicht vornehmen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Schmitzer: Jetzt müssen Sie aber noch dazusagen, wie das finanziert worden ist!)

Herr Kollege Schmitzer! Diesen Investitionsaufwand hat es ja immer gegeben, erstens weil er notwendig ist und zweitens, weil es möglich war, durch die verbesserten wirtschaftlichen Verhältnisse diese Investitionen überhaupt zu tätigen. Man muß die Beträge einerseits verdient haben und zum Teil durch Förderungen und Kredite zur Verfügung gestellt bekommen, selbstverständlich, das weiß ich doch. Aber man investiert doch nicht, wenn man die Angst hat, daß eine wirtschaftlich schlechte Zeit ist, in diesem Ausmaß. 1976 waren es 5,5 Milliarden Schilling für diesen Sektor. (Abg. Ing. Schmitzer: Das ist gerade der schwächste Bereich, den Sie da nennen!)

Dazu ist noch gekommen der Reparaturaufwand, um das Bild vollkommen zu machen, für die Maschinen von 2,2 Milliarden Schilling. Das alles ohne Mehrwertsteuer.

Für die baulichen Investitionen wurde eine Summe von 7,7 Milliarden Schilling aufgewendet.

Und jetzt, bitte, ein Vergleich: Diese beiden Investitionssummen machen 60 Prozent der Investitionssummen von Industrie und Gewerbe aus. Das ist doch eine enorme Summe. Und ich unterstreiche noch einmal: Wenn es wirtschaftlich schlechte Verhältnisse gibt, dann wird jeder sehr vorsichtig sein, dann wird er es sich gut überlegen, in diesem Ausmaß Investitionen vorzunehmen.

Ich behaupte daher, daß die Voraussetzung

auch 1977 gegeben war, diese Ankäufe und diese baulichen Tätigkeiten vorzunehmen.

Ich weiß aber auch, daß das in der Landwirtschaft immer noch zuwenig ist, vor allen Dingen bei den baulichen Anlagen, weil es noch einen großen Nachholbedarf gibt, seien es die Wohnhäuser, seien es die Stallungen, was ja sicherlich auch noch geregelt werden müßte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, daß Sie mit meinen Ausführungen natürlich nicht viel Freude haben, weil ich doch die Dinge so dargestellt habe, wie sie aus unserer Sicht wirklich sind.

Wissen Sie, Herr Kollege Riegler, nur da herzugehen, Dinge in den Raum zu stellen und dann den Eindruck zu erwecken versuchen, wie schlecht es wirklich in der Landwirtschaft ist, das geht nicht.

Ich betone noch einmal: Ich verkenne absolut nicht die Probleme dieses Bereiches. Ich habe am Anfang meiner Ausführungen erwähnt, daß es früher Probleme gegeben hat, daß es sie heute gibt, daß es sie weiterhin geben wird und daß es sehr schwierig sein wird, die innerbetrieblichen landwirtschaftlichen Einkommen, die Disparitäten auszugleichen. Das wird nicht leicht gelingen, denn der Agrarbereich ist ja kein Bereich, wo man einfach eine technische Maschine hinstellt und sagt, mit der kann man alles verändern, weil doch – das wurde schon sehr oft erwähnt, man kann es aber trotzdem wiederholen – natürlich vor allen Dingen die Witterungsverhältnisse eine sehr große, eine wesentliche Rolle spielen und ein Bild rasch negativ verändern können.

Aber zusammenfassend stelle ich noch einmal fest, daß es mit viel Schwierigkeiten doch gelungen ist, die Probleme zu lösen, und ich behaupte noch einmal, daß es unserer Bundesregierung besser gelungen ist, die Probleme zu lösen, als es Ihnen früher gelungen ist. Das vertrete ich, weil die Fakten, die Zahlen ein Beweis dafür sind.

Daß uns die bäuerliche Bevölkerung schon in hoher Zahl bei den Nationalratswahlen immer wieder das Vertrauen geschenkt hat, ist ein Beweis, daß wir auf dem richtigen Weg waren und sind, und diesen Weg werden wir sicherlich beibehalten. Ich bin überzeugt, daß die sozialistische Bundesregierung mit unserer Mehrheitsfraktion diesen Weg fortsetzen wird (Abg. Kern: Das macht der Reichsverweser schon allein!), und es wird sicherlich nicht zum Schaden der Landwirtschaft sein. Es wird aber auch sicherlich nicht zum Schaden der gesamten österreichischen Bevölkerung sein, denn wir bekennen uns zu einer positiven Agrarwirtschaft, aus den vom Herrn Kollegen Peter

Maderthaner

ausgeführten Worten „Agrarwirtschaft geht alle an“, aus den verschiedensten Überlegungen, die dargelegt worden sind und die ich nur unterstreichen kann. Wir lassen uns daher von diesem Weg nicht abbringen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Deutschmann.

Abgeordneter Deutschmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man von 10 Uhr bis 15 Uhr im Haus war und die Ausführungen der Redner der sozialistischen Fraktion angehört hat, müßte man sagen: Alles in bester Ordnung, den Bauern ist es noch nie so gut gegangen – warum reden wir eigentlich über das Problem Landwirtschaft?

Ich möchte darauf hinweisen: Ich empfinde es schon als Positivum, daß wir uns heute mit dem Grünen Bericht auseinandersetzen. Und der Herr Landwirtschaftsminister war in seinen Ausführungen weitaus vorsichtiger als die Herren Redner. Warum?

Der Herr Landwirtschaftsminister hat uns allen eine Kurzfassung aus dem Grünen Bericht zukommen lassen. Ich danke ihm dafür. In dieser Kurzfassung können wir feststellen, wie oft er die Schwierigkeiten der Agrarpolitik aufzeigt und darauf hinweist, daß viele Probleme bis zum heutigen Tag nicht bewältigt werden konnten.

Es ist für mich verwunderlich, wenn man heute die Meinung vertritt: Das Einkommen in der Landwirtschaft ist ja besser als je zuvor! Ja meine sehr geehrten Damen und Herren, haben Sie den Grünen Bericht nicht gelesen? Stellen Sie nicht fest, daß wir real ein Minus von 3,6 Prozent je Arbeitskraft in der Landwirtschaft haben? Und haben Sie nicht festgestellt – ich weiß, daß Sie das nicht gerne hören –, daß wir im Zusammenhang mit der Einkommenssituation in der Landwirtschaft doch die Problematik der Betriebsmittel mit in Betracht ziehen müssen?

Ja wissen Sie denn nicht, daß wir mit dem teuersten Diesel in Europa fahren? (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wissen Sie das nicht? Zum Beispiel: in Italien 2,30, in der BRD 2,35, in Österreich 4,37 S. Ich nehme an, daß Ihnen das doch nicht entgangen ist und daß Ihnen nicht entgangen ist, daß bei jeder Produktionssteigerung selbstverständlich der Einsatz von Geräten letzten Endes mit eine Rolle für die Preisgestaltung spielt.

Ich weiß nicht: Haben Sie die Übersicht verloren? Können Sie es sich nicht mehr vorstellen, wie es zum Beispiel im Jahre 1970 war, wenn man sich einen Traktor gekauft hat? Ich weiß nicht: Sind Sie schon so weit weg?

Der Herr Abgeordnete Koller hat heute in seiner unqualifizierten Aussage erklärt – darauf werde ich noch zurückkommen –: Näher zum Bauern! – Haben Sie denn vergessen, daß im Jahre 1970 ein Steyr-Traktor, Type 548, 48 PS, 93 000 S gekostet hat? Und wissen Sie, wieviel der gleiche Traktor heute kostet? Wissen Sie das? – 193 520 S! Um 100 000 S und etliches mehr! Sehen Sie: Das sind die Probleme.

Oder: Ein Ladewagen – auch ein Steyr-Ladewagen, nicht daß Sie sagen: ausländische Produkte! –, ein Steyr-Ladewagen kostete im Jahre 1970 44 178 S, heute kostet er 81 302 S! Ja sagt Ihnen das nichts? Sehen Sie, meine sehr Geehrten: Das sind ja die Diskrepanzen zwischen Ihren Berechnungen und der Wirklichkeit!

Der Bauer auf dem Hof muß eben verschiedene Gerätschaften anschaffen und nachschaffen, und es nützt ihm nichts, ob er das Einkommen hat oder ob er nicht das Einkommen hat.

Oder schlagen Sie nach im Grünen Bericht auf der Seite 61, wo steht: Bis zu 10 000 S haben 3,8 Prozent, von 10 000 bis 20 000 S 4,5 Prozent von 30 000 bis 40 000 S 8,5 Prozent und von 40 000 bis 50 000 S 9,7 Prozent der Betriebe dieses Einkommen je Arbeitskraft. Ja können Sie sich denn nicht in die Lage dieser Menschen versetzen, die einfach mit bestem Willen und mit guter Arbeit jedes einzelnen auf dem Hof kein besseres Einkommen erreichen können? Können Sie sich denn nicht mehr in diese Wirklichkeit auf dem Bauernhof hineinleben?

Herr Bundesminister, ich bin sehr froh – nur mit einem weinenden Auge trotzdem –, daß Sie in Ihrer Wortmeldung die Leistungskraft der Bauern aufgezeigt haben und daß Sie darauf hingewiesen haben, daß Sie bereit waren, die Strukturbereinigung, die sicherlich nicht sehr einfach war, so bravurös zu bewältigen. Aber ich hätte auch erwartet, daß man den Bauern gedankt hätte, und ich möchte der österreichischen Bauernschaft, der Bäuerin, dem Bauern und allen Mitarbeitern, herzlichst danken für den Einsatz, den sie auf dem Bauernhof immer wieder erbringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe gerade heuer im Sommer und auch im letzten Jahr folgendes erlebt. Man hat sich in der Zeit, in der man Überschüsse hatte, immer mokiert: Schon wieder Überschüsse, schon wieder Geld, schon wieder Exporte! Als die Unwetterschäden in Kärnten eingetreten sind, ist in der Presse gestanden und im Rundfunk darüber geredet worden: Ja ist denn bei diesem Unwetter die Versorgung der Kärntner Bevölkerung gesichert? – In diesem Moment, wo die Gefahr eintritt, daß es Versorgungslängspässe

10600

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Deutschmann

geben wird, ist man auf einmal im Mittelpunkt und versucht doch, mit Sorge auf die Situation hinzuweisen. Man müßte eigentlich der Bauernschaft mehr Beachtung schenken.

Ich habe in den letzten Tagen eine FernsehSendung über die Früchte der Erde gesehen. Man hat die Problematik in der Landwirtschaft aufgezeigt, und man hat auch Passanten befragt: Was sagen Sie zu der Preisgestaltung, zu den Problemen der Bauernschaft? – Kein einziger, Herr Bundesminister, Hohes Haus, hat gesagt: Dem Bauern geht es zu gut! Kein einziger hat gesagt: Die Bauern verdienen zuviel! Im Gegenteil, man hat gesagt: Für die schwere Arbeit, die der Bauer, die die Bäuerin zu verrichten haben, verdienen sie zuwenig, gibt doch den Bauern mehr! (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist der Tenor draußen in der breiten Masse.

Und ich möchte auch ganz offen sagen: Ich war echt schockiert, als der Abgeordnete Koller, der Herr Bürgermeister, als der er sich hier gebrüstet hat, inmitten der Bevölkerung zu stehen, gesagt hat: Die Konsumenten oder die Frauen der Konsumenten wissen ja gar nicht, wie die Preise sind, die kaufen einfach ein, die fragen gar nicht! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das haben wir vor einigen Tagen gehört im Zusammenhang mit der Atomabstimmung: Die wissen ja nicht, was sie tun! – Diese Linie, die Bevormundung und das Abqualifizieren unserer Österreicher dürfen wir uns, glaube ich, nicht gefallen lassen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Landwirtschaftsminister, ich weiß, daß Sie nicht in diesen Jargon verfallen. Ich weiß, es hat Ihnen – ich habe es an Ihrem Antlitz gesehen – furchtbar leid getan, daß solche Ausführungen gemacht worden sind. Aber ich muß doch darauf hinweisen, daß wir mit Besorgnis die Situation in Österreich verfolgen.

Ich habe eingangs schon erwähnt: Man kann selbstverständlich mit Zahlen Verschiedenes belegen, die Wirklichkeit spricht anders.

Ich habe heute auch den Auftrag seitens der Kärntner Bauern, und ich möchte hier das auch in den Vordergrund stellen, Herr Landwirtschaftsminister, ein Problem anzuschneiden, das uns klarzumachen Sie in Ihrer Aussage schon versucht haben, nämlich das Problem Getreideüberschuß, Maissperrlager.

Bei uns in Kärnten ist die Maisernte im vollen Gang. Wenn man nicht innerhalb kürzester Zeit die Situation bei Mais bewältigt, werden die Kärntner Bauern zu Ihnen kommen, Herr Bundesminister, und werden Ihnen dann die notwendigen Worte, die Sie nicht hören wollen, auch präsentieren. Es ist nicht so, Herr Bundesminister, daß dieses Problem von heute

auf morgen entstanden ist. Seit einem Jahr beschäftigen wir uns mit dem Maissperrlager.

Ich möchte Sie jetzt hier konkret fragen, Herr Bundesminister: Vor der Getreideernte wäre es möglich gewesen, alten Mais außer Landes zu bringen – wieso hat man diesen Maisexport nicht ermöglicht? – Heute stehen wir vor der Problematik, daß kein Lagerraum vorhanden ist, daß niemand mehr bereit ist, den Mais zu übernehmen.

Und dann gehen Sie, Herr Bundesminister, in Verhandlungen noch her und erklären: Gut ist's! Wenn die Weizenbauern sich bereit erklären, im Zusammenhang mit dem Export einen Obolus zu leisten, bin ich bereit, für die Maisbauern etwas zu tun.

Herr Bundesminister! Bei einer solchen Vorgangsweise können wir uns nicht finden.

Ich sage Ihnen ganz offen, Herr Bundesminister: Es ist schon einige Male versucht worden, den einen Bauern gegen den anderen auszuspielen. Diesen Weg können wir nicht miteinander gehen.

Ich bin auch der Meinung des Herrn Abgeordneten Peter, der Hartmanns Worte zitiert hat: Landwirtschaft geht alle an!

Herr Bundesminister! Auch die Kärntner Bauern haben ein Recht darauf, daß sie mit ihren Problemen zum derzeitigen Landwirtschaftsminister kommen, und der derzeitige Landwirtschaftsminister versucht, auch diese Probleme zu bewältigen und zu regeln. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Ich habe Ihnen vor etlichen Wochen in zwei verschiedenen Angelegenheiten zweimal geschrieben. Bis heute habe ich keine offizielle Antwort bekommen. So behandeln Sie einen Kammerpräsidenten, meine sehr geehrten Herren!

Ich habe auch den Herrn Staatssekretär einige Male gebeten, Ihnen das zu sagen, weil Sie nicht bereit waren, auf die Vorstellungen und Wünsche des Kärntner Kammerpräsidenten einzugehen.

Bis heute habe ich von Ihnen keine Antwort erhalten. Ich nehme an, daß der Präsident einer Landwirtschaftskammer das Recht hat, von einem Minister auch einen Antwortbrief zu bekommen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte auch ganz kurz, Herr Bundesminister, zu den Fragen und zur Diskussion um den Vertrauensbruch einiges sagen. Ich war ja der Vorsitzende des Unterausschusses, der im Zusammenhang mit den Marktordnungsgesetzen tagte. Ich mußte einfach jede Verhandlung miterleben, weil ich der Vorsitzende war. Ich

Deutschmann

könnte Ihnen an Hand von Unterlagen beweisen, daß diese 53 Groschen nie in Frage gestanden sind. Sie sind – ich sage Ihnen das ganz offen – von Ihnen nicht immer außer Frage gestanden. Aber man mußte dann vom Parteitag den Herrn Finanzminister herüberholen, worauf im Salon des Herrn Präsidenten Minkowitsch dieses Gespräch geführt wurde. Dort wurde dezidiert die Aussage gemacht, daß diese 53 Groschen auch für die Übermilch nicht in Frage stehen.

Herr Bundesminister! Da glauben wir halt, daß hier ein Vertrauensbruch gegeben ist, weil wir auf der Grundlage des Staatszuschusses von 53 Groschen diese Vereinbarung geschlossen haben und letzten Endes den Weg, der ja zum Teil auch problematisch ist – das sage ich immer –, mit Ihnen gegangen sind. Wir sind zu dieser Regelung gestanden.

Aber unter solchen Umständen, Herr Bundesminister, fällt es uns schwer, jetzt diese erarbeitete Grundlage auch weiterhin als die unsrige zu bezeichnen.

Herr Bundesminister! Unser Herr Präsident Minkowitsch ist nicht leichtsinnig. Er weiß, daß es sehr selten vorkommt, daß ein Präsident des Nationalrates zum Rednerpult geht. Nehmen Sie die Ausführungen des Herrn Präsidenten Minkowitsch nicht auf die leichte Schulter, nehmen Sie das wirklich nicht auf die leichte Schulter!

Noch etwas möchte ich in diesem Zusammenhang sagen. Sie haben mir gesagt – das steht außer Streit, ich will dieses Problem nicht anschneiden –, daß wir im Zusammenhang mit verschiedenen Problemen, die durch die Neuregelung entstanden sind, weitere Verhandlungen führen.

Aber Sie haben uns bei keiner dieser Verhandlungen mitgeteilt, daß ein Abbau der Stützung vorgesehen ist.

Ja, Herr Bundesminister, sind wir denn als Verhandler des Bauernbundes, als Obmann des Landwirtschaftsausschusses nicht vertrauenswürdig, daß Sie uns davon nichts sagen? Ja wollen Sie das im stillen Kämmerlein über die Runde bringen?

Herr Bundesminister! Dann dürfen Sie sich nicht wundern, daß man solche Eskapaden einfach nicht zur Kenntnis nehmen kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte noch auf etwas zu sprechen kommen. Es ist heute schon einige Male zum Staatssekretär etwas gesagt worden. In diesem Fall muß ich den Herrn Staatssekretär sogar lobend erwähnen. Warum nicht?! Man hat sich im Zusammenhang mit der Sperrlageraktion von Seiten des Gremiums für Landesproduktenhan-

del an den Herrn Staatssekretär gewandt. Der Herr Staatssekretär hat einen Brief geschrieben:

„Ich habe Ihr Fernschreiben betreffend sofortige Einrichtung einer Sperrlageraktion für inländischen Futtermais zur Kenntnis genommen und darf Ihnen versichern, daß ich aus eigener Erfahrung zutiefst der Überzeugung bin, daß diese Forderung gerechtfertigt ist.“

Jetzt zum Kollegen Maderthaner – er ist nicht da. Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, er wünsche sich einen Staatssekretär, der selbst Bauer ist, der die Probleme der Landwirtschaft kennt und diese Probleme der Landwirtschaft auch in der Regierung zum Vortrag bringt.

Was ist passiert? – Der Herr Staatssekretär bekennt sich zu dieser Forderung, Sie, Herr Landwirtschaftsminister, waren außer Landes. Der Herr Staatssekretär hat den Brief weitergegeben an den Herrn Handelsminister, der Herr Handelsminister hat dann zurückgeschrieben – ich möchte nicht zu weit ausgreifen –, er sei eigentlich jetzt nicht kompetent, er werde das mit dem Herrn Landwirtschaftsminister Haiden bereden.

Und jetzt sind wir so weit, daß Sie heute die Erklärung abgegeben haben: Nix ist!

Und jetzt frage ich mich wirklich: Welche Wertschätzung oder welchen Standort bezieht ein Staatssekretär, der Bauer ist, in Ihrer Regierung? (Abg. Dr. Haiden: Er ist „zutiefst überzeugt“!) „Zutiefst überzeugt“, daß das wichtig und notwendig ist. Man geht eben über diese Meinung einfach hinweg und ist gar nicht bereit, die Interessen der Landwirtschaft in weiterer Folge positiv zu bewältigen.

Auf noch etwas, Herr Landwirtschaftsminister, möchte ich im Zusammenhang mit verschiedenen Problemen zu sprechen kommen. Sie haben ja das aufgezeigt –: Zucht- und Nutzrinderexporte. Sie haben aufgezeigt, daß das GATT-Kontingent von 30 000 auf 38 000 Stück erhöht werden konnte. Wir haben das sogar als Erfolg gewertet. Nur war der Erfolg deshalb etwas klein ausgefallen, weil Sie eineinhalb Jahre vorher schon darüber geredet haben, und nach eineinhalb Jahren ist es Ihnen gelungen.

Jetzt, in der neuen Situation, sehen wir uns wiederum vor der Tatsache, daß es wahrscheinlich gar nicht dazu kommen wird, diese 38 000 Stück auszunützen, weil verschiedene Verordnungen der EG – Leukose, Eintragungen ins Herdenbuch und so weiter –, die am 1. Jänner des kommenden Jahres für uns als Barriere aufgebaut werden, nicht bewältigt werden können.

Sie haben die Goodwillerklärung von Gundelach in der Presse wiederum veröffentlicht, und

10602

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Deutschmann

wir wissen bis heute noch nicht, was am 1. Jänner 1979 sein wird.

Sehen Sie, das, Herr Bundesminister, sind eben die Probleme, mit denen wir einfach nicht fertig werden, weil Sie uns vorher jahrelang etwas in Aussicht stellen, und die Wirklichkeit sieht dann anders aus.

Zur Viehexportsituation, Herr Landwirtschaftsminister, noch ein Thema:

Sie brüsten sich damit, was Sie für die Vieh- und für die Rinderexporte ausgeben. Ja wie schaut die Wirklichkeit aus?

Das ist auch eine neue Situation, mit der wir oder die Länder fertig werden müssen: Im Jahre 1977 hat der Herr Landwirtschaftsminister in seinem Bericht in dieser Kurzfassung (*der Redner zeigt sie*) darauf hingewiesen, daß 390 Millionen Schilling für Vieh- und Fleischexporte von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt worden sind. Das stimmt auch, Herr Landwirtschaftsminister, nur mit dem Unterschied, daß Sie hätten sagen sollen, daß von diesen 390 Millionen Schilling 332 Millionen Schilling von den Abschöpfungen kommen – selbstverständlich auch in Ihrem Bericht ausgewiesen: 332 Millionen –, 224 Millionen Importausgleich, Verarbeitungsfleisch und Geflügel-Importausgleich von 108 Millionen. Das heißt, daß Sie nur 58 Millionen Schilling für diese Exporte zur Verfügung gestellt haben. (*Bundesminister Dipl.-Ing. Haider: Das brauchen wir ja für die Inlandsaktionen!*) Nein, Herr Landwirtschaftsminister, Sie haben hier in diesem Punkt von den Exporten geredet.

Wissen Sie, Herr Landwirtschaftsminister, wieviel die Bundesländer im letzten Jahr, 1977, aufbringen mußten? Sie 58 Millionen und die Bundesländer 104 Millionen Schilling!

Ich darf von der Warte Kärntens aus Ihnen kurz aufzeigen: Im Jahre 1966 mußte das Land Kärnten in Zusammenarbeit mit der Kärntner Landwirtschaftskammer 2,3 Millionen aufwenden, im Jahre 1977 6,9 Millionen, und im Jahre 1978 werden es 15 Millionen sein. Herr Landesfinanzreferent Schober, den Sie ja kennen – er ist Ihr Parteifreund –, hat mir heute am Telefon erklärt – ich hatte ihn im Zusammenhang mit dem Mastochsenproblem gebeten, Landesmittel zur Verfügung zu stellen –: Lieber Freund Deutschmann! So geht das nicht weiter! Das Land hat keine Einnahmen. Die Einnahmen hat der Bund über die Abschöpfung, und die Länder werden zur Kasse gebeten. Hier muß sich die Situation ändern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe ihm gesagt: Herr Landesrat! Da sollte man mit dem Herrn Landwirtschaftsminister reden und nicht mit dem Kammerpräsidenten,

der dazwischen drinnensteht und nicht weiß, was letzten Endes für Probleme in weiterer Folge noch zusätzlich auf ihn zukommen.

Ich bin schon am Schluß, Herr Landwirtschaftsminister und meine sehr geehrten Damen und Herren der Regierungspartei! Mich hat gewundert – das sage ich Ihnen ganz offen –, daß eigentlich die Herren gar nicht so sehr für den Grünen Bericht eingetreten sind, daß der Herr Landwirtschaftsminister dann erklärt hat, er könne den Grünen Bericht mit gutem Gewissen vertreten. Ja, Herr Landwirtschaftsminister, wer denn sonst, wer sonst? Sie bringen einen Bericht ins Haus und erwarten sich, daß wir diesen Bericht für Sie vertreten.

Selbstverständlich müssen Sie und Ihre Partei das vertreten.

Aber ich weiß schon, Herr Landwirtschaftsminister, warum Sie in Schwierigkeiten gekommen sind. Weil der Agrarsprecher Ihrer Partei, Herr Abgeordneter Pfeifer, nicht über den Grünen Bericht, sondern über alles andere, was ihm gerade eingefallen ist, geredet hat. Er ist sogar sehr weit zurückgegangen, er hätte wahrscheinlich am liebsten bei Kaiser Franz Joseph angefangen. Das ist halt auch ein Problem.

Ich möchte noch etwas sagen, ganz kurz. Der Herr Abgeordnete Peter ist leider nicht da. Er hat gemeint, man habe da nichts getan. Wir haben eine Agrar- und Ernährungsordnung im Zusammenhang mit den Marktordnungsgesetzen eingebracht. Erinnern Sie sich, Herr Landwirtschaftsminister, was man mir im Ausschuß gesagt hat: Nicht einmal reden werden wir darüber! Nicht einmal reden werden wir darüber!

Wir wollten eine umfassende Agrar- und Ernährungsordnung, wir wollten sie. Wir haben dann auch erklärt, daß die Agrar- und Ernährungsordnung nach wie vor unser Anliegen sein wird und daß wir nach wie vor darauf aus sein werden, das, was wir uns vorstellen, zu verwirklichen.

Ich hätte nur einen Wunsch, meine sehr Geehrten: Wenn man heute in ganz Österreich und in jedem Bereich, egal, ob es passend ist oder nicht passend ist, über die Arbeitsplätze redet, glaube ich, daß auch wir in der Landwirtschaft das Recht haben, die Forderung aufzustellen, daß auch die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gesichert bleiben. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Rempelbauer. (*Ruf bei der ÖVP: Ein echter „-bauer“!*)

Abgeordneter **Remplbauer** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dieser sehr impulsiven Rede – ich habe durchaus Verständnis für einige Emotion und möchte nicht bestreiten, daß es echtes Engagement war, mit dem hier Abgeordneter Deutschmann seine Stellungnahme zu den Problemen der österreichischen Landwirtschaft und seine Argumente abgegeben hat – möchte ich in einer weniger emotionellen Haltung, aber mit aufrechtem Engagement, zur Landwirtschaft beziehungsweise zum Grünen Bericht Stellung beziehen.

Wir nehmen den Satz, der heute hier gesprochen wurde, daß die Agrarpolitik alle angeht, durchaus ernst. Das ist auch unsere Auffassung und sicher auch unsere Einstellung.

Nur eines muß ich bitten, Kollege Deutschmann: Unqualifizierte Angriffe auf den Herrn Bundesminister oder den Herrn Staatssekretär dienen sicherlich nicht der österreichischen Bauernschaft. (Abg. *Deutschmann: Welche Angriffe?* – Abg. *Brandstätter: Belegen Sie das!* – Abg. *Deutschmann: Da bitte ich um die Wiederholung, und wenn es so war, werde ich mich beim Herrn Bundesminister in aller Form entschuldigen! Denn so fair bin ich!*)

Kollege Deutschmann! In deiner Emotion hast du sicherlich eine Diktion gewählt, die nicht Absicht war, aber inhaltlich waren echte Vorwürfe gegen den Herrn Bundesminister und den Herrn Staatssekretär herauszuhören. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich möchte zur Situation in der Landwirtschaft sagen, daß sie von einem sehr hohen Selbstversorgungsgrad gekennzeichnet ist. Wir schließen uns selbstverständlich deinem Dank an die österreichische Bauernschaft an, weil dieser hohe Selbstversorgungsgrad auf die Leistungskraft, auf den Fleiß und die weitgehende Tüchtigkeit der österreichischen Bauernschaft zurückzuführen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu den Einkommensunterschieden darf ich sagen, daß es auch Ihnen, Kollege Deutschmann, während eines Vierteljahrhunderts der Verantwortung für die Agrarpolitik in Österreich nicht gelungen ist, die Einkommensdisparitäten zu beseitigen. Das wird auch in nächster Zeit nicht hundertprozentig gelingen können, weil das von zu vielen Faktoren, auf die ich noch eingehen werde, abhängig ist. Aber es ist ein guter Schritt, ein positiver Schritt zu diesem Ziel auch dem Inhalt des Grünen Berichtes zu entnehmen.

Die steigende Produktivität bei gleichbleibender heimischer Nachfrage müssen wir selbstverständlich auch berücksichtigen, wenn wir etwa vom Tauschwert in der Landwirtschaft sprechen und die Verteuerung der Betriebsmittel anführen. Selbstverständlich ist das eine

unerfreuliche Erscheinung, selbstverständlich ist das weitgehend von der Bauernschaft zu tragen, aber selbstverständlich gilt das nicht nur für die österreichische Bauernschaft, das gilt auch für das österreichische Gewerbe und auch für die österreichische Arbeitnehmerschaft, wenn sie Anschaffungen im Haushalt zu tätigen hat. Diese Teuerung ist sicherlich bedauerlich, aber das ist auch eine weltweite Erscheinung.

Wenn Sie die Senkung der Teuerungsrate in den letzten Jahren verfolgt haben, dann merken Sie, daß hier die österreichische Bundesregierung einen echten Erfolg, der sich in der vergleichbaren Industriewelt sehen lassen kann, aufweist. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Hauptproblematik liegt selbstverständlich bei der Überschußproduktion in der Landwirtschaft.

Ich möchte hier kurz einige Beispiele anführen. So lag der Hektarertrag bei Weizen im Jahre 1970 unter 3 000 kg. Er betrug im Jahre 1977 – das geht aus dem Bericht hervor – 3 760 kg.

Beim Körnermais ist eine eminente Steigerung auf einen Hektarertrag von nahezu 7 Tonnen zu verzeichnen, und die Milchleistung je Kuh und Jahr war 1970 etwa 3 000 Kilogramm, knapp darüber. Sie beträgt im Jahr 1977 3 420 Kilogramm. (Abg. *Kammerhofer: Weil die Regierung so gut ist?*) Selbstverständlich ist diese steigende Produktivität weitgehend – ich habe es ja schon ausgeführt; ich sage es Ihnen noch einmal, Herr Kollege – auch auf den Fleiß der österreichischen Bauernschaft zurückzuführen und ist eine entscheidende Einkommenstangente, die jährlich wächst. Denn das Produktivitätspotential in Österreich ist noch in keinem Produktionszweig voll ausgenutzt. Einkommensverbesserung durch Produktivitätssteigerung wird auch in den nächsten Jahren eintreten.

Diese Tatsachen verlangen eben, daß der von der Regierung eingeleitete und kontinuierliche Anpassungsprozeß in der Landwirtschaft an den technologischen Fortschritt und an die vom Markt vorgegebene Situation durchgeführt wird.

Das landwirtschaftliche Einkommen, um auf den Grünen Bericht, Herr Kollege Deutschmann, einzugehen, ist je Familienarbeitskraft nominell seit 1970 mehr als verdoppelt worden und stieg 1977 auf 70 000 S an. Wenn in diesem Zusammenhang von den Sprechern des österreichischen Bauernbundes, des ÖVP-Bauernbundes, von Armut gesprochen wird, dann verweise ich auf das Gesamteinkommen je Betrieb. Dieses nahm im gleichen Zeitraum im Bundesdurchschnitt von 97 000 S auf 190 000 S zu. (Abg. *Helga Wieser: In den Gebirgszonen! Nicht*

10604

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Remplbauer

überall!!) Frau Kollegin Wieser, die reale Einkommenssteigerung – und das ist das Entscheidende seit 1971 – beträgt insgesamt 34 Prozent. Wie arm, Frau Kollegin Wieser, müssen die Bauern vor 1970 gewesen sein, wenn Sie jetzt nach einer 34prozentigen Realeinkommenssteigerung von der Armut unter den Bauern sprechen! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich weiß schon, daß das der Bundesdurchschnitt ist, und daß es Betriebe gibt, deren Einkommen weit darunter liegt. Es gibt aber auch Betriebe, Frau Kollegin Wieser, die ein wesentlich höheres Einkommen haben. (Abg. Helga Wieser: *Um der Wahrheit die Ehre zu geben: nur in den Gebirgszonen!*)

Es wird wiederholt der Vergleich angestellt – und auch der Herr Abgeordnete Peter hat das heute angezogen – zwischen landwirtschaftlichem Einkommen und Arbeitnehmerverdienst. Ich muß hier in aller Deutlichkeit feststellen, daß ein solcher Einkommensvergleich unzulässig ist, weil er verschiedene Faktoren nicht oder nur teilweise berücksichtigt.

Meine Damen und Herren! Das Netto-Landwirtschaftseinkommen kann nicht mit dem Bruttoverdienst eines Arbeitnehmers verglichen werden, und das landwirtschaftliche Einkommen ist nicht als einziger Schwerpunkt zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Bauern geeignet. Der Herr Bundesminister hat es in seinen Ausführungen bereits angezogen, und ich möchte hier unverdächtige Zeugen anführen und darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren aus dem deutschen Grünen Bericht des Jahres 1978. Dort ist auf Seite 20 zu lesen:

Die Zahlen sind jedoch nur eingeschränkt – bei einem solchen Vergleich – für einen Einkommensvergleich mit der übrigen Wirtschaft geeignet, da sonstige unterschiedliche Steuer- und Sozialleistungen nicht in diesen Vergleich einbezogen werden. Ferner kann in der Vergleichsrechnung die im Vergleich zu den außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen höhere Sicherheit des landwirtschaftlichen Arbeitsplatzes nicht berücksichtigt werden.

Herr Kollege Hanreich, im 5. Landwirtschaftsbericht der Schweiz lautet es auf Seite 233 – auch hier darf ich wörtlich zitieren –:

Als Hilfsmittel zur Orientierung über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft und ihre Stellung im Vergleich zur übrigen Wirtschaft dient der sogenannte Paritätsvergleich, das heißt, die Gegenüberstellung von landwirtschaftlichem Arbeitsverdienst und Paritätslohnanspruch. Und jetzt kommt's: Man muß sich aber dabei der grundsätzlichen Begrenztheit eines solchen Vergleichs bewußt sein. Es ist ausge-

schlossen, alle Unterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeiter und Bauer einwandfrei zu berücksichtigen. Der Paritätsvergleich berücksichtigt mit dem Arbeitsverdienst nur einen Teil des bäuerlichen Einkommens und gibt deshalb nur unvollständig Aufschluß über die wirtschaftliche Lage der bäuerlichen Familie. – Bericht aus der Schweiz, Bericht aus der Bundesrepublik Deutschland.

Der Einkommensvergleich Landwirt – Arbeitnehmer geht also teilweise von falschen Voraussetzungen und Grundlagen aus. Er ist also falsch, und ich möchte das auch dem Herrn Kollegen Riegler sagen, der sich ja zu dieser Frage auch geäußert hat. Doch selbst dieser unzulässige Vergleich zeigt, daß gegenüber der Zeit 1965–1970, also der Zeit der ÖVP-Regierung, in der das Pro-Kopf-Einkommen gleichblieb, in der Zeit von 1971 dieses Einkommen gestiegen ist.

Meine Damen und Herren! Selbstverbrauch, Wohnungsmietwert, Sozialleistungen, Steuern und Abgaben müssen berücksichtigt und in entsprechende Relation gebracht werden. Ein gerechter Vergleich ist überaus schwierig. Tatsache ist aber, daß die Landwirtschaft in Österreich steuerlich allein durch die Pauschallierung weitaus günstiger und sicher berechtigt zu ihrem Vorteil behandelt wird als jeder Arbeitnehmer. (Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Hanreich.) Die Landwirtschaft nimmt im Steuerrecht – Herr Kollege Hanreich, das ist unbestreitbar – eine Sonderstellung ein – berechtigterweise, sonst wäre es nicht so –, die ihr und damit der Bauernschaft selbstverständlich aber auch zum Vorteil gereicht. (Abg. Kraft: *Sagen Sie das deutlich Ihren Bauern!*) Das ist kein Vorwurf, das ist eine sachliche Feststellung, Herr Kollege Kraft, Ihre Vergleiche sind daher, wenn Sie sie in dieser Art bringen, falsch und unrichtig.

Der Grüne Bericht 1977, meine Damen und Herren, zeigt im einzelnen eine gute Einkommensentwicklung im Berggebiet. (Abg. Kraft: *Bei der nächsten Bauernversammlung brauchen Sie einen Polizeischutz! Die werden eine Freude haben mit Ihnen!*) Sicherlich, Herr Kollege Kraft, ist das ein Erfolg der Bemühungen, die die sozialistische Bundesregierung und der jeweils zuständige Ressortminister anstellen.

Die Entwicklung des Einkommens in den bäuerlichen Voll- und Zuerwerbsbetrieben war 1977 durch besonders stark unterschiedliche Tendenzen gekennzeichnet. Es gab Erfolge, aber auch Rückschläge, wir wollen nichts beschönigen. Aber Ihrer Schwarzmalerei müssen wir mit aller Konsequenz und Entschiedenheit entgegentreten und die Dinge ins rechte Lot bringen.

Rempelbauer

Ein echter Vergleich muß nämlich – der Herr Bundesminister hat das bereits ausgeführt – einen mehrjährigen Zeitraum zugrunde legen – ich möchte das im besonderen dem Herrn Kollegen Halder sagen –, dies allein deshalb, weil nach einer Rekordernte, wie wir sie im Jahre 1976 zu verzeichnen hatten, eine geringere Ernte im Folgejahr zwingend zu einem Negativergebnis in Teilbereichen führen wird. (Zwischenruf des Abg. Dr. Halder.)

Herr Kollege Halder, was hat die ÖVP-Regierung getan, wenn Nässebeschäden eingetreten sind zu ihrer Zeit – wofür die Bauern nichts konnten; das Wetter hat auch nicht die Regierung Klaus gemacht; das Wetter macht auch nicht der Landwirtschaftsminister Haiden oder die sozialistische Bundesregierung Kreisky –, was hat die ÖVP-Regierung den Bauern gegeben, wenn es Dürreschäden gegeben hat? Was hat die Österreichische Volkspartei zu ihrer Zeit für die Bergbauern übergehabt? Da hat es überhaupt kein Bergbauernprogramm gegeben. 700 Millionen werden es im Jahr 1979 sein, die diese Bundesregierung aus Budgetmitteln zur Verfügung stellt für unsere Bergbauern, allein im Jahr 1977! (Beifall bei der SPÖ.) Und damals hat es auch keine Grenzlandförderung gegeben. Sie dürfen also nicht so tun, als ob Sie die Alleinvertretung für die österreichischen Bauern besessen hätten. Sie haben sie gehabt, und zwar alleinverantwortlich durch vier Jahre, sie haben sie nicht genutzt. Sie dürfen daher auch die Leistungen dieser sozialistischen Bundesregierung, die sie für die österreichische Bauernschaft erbringt, nicht verniedlichen und so tun, als ob es sie nie gegeben hätte.

Meine Damen und Herren! Aus den Entwicklungen ist zu ersehen, daß sich je nach Ertrags- und Aufwandsstruktur, je nach dem Standort – Frau Kollegin Wieser, um auf das jetzt einzugehen –, je nach der Größe der Betriebe und den oft auch regional noch verstärkt ungünstigen Witterungsbedingungen, die preis-kostenmäßigen Gegebenheiten und die Absatzverhältnisse für die Einkommensschöpfung sehr unterschiedlich auswirken. Im allgemeinen führen höhere Roherträge aus der tierischen und forstlichen Produktion im Jahre 1977 – und ich beziehe mich auf den Grünen Bericht – zu besseren Einkommen, während die Roherträge aus der pflanzlichen Erzeugung die Einkommensentwicklung dämpfen.

Meine Damen und Herren! Die bisherige differenzierte Förderungspolitik des Ressorts und der Bundesregierung zeigte positive Auswirkungen auf die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft. Den Vorwurf, den der Herr Abgeordnete Peter erhoben hat, daß wir nicht die rechte Gesinnung gegenüber der österreichi-

schen Bauernschaft hätten, den muß ich ebenso zurückweisen. Er trifft nicht unsere sozialistische Regierung. Wenn es jemanden trübe, dann den Österreichischen Bauernbund und die ÖVP, die durch ein Vierteljahrhundert die Hauptverantwortung und die Alleinverantwortung für die agrarische Entwicklung in Österreich zu tragen hatte. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Die öffentlichen Zuschüsse – also Investitionshilfen, Beihilfen, Bergbauernzuschuß, Bewirtschaftungspämien usw. – des Bundes und der Länder betragen in den Voll- und Zuerwerbsbetrieben 1977 je Familienarbeitskraft 2 590 S im Schnitt. Durch die differenzierten Förderungsmaßnahmen konnten gerade jene Betriebsgruppen eine einkommensmäßige Verbesserung erzielen, in denen die Einkommensschöpfung zu anderen Betriebsgruppen geringer ist.

In ungünstigen Produktionslagen tragen immer mehr außerlandwirtschaftliche Einkommen zur Milderung der Einkommensunterschiede bei. Das ist ein Ziel, das wir uns gesetzt haben... (Abg. Helga Wieser: Da waren Schwierigkeiten dabei!) Sicherlich mit großen Schwierigkeiten, deren wir uns auch bewußt sind, verbunden.

So erreichte das Gesamteinkommen landwirtschaftlicher Einkommen plus Nebeneinkommen im Berichtsjahr nahezu 190 000 S je Betrieb, je nach Produktionsgebiet – das möchte ich durchaus sagen – schwankte es zwischen rund 160 000 S – Mühlviertel und Waldviertel – und zwischen 252 000 im Alpenvorland. 1976 betrug die Erhöhung des landwirtschaftlichen Einkommens in den Bergbauernbetrieben 23 Prozent, und auch 1977 waren es 5 Prozent.

Dadurch hat sich der Einkommensunterschied zu den nicht bergbäuerlichen Betrieben weiter verringert. In den Bergbauernbetrieben des Alpengebietes stieg das Einkommen je Familie und Arbeitskraft nach einer 18prozentigen Verbesserung im Vorjahr im Berichtsjahr um 20 Prozent, im Wald- und Mühlviertel wurde die 30prozentige Einkommensverbesserung 1976 durch einen Rückgang im Berichtsjahr von 16 Prozent zum Teil kompensiert als Folge geringerer Erträge aus der Kartoffelernte. Das Gesamteinkommen, das für die Lebenshaltung und Eigenkapitalbildung wichtig ist, stieg 1977 um 7 Prozent, 1976 waren es 17 Prozent in den bergbäuerlichen Betrieben je Gesamtfamilienarbeitskraft.

Meine Damen und Herren! Der Lebensstandard der bäuerlichen Familien wurde auch 1977 weiter verbessert. Dies zeigt die Steigerung des Verbrauchs der Besitzerfamilien, der in den Voll- und Zuerwerbsbetrieben im Schnitt um 9 Prozent anstieg. (Abg. Helga Wieser: Und die Substanz, die teilweise angegriffen wurde?)

10606

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Remplbauer

Frau Kollegin Wieser! Real – ich sage es Ihnen noch einmal – stieg das landwirtschaftliche Einkommen zwischen 1970 und 1977 um mehr als ein Drittel. Das ist ein echter Erfolg der Agrarpolitik der sozialistischen Bundesregierung. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn uns der Herr Kollege Riegler den Rat gegeben hat, wir sollten mit den Bauern sprechen, so darf ich Ihnen sagen, daß wir ein gutes Einvernehmen mit der österreichischen Bauernschaft haben.

Und wenn auch der Kollege Deutschmann etwas zu Felde gezogen ist in seinen Ausführungen gegen meinen Bürgermeisterkollegen Koller aus dem Burgenland, so darf ich dir, Kollege Deutschmann, sagen, auch ich bin Bürgermeister einer Landgemeinde, du auch, ich weiß es, ... (Abg. Deutschmann: Der Älteste von allen drei!)

Ja, das mag schon sein, aber all das dürfte hier keine Rolle spielen, es geht um die Gesinnung, haben wir heute gehört, und um die Einstellung, und hier verbindet uns das gleiche, das darf ich sagen. Wir haben Verständnis, denn wir sind im ständigen Kontakt mit unserer Bauernschaft, und gerade die Ergebnisse und die Vertrauensbeweise im ländlichen Raum für uns und für unsere Regierung beweisen, daß wir hier auch auf dem rechten Weg sind.

Meine Damen und Herren! 1,4 Milliarden Schilling betrugten die Mittel des Grünen Planes, die als Hilfe zur Selbsthilfe von der Bundesregierung der Landwirtschaft zur Verfügung standen. Zwischen 1970 und 1977 betragen die Mittel dafür rund 9 Milliarden Schilling. Mehr als 90 000 Darlehensnehmer aus dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft erhielten zinsenverbilligte Agrarinvestitionskredite in der Höhe von 13 Milliarden Schilling. Auf Grund dieser Hilfen konnten die Ziele des Landwirtschaftsgesetzes weitgehend erreicht werden. Ein Erfolg der sozialistischen Bundesregierung.

Von 1966 bis 1970 stiegen die Einkommen in der Landwirtschaft real um 13,8 Prozent, das ergibt einen Schnitt pro Jahr von 2,8 Prozent, gegenübergestellt die Steigerung des Realeinkommens in der Zeit 1971 bis 1977 34 Prozent, ein Schnitt von 4,8 Prozent. Das kann niemand wegdiskutieren.

Die Einkommensverbesserung der letzten acht Jahre resultiert aus gezielten Maßnahmen der Bundesregierung. Ich verweise auf die aktive Preispolitik, Milch, Weizen, auf die zielgerechte und differenzierte Förderungspolitik, auf die Anpassung der Produktion an den Absatz, auf die Erhöhung der Direktzahlungen, auf Maßnahmen im familien- und sozialpolitischen Bereich, denn hier hat diese Regierung

wahrlich Großes und Gutes und Gerechtes für die österreichische Bauernschaft geleistet. (Beifall bei der SPÖ)

Wenn ich an die Änderung der Auszahlung bei der Familienbeihilfe nur denke, so war das eine echte Verbesserung für 100 000 bürgerliche Familien, pro Kind und Monat um 350 S. Und die gesicherte Altersversorgung für die Bauernschaft, die allein im Jahr aus Budgetmitteln nahezu 5 Milliarden Schilling erfordert und die von allen österreichischen Steuerträgern zu bezahlen sind ... (Abg. Hietl: Da muß ein Rechenfehler drinnen sein!)

Herr Kollege Hietl, das ist eine Sache, die Sie nicht gelöst haben. Und ich sage Ihnen nur eines, gerade in einer Frage des sozialpolitischen Bereiches: Für die österreichische Bauernschaft sollten Sie, Herr Kollege Hietl, auch vorsichtig sein, denn den Auszugsbauern alter Prägung – mehr möchte ich nicht sagen – gibt es Gott sei Dank nicht mehr. Sie hätten es ändern können, 1966 bis 1970, Sie haben es nicht geändert. (Zwischenruf des Abg. Halder.)

Wir haben die Zuschußrenten übergeführt in eine ordentliche, eine gerechte, eine saubere Bauerpension, die nun, Kollege Hauser, mit 1. Jänner 1979 voll wirksam wird.

Und ich möchte nicht sagen, welche Tragödien sich in Bauernfamilien abgespielt haben, nachdem der Hof übergeben wurde. Ersparen Sie mir, daß ich hier ins Detail gehe. Ich kenne mehr als 100 Übergabeverträge, die meisten sind im wesentlichen Inhalt nicht eingehalten worden.

Heute hat auch der Altbauer ein verbrieftes Recht, das ihm diese sozialistische Bundesregierung gegeben hat, auf einen gesicherten und selbstständigen Lebensabend. Heute ist es umgekehrt: daß die Alten dazu beitragen, daß das Einkommen der Jungen verbessert wird. Das wollte ich Ihnen noch gesagt haben. (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Hietl.)

Kollege Hietl! Wenn jemand auf dem Pflug sitzt oder Wein erntet, ist damit noch lange nicht gesagt, daß er auch unbedingt eine echte Einstellung zu einem Problem haben muß. Seien Sie also vorsichtig. Ich schätze Ihre Einstellung selbstverständlich, ich nehme ernst, daß Sie die Probleme der Landwirtschaft kennen, daß Sie sie mit gutem Recht vertreten. Aber sprechen Sie dieses Recht nicht den anderen Bevölkerungs- und Berufsschichten ab. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn sich auch ein Lehrer mit den Problemen der Agrarwirtschaft in Österreich beschäftigt, kann das nur gut und vorteilhaft für die österreichische Bauernschaft sein, denn ich wiederhole noch einmal: Die Agrarpolitik geht

Remplbauer

auch in Österreich alle an. Daher lasse ich mir dieses verbriehte Recht von Ihnen in keiner Weise absprechen. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Brandstätter: Bei uns machen die Agrarpolitik halt die Bauern – das ist der Unterschied!*)

Herr Kollege! Wir Sozialisten und unsere sozialistische Bundesregierung wollen diese erfolgreiche Agrarpolitik durch Maßnahmen zu weiterer Einkommensverbesserung, zu weiterer Milderung der Einkommensunterschiede und zur Bewältigung der Anpassung der Produktion an die Marktchance fortsetzen.

Wir werden auch in Zukunft dafür Sorge tragen, daß unserer fleißigen und tüchtigen Bauernschaft, der ich selbstverständlich nochmals in aller Form den Dank für ihre Leistungen ausspreche, jener Stellenwert zukommt, den sie auf Grund ihrer Leistungen für unser Volk und in unserer Gesellschaft verdient.

Wir werden den Grünen Bericht zur Kenntnis nehmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Wieser.

Abgeordnete Helga Wieser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eingangs möchte ich auf die Ausführungen des Kollegen Remplbauer eingehen, der im besonderen die sozialen Maßnahmen der Bundesregierung gegenüber der Bauernschaft pries. Ich glaube doch, daß wir hier einvernehmlich feststellen können, daß das Bauernpensionsversicherungsgesetz 1969 in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung beschlossen wurde und 1970 in Kraft trat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was die Zuschußrentner anlangt, meine Damen und Herren, auch um der Wahrheit die Ehre zu geben: Es bedurfte eines fünfjährigen Druckes mit Demonstrationen und ununterbrochenen Vorsprachen bei den Sozialministern, um eine Anpassung der Zuschußrenten an die Bauernpension zu erreichen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Kollege Pfeifer, der ja als einziger sogenannter Bauer in einer 93 Mitglieder starken Abgeordnetenfraktion die bäuerlichen Belange vertritt, ist bedauerlicherweise heute sehr selten im Saal, was mich verwundert, denn er müßte doch als einziger Agrarsprecher auch an den Ausführungen der Oppositionspolitiker sehr interessiert sein. Er meinte, die Bauern seien nicht gleich der Bauernbund.

Ich muß Ihnen aber dennoch sagen, daß Sie zur Kenntnis nehmen müssen, daß bei den gesetzlich geregelten Wahlen der Berufsvertretung 85 Prozent der Stimmen und Mandate auf

den Bauernbund entfallen sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zu Ihrer Äußerung, es werden die Oppositionspolitiker kommen und mit falschen Zahlen argumentieren: Erstens möchte ich diese unqualifizierte Äußerung zurückweisen. Zweitens müßten Sie ein Hellseher sein, Herr Kollege Pfeifer. Wären Sie aber ein Hellseher, dann hätten Sie den „Vertrauensbeweis“ am 5. November vorausgesehen, dann hätten Sie den Erfolg der SPÖ in Wien und die Erfolge bei den Betriebsratswahlen vorausgesehen. Sie hätten die Wahlwerbemittel ersparen können, denn bekanntlich setzt man für einen Verlust keine Wahlwerbemittel ein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Koller hat sich im besonderen wegen der Exportstützungen hier geäußert und vor allem die Unterstützung der Schlachtrinderexporte durch die Bundesregierung gepriesen. Ich glaube, daß uns doch allen bekannt ist, daß genau die Hälfte davon die Länder zuschießen müssen, daß der Bund nur deswegen bereit ist zu helfen, obwohl der agrarische Außenhandel eine reine Bundeskompetenz ist.

Wenn die Länder hier mithelfen und wenn es hier um die sogenannten Subventionen geht, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite: Bis jetzt hieß es immer, die Stützungen wären nur zum Vorteil der Bauern. Wir sehen jetzt, wie der Abbau der Stützungen sich in der Folgewirkung gegenüber den Konsumenten auswirkt. Wir als Volksvertreter und Vertreter der Landwirtschaft sehen uns auch in der Verantwortung gegenüber dem Konsumenten soweit, daß wir es für unzumutbar halten, daß Grundnahrungsmittel einen enorm hohen Preis bekommen, der für den Letztverbraucher, für die Familien nicht mehr zumutbar ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Denn es können sich nicht alle Kaffee kaufen, so wie es heute schon hieß, der angeblich den Großteil der agrarischen Importe darstellt. Mit 30 Schilling mehr aus dem Familienlastenausgleichsfonds, meine Damen und Herren, ist diese Teuerung sicher nicht abgegolten, es war auch gestern schon sehr oft davon die Rede.

Herr Bundesminister! Sie meinten bei Ihrer Goodwilltour, vor allem nach Brüssel, Sie müßten trachten, die dortigen Minister bei Stimmung zu halten. Sie haben übersehen, daß Sie bereits Minister Ertl sehr verärgert haben, gerade in bezug auf die LKW-Steuer, der bekanntlich sehr lautstark die Äußerung von sich gab: Wir sollen den Österreichern die Kohlen bei der Agrarpolitik aus dem Feuer holen, und die Österreicher sind nicht bereit, bei

10608

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Helga Wieser

solchen Entscheidungen mit uns zu reden. – Ich weiß nicht, ob das eine Goodwilltour war. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es war auch Ihre übliche Gangart, daß Sie uns mitteilten, bevor Sie eine Reise zu Verhandlungen unternahmen, was Sie dort alles erreichen werden. Wir sind gar nicht beleidigt, wenn Sie uns heute nicht mitteilen, was Sie erreichen werden. Es ist uns viel lieber, wenn Sie uns mitteilen, wenn Sie zurückkommen, daß Sie etwas erreicht haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Bis jetzt war es leider nicht so.

Meine Damen und Herren! Es steht heute der Bericht über die Situation der Landwirtschaft zur Debatte. Es wurde schon sehr oft auf die Einkommenssituation hingewiesen. Ich glaube, es wäre für uns ganz interessant, in einem auch gleich die Situation der Landwirtschaft im Jahre 1978 mitzudiskutieren. Denn soweit man das heute schon beurteilen kann, gibt es hier keine wesentlichen Besserungen.

Gerade eine negative Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft wirkt sich im besonderen auch negativ auf die Familie aus. Blicken wir etwas zurück. Wie hat sich die Agrarpolitik in den letzten Jahren entwickelt?

Wir können uns erinnern, wie Bundeskanzler Kreisky am Beginn seiner Regierungszeit meinte, man könne sich zumindest einen Teil der Bauern ködern. Er hat aber gesehen, daß er mit seiner ständigen Politik des Trennens und des Auseinanderdividierens keinen Vorteil und kein Ziel erreicht hat. Als er das merkte, glaubte er, die Brotkörbe höher hängen zu müssen und den Bauern mit einer gewissen Drohung kommen zu müssen.

Unter anderem wurden als besonderer Höhepunkt die Bauernaktionen mit dem Kommunistenputsch verglichen. Meine Damen und Herren, glauben Sie mir, das werden die Bauern dem Bundeskanzler nie vergessen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Bundeskanzler mußte zur Kenntnis nehmen, daß er bei den Bauern kein politisches Kapital herausschlagen kann, daß er sich innerhalb der Bauernschaft politisch nicht etablieren kann. Das ist ja kein Wunder, wenn die grundsätzliche Einstellung zum Bauern, zur Landwirtschaft so gegensätzlich ist, wie sie heute von der sozialistischen Politik geprägt wird.

Wir haben wieder einen neuen Antrag für Bodenbeschaffung im Parlament. Meine Damen und Herren! Grund und Boden ist die Werkstatt für den Bauern. Man will des Grunds und Bodens habhaft werden. Wir wissen doch genau: Nicht die Bauern waren es, die Spekulationen

mit Grund und Boden betrieben haben. Warum legen wir den Bauern auch gegen ihre Werkstatt, gegen ihren Grund und Boden, immer gesetzliche Schranken auf? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und war es nicht die sozialistische Bundesregierung, die sich ständig gegen die Selbständigen und gegen die Bauern hier ausgesprochen hat, sie verunsichert hat? Dann ist es natürlich kein Wunder, wenn das Ergebnis einer politischen Sympathie in eine andere Richtung geht.

Wenn wir heute von der Einkommenspolitik sprechen, so haben Sie, Herr Bundesminister, in einer Aussendung des AIZ ja auch mit Bedauern festgestellt, daß das Einkommen in der Landwirtschaft im letzten Jahr nicht erfreulich ist. Ich glaube, wir sind uns hier einig, und es wurde ja auch schon von meinen Vorfahren immer wieder darauf hingewiesen, daß das reale Einkommen in der Landwirtschaft um 3,5 Prozent gesunken wäre, wenn man die Inflationsrate hier mit einbezieht oder, wenn man das Gesamteinkommen inklusive des Einkommens der Nebenerwerbe hier auch noch in Betracht zieht, daß das einen Einkommensverlust von zirka 2 Prozent gibt.

Wenn auch heute bestritten wird, daß es nicht gut ist, wenn man hier landwirtschaftliches Einkommen mit Einkommen von Arbeitnehmern vergleicht – meine Damen und Herren, man vergleicht ja auch die Arbeitszeit zwischen den Bauern und Arbeitnehmern nicht. Ich glaube, man sollte doch auch ehrlich genug sein, immer wieder darauf hinzuweisen, daß es sicherlich keine zufriedenstellende Einkommenssituation der Landwirtschaft gibt. Im Endeffekt ist ja die bürgerliche Familie hier die Leidtragende.

Wir haben doch eine sehr stark veränderte Struktur gerade auf dem Sektor der bürgerlichen Familie. Wie Sie wissen, gibt es ja fast nur mehr Familienbetriebe. Wenn ich hier von der Salzburger Warte aus spreche: 94 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte sind familieneigene Arbeitskräfte, und nur 6 Prozent in unserem Lande sind familienfremde Arbeitskräfte.

Es muß festgestellt werden, daß schlechte Einkommenssituation gleich schlechte Einkommenssituation für die gesamte bürgerliche Familie ist. Man muß doch feststellen – und deshalb gibt es immer wieder Unzufriedenheit –, daß immer weniger Menschen, weil die Strukturen ja zurückgehen, immer mehr arbeiten müssen und dafür immer weniger bekommen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich glaube, das ist doch eine Entwicklung, die wir immer wieder ablehnen müssen!

Meine Damen und Herren! Welche Aufgaben

Helga Wieser

hat heute die Landwirtschaft? In einer Zeit des Überflusses, wie man glaubt, ist die Ernährungssicherung doch von großer Bedeutung. Herr Bundesminister, Sie meinten, in der Schweiz gebe es nur noch einen 50prozentigen Selbstversorgungsgrad. Ja wenn man sich heute die Schweizer Situation anschaut, dann weiß man ja genau, wieviel der Schweizer Staat in die Landwirtschaft hineinsteckt, um diese 50 Prozent überhaupt noch in Zukunft erhalten zu können. Wir wollen ja von vornherein nicht so weit kommen, daß wir diese 50 Prozent Selbstversorgungsgrad erreichen, weil wir glauben, daß gerade wir in einem neutralen Staat durch unsere Neutralität auch zur wirtschaftlichen Landesverteidigung verpflichtet sind – von der Verfassung her –, und daß wir glauben, daß die Vorsorgepolitik ein wesentlicher Bestandteil unserer Agrarpolitik sein müßte.

Meine Damen und Herren, wo sind hier Mittel für eine Vorsorgepolitik? Die gibt es anscheinend nicht; ich habe im Budget dafür noch keine gefunden, weder in den letzten Jahren noch in dem jetzt kommenden Budget. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Erhaltung der Kulturlandschaft ist ein besonderer Auftrag an die Landwirtschaft. Meine Damen und Herren, es wurden in den letzten Jahren in einzelnen Bundesländern sehr moderne Landwirtschafts-Förderungsgesetze beschlossen, die dem Bauern Förderungsmaßnahmen bringen, damit er in der Lage ist, die Kulturlandschaft für unseren Fremdenverkehr auch in Zukunft zu erhalten. Ich glaube, es muß uns ein gemeinsames Anliegen sein, daß diese Kulturlandschaft in Zukunft genauso wie bis jetzt erhalten werden kann.

Und wieder steht die Bäuerin mit ihrer Familie im Mittelpunkt dieser Debatte. Jeder weiß um ihre Leistung. Es ist ja vieles und oft genug publiziert worden, und auch Frau Ministerialrat Nejez, die im Bundesministerium für die Beraterinnen zuständig ist, hat im Förderungsdienst im besonderen auf die Leistung der Bäuerin hingewiesen, auf ihren langen Stundentag, von dem ja auch schon die Rede war, daß die Bäuerin eine jährliche Stundenleistung von 3 700 Stunden hat, weit mehr als alle anderen Frauen in anderen Berufsgruppen, und daß vor allem nur 3 Prozent der österreichischen Bäuerinnen nicht in der Außenwirtschaft tätig sind, 97 Prozent ständig mit der Außenwirtschaft und Stallwirtschaft konfrontiert sind.

Ich glaube, meine Damen und Herren, auch wenn wir es hier schon oft gehört haben, wir sollen immer wieder darauf hinweisen, weil wir wissen, wie großartig und wie selbstlos die Bäuerin hier auch für den großen volkswirt-

schaftlichen Bereich der Landwirtschaft ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

In einem Aktenvermerk wurde hier auf die Gesamtarbeitszeit des Bauern und der Bäuerin hingewiesen, man wollte, daß diese besondere Leistung in Vergleichsrechnungen zum Einkommen im Grünen Bericht beinhaltet sei.

Ein Antrag der bäuerlichen Interessensvertreter, die Gesamtarbeitszeit von Bauern und Bäuerinnen mit den Arbeitstagen von unselbstständig Erwerbstätigen pro Jahr zu vergleichen, wurde abgelehnt. Herr Bundesminister, wieso wurde das abgelehnt? Was haben wir hier abzulehnen? Haben wir etwas zu verborgen, soll es die Öffentlichkeit nicht wissen, wie unterschiedlich hier die Leistung, die Bezahlung und die Schwere der Arbeit ist? Ich glaube, wir sollten ehrlich genug sein, darauf hinzuweisen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vielleicht noch ein kurzes Wort zur Situierung der Bäuerin, zur Leistung der Bäuerin, von der ja schon oft die Rede war – und ich möchte Ihnen nicht unterstellen, daß Sie nicht auch davon überzeugt sind. So hat man die Bäuerin doch in dem Buch „Die Bergbauern“ von der Bergbauernvereinigung, die bekanntlicherweise sehr stark von Ihrer Fraktion, der Sozialistischen Partei, vom Unterrichtsminister und vor allem vom Landwirtschaftsminister unterstützt wird, unter dem Thema „Die Versklavung der Frau“ dargestellt, das heißt, es wurde hier die Situation der Bäuerin ganz dramatisch dargestellt.

Ich bin gar nicht sehr dafür, daß man die Situation dramatischer darstellt, als sie ist, weil ich glaube, daß es auch notwendig ist, daß ein gewisses Selbstbewußtsein und ein Wissen um die Leistung doch sehr notwendig ist, damit man einen Berufsstand auch in Zukunft erhält. (*Beifall bei der ÖVP.*) Man muß darauf hinweisen, daß es ein schwieriger Beruf ist, aber es wäre nicht richtig, wenn wir nur die negativen Seiten sehen würden. Hier wurde also ganz dramatisch auf die Situation der Bäuerin hingewiesen im Frühjahr des heurigen Jahres.

In der Juli-Nummer des schon oft zitierten „Agrarjournals“ steht, der Bäuerin geht es immer besser, es geht ihr also schon ganz wunderbar, und auch das Karenzgeld für die Bäuerin stehe bereits vor der Verwirklichung.

Meine Damen und Herren, das war im Juli. Wir haben jetzt November. Wenn es bereits vor der Verwirklichung stand, wieso haben wir es dann im Parlament nicht beschlossen? Wir können doch nicht nach Ihren Vorstellungen ein Karenzgeld nur für einen geringen Prozentsatz der Bäuerinnen beschließen. Entweder wir geben allen Bäuerinnen etwas, oder wir geben

10610

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Helga Wieser

keiner etwas. (*Beifall bei der ÖVP.*) So solidarisch sind wir.

Der Fremdenverkehr und die Fremdenbeherbergung werden im besonderen auch im Grünen Bericht erwähnt, und daß 88 Prozent der Beherbergung in Bergbauerngebieten durchgeführt werden und daß hier vor allem die Landwirtschaft einen wesentlichen und großen Anteil am Fremdenverkehr und an der positiven Erledigung des Fremdenverkehrs hat.

Meine Damen und Herren! Wir haben allein in Salzburg täglich nur durch den Fremdenverkehr um 60 000 Personen mehr zu verköstigen und natürlich auch zu beherbergen. Sollten wir auch hier nicht nur wegen der Erhaltung der Kulturlandschaft, sondern deswegen danken, weil die österreichische Bauernschaft in der Lage ist, unsere Gäste auch zu verköstigen? Das ist ein sehr wesentlicher Bestandteil des Fremdenverkehrs. Wir rühmen uns doch oft genug, eine gute Küche in Österreich zu haben. Diese Küche wäre nicht so gut, wenn die Produkte, die Erzeugungen der Landwirtschaft nicht so hochqualifiziert wären. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Mit dem Fremdenverkehr wurde nicht nur eine zusätzliche Einnahmequelle für die Landwirtschaft erschlossen, sondern es wurden hier doch auch unmittelbar Belastungen für die Landwirtschaft kund. Wir wissen, daß der Zuwand Nebenerwerb für die Bäuerin mehr Arbeit bringt. Wir wissen, daß zusätzliche Investitionen notwendig sind, und wir machen die bedauerliche Erfahrung, daß sehr oft der Fremdenverkehr, als Nebenerwerb gedacht, solche Investitionen notwendig macht, daß außer dem Nebenerwerb Fremdenverkehr der Bauer noch einem außerbetrieblichen Nebenerwerb nachgehen muß.

Also, meine Damen und Herren, es gibt, glaube ich, in Österreich wenig Berufe, wo es notwendig ist, daß zwei Nebenerwerbe ausgeführt werden müssen, um den ersten Hauptberuf sozusagen zu finanzieren. Ich glaube, man müßte sich auch eine solche Entwicklung gelegentlich überlegen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Infrastrukturelle Maßnahmen stehen auch im besonderen im Bericht des Bundesministers über die Situation der Landwirtschaft. Wir kennen also vor allem auch die Regionalförderung.

Aber, Herr Bundesminister, wir mußten im letzten Jahr sehr wohl einen Teil der Regionalförderung vermissen. Die Grenzlandförderung ging leider zu Lasten der Regionalförderung. Es war wieder einmal eine Ihrer bekannten Umschichtungen. Ich glaube, es ist doch nicht Sinn und Zweck einer Förderung, daß man auf der einen Seite etwas wegnimmt, damit man auf der anderen Seite etwas geben kann.

Hier muß ich also auch die besonderen Leistungen der Länder – und hier spreche ich im besonderen für das Bundesland Salzburg – erwähnen. Beim Güterwegebau, Herr Bundesminister, waren die Leistungen des Bundes 1973 17 760 000 S; die Leistungen des Landes im Vergleich dazu waren 13 746 000 S. Und im Jahre 1977 waren die Leistungen des Bundes 23 800 000 S und die Leistungen des Landes 70 240 000 S. (*Abg. Steiner: Wo bleibt der Bund?*)

Meine Damen und Herren! Und ich glaube, daß auf die Dauer derartige Zuschüsse kleinen Ländern oder Ländern wie Salzburg nicht mehr zumutbar sind. (*Beifall bei der ÖVP.*) Aber nur aus dem Wissen heraus, daß nur durch diese infrastrukturellen Maßnahmen, wie Telefonanschlüsse, wenn die in Zukunft weitergebaut werden können, unsere Landwirtschaft erhalten bleibt, ist man von Landesebene immer noch bereit, derartige Summen zur Verfügung zu stellen.

Mit dem Herrn Staatssekretär Schober wurde heute ja teilweise mehr oder weniger abgerechnet. Herr Staatssekretär! Sie sind ja zuständig vor allem für den Beratungsdienst, für die Förderungsmaßnahmen. (*Abg. Fachleutner: Das auch noch!*) Ich habe Ihnen schon sehr oft angeboten, daß Sie sich vor allem der Unterstützung und der Empfehlung unseres Arbeitskreises für Landfrauen der Präsidentenkonferenz bedienen. Wir wären sehr gerne bereit, Ihnen unsere Unterstützung zu zeigen, weil es uns um die Sache geht.

Sie haben es zurückgewiesen. Sie haben einen eigenen Arbeitskreis eingerichtet, von dem man aber nichts hört und nichts sieht. Ich frage Sie: Gibt es diesen Arbeitskreis, kennt man ihn? (*Abg. Glaser: Man hört ja vom Staatssekretär auch nichts, und sehen tut man ihn auch selten!*) Man weiß also nichts.

Sie haben Aktionen für Hausstandsgründungsdarlehen, für die Umstellung für Nebenerwerbsbäuerinnen. Ich muß Ihnen sagen, und Sie wissen es genauso gut wie ich: Es war wirklich ein Schlag ins Wasser, es wurden hier kaum Anträge oder nur ein oder zwei Anträge eingereicht. Es war viel Aufwand ohne Erfolg.

Ich frage Sie nur: Warum waren Sie nicht bereit, mit uns zusammenzuarbeiten? Wir hätten Ihnen das gleich sagen können. Es war kein Erfolg, weil es zu wirklichkeitsfremd ist und weil es vor allem zu schwierig ist in der ganzen Durchführung. Vor dieser Verbürokratisierung scheut sich doch heute schon jeder. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Vielmehr, Herr Staatssekretär, haben Sie wohlwollend festgestellt – auch in einem Artikel

Helga Wieser

im „Förderungsdienst“ –, Sie bekennen sich dazu, daß die Beraterinnen auch vom Bund mitfinanziert werden. Ich weiß es nicht, ob das eine richtige Einstellung ist, die Sie zu einem der wenigen Kompetenzbereiche, für den Sie zuständig sind, haben, wie wir ja bereits heute feststellen konnten. Der Herr Bundesminister hat bereits die Einstellung der Reisekosten hier angekündigt, obwohl der Rechnungshof immer wieder darauf hinwies, daß eine Beratung, die nicht direkt am Hof, inklusive Reise und Anreisezeit, durchgeführt wird, nicht die Beratung in dem Sinne sei, wie sie sein sollte.

Meine Damen und Herren! Ein besonderes Liebkind des Herrn Bundesministers ist ja, die innerbetriebliche Disparität zur Diskussion zu stellen. Es wäre nicht richtig, wenn man in der Diskussion hier nicht auch über die innerbetriebliche Disparität sprechen würde. Aber ich glaube nur, es ist doch keine Lösung, wenn man, um auf der einen Seite Einkommensverluste abzudecken, auf einer anderen Seite, wo noch ein einigermaßen gutes Einkommen zu verzeichnen ist, ein Einkommen wegnimmt. Ich glaube, auch in anderen Berufsgruppen wäre es unvorstellbar, daß man besser Verdienenden etwas wegnimmt zugunsten von schlechter Verdienenden.

Ich glaube, meine Damen und Herren, diese Agrarpolitik ist keine Lösung, sie ist nur eine Politik des Auseinanderdividierens, die wir von der ÖVP natürlich ablehnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein großes Problem für uns ist auch, daß vor allem die Arbeitsplatzsituation in Österreich sehr besorgniserregend ist, weil ja gerade in der Landwirtschaft sehr viele Landwirte oder Bauernkinder einem außerbetrieblichen Nebenerwerb nachgegangen sind.

Und noch viel bedauerlicher ist es für uns, daß hier die sozialen Verhältnisse so unterschiedlich sind, daß heute ein Bauer mit einem Einheitswert von über 44 000 S nicht in die Gunst der Arbeitslosenversicherung kommt. Somit wird hier auch mit zweierlei Maß gemessen. Ich glaube, das ist ein großes Unrecht, das in allernächster Zeit abgestellt werden sollte. (Abg. Gurtner: Das ist nicht in Ordnung!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun zum Schluß kommen. Es war in dieser Agrardebatte bis jetzt und auch auf Grund des Grünen Berichtes leider keine Steigerung des Einkommens festzustellen. Unsere Ziele, die Ziele der Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung sind, eine Steigerung des Einkommens bei zumutbarer Arbeitsleistung und vor allem eine Unterstützung der bäuerlichen Familie, auch hinsichtlich ihres Ansehens in unserer Gesellschaft, zu erreichen.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite! Sie haben dieses Ziel bedauerlicherweise nicht erreicht. Wir hoffen sehr, daß es nach den nächsten Wahlen in eine andere Entscheidung fällt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich auf meine Vorredner eingehe, möchte ich einige Bemerkungen zu dem Antrag der sozialistischen Fraktion machen, der nach einer intensiven Einleitung voller Lobeshymnen auf die Tätigkeit sozialistischer Agrarpolitik an die Regierung die Aufforderung richtet, sie möge doch ihre erfolgreiche Agrarpolitik fortsetzen.

In einer Situation wie der, in der wir momentan diesen Bericht über das Jahr 1977 diskutieren und in der sich abzeichnet, daß sich die unerfreuliche Entwicklung in der Landwirtschaft auch im heurigen Jahr fortsetzen wird, erscheint uns eine solche Aufforderung geradezu als blander Hohn gegenüber der Bauernschaft. Und was uns noch seltsamer berührt, ist die Tatsache, daß man ja anscheinend mit der eigenen Regierung nicht zufrieden ist, wenn man sie auffordern muß, die Tätigkeit fortzusetzen, die sie angeblich bisher so erfolgreich getan hat.

Aber darüber könnte man noch hinwegsehen. Nur, daß dieser Antrag in keiner Weise irgendeinen Aspekt einer sinnvollen Entwicklung in der Zukunft aufzeigt, daß er in keiner Weise auch nur einen bescheidenen Abklatsch oder einen Hauch der angekündigten Visionen des Staatssekretärs Schober über die Zukunft unserer Agrarpolitik in Österreich enthält, das erscheint uns der Hauptgrund, daß dieser Antrag von uns abgelehnt werden wird.

Nun einige Bemerkungen zu den Ausführungen der sozialistischen Vorredner. Der Abgeordnete Remplbauer, der sich heute als Landwirtschaftssprecher betätigt hat (Abg. Thalhammer: Nicht nur heute!), muß es sich gefallen lassen, daß ich ihn als Bauer mit der notwendigen Härte anremple, weil ich das Gefühl habe, daß er sich doch zu leicht aus der Problematik herausgewunden hat, daß die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens nach wie vor weit hinter der des Industriearbeiters zurückhinkt.

Der Hinweis, den er gegeben hat: Ja man vergleiche hier das Bruttoeinkommen des Industriearbeiters mit dem Nettoeinkommen des Landwirtes, und dann sei das Einkommen des Landwirtes nur halb so hoch wie das des Industriearbeiters!, geht ja auch schon ins Auge,

10612

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dipl.-Ing. Hanreich

weil die Belastung des Industriearbeiters mit Steuern und steuerähnlichen Abgaben im Durchschnitt keinesfalls 50 Prozent ist, sodaß also, selbst wenn man es so ansieht, eine massive Diskrepanz zwischen beiden Einkommensbereichen offenbleibt. Wenn man aber dann noch hergeht, wie er es gemacht hat, und der Landwirtschaft die spezifischen steuerlichen Regelungen vorwirft und so tut, als wären die dann noch darüber hinaus irgendein besonderes Geschenk, dann muß das drastisch zurückgewiesen werden.

Wenn man sich traut, darüber hinaus noch zu sagen: Ja die Situation zwischen Industriearbeiter und Landwirt sei so unterschiedlich, daß man einen Vergleich zwischen den beiden Einkommenssituationen gar nicht anstellen könne, und daraus sozusagen, ohne es auszusprechen, den Schluß ableitet, die Bauern sind ja in Wirklichkeit noch viel besser dran!, dann ist das wirklich eine Herausforderung, die nicht einfach auf den Tisch gelegt werden kann. Es ist eine Herausforderung, die man aufgreifen muß, um klarzustellen, daß da sehr wohl eine Fülle von Unterschieden vorhanden ist, die aber keineswegs zum Vorteil des Bauern gereichen. Im Gegenteil. Was die Arbeitszeit anlangt, ist der Landwirt schlechter dran. Was die Urlaubssituation anlangt, ist er schlechter dran. Was seine Abhängigkeit – auch die Abhängigkeit seines Einkommens – vom Wetter anlangt, ist er schlechter dran.

Der Zwang, dem er in seiner Arbeitszeitgestaltung, die angeblich so freizügig ist, der Zwang, dem er durch das Wetter unterliegt, wird von einem Städter, der um sieben Uhr früh seinen Arbeitsplatz besucht oder vielleicht mit gleitender Arbeitszeit irgendwann später, natürlich völlig falsch eingeschätzt. In Zeiten der Ernte kann jeder, der einmal am Land draußen ist, leicht feststellen, wie lange noch auf den Feldern die Traktoren tuckern, um die dringend notwendige Erntearbeit durchzuführen, weil die Ernte einfach nur an diesem Tag und später nicht mehr in der Qualität hereingebracht werden kann.

Geflissentlich wird natürlich auch verschwiegen, daß jeder Unselbständige in der Veranlagung seiner Ersparnisse reichlichst Möglichkeiten hat. Der Landwirt kommt in diese Verlegenheit nicht, denn er muß in seinen Betrieb investieren, um einigermaßen mit dem Betrieb am Damm zu bleiben. Der Grüne Bericht zeigt uns ja ganz deutlich, daß diese Investitionen aber bei weitem nicht die Zinsen tragen, die eine vernünftige Investition, ja eine schlichte Kapitalanlage für den Privaten, trägt, wenn er nur zum Beispiel Wertpapiere kauft und daraus ein steuerbegünstigtes Einkommen bezieht.

Was die Sicherheit des Arbeitsplatzes anlangt,

so gehört auch eine Portion Kühnheit dazu, hier die Landwirtschaft in den Vordergrund zu stellen. Die Abwanderung hat ganz deutlich gezeigt, daß es mit der Sicherheit in der Landwirtschaft keineswegs so weit her ist. Ich hätte mir gerade von einem Betriebsratsobmann wie dem Kollegen Maderthaner von der sozialistischen Fraktion erwartet, daß er in diesen Problemkreis etwas einsteigt. Denn der Vorwurf, daß die Landwirte, die im Nebenerwerb in Industriebetrieben tätig sind, zuerst einer Kündigungswelle zum Opfer fallen, ist ja nicht aus der Luft gegriffen. Aber über den hat man sich geflissentlich hinweggesetzt.

Das ist ein sehr heikles Thema. Denn die Praxis zeigt, daß tatsächlich in vielen Fällen auf Druck der Betriebsräte so vorgegangen wird. Und es wäre anzunehmen gewesen, daß gerade ein Betriebsratsobmann dazu klärende Worte findet, auch in dem Sinn, daß klargestellt werden möge, daß eine solche Behandlung von Mitarbeitern nach zweierlei Maß gerade im Bereich der Landwirtschaft nicht gerechtfertigt ist, weil ja der Nebenerwerbslandwirt im Gegensatz zu dem Arbeiter, der nicht an die Scholle gebunden ist, keine erhöhte Beweglichkeit aufweist. (Zwischenrufe.)

Wenn Sie es genau wissen wollen: Bei mir in meinem eigenen Betrieb ist zum Beispiel über diese Frage von Seiten des Betriebsrates sehr eingehend diskutiert worden. Es hat heftige Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Arbeitern gegeben. Das liegt allerdings schon drei Jahre zurück. (Zwischenruf des Abg. Maderthaner.)

Aber Sie brauchen nur hinauszugehen. Schauen Sie sich um in den Betrieben, die am Lande draußen etabliert sind. Sie werden feststellen, daß genau dieses Problem immer wieder auftaucht. Daher wundert es mich, daß Sie nicht darauf eingehen. Denn das ist eine echte Diskriminierung, die nicht hingenommen werden kann.

Aber zurück zu dem Vergleich der Einkommenssituation in der Landwirtschaft und bei der Industrie-Arbeiterschaft beziehungsweise bei den unselbständig Erwerbstätigen schlechthin.

Man hat offensichtlich nicht begriffen, daß diese Nebenerwerbsformen, die ja mit eingehen in das Erwerbseinkommen der Landwirtschaft, wie zum Beispiel der Urlaub am Bauernhof, Dienstleistungen sind, die eine sehr große Belastung – im speziellen für die Bäuerin – bedeuten. Es ist wohl heute schon mehrfach gesagt worden, aber es muß in diesem Zusammenhang nachdrücklich wiederholt werden: Die Bäuerin ist das am stärksten ausgebeutete Mitglied unserer angeblich so sozialen Gesellschaft.

Dipl.-Ing. Hanreich

Wenn man sozusagen zum Ausgleich bei dieser negativen Bilanz des Einkommens zuungunsten des Landwirtes sagt: Ja, aber dafür sind die Leute halt am Land, Umweltsituation, wunderschön grün, Sonnenaufgang in der Früh und so weiter!, dann muß ich darauf hinweisen, daß die Zeiten, in denen der Landwirt in Ruhe und in einer gemächlicheren Form seinen Arbeiten nachgehen konnte, auch schon der Vergangenheit angehören. Die Haltungs- und Wirbelsäulenschäden, an denen die Landwirte heute trotz der Gesundheitssitze auf den Traktoren leiden, und die Belastungen, denen sie vom Lärm ihrer Maschinen her unterliegen, werden dabei einfach übersehen. Die müßten aber auch angeführt werden.

Ich glaube also, daß die so sonnige Darstellung des Abgeordneten Rempelbauer tatsächlich eine völlige Verfälschung der wirklichen Situation ist und daß dies, wie soeben getan, aufgezeigt werden mußte.

Eine Bemerkung noch zu den Ausführungen des Abgeordneten Maderthaner, der stolze Ziffern aus der Investitionstätigkeit der Landwirtschaft genannt hat und der darauf hingewiesen hat, wie gut es denn den Leuten gehen muß. Schauen Sie doch, Herr Kollege, wie die Verschuldung angestiegen ist. (Abg. Hietl: *Das glaube ich!*) Ich meine: Daß allein die Zinsenbelastung von 1976 auf 1977 um 10 Prozent angestiegen ist, spricht ja schon für sich.

Der Zwang zum Investieren. Ob das unbedingt so lustig ist, wenn der Landwirt sein sauer erspartes Geld in die jeweils neue Maschine hineinstecken muß, um konkurrenzfähig zu bleiben, und ihm damit weniger Möglichkeit bleibt, dieses Geld für die verschiedensten Annehmlichkeiten des Lebens auszugeben, die anderen Leuten zur Verfügung stehen, ob das ein solcher Vorzug ist, das wage ich also heftigst zu bezweifeln. (Zwischenruf des Abg. Maderthaner.)

Ja natürlich sind die Investitionen die Voraussetzung einer blühenden Wirtschaft. Nur bitte wissen Sie ganz genau, wie schwierig es ist, in der Landwirtschaft rentable Investitionen zu tätigen.

Und im übrigen darf ich Sie darauf hinweisen, daß sehr viele Investitionen bereits sozusagen Notlösungen sind, um überhaupt einen landwirtschaftlichen Betrieb noch zu bewältigen, weil die Institution der Maschinenringe und ähnlicher kooperativer Formen keineswegs so weit gediehen ist, daß damit die Probleme der einzelnen Landwirte gelöst sind.

Nun noch eine Bemerkung zu der Darstellung des Herrn Bundesministers Haiden hinsichtlich der Kälbermastaktion und der heftigen Ausein-

andersetzung zwischen den Abgeordneten der Volkspartei und dem Herrn Minister.

Ich weiß schon, daß die Zielsetzung war, den Magermilchpulverüberhang abzubauen, und daß man daher eine solche Maßnahme als interimistisch ansehen muß.

Wovon ich aber bisher noch nichts gehört habe, ist, daß man sich vielleicht unter dem Blickwinkel auf die Tatsache konzentriert, daß ja die Milch, die Trinkmilch die Butter subventioniert, daß man sich vielleicht einmal statt mit der Vollmilchmast von Kälbern auch mit einer Magermilchmast von Kälbern etwas eingehender auseinandersetzen könnte. Es wäre eine recht billige Lösung, wenn ein größerer Betrieb seine Milch bereits am Hof enträhmen würde. Das ist ja bitte schön kein Kunststück, und die Zentrifugen – daran kann ich mich noch erinnern, ich war noch ein Bub – haben wir nach dem Krieg von Hand aus angetrieben. In der Zwischenzeit ist alles wesentlich besser mechanisiert. Man hätte eine geringere Transportleistung, als wenn man die gesamte Vollmilch in der Gegend herumkutschiert. Ein Kälbermäster läßt sich wahrscheinlich so finden, daß er sogar in direkter Belieferung erreicht werden kann. Und man würde sich vor allem im Hinblick auf das Magermilchpulver einen völlig sinnlosen Energieaufwand ersparen. Das Herstellen des Magermilchpulvers verursacht bekanntlich einen großen Energieaufwand. Überdies wird das Pulver ohnehin wieder mit Wasser versetzt, um es verfüttern zu können.

Aber die Problematik dieser Fälle zeigt leider, daß eine zentralistische Lösung nicht durchzuführen ist. In der Agrarpolitik sind wir aber leider schon so weit, daß lokale Regelungen gar nicht gewünscht sind, weil das den Einfluß der zentralen Instanzen verhindert. Auch die jeweiligen Funktionäre finden keine entsprechende Einflußmöglichkeit mehr. Dafür würde sinnvolle Selbstverantwortung ermöglicht, weil der jeweilige Bauer selbst eine Entscheidung trifft. Das kann aber nicht im Sinne einer zentralistischen Agrarverwaltung oder einer zentralistischen Agrarpolitik sein.

Daher, glaube ich, werden wir gerade in dem Milchbereich trotz Ansätzen zur Mengensteuerung, die sehr begrüßenswert und sinnvoll sind, das Problem letztlich eben doch nicht wirklich erfolgreich und vor allem nicht im Interesse des Bauern in den Griff bekommen, wenn wir uns ausschließlich auf zentralistische Lösungen beschränken. Wir sollten eben doch versuchen, subsidiär eine Basisstruktur aufzubauen.

Ich zum Beispiel frage mich selbst gelegentlich, warum es nicht geht, daß der Bäckermeister, der jeden Tag in der Früh diverse Haushalte

10614

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dipl.-Ing. Hanreich

abklappert, um dort seine Semmeln und sein Brot abzuliefern, zum Beispiel auch die Milch mit ausführt. Das ist halt als Regelung und als Service für den Kunden bisher einfach nicht ins Bewußtsein der Verantwortlichen gerückt. Und da wären natürlich eine Menge von bürokratischen Hindernissen, die so etwas vorweg als unmöglich erscheinen lassen. Daß es für jeden vernünftigen Bürger das Naheliegendste der Welt ist und im Interesse der Versorgung der Haushalte eine sehr praktische Lösung wäre, das steht ja hintan. Das wichtigste ist nach wie vor, habe ich zumindest den Eindruck bei den Diskussionen hier, eine möglichst zentralistische Lösung.

Und jetzt ganz woanders hin, im Rahmen meiner Stellungnahme zu Ihren Bemerkungen, Herr Minister. Sie haben gemeint, nach Gundelachs Besuch und seiner Verwendungszusage würden Sie nun einen Good-will-Besuch bei Ertl machen, der ja im Augenblick im Vordergrund der EWG-Agrarminister steht. Das reicht ja nicht, es sind ja in der EG bekanntlich eine ganze Reihe von Landwirtschaftsministern, die dort etwas mitzureden haben. Werden Sie Ihre Good-will-Bemühungen auch auf diese ausdehnen, um damit einen entsprechenden Hintergrund dafür zu schaffen, daß diese Verwendungszusage, wenn schon Ertl zustimmt, dann nicht womöglich an irgend einem anderen Minister scheitert? Wir haben bekanntlich überraschenderweise immer wieder erlebt, daß im Zuge der Verhandlungen mit der EG sich eines der Länder aus nationalen Interessen quergelegt hat. Wir hatten die Hemmnisse vorher nicht genügend ausgeräumt und nicht genügend klar gemacht, wo unser Problem liegt und wie wenig es die Problematik des anderen berührt!

Aber wenn jetzt der Herr Staatssekretär Schober schon angekündigt hat, daß er ein langfristiges, ein Langzeitkonzept erarbeiten wird, dann hoffe ich, daß er trotz der Dauer der Diskussion wieder hier im Saal auftauchen wird. Denn ich kann ihm ankündigen, daß der Vortrag meines Fraktionskollegen Stix ihm für ein solches Langzeitkonzept zweifellos eine Menge Anregungen vermitteln würde, Anregungen, die sich anzuhören ihm sicher einige Denkanstöße geben wird.

Und nun zu dem Bericht selbst. Es ist eine Konsequenz, die aus diesem Bericht offensichtlich ist, daß zumindest im vorigen Jahr die Einkommen in der Landwirtschaft einen deutlichen Rückgang erfahren haben, und es stellt sich daher die Frage, ob unser Instrumentarium überhaupt ausreicht, um alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, die zur Sicherung der inländischen Produktion erforderlich sind.

Wenn man nun einen Vergleich anstellt zwischen dem, was Österreich an Möglichkeiten der Einflußnahme hat, und dem, was so um Österreich herum an Maßnahmen gesetzt wird, dann springt einem das Schweizer System ins Auge, das eine solche Fülle von Instrumenten aufweist, daß es wert ist, hier einmal darauf hinzuweisen, wie ein anderer kleiner neutraler Staat seine Eigenversorgung, die Erhaltung seiner Landwirtschaft sichert, ein Staat, dem man bei Gott nicht nachsagen kann, daß er sich primär durch protektionistische Haltung auszeichnet, sondern ein Staat, der sehr wohl in sorgfältiger Abwägung seiner Eigeninteressen in der Lage ist, die Vorzüge eines liberalen Welthandels, einer weltoffenen Haltung mit der sinnvollen Vorsorge für Krisenzeiten und der sinnvollen Autarkie in ganz bestimmten lebensnotwendigen Bereichen für seine eigene Wirtschaft zu verbinden.

Wie schaut denn das in der Schweiz aus? Die Schweizer haben nicht nur drei Varianten von Grenzabgaben in ständig zunehmender Gewichtigkeit, von weiteren Abgaben als Ergänzung zu anderen Maßnahmen über Zölle bis zu Preisschlüpfen, sondern sie haben auch ein vielfältig differenziertes System mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen vom Leistungssystem über Dreiphasensystem, über die Kontingentierung bis zum Einfuhrmonopol und zum Einfuhrverbot.

Und an Hand einer ganzen Reihe von verschiedenen Produkten ließe sich hier zeigen, wie diese Systeme jeweils ganz speziell auf die Problematik der einzelnen Produkte abgestimmt sind und wie damit der von der Regierung gewünschte Effekt unter volkswirtschaftlich möglichst geringen Verlusten und möglichst geringem Aufwand erreicht wird.

Es ist eine interessante Studie, die allerdings zur Konsequenz hat, daß man sich darüber im klaren wird, daß sich die Schweiz hinsichtlich ihrer Einfuhrpolitik, was landwirtschaftliche Produkte anlangt, nicht als Musterland der Freizügigkeit geriert hat, indem man ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Stand und die Konkurrenzfähigkeit der inländischen Produktion im Interesse einer geringfügig gesenkten Inflationsrate einfach beliebige Importe herein genommen hat. Dort hat man sich eben selbst bei der Mitwirkung im Rahmen des GATT Vorbehalte gesichert und Voraussetzungen dafür geschaffen, daß man Instrumente zur Verfügung hat, die uns bitterlich fehlen und unsere Position gegenüber anderen Ländern deutlich benachteiligen. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Es scheint aber daran zu liegen, daß die Schweiz bekanntlich über kein Landwirtschafts-

Dipl.-Ing. Hanreich

ministerium verfügt, sondern sich im Rahmen des Volkswirtschaftsdepartements mit diesen Fragen beschäftigt. Daher ist der Blick nicht nur, wie das aus der Zeit der ÖVP heraus üblich war, ausschließlich auf die Vertretung agrarischer Interessen gerichtet, sondern man stellt sehr wohl den Blick für das Ganze in den Vordergrund und schafft damit die Voraussetzung, die eigene Landwirtschaft so abzusichern, wie das notwendig ist, damit sie eine vernünftige Position innerhalb der Gesamtwirtschaft einnimmt.

Bei uns ist das aber nicht der Fall. Die gesamtheitliche Betrachtungsweise ist überhaupt nicht verbreitet. Es werden punkteweise Problemlösungen präsentiert, ob das jetzt die neue Gestaltung des Milchmarktes ist oder ob es um irgendwelche anderen Detailregelungen geht. Auf eine Gesamtschau hat man sich nicht eingelassen. Unser Klubobmann Peter hat ja gesagt: Seit 20 Jahren Pfusch, es gibt von heute auf morgen Änderungen, ohne eine Gesamtlinie zu haben.

Nun muß man doch auch, wenn man einen solchen Vorwurf erhebt, auf Förderungsmaßnahmen hinweisen, die aus der Sicht des Einzelbetriebes sehr sinnvoll und zweckmäßig sein können, bei denen man aber bei etwas objektiverer und konkreter Betrachtung als nicht im konkreten Fall engagierter Landwirt sagen muß: Ist denn diese Förderung, ist denn diese Unterstützung, ist denn diese Maßnahme überhaupt gesamtwirtschaftlich sinnvoll?

Wir haben eine Überproduktion in fast allen Bereichen, die kritisch sind. Ich werde bei der Budgetdebatte noch auf jene Bereiche zurückkommen, in denen wir keine Überproduktion haben und wo man sich ebenfalls, von außen betrachtet, an den Kopf greift und fragt: Bitte, wie ist es denn möglich, daß wir dort nicht stärker vertreten sind? – Hier geht es um geförderte Aktivitäten, ob das jetzt Geländekorrekturen sind, die im Einzelfall sehr sinnvoll sein können, aber in anderen Fällen Veränderungen nach sich ziehen, deren Vorteile gesamtwirtschaftlich gar kein sinnvolles Ergebnis darstellen.

Wir fördern Entwässerungen, um irgendeine saure Wiese voll nutzbar zu machen, und wissen dabei ganz genau – das ist ja schließlich nicht neu –, daß am Ende des jeweiligen Wasserlaufes dadurch eine wesentlich verstärkte Hochwassergefährdung entsteht mit der Konsequenz, daß wir wieder Dämme aufrichten und Betriebe sozusagen enteignen oder zumindest aufkaufen müssen, um die Voraussetzung für Staudämme zu schaffen, für Auffangbehälter, in denen diese Hochwasserströme, die wir gerade erst vorher subventioniert und gefördert, beschleunigt und

teilweise bewirkt haben, dann wieder abgefangen werden können. Kein Mensch hat sich den Kopf darüber zerbrochen, ob, wo und wann das sinnvoll ist. (*Ruf bei der SPÖ: Es wird zuviel getan!*)

Na ja, man kann immer dann des Guten zuviel tun, wenn man die Funktion eines Sisyphus annimmt, der den Stein auf den Berg hinaufrollt, wohl wissend, daß er ihm letztlich wieder entgleitet und hinunterfällt. So kommt mir manche Tätigkeit vor, die heute noch gestützt wird, weil man sie nur auf den einzelnen Betrieb bezogen sieht. Dort ist sie natürlich sinnvoll; das ist klar. Wenn jemand eine saure Wiese, die vorher praktisch unbrauchbar war, weil sie ständig überschwemmt wurde, jetzt dadurch als gut verwertbaren Grund umgestaltet bekommt, daß dort der Bach reguliert und die ganze Gegend dränagiert wird, dann ist das von ihm aus gesehen sehr sinnvoll, und er wird sich darum bemühen.

In der Zwischenzeit wissen wir, daß die Zerstörung des Biotops auf unser Wild und auf die gesamte Fauna sehr nachteilige Auswirkungen hat, über die man sich auch in einem anderen Ressort den Kopf zerbricht, weshalb darüber innerhalb der Landwirtschaft gar nicht ernsthaft diskutiert wird.

Aber nun zu dem eigentlichen Problem, mit dem ich mich heute beschäftigen möchte, nämlich mit der Situation der Weinwirtschaft. Wir haben – ich glaube, das ist gerade bei den Städtern weit verbreitet – stets das Gefühl gehabt, daß die Weinwirtschaft eigentlich derjenige Bereich der landwirtschaftlichen Produktion ist, in dem, um es biblisch zu formulieren, „Milch und Honig fließt“, auch wenn es sich dabei eher um den Wein handelt. Nun zeigen aber die Darstellung der Weinwirtschaft und ein Blick in die Zeitungen, daß dort offensichtlich längst nicht mehr alles zum besten steht. Ich will nicht über die Probleme reden, die die Zeitungen zur Genüge beschäftigt haben, etwa Skandale bei Importen und Exporten und ähnliche Dinge mehr. Ich möchte nur am Rande anmerken, daß das unserer Weinwirtschaft schweren Schaden zugefügt hat.

Ich gehe jetzt auf die ganz nüchternen Zahlen, auf die Entwicklung ein, die sich in der Darstellung des durchschnittlichen Lebensmittelverbrauches widerspiegelt, in der der Wein in den letzten Jahren nahezu unverändert rangiert, also mit Steigerungen und kleinen Rückgängen völlig ohne erkennbare Entwicklung. Die Meinungen, warum das so ist, gehen auseinander. Die einen sagen, die Gesamtwirtschaftslage hätte sich verschlechtert und daher sei es verständlich, daß die Leute einfach weniger Wein trinken. Die anderen sagen, der Wein sei

10616

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dipl.-Ing. Hanreich

in den Gasthäusern derart teuer geworden, daß das wirklich schon unzumutbar sei. Darauf möchte ich noch zurückkommen. Wieder andere meinen, es sei schon recht, daß der Weinkonsum stagniert, denn so erfreulich wäre ja erhöhter Alkoholkonsum auch nicht.

Diese Problemstellung kann sich die Weinwirtschaft natürlich nicht zu eigen machen. Dort geht es darum, Lösungen für diese stagnierende Entwicklung zu finden, wobei mit aller Deutlichkeit betont werden muß, daß eine wesentliche Form unseres Verbrauchs durch den Fremdenverkehr angeregt und entwickelt wird. Das ist eine Form von stillem Export, die nicht hoch genug geschätzt werden kann, weil sie neben dem Verkauf zusätzlich auch noch Steuereinnahmen und Devisenzuflüsse ermöglicht. Sie hilft also nicht nur dem Landwirt, sondern überhaupt der gesamten Wirtschaft.

In den letzten Jahren hat sich aber noch etwas zusätzlich zum Rückgang der Einführen ergeben, was neben der stagnierenden Verbrauchssituation erwähnt werden muß. Es ist naheliegend, daß nach einem Hoch, das an der Grenze des Verantwortbaren lag, ja wahrscheinlich schon unverantwortlich gewesen ist, daß nach einem derartigen Boom an Einführen ein entsprechender Rückgang notwendig ist. Es haben sich auch im vorigen Jahr beträchtliche Lagerbestandsänderungen abgespielt. Und wenn ich die Tabelle über die Ernährungsbilanz 1976/77 vor Augen habe, dann zeigt sich hier, daß der Lagerbestand um 32 000 Tonnen angestiegen ist, während die Einfuhr auf 36 000 Tonnen zurückgegangen ist, die einer Ausfuhr von 17 500 Tonnen gegenübersteht, und das bei einem Gesamtverbrauch von 276 000 Tonnen. Diese Tatsache zeigt, daß die Lagerkapazitäten einer beträchtlichen Belastung ausgesetzt sind.

Den Zeitungen kann man entnehmen, daß im allgemeinen ein beträchtliches Aufatmen eingesetzt hat, als man registriert hat, daß die heurige Ernte eher eine durchschnittliche und nicht eine Ernte ist, von der man hinsichtlich der Menge aufjubelnd sagen kann, sie sei ein voller Erfolg gewesen. Fest steht aber trotzdem – und das darf nicht übersehen werden –, daß der Rückgang der Preise für den Produzenten eine äußerst nachteilige Auswirkung hat.

In dem Kapitel „Ertragslage in Spezialbetrieben“ wird hinsichtlich der buchführenden Weinbauwirtschaften darauf hingewiesen, daß das Einkommen gegenüber dem Vorjahr in sämtlichen Produktionslagen und damit auch im Mittel um 20 Prozent gesunken sei. Da mögen saisonale Wetterbedingungen eine gewisse Rolle spielen, die den vollen Rückgang vielleicht teilweise erklären.

Unbestritten bleibt aber die Tatsache, daß wir heute schon mit wesentlich zurückgegangenen Preisen rechnen müssen; die einschlägige Statistik zeigt uns, daß in den letzten Jahren ein ständiger Preisrückgang, beginnend praktisch vom Jahr 1975 an, zu verzeichnen war, wobei ich bei dieser Gelegenheit anmerken möchte, daß es offensichtlich nicht sehr gut ist, wenn man den Grünen Berichten allzu überzeugt Vertrauen schenkt. Ich weise darauf hin, daß der Grüne Bericht des Jahres 1975 einen Weinpreis gemäß Angabe des Niederösterreichischen Weinpreisbandes – Mittel von Niederösterreich laut Weinpreisband – für Faßware – so steht es zumindest da drin – angibt. Und da wird angegeben, daß der Preis auf 10,79 S inklusive Mehrwertsteuer war, während für denselben Zeitpunkt im Jahr 1977 nur mehr ein Preis von 9,74 S erscheint.

Ich bin der Sache nachgegangen, und ich glaube, ich habe den Grund für diese Divergenz in der Preisangabe gefunden; die zurückliegenden Preise stimmen dann wieder überein. Das dürfte daraus resultieren, daß sich der endgültige Preis offensichtlich erst im nachhinein herausstellt, weil bei der Übernahme nur ein Teil bezahlt wird und offensichtlich in schwierigen Situationen gerade von den Großabnehmern noch Beträge offengelassen werden, etwa so, wie das zurzeit bei den Trauben der Fall ist, die zur Hälfte ausbezahlt werden und wo die Restzahlung erst im März erfolgt, wenn man vielleicht so weit ist, sie auch tatsächlich vermarktet zu haben. Ich hoffe, daß die Ziffern, die ich über den Traubenpreis mit etwa 2,80 S gehört habe, nicht die Norm sind, weil das wohl an der Grenze der Greuelpropaganda sein muß, ein Preis, der ganz sicher nicht in der Lage ist, die Kosten zu decken, die mit der Produktion verbunden sind.

Fest steht aber jedenfalls, daß ein Preisrückgang von 1975 – 9,74 S –, 1976 – 8,22 S –, 1977 – 7,56 S – festzustellen ist. Der Traubenpreis von 2,80 S verheißt nichts Gutes, denn es kann der Preis für den Wein selbst nicht günstig werden, wenn die Traubenpreise im wahrsten Sinne des Wortes derartig in den Keller gerutscht sind.

Es stellt sich die Frage, wenn jetzt nicht eine besondere Überernte erfolgt ist, wodurch sich diese nachteilige Entwicklung ergeben hat. Wenn man in den Zeitungen nachsieht und sich ansieht, was zu diesem Thema gesagt wird, dann findet man neben den Vorwürfen in Richtung Ministerium hinsichtlich des Imports vor allem die Vorwürfe an die Landeshauptleute als zuständige Institution für die Ausweitung der Anbauflächen. Man wirft vor, und das geschieht wechselweise mit toll variierenden Ziffern, daß das Burgenland und auch Niederösterreich seine

Dipl.-Ing. Hanreich

Weinbauflächen beträchtlich ausgeweitet haben, obwohl man sie ursprünglich beschränkt hätte. Das geht so weit, daß in der „Agrarwelt“ Hans Paul Strobl in einem „Gastkommentar“ schreibt, daß die Differenz der Fläche, auf der nun Wein gebaut wird – ob jetzt schon ertragsfähig oder nicht, möchte ich vernachlässigen –, zwischen 50 000 Hektar und 65 000 Hektar schwankt. Das ist eine ganz beträchtliche Differenz, und im Interesse einer Klarstellung, was da wirklich vor sich geht, wäre es schön, wenn man Genaueres wüßte. Hans Paul Strobl schreibt:

„Die Anbauflächen sind geschätzt, weil Formulare, die zur Erstellung eines Weinbaukatasters dienen, unausgewertet in Archiven schimmeln.“

Wenn das stimmt, und darüber hätte ich schon gerne Auskunft erhalten, dann nimmt es nicht wunder, daß es nicht möglich ist, die schlechte Entwicklung im Sektor Wein zu steuern, denn ohne Grundlagen kann man wirklich nicht verlangen, daß man eine vernünftige Darstellung dessen gibt, was man unternimmt, um die Marktsituation zu verbessern.

Fest steht jedenfalls, daß eine Erweiterung der Anbaufläche geschaffen worden ist. Ich befürchte auch, daß das eine Erweiterung vor allem zugunsten der größeren Betriebe gewesen ist, die bekanntlich im Normalfall auch die Chance haben, sich politisch besser durchzusetzen. Und wenn sich solche Erweiterungen von Anbauflächen am Rande der Legalität bewegen, was ja eine Zeit lang der Fall war, da waren sie nämlich verboten und sind trotzdem vorgekommen, dann ist die Befürchtung groß, daß dabei die jeweils größeren besonders zunehmen.

Wenn ich neulich gesehen habe, daß es bereits eine Änderung in der Weinbautechnik insofern gegeben hat, daß man einen Vollernter vorgestellt hat – ob der bei uns im ersten Anlauf anwendbar ist, das wage ich zu bezweifeln –, dann hege ich die Befürchtung, daß früher oder später die Großbetriebe mit solchen Aggregaten arbeiten werden und damit für die kleineren, die sich dagegen behaupten müssen, die Stunde geschlagen hat, indem sie bestenfalls für den Hausgebrauch produzieren werden, weil alles andere absolut unrentabel geworden sein wird.

Fest steht jedenfalls, daß man im heurigen Jahr für den Wein Marktentlastungsmaßnahmen setzen mußte. Das klingt sehr schön. Ich bin selbstverständlich auch dafür, daß Maßnahmen gesetzt werden, um einen in solche Unruhe gekommenen Markt etwas auf gleich zu bringen. Aber da wird eine Traubenabsatzförderungsaktion gestartet, um den Traubensaftkonsum in Schwung zu bringen. Eine solche

Maßnahme, die nichts anderes als eine direkte Stützung des Preises bedeutet, hat natürlich nur dann einen wirklichen Erfolg, wenn sie auf ein vernünftiges Vermarktungskonzept aufgebaut ist, wenn also gewisse Vorarbeiten hinsichtlich Werbung, hinsichtlich Marketing dafür getroffen werden, sonst könnte sie auch bei einer günstigen Dotierung nichts anderes sein als einfach eine Subventionierung der jeweiligen Produzenten, ohne den Effekt tatsächlich zu erreichen, den man sich wünscht.

Es gibt leider unter den weiteren Maßnahmen auch eine Brennweinaktion, die das Kilo oder den Liter Trauben oder Wein – das ist aus der Unterlage, die ich habe, leider nicht zu ersehen – mit 1 S stützt. Die kann sehr wohl bewirken, daß einmal eine Menge Branntwein oder Weinbrand hergestellt wird, die kann aber noch nicht bewirken, daß der dann auch erfolgreich abgesetzt wird.

Wenn ich mir den österreichischen Markt in dieser Richtung ansehe, muß ich feststellen, daß von ganz wenigen Ausnahmen ganz weniger Genossenschaften abgesehen, die aktiv tätig sind, Maßnahmen für eine sinnvolle Weinbrandvermarktung noch keineswegs getroffen worden sind. Man hat also das Problem, wenn ich es richtig sehe, jetzt von der augenblicklichen Misere, zuviel Wein und zuwenig Faßraum zu haben, vor sich hergeschoben, indem man eine möglichst rasche Umwandlung in Branntwein befürwortet. Die Vermarktung am anderen Ende ist in keiner Weise so vorbereitet.

Und was die Exportförderung anlangt, die ja doch mit 2 S pro Liter eine beträchtliche Unterstützung ist, stellt sich die Frage, ob man damit auch wirklich den Weg einer optimalen Lösung beschritten hat, denn eine direkte Unterstützung ist ja auch hier nicht der sinnvolle und zielführende Weg. Es geht um die systematische Aufschließung von neuen Märkten, und wenn, wie ich gehört habe, in London eine bescheidene Plakataktion in dieser Richtung gelaufen ist, dann kann das doch wohl bestenfalls nur ein Anfang sein. Man wird ganz sicherlich intensiver vorgehen müssen, man wird sich intensiver mit der Vermarktungsfrage auseinandersetzen müssen, und dazu sind eine ganze Reihe von grundsätzlichen Forderungen notwendig.

Man muß im verstärkten Maß auch bei den Erzeugern die Forcierung des Qualitätsbewußtseins betreiben: mehr Prädikatsweine!, man muß sicherlich auch auf eine rigorose Sortenreinigung schauen (*Ruf bei der ÖVP: Ist schon geschehen!*) – na ja, teilweise ist es schon geschehen, teilweise noch nicht – und man sollte sich halt doch überlegen, ob man nicht wieder hinsichtlich der Anbaubeschränkungen Maß-

10618

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dipl.-Ing. Hanreich

nahmen setzt, die man ja bisher hatte, um das Angebot in den Griff zu bringen. (Abg. Peter: *Die früheren Anbaubeschränkungen werden zum Teil auch nicht realisiert und nicht vollzogen!*) Das war ja das Problem, daß man sie zuerst gehabt hat, dann hat man sie aufgelassen, weil sie schon vorher durchlöchert worden sind.

Und wenn man der Meinung ist, daß man nicht in der Lage ist, den Export zu bewältigen – diesen Eindruck habe ich offensichtlich gewonnen, denn sonst wäre es nicht möglich, daß wir bei geringfügigen Steigerungen des Exports wesentliche Lageraufstockungen vornehmen müssen –, dann muß man sich im Interesse der eigenen Produzenten bescheiden. Das Erfordernis, ein vernünftiges Weinmanagement, jetzt über Einzelfälle hinaus, sicherzustellen, ist jedenfalls mit Recht gestellt worden, und die Exportchancen müssen vergrößert werden. Darüber besteht wohl gar kein Zweifel. Und wenn dies von einem sozialistischen Weinbauexperten mit Nachdruck verlangt worden ist, dann, glaube ich, müßte doch das Ministerium für diese Problematik ein offenes Ohr haben und in Abstimmung mit dem Handelsministerium und den Aktivitäten unserer Bundeskammer im Ausland vielleicht eine Form finden, hier stärker wirksam zu werden. Bekanntlich spielt ja auch der Weingroßhandel in dieser Tätigkeit eine ganz wesentliche Rolle.

Wir haben jedenfalls nicht genug damit, daß der Herr Minister sich in Brüssel darum bemüht, Anerkennung unserer Qualitätsweine zu erreichen, denn wenn dies zu einem Erfolg wird – was wir ja alle wünschen –, müssen wir die Ausgangsposition noch weiter und wesentlich weiter verbessert haben, denn es ist eine Tatsache, daß wir noch eine Fülle von unerschlossenen Märkten haben.

Soweit zu der Problematik, die sich aus der Entwicklung unserer Weinwirtschaft ergibt, wobei ich noch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen möchte, daß man auch diese Problematik nicht nur aus der Sicht des Landwirts, nicht nur aus der Sicht des Weinbauern sehen darf. Es genügt auch nicht, sie aus der Sicht des Landwirtschaftsministers zu sehen. Es ist ein Erfordernis – und dieser Appell muß an die Regierung gerichtet werden –, sich gesamtheitlich um dieses Problem zu bemühen.

Das bedeutet vor allem, dem Absatz im Fremdenverkehr wieder erhöhte Bedeutung beizumessen, das bedeutet, daß man sich sehr wohl überlegen muß, ob es nicht richtiger ist, durch eine Senkung der Steuer im Bereich der Fremdenverkehrswirtschaft, in der Gastwirtschaft eine Einbuße hinzunehmen, um als Konsequenz daraus sowohl bessere Ergebnisse beim Konsumenten insbesondere in der Frem-

denverkehrswirtschaft zu erzielen, als auch durch Quantität das hereinzubekommen, was man vorher an Steuern nachgelassen hat, um den Konsum anzukurbeln. Der ausländische Gast soll sich den Wein in Österreich leicht leisten können, dann werden die Probleme der Weinwirtschaft sicherer behoben als durch alle anderen Einschränkungen, Unterstützungs- und Förderungsmaßnahmen, wie sinnvoll und zweckmäßig sie im einzelnen auch sein mögen. Zu einer dauerhaften Lösung kann es nur kommen, wenn neben dem Export insbesondere unsere Fremdenverkehrswirtschaft die Chance hat, den Weinkonsum deutlich zu beleben. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Breiteneder.

Abgeordneter **Breiteneder** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eine sehr heftige Diskussion zu Beginn der Debatte zum Grünen Bericht entstanden, weil die Österreichische Volkspartei nicht bereit ist, diesem Bericht die Zustimmung zu geben. Die Gründe dafür, warum wir diesen Bericht ablehnen, liegen ausreichend auf der Hand.

Die ursprüngliche Absicht, als der Grüne Plan und der Grüne Bericht im Parlament beschlossen worden sind, war, die Bevölkerung durch den Grünen Bericht über die Entwicklung der Landwirtschaft objektiv und korrekt zu informieren. Wenn wir heute Bilanz ziehen, müssen wir doch feststellen, daß es innerhalb eines Jahrzehnts nicht gelungen ist, das ursprüngliche Ziel zu erreichen, sondern wir müssen mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß nach wie vor eine sehr große Einkommensdisparität der Landwirtschaft zu den anderen Berufsgruppen besteht.

Wir wissen auch um die Einkommensdisparität innerhalb der Landwirtschaft. Die ist natürlich gegeben, und es ist sicherlich richtig, wenn heute zum Ausdruck gebracht worden ist, daß es gelungen ist, die innere Disparität in der Landwirtschaft irgendwie zu verringern.

Und wenn heute der Einkommensvergleich des Industriearbeiters zum Landarbeiter, zu der bürgerlichen Familie angestellt worden ist, dann hat das auch seine Berechtigung.

Es ist ja auch unvorstellbar, welche Leistung die Landwirtschaft in den vergangenen 20 Jahren erbracht hat. Wir haben eine gigantische Abwanderung bewältigt, wir haben viele Prozente unserer Berufstätigen an Industrie und Gewerbe in der Annahme abgegeben, daß dadurch das Einkommen des verbleibenden Teiles vergrößert wird.

Es hat doch damals geheißen, der Bauern-

Breiteneder

stand muß gesundschrumpfen, er muß auf 10 Prozent der Bevölkerung zusammenschrumpfen, damit er 10 Prozent des Volkseinkommens für sich erwirtschaften kann. Das ist eben die Kernfrage: daß wir jetzt unter 10 Prozent liegen, daß aber der Anteil am Volkseinkommen nur mehr 4,9 Prozent beträgt! Dadurch wird ja das geringe Einkommen der Landwirtschaft ausgedrückt.

Es muß auch festgestellt werden, daß heute der bäuerliche Mensch eine technische und berufliche Ausbildung abschließt, die sich jederzeit mit der Ausbildung des Berufstätigen in Industrie und Gewerbe vergleichen kann. Daher hat er auch aus dieser Sicht heraus schon Anspruch darauf, einkommensmäßig so berücksichtigt zu werden wie die anderen Berufsstände. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn im Grünen Bericht festgehalten wird, daß das Einkommen eines in der Landwirtschaft tätigen Bergbauern pro Monat 3 564 S brutto beträgt und das Einkommen des Industriearbeiters 11 600 S, dann möchte ich nicht behaupten, daß der Industriearbeiter dieses Geld nicht mit Recht verdient, sondern es ist eine berechtigte Forderung, daß die Bundesregierung und das Parlament sich bemühen müssen, die Voraussetzungen für die Landwirtschaft zu schaffen, daß auch hier ein analoges Einkommen erzielt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein sehr wesentlicher Grund der Ablehnung besteht auch darin, daß in diesem Einkommen nicht die lange Arbeitszeit, die vielen Arbeitsstunden berücksichtigt werden. Wir müssen ja überlegen, unter welchen Umständen die 3 564 S verdient werden müssen: Verzicht auf ein Wochenende, Verzicht auf Urlaub, Beanspruchung eines gewaltigen Kapitals.

Ich habe mir hier eine ganz einfache Rechnung zurechtgelegt: Wenn ich heute als Landwirt einen Facharbeiter im Baugewerbe, in der Industrie oder im Schlossergewerbe bezahlen muß, dann brauche ich den Erlös von 20 Kühen pro Tag mit einer Leistung von 20 l Milch – meine Verehrten, das ist ein ganz beachtlicher Familienbetrieb! –, damit ich auf die 1 500 S pro Tag komme, die ich für einen Facharbeiter eines anderen Berufsstandes bezahlen muß.

Es kommt dann aber noch der beachtliche Kapitaleinsatz dazu. Ich schätze den Facharbeiter, ich schätze den Maurer, ich schätze den Zimmermann, ich habe keinerlei Komplexe. Aber überlegen Sie: Wenn ich heute einen Maurer bestelle, kommt der mit einem verhältnismäßig kleinen Gerät, mit einem Handwerkzeug auf den Hof. Der Bauer muß aber Millionen einsetzen, um überhaupt diesen Betrieb auf-

rechtzuerhalten. Er muß ein Kapital von Millionen Schilling aufbringen, um überhaupt einen Ertrag zu haben. Also kein Vergleich im Verhältnis zu den anderen Berufstätigen. Das kommt im Grünen Bericht gar nicht so richtig zum Ausdruck, und das ist auch ein sehr wesentlicher Grund, warum von der Österreichischen Volkspartei der Grüne Bericht abgelehnt wird.

Man spricht immer von Subventionen. Sicherlich, ich glaube, die Landwirtschaft würde nicht unglücklich sein, wenn sie komplett auf eigenen Füßen stehen könnte und auf jede Unterstützung des Staates verzichten könnte. Das wäre unser Wunschtraum. Aber es ist von Haus aus immer so gewesen, daß man diese Primärberufe einkommensmäßig nicht entsprechend berücksichtigt hat. Die Landwirtschaft ist seit eh und je, das gebe ich uneingeschränkt zu, immer in gewisser Hinsicht benachteiligt worden.

Wir haben uns in der Zeit von 1960 bis 1970 bemüht, diese Einkommensdisparität auszugleichen und die Einkommenslage der Landwirtschaft zu verbessern.

Ich muß Ihnen sagen, Herr Bundesminister, daß es Ihnen nicht gelungen ist, hier eine Verbesserung herbeizuführen. Ich bestreite nicht, daß Sie jetzt Akzente setzen. Aber auf der anderen Seite müssen wir feststellen, daß andere Akzente gesetzt werden, die den Bauern das wieder wegnehmen.

Vom Herrn Kollegen Hanreich ist erklärt worden, die Entwässerungen seien sozusagen anzuzweifeln. Er hat sicherlich in vielen Bereichen recht gehabt. Aber man muß auch hier wieder überlegen, daß diese Meliorationen, diese Entwässerungen notwendig sind, daß wir große Flächen in landwirtschaftlichen Gebieten haben, die entwässert werden müssen, damit sie überhaupt mit Maschinen und so weiter bearbeitet werden können. Hier müssen enorme Opfer von den Bauern gebracht werden. In vielen Fällen geht die Belastung pro Hektar so weit, daß es einem Grundkauf gleichkommt. Glauben Sie dann, daß der Bauer aus Gefälligkeit so große Investitionen durchführt?

Was die Infrastruktur betrifft, muß ich schon sagen: Da hat die Landwirtschaft oder der bäuerliche Mensch im ländlichen Gebiet unerhörte Leistungen erbracht, ob es nun im Güterwegebausektor ist oder im Wirtschaftswegebausektor. Wir haben Fälle, wo Bauern für einen Güterweg, der ins öffentliche Gut übertragen wird, der von jeder Person befahren und begangen werden kann, bis zu 100 000 und 200 000 S bezahlen müssen. Das ist eine ganz enorme Leistung, die nicht immer anerkannt wird.

10620

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Breiteneder

Beim Fremdenverkehr, meine Verehrten, werde ich durch einen Zeitungsartikel zur Stellungnahme veranlaßt, weil man schreibt: „Ein Millionenschatz wartet“. Meine Verehrten, ich darf Ihnen einige Zahlen vorlesen.

„Aber nicht immer kann man trotz aller Förderungen von einer kleinen Landwirtschaft allein leben. Der Bauer beginnt ein Doppel Leben. Er erschließt sich möglichst am eigenen Hof eine zusätzliche Einnahmequelle. Das kann eine freundliche Jausenstation sein oder ein hübsches Landgasthaus. Für diese Initiative winkt Geld vom Millionenschatz. Das Stichwort dafür: ERP-Kreditaktion. Bei einer Laufzeit von 8 bis 15 Jahren werden Gelder zum bauernfreundlichen Zinssatz von 5 Prozent vergeben.“

Wer die Entwicklung im Fremdenverkehr kennt, der weiß, wie problematisch oft Investitionen für den Fremdenverkehr sind, daß sich hier das Kapital außerordentlich niedrig verzinst und daß wir – ich nehme hier das Mühlviertel her – im Schnitt nur eine Bettenauslastung von 35 bis 40 Nächtigungen im Jahr haben.

Meine Verehrten! Das ist, glaube ich, kein Millionenschatz, der hier winkt.

Oder: „Daß die Bergbauern in Österreich mit Prämien bedacht werden, ist ja bekannt. Je nach Einheitswert des Betriebes macht dieser Zuschuß bis 4 500 S aus. Damit die Landwirtschaften aber leistungsfähiger werden und damit auch rationeller gearbeitet werden kann, werden Grundstückszusammenlegungen sowie die Errichtung von Wirtschaftswegen und so weiter mit öffentlichen Beihilfen gefördert.“

Absolut notwendig, denn man muß ja wissen, daß heute 1 km Güterweg bereits 1 Million Schilling kostet und daß dann von der Gemeinde, von den Interessenten enorme Mittel aufgebracht werden müssen.

Verehrter Herr Bundesminister! Es ist heute verhältnismäßig wenig über das Milchmarktproblem gesprochen worden. Ich weiß, daß damals im ehrlichen Bemühen der Vertreter des Österreichischen Bauernbundes ein Konsens angestrebt worden ist, der aber eine allumfassende Agrarmarktregelung vorgesehen hat. Und eben weil man der Meinung war, daß diese Milchmarktregelung nur eine vorübergehende Erscheinung ist, daß sich dann wieder eine Normalisierung einstellen wird, hat man zu diesem Konsens ja gesagt.

Ich darf Ihnen jetzt einige Zahlen bekanntgeben, Herr Bundesminister, wie es in Wirklichkeit mit der Bergbauernförderung auf Grund dieser Regelung aussieht. Es steht im Grünen Bericht, daß zum Beispiel im Mühlviertel im Jahr 1977 die Bauern Einbußen – man bringt das mit der

guten Ernte 1976 in Zusammenhang – von 16 Prozent hinnehmen mußten. Jetzt haben wir uns wirklich bemüht, daß wir den ungefähren Vorstellungen bezüglich der Milchmarktleistung, den Anforderungen Ihres Ressorts gerecht werden.

Jetzt haben wir die ersten Abrechnungen von drei Monaten. Meine verehrten Damen und Herren! Die Belastungen für das Mühlviertel hinsichtlich dessen, was die Molkereien beziehungsweise die Lieferanten dem Fonds für die Marktstützung abliefern müssen, macht fast 11 Millionen Schilling aus.

Wenn diese Entwicklung so weitergeht, wird die gesamte Bergbauernförderung wieder weggenommen. Das sind die Einkommen von Bauern, deren Einkommen im Verhältnis das niedrigste ist in dem gesamten Gebiet, meine Verehrten. Daher ist es höchste Zeit, daß man überlegt, wie man zu einer gesamten Regelung des Marktes kommt, damit diese Belastungen nicht weiterhin bestehen bleiben.

Nun zum Export. Meine verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß die Landwirtschaft das gleiche Recht in Anspruch nehmen kann, um ihre Produkte absetzen zu können. (Beifall bei der ÖVP.) Für die Landwirtschaft besteht absolut das gleiche Recht, die Produktionsmöglichkeiten auszunützen. Es gibt in der Welt sicherlich genug Möglichkeiten, die in summa summarum verhältnismäßig geringe Überproduktion, die in Österreich erzeugt wird, abzusetzen.

Nur darf man Ihnen hier, glaube ich, einen Vorwurf nicht ersparen, Herr Bundesminister: Bei der Regelung mit der EWG hat man dieses Problem zu wenig ernst genommen. Man hat dieses Problem sozusagen zweitrangig behandelt. Nach den Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei hätte es ohne Einbeziehung der Landwirtschaft eben keine Regelung dieser Art gegeben. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine verehrten Damen und Herren! Ein anderes Problem im Zusammenhang mit der Milchmarktregelung: Es besteht, von Ihnen herausgegeben, auch ein Erlaß der Rücknahmeverpflichtung. Wir haben heute in den bäuerlichen Betrieben den Zustand, daß sie die überproduzierte Milch billig absetzen müssen, daß sie aber gleichzeitig gezwungen werden, Butter und Käse zurückzunehmen, obwohl sie im eigenen Betrieb genug billige... (Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Das stammt doch noch vom Minister Hartmann!) Es waren damals ganz andere Verhältnisse. Damals war nicht die Kontingentierung, Herr Bundesminister.

Es müßte daher eine Neuregelung getroffen werden, daß man die Bauern in dieser Richtung entlastet. Es ist ja unmöglich, daß einer so viel

Breiteneder

von dem konsumieren kann, was ihm da zurückgeschickt wird.

Nun auch ein Wort zum Import. Es ist richtig, daß wir einen hohen Selbstversorgungsgrad von etwa 84 Prozent haben. Er war schon höher, Herr Bundesminister. Es ist aber auch zu bedenken, daß wir im Jahr 1978 Eiweißfuttermittel in einer Menge von etwa 400 000 Tonnen importieren werden. Auch in diesem Fall, glaube ich, müssen wir Überlegungen anstellen, wie wir eine Produktion erreichen, bei der die Stärke: Eiweißproduktion irgendwie in eine bessere Relation kommt, damit wir diese unerhörte Produktionssteigerung durch die Eiweißfuttermittelimporte etwas hintanhalten können.

Nun zum Abschluß, Herr Bundesminister! Ich darf Sie sehr herzlich ersuchen: Bemühen Sie sich, die agrarpolitischen Probleme gemeinsam mit der österreichischen Bauernvertretung zu lösen. Keinen Alleingang! Das führt zu nichts. Das führt eventuell auch zu einem zweiten Zwentendorf. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Stöger.

Abgeordneter **Stöger** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft ist eine Sammlung von Daten, die zuständige Beamte aus allen Bereichen der Landwirtschaft zusammengetragen und eben in Berichtsform gegossen haben. Es ist daher selbstverständlich, daß man auf der einen Seite behaupten kann: Da ist irgend etwas Wichtiges im negativen Sinne vernachlässigt worden!, und genauso kann man natürlich auch behaupten, hier sei etwas im positiven Sinne vernachlässigt worden.

Aber die heutige Debatte, so wie sie von den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, von den Abgeordneten des Bauernbundes geführt worden ist, ist ja keine Diskussion über den Grünen Bericht gewesen, sondern scheint mir eher der Versuch einer Flucht nach vorne gewesen zu sein, und zwar deshalb, weil die Vertreter des Bauernbundes in der Vergangenheit bei verschiedenen Wahlen sicherlich festgestellt haben, daß es innerhalb der Bauernschaft entsprechend gärt, daß man nicht mehr so ohne weiteres bereit ist, alle Parolen und Feststellungen, die von den Vertretern des Bauernbundes gemacht werden, zur Kenntnis zu nehmen; dies deshalb, weil man verschiedentlich schon darauf gekommen ist, daß ja nicht alles stimmt und daß nicht alles gut ist, was von dort her festgestellt wird.

Ich meine, daß der Bauernbund schlecht beraten ist, wenn er jetzt versucht, bei seiner Flucht nach vorne eine Radikalisierung des

Bauernstandes herbeizuführen. Es ist hier sehr deutlich durchgeklungen, einmal beim Herrn Kollegen Deutschmann, jetzt wieder beim Herrn Kollegen Breiteneder – es könnte ein zweites Zwentendorf geben –, man werde alle Bauern ins Ministerium schicken, und der Minister soll dann schauen, wie die Dinge dann wieder ins rechte Lot zu bringen sind.

Denn eines, glaube ich, steht auch für die Zukunft fest: daß man den Bauern wohl überall, wo es irgendwie geht, helfen soll und sie unterstützen soll, daß aber niemand in der Lage ist, zu garantieren, daß einfach ungeschaut und ohne Leistung der Landwirtschaft alle Produkte, die erzeugt werden, tatsächlich auch abgenommen werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Denn das steht natürlich auch fest: Je mehr der Staat aus Bundesmitteln für die Stützung aller möglichen Produkte der Landwirtschaft zur Verfügung stellen muß, desto mehr muß er natürlich alle Staatsbürger mit Steuern belasten. Und gerade hier sind Sie dann die ersten, die schreien: Der österreichische Staatsbürger wird weit über Gebühr mit Steuern belastet. (*Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.*)

Nun möchte ich auf einige Dinge, die Kollege Deutschmann angeschnitten hat, eingehen.

Das erste: die Frage des Maisüberschusses. Wenn der Herr Kollege Deutschmann meint, daß dieses Problem auf die Art zu lösen ist, daß von Kärnten herauf so eine Art Marsch nach Wien zum Ministerium getätigkt wird und dann entweder das Ministerium zertrümmert oder aber auf sonstige Art der Mais an den Mann gebracht wird, dann wird er sich gewaltig irren. (*Abg. Deutschmann: Zertrümmern wollen wir nichts! Den Minister aufmerksam machen auf unser Problem! Ich habe nur gesagt: Mit Worten werden wir kommen! Mit Worten!*)

Es wird sicherlich auch hier so sein müssen, daß man sich über diese Dinge entsprechend unterhalten muß, daß man eben Wege suchen muß, dieses Überschußproblem, daß da an uns herankommt, gemeinsam zu erledigen. Es ist also gar keine Frage, daß derartige Drohungen, die hier ausgestoßen oder festgestellt worden sind, mit aller Schärfe zurückgewiesen werden müssen, weil sie nur zu einer Verschlechterung des Verhandlungsklimas führen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ein paar Feststellungen auch zur Kollegin Wieser: Sie hat gesagt, die Bauerpension sei 1969 von der ÖVP-Regierung beschlossen worden. (*Abg. Helga Wieser: In der Zeit der ÖVP-Regierung!*) Gänz richtig! In Kraft getreten ist sie, wie wir uns erinnern, 1971.

Wir haben dann all das, was daraus erwach-

10622

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Stögner

sen ist, finanzieren müssen. Es ist selbstverständlich, daß wir das gerne getan haben. Wir haben auch in der Folgezeit, soweit es finanziell tragbar gewesen ist, das Problem der Zuschußrenten erledigt. Mit 1. 1. 1979 wird dieses Problem der Vergangenheit angehören.

Aber ich glaube, es ist in diesem Zusammenhang erlaubt festzustellen, daß ja nicht wir Sozialisten es gewesen sind, die seinerzeit verhindert haben, daß eine Bauernpension eingeführt wird, sondern die Bauernvertreter haben darauf bestanden, das eben nur so eine Art Zuschußpension eingeführt wird, worauf eben dann auch entsprechend wenig für die Auszugsbauern bezahlt worden ist.

Wir haben dieses Problem gelöst, und wir nehmen auch für uns in Anspruch, daß wir mit dieser Maßnahme und mit vielen anderen familienpolitischen Maßnahmen, die in der Zeit der SPÖ-Regierung getätigten worden sind, in hervorragender Weise für die soziale Sicherheit in der Landwirtschaft gesorgt haben (*Beifall bei der SPÖ*), daß die soziale Sicherheit in der Landwirtschaft genau so groß ist wie in allen anderen Berufsgruppen.

Eine weitere Frage: Die Grundnahrungsmittel sollen also preismäßig nicht in zu große Höhen steigen. Ich bin damit vollkommen einverstanden. Aber es steht natürlich auch fest, daß die Bauern zur Niederhaltung der Preise entsprechend mit beitragen müssen, denn so geht es natürlich auch nicht, daß man feststellt: Die Preise dürfen für die Konsumenten nur bestimmte Höhen erreichen, um den Absatz nicht zu gefährden, aber die Kosten der weiteren Vermarktung trägt die Allgemeinheit allein. So geht es natürlich auch nicht. Auch hier muß die Bauernschaft entsprechend etwas dazu leisten.

Daß der Bundeskanzler bei den Landwirten nicht ankommt, das kann man, glaube ich, auf Grund der bisherigen Wahlergebnisse auf dem flachen Lande sicher nicht feststellen. Wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß wir den sogenannten „Marsch aufs Dorf“ weiter fortsetzen werden, weil die Bauern in der Zwischenzeit erkannt haben, daß die SPÖ-Regierung und die gesamte SPÖ viel eher bereit sind, auf die Probleme der arbeitenden Menschen auf dem flachen Land einzugehen, weil sie auch von den Problemen der arbeitenden Menschen im allgemeinen wesentlich mehr verstehen als so manche andere. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Zur Frage der Subventionierung der Schweizer Bauern auch eine Feststellung. Wir wissen alle miteinander, daß die Schweizer es in dieser Hinsicht wesentlich leichter haben, weil sie durch den starken Import von Agrarprodukten, den sie brauchen, eine sehr wesentliche

Abschöpfung vornehmen und mit diesen Abschöpfungsbeträgen die Schweizer Bauern subventionieren können.

Bei uns ist es umgekehrt, und das wird sich in den Folgejahren noch wesentlich verstärken. Wir werden auch auf Gebieten, wo bisher noch Mangel gewesen ist, einen Überschuß haben. Wir müssen also im Gegensatz zu den Schweizern sehr viele Bundesmittel zur Exportstützung dieser Produkte aufwenden. Also hier ist ein Vergleich absolut nicht möglich.

Karenzgeld für die Bäuerinnen: Sie wissen, Kollegin Wieser, unser Sozialminister ist absolut bereit, dieses Problem zu lösen (*Abg. Anton Schlager: Nein!*), aber natürlich nur für diejenigen, die tatsächlich in der Landwirtschaft arbeiten, denn ein Arbeiter bekommt seine Arbeitslosenunterstützung auch nur, wenn er berufstätig ist, oder eine Frau, die irgendwo im Gewerbe oder in der Industrie tätig ist, bekommt ihre Leistungen aus dieser Sparte auch nur, wenn sie versichert ist. (*Abg. Helga Wieser: Herr Kollege Stögner! Arbeitet die mittägige Bäuerin nicht in der Landwirtschaft?*)

Und eine letzte Sache, Kollegin Wieser, die Frage der Arbeitslosenunterstützung für Nebenerwerbslandwirte. Hier ist Ihnen scheinbar unbekannt, daß gerade auf diesem Sektor die Arbeitsämter sehr kulant sind und überall dort, wo nachgewiesen wird, daß die Bäuerin den Betrieb führt – und bei Nebenerwerbsbauern ist es ja ohne weiteres nachzuweisen, daß hier die Bäuerin, die Frau, also die Gattin, den Betrieb führt –, ohne Einschränkungen die Arbeitslosenunterstützung geben. Also hier nicht Behauptungen aufzustellen, die nicht richtig sind! (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Helga Wieser: Das ist auf dem Kulanzweg! Das ist aber nicht die gesetzliche Lage!* – *Abg. Ing. Ammann: Soll ihr das vielleicht vorenthalten werden? Das hat sie sich ja redlich verdient!*) Richtig, und daher wird hier auch so vorgegangen. Aber hier zu behaupten, daß es keine Möglichkeit gibt für Nebenerwerbsbauern, die über 44 000 S Einheitswert haben, das ist einfach unrichtig, und daher muß es berichtigt werden. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. – Abg. Anton Schlager: Herr Kollege, können wir das nicht gesetzlich regeln?*) Wir brauchen hier eine gesetzliche Regelung überhaupt nicht, denn wer die Praxis kennt, weiß, daß es über 88 000 S Einheitswert kaum mehr einen Nebenerwerbsbauern gibt und sich daher dieses Problem nicht stellt. (*Abg. Anton Schlager: Aber wenn wir doch das Gesetz entsprechend ändern würden?*)

Zum Abschluß möchte ich feststellen, daß wir derzeit etwas über 60 Prozent aller Bauern im Nebenerwerb haben, daß diese Bauern also sehr weitgehend von der landwirtschaftlichen Pro-

Stögner

duktion unabhängig sind, weil sie in der Regel durch ein ganzes Jahr hindurch ein anderes Einkommen mit haben. Dadurch tritt eine extensive Bewirtschaftung dieser Landwirtschaften ein. Hier in diesem Grünen Bericht kommt aber diese extensive Bewirtschaftung nicht entsprechend zum Ausdruck, was die Einkommen der gesamten Landwirtschaft selbstverständlich drückt.

Wir – das, glaube ich, kann ich mit Fug und Recht feststellen –, werden als sozialistische Fraktion dem Bericht nicht nur deswegen die Zustimmung geben, weil wir die Regierungspartei sind, sondern auch deswegen, weil aus diesem Grünen Bericht eindeutig hervorgeht, daß wir nicht nur eine Spannenverringerung zwischen Industrie und Gewerbe, Arbeiter und Landwirtschaft feststellen können, sondern es auch, wohl nur schrittweise, gelungen ist, die Disparität zwischen den einzelnen Gruppen innerhalb der Landwirtschaft zu verringern.

Und eine letzte Feststellung noch: Wer glaubt, daß er mit Pauschalierungen die Probleme der Landwirtschaft lösen kann, dem sage ich heute schon, daß er scheitern wird, denn wir haben Betriebe von unter fünf Hektar bis Tausende Hektar und noch dazu in ganz verschiedenen Bonitäten. Daß da ganz spezifisch für die einzelnen Gruppierungen Politik gemacht werden muß, ergibt sich von selbst. Wer also schabloniert, wird scheitern. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Präsident Probst: Zum Worte kommt die Frau Abgeordnete Rochus.

Abgeordnete Ottolie **Rochus** (**ÖVP**): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit einigen Stunden wird über den Grünen Bericht 1977 diskutiert, und er ist Anlaß vieler Meinungsverschiedenheiten.

Meine Fraktionskollegen haben mit Zahlen und Argumenten betont, daß dieser Bericht tatsächlich nicht die Lage der österreichischen Landwirtschaft widerspiegelt, und der Laie könnte daher leicht den Eindruck gewinnen, daß in der österreichischen Landwirtschaft sowieso alles in Ordnung ist.

Mein Kollege aus dem Burgenland, Herr Abgeordneter Koller, hat bereits den Bericht mit einer rosaroten Brille gelesen, denn er hat betont, wie gut es den Bauern gehe, sie könnten sich alles leisten, und es ist daher falsch, daß man sagt, es gehe ihnen schlecht. Gerade er kommt aus einem Gebiet, wo es große Flächen Sozialbrache gibt, wo die landwirtschaftlichen Betriebe klein sind und die landwirtschaftliche Bevölkerung ständig im Abnehmen ist und wo es sicherlich nicht die Bäuerinnen sind, die

teuren Kaffee zu jedem Preis kaufen und damit beweisen, daß sie sich doch vieles leisten können. Ich glaube, hier ist schon eine laienhafte Auslegung des Grünen Berichtes und eine Verkennung der Tatsachen 1977 vorhanden.

Die Landwirtschaftspolitik des Ressortministers – das haben wir heute schon gehört – und auch der sozialistischen Regierung hat eindeutig versagt. Der Grüne Bericht, der seit Jahren, seit vielen Jahren die gleiche Gliederung hat und sich auf die gleichen Grundlagen stützt, bietet keine Einkommensvergleiche und er bietet auch keine Disparitätsvergleiche zu anderen Löhnen.

Die § 7-Kommission hat schon sehr oft angeregt, daß man solche Vergleiche im Grünen Plan einbauen soll, aber der Herr Minister hat das nicht angenommen, er hat es abgelehnt, und der Grüne Bericht wird uns eben wieder so präsentiert, wie das schon seit vielen Jahren vorher der Fall war.

Die Abhandlung des Grünen Berichtes 1977 am Ende des Jahres 1978 ist sicher nicht mehr aktuell.

Herr Minister! Sie verlangen von jedem einzelnen Bauern, der eine Förderung erhält, ein langjähriges Betriebskonzept. Und Sie selbst geben in diesem Grünen Bericht keine kurzfristigen Prognosen. Dies wäre von Vorteil, denn dann könnte man im Jahr darauf gezieltere landwirtschaftliche Förderungen einsetzen. (*Beifall bei der ÖVP*.) Das tun Sie nicht.

Wie heute schon sehr oft betont wurde, wird der Einkommensabstand der Land- und Forstwirtschaft gegenüber den anderen Berufsständen immer größer. Im Grünen Bericht hat man auch die Auswirkungen dieses minderen Einkommens auf die Familie und den Betrieb nicht ausgewiesen und auch nicht untersucht.

Wenn Sie, Herr Minister, damit argumentieren, daß der Lebensstandard bei den bäuerlichen Familien nur deshalb gestiegen sein muß, weil sie höhere Verbrauchsausgaben haben, dann muß ich sagen: Das stimmt nicht! Jeder Wissenschaftler, jeder Betriebswirt wird Ihnen sagen: Je niedriger das Einkommen, umso höher ist der Anteil der Verbrauchsausgaben. Wenn zum Beispiel jemand von 10 000 S Gehalt 3 000 S für den Verbrauch ausgibt, dann gibt er genausoviel aus wie der, der nur 3 000 S einnimmt und 3 000 S für den Verbrauch ausgibt. Daher ist der Anteil der Verbrauchsausgaben beim niedrigen Einkommen höher. Außerdem sind die bäuerlichen Familien auch größer. (*Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Sie haben ja die absoluten Werte!*) Ich glaube, dies ist keine Grundlage, sagen zu können: Der Lebensstandard ist höher geworden, weil die

10624

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Ottolie Rochus

Verbrauchsausgaben gestiegen sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Bei verschiedenen Untersuchungen wurde festgestellt, daß die Dynamik des Strukturwandels in der Landwirtschaft abgenommen hat. Dies, weil die schlechte wirtschaftliche Lage und die Möglichkeit des Nebenerwerbes die bäuerlichen Familien verunsichert haben. Dieser Abwanderungsknick wird sich sicherlich so bemerkbar machen, daß mehr Arbeitskräfte wieder zur Landwirtschaft kommen, und diese Tatsache wird sich wieder negativ auf das Einkommen auswirken.

Die Landwirtschaft muß sich ihren Arbeitsplatz durch hohe Investitionen selbst sichern. Man hat den Eindruck, daß die Landwirtschaft eine gewisse Pufferfunktion gegenüber dem Arbeitsmarkt darstellen muß. Die Leute, die vom Nebenerwerb kommen und wieder daheim sind, die auch keine Arbeitslosenunterstützung bekommen, scheinen auch nicht in der Statistik der Arbeitslosen auf.

Wir haben heute schon gehört, daß ein beachtlicher Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung unter der Armutsgrenze liegt.

Sie, Herr Minister, haben betont, man solle den bäuerlichen Menschen helfen, sich selber zu helfen.

In der Situation, in der sich die landwirtschaftliche Bevölkerung, unsere bäuerlichen Familien befinden, suchen sie natürlich Rat und Hilfe bei der Beratung, vor allem weil sie finanziell schlecht gestellt sind, weil sie wirtschaftliche Sorgen, weil sie soziale Probleme haben und weil sie eben eine menschlich schlechte Situation auf ihren Bauernhöfen vorfinden. Die Aufgaben der Beratung nehmen dem Umfang nach, in der Vielfalt, in der Schwierigkeit zu, und die Tragweite der Beratungsarbeit wird immer größer.

Die Zahl der Beratungskräfte, Herr Minister, ist gleich geblieben, seit Jahren gleich geblieben, und ich muß sagen, sie wird sich nach Ihren Aussagen in der nächsten Zeit auch nicht vergrößern.

Die Beratungsdichte ist die schlechteste im EG-Raum, ich möchte hier gar nicht aufzeigen, wieviel Betriebe auf eine Beratungskraft kommen. Ziel der Beratung ist es, den bäuerlichen Familien bei der Lösung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und volkswirtschaftlichen Aufgaben und Probleme zu helfen.

Ihr Herr Staatssekretär, den Sie sich ja an Ihre Seite geholt haben, weil Sie gemeint haben, hier sei jemand, der sich für die Beratung interessieren und sich ihrer sehr annehmen solle, hat bei einer internationalen Beratertagung bestätigt,

daß die österreichische Beratung für die ganze westliche Welt beispielgebend ist. Das darf ich hier gleichfalls feststellen. Das ist auch in der Öffentlichkeit bekannt, und der Herr Staatssekretär hat das betont. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber – und jetzt kommt dieses Aber – wie schaut nun die Praxis aus? Meine Vorrednerin, Frau Abgeordnete Wieser, hat schon darauf hingewiesen, daß die Mittel für die Beratung gekürzt werden. Von Jahr zu Jahr werden die Mittel weniger. 1978 will man nur mehr die Personalkosten bezuschussen und keine Reisekosten dazugeben.

Jetzt frage ich Sie, Herr Minister: Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Sie sagen: Geht mich nichts an, die Länder sollen zahlen, die Kammern sollen zahlen, das ist nicht mehr meine Angelegenheit! Im Grünen Bericht steht aber ganz genau bei den Empfehlungen, daß man gerade die Bildungs- und Beratungsarbeit fördern muß, um eben den Bauern die Möglichkeit zu geben, sich durch fachliche Weiterbildung und Schulung selber zu helfen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Zackzkurs in der Agrarpolitik hat die Bauern sichtlich verunsichert. Ich glaube, das wird mir auch die linke Seite nicht abstreiten. Diese Agrarpolitik hat die bäuerlichen Menschen in eine nie dagewesene schlechte Situation gebracht. All diejenigen, die sich mit dem bäuerlichen Menschen enger befassen und mit ihm zusammenkommen, werden das bestätigen und zugeben müssen.

Gerade jetzt wollen Sie, Herr Minister, diesen Leuten auch noch die Beratung wegnehmen, jene Stelle, an die sie sich wenden können, wenn sie fachlichen Rat und Hilfe brauchen, noch dazu, wo die Richtlinien des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft besagen, daß jeder Förderung eine intensive Beratung vorausgehen muß. Jetzt frage ich mich: Wie sind Ihre Schlußfolgerungen? Brauchen wir die Beratung, brauchen wir sie nicht? Ist das Ministerium verpflichtet, Gelder bereitzustellen, oder schiebt es die Bezahlung auf die Länder und die Kammern, die sowieso keine Finanzkraft haben, ab?

Es würde mich sehr interessieren, ob die Beratung auch abgeschafft werden soll. Die Beratung, glaube ich, gleicht durch den menschlichen Kontakt zwischen Berater und bäuerlichem Menschen sehr viel aus, das dürfte Ihnen noch nicht ganz klar sein. Glauben Sie mir, auch wenn Sie sich nicht dazu bekennen: Sie brauchen die Beratung genauso, wie sie der bäuerliche Mensch braucht! (*Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Ich bekenne mich dazu! Nur ist es eine Aufgabe der Kammern!*) Sie

Ottolie Rochus

können nicht ganz einfach sagen: Die Kammern sollen zahlen, wo Sie doch genau wissen, daß die Kammern die finanzielle Kraft gar nicht aufbringen können, weil diese Institutionen auch von den bäuerlichen Abgaben leben und dort eben auch keine Finanzkraft ist. Eines ergibt ja das andere. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie tun das ganz einfach mit einem Achselzucken ab. Das sind aber Probleme, die auch im Rahmen einer vernünftigen Agrarpolitik gelöst werden müssen. Das muß auch einmal festgestellt werden. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte Ihnen eines sagen – Herr Minister, seien Sie mir nicht böse, wenn ich das von dieser Stelle aus sage! –: Wenn Sie wirklich das Wohl der Bauern im Auge haben, wenn Sie glauben, daß Sie das Beste für die Bauern wollen, dann können Sie nicht sagen: Die Beratung geht mich nichts an! – Ich muß bekennen: In meiner langen Dienstzeit bin ich schon sieben Ministern gegenübergestanden, aber ich habe noch bei keinem bemerkt, daß er so wenig Bindung zur bäuerlichen Bevölkerung hat wie gerade Sie. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Es ist richtig, daß die 9,9 Prozent landwirtschaftliche Bevölkerung den Tisch aller Staatsbürger Österreichs decken.

Diese Bevölkerungsgruppe braucht die Rücksicht aller anderen Staatsbürger, sie ist schwächer und klein gegenüber den 90 Prozent, die anderen Bevölkerungsgruppen angehören, und sie arbeitet ohne Rücksicht auf Verluste, ohne Rücksicht auf unzumutbare Belastungen, ohne Rücksicht auf Verzichte persönlicher Art für die Versorgung unseres Bundesstaates.

Wenn Sie heute diesen Grünen Bericht zu einem rosaroten Bericht gestempelt haben, dann, behaupte ich, kennen Sie die Situation der Landwirtschaft nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme schon noch auf praktische Beispiele zurück.

Nun möchte ich einige Worte zur Grenzlandförderung sagen. Das Grenzlandsonderprogramm läuft seit 1974 und ist mit 1980 befristet. Eigentlich ist es ja die Regionalförderung, aber man hat von dort etwas weggenommen und hat es da wieder dazugegeben, jetzt heißt es halt „Grenzlandsonderprogramm“.

Ich muß als burgenländische Abgeordnete hervorheben: Dort ist das Geld zuwenig. Auch der Schlüssel 50 : 50, das heißt 50 Prozent Bund, 50 Prozent Land, ist auf die Dauer nicht haltbar, denn gerade bei uns im Burgenland, wo wir vor allem einen sozialistischen Finanzreferenten haben, der ja nicht die große Liebe zur Landwirtschaft entdeckt hat, ist man nicht bereit, die Bundesgelder sofort auszulösen.

(Zwischenruf.) Das ist ein neuer Zug von Herrn Landesrat Vogl, ich habe das noch nicht bemerkt, denn die Bauern müssen im Burgenland auf die Förderung ein Jahr und länger warten, weil das Land die Bundesmittel nicht auslöst. Das sind gegebene Tatsachen, die jederzeit belegt werden können. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben bei der Grenzlandförderung 1977 alle Anträge fertiggestellt und konnten, weil erstens zu wenig Geld war und zweitens die Gelder nicht flüssiggemacht werden, erst heuer, also 1978, die Gelder an die Bauern weiterleiten.

Und jetzt frage ich Sie, Herr Minister, ob Sie wissen, was das bedeutet, wenn ein Bauer sich bereit erklärt, die Förderung wahrzunehmen und durchzuführen. Er muß sehr viel vorfinanzieren und investieren, bis er einmal so weit ist, damit er die Förderungsmittel auslösen kann, und dann muß er erst ein Jahr und länger warten.

Wir haben im südlichen Burgenland, gerade im Gebiet des Herrn Nationalrates Koller, eine Sozialbrache von 4 100 Hektar. Meine Damen und Herren! Das muß Ihnen doch etwas sagen. Die Sozialbrache ist ja ein Problem, wenn man das zu Ende und an die Zukunft denkt, bedeutet das Abwanderung, sterbende Gemeinden, keine Schüler, keine Industrie und das bedeutet, daß der ländliche Raum seine Funktion verliert.

Und da muß geholfen werden. Die Grenzlandförderung darf daher nicht 1980 aufhören, sondern muß weiter finanziert werden. Das ist eine Forderung, die ich hier als burgenländische Abgeordnete stelle. Denn der Streifen an der toten Grenze, Herr Minister, wenn das so weitergeht, wird menschenleer und trostlos sein, wo ein toter Raum an der toten Grenze sein wird.

Diese brachliegenden Felder gehören kommassiert, damit man den Anreiz zur Bewirtschaftung gibt. Da müssen öffentliche Mittel dazu eingesetzt werden, denn die Bauern, die abgewandert sind, werden nicht auf ihre Kosten kommassieren, das können Sie sich vorstellen. Wenn man einen Anreiz zur Bearbeitung oder zur Verpachtung gibt und wenn man Interesse hat, daß der ländliche Raum an der toten Grenze erhalten bleibt, dann muß man hier einspringen.

Die Steuerkraftkopfquote im Burgenland beträgt 68 Prozent des österreichischen Durchschnitts. Es ist die schlechteste Steuerkraftkopfquote. Es muß auch einmal gesagt werden, daß gerade den Grenzlandgebieten – ich rede jetzt nicht nur vom Burgenland, sondern von all denen, für die das Grenzlandsonderprogramm gilt – geholfen werden muß. Der Raum bedarf einer besonderen Unterstützung und

10626

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Ottolie Rochus

Hilfe, insbesondere die Landwirtschaft und natürlich auch alle anderen Wirtschaftsgebiete. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Ich habe in letzter Zeit bei Zusammentreffen mit Bauern und Bäuerinnen verschiedene Äußerungen gehört, und ich muß Ihnen das weitergeben. Mir hat das gefallen, weil der einfache Bauer und die einfache Bäuerin ja ein gutes Gspür haben, ob man es gut meint oder nicht.

Da hat mir jetzt jemand gesagt: Schauen Sie, wenn wir Gemüse bauen, haben wir Schwierigkeiten mit dem Verkaufen, weil die Importe hereinkommen, wir können also unser Gemüse nicht auf den Markt bringen, weil zu früh der Import freigegeben wird. Beim Wein haben wir gehört, daß wir eine Überproduktion haben. Da wird die Schuld hin- und hergeschoben – der Herr Minister hat gesagt, die Bauern sind schuld –, statt zu helfen. Ich habe es im Fernsehen gesehen, Sie haben hier so leise Andeutungen gemacht.

Beim Ölsaatenprojekt, Herr Minister, haben Sie sogar Ihre Beamten hinausgeschickt ins Burgenland, um zu erkundigen, wie es ausschaut. Die Leute wurden aufmerksam gemacht, aber jetzt ist nichts, jetzt ist es nur versprochen und jetzt wird nichts daraus.

Die Probleme der Getreidebauern sind heute schon sehr oft erörtert worden. Bei uns im Burgenland zum Beispiel ist die Exportförderung des Zucht- und Nutzviehes sehr schleppend, weil das Land im Verzug ist. Wie gesagt, der sozialistische Finanzreferent läßt sich, wenn es um die Landwirtschaft geht, sehr Zeit mit Geldzuweisungen.

Die Milchbauern in unserem Grenzland sind durch das Grenzlandsonderprogramm gefördert worden, und jetzt kommt das Milchproblem auch für diese kleinen Bauern, die sonst keine Möglichkeit haben, ihre Existenz zu sichern, als eben nur mit der Milchproduktion.

Ich könnte noch viele Dinge aufzählen und könnte Sie aufmerksam machen, daß Ihr Grüner Bericht nicht stimmt. In der Tatsache ist es so, daß es den Bauern in Österreich nicht besser, sondern schlechter geht und daß diese 9,9 Prozent – ich betone es immer wieder – nicht müde werden, trotz der Schwierigkeiten eben zu produzieren und unser österreichisches Volk zu ernähren. Das darf man nicht vergessen immer wieder zu betonen.

Das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, das wir uns vorstellen und zu dem wir uns bekennen, baut auf die Stellung des Bauern als freien Unternehmer und auf seine persönlichen Leistungen auf. Unser agrarisches Leitbild ist

der bäuerliche Familienbetrieb; der muß auch in Zukunft bestehen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ihre Agrarpolitik, Herr Minister, bedeutet für diese Bevölkerungsgruppe ein ewiges Zickzack, mit keinem Ziel und keinem Programm. Vor allem glaube ich, daß Sie nicht das Wohl des Bauern im Auge haben. Sie betrachten ihn immer wieder als politisches Spielzeug. Und dazu sage ich im Namen meiner Fraktion ein ganz deutliches Nein. – Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Kriz.

Abgeordneter **Kriz** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann der Kollegin Rochus nur eines sagen: Wenn sie den Herrn Bundesminister Haiden beschuldigt, daß er keine Prognosen in seinem Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1977 erstellt hat, so besagt ja das Wort „Bericht“, daß ich berichte über etwas. Ich glaube, es wäre besser, beim Budget diese Prognosen zu erstellen, doch nicht beim Bericht für 1977.

Noch etwas zur Kollegin Rochus. Wenn es den Bauern im Burgenland wirklich so schlecht geht, wie sie es uns jetzt wiederum so dramatisch geschildert hat, dann wundert mich nur, daß bei allgemeinen Wahlen im Burgenland immer die Sozialisten die Sieger sind, auch mit vielen Stimmen der Bauern, das möchte ich einmal gesagt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sehr verehrte Damen und Herren! Wir haben heute schon viele Pro- und Kontraredner zum Grünen Bericht 1977 gehört. Es beginnt bereits die achte Stunde, daß wir diese Debatte abwickeln. Aber was wir immer wieder von den Oppositionsparteien gehört haben und jetzt wieder von der Kollegin Rochus, ist so, als hätte es seit der Regierung Kreisky keine Einkommenszuwächse für die Landwirtschaft gegeben.

Ich glaube, als Volksvertreter haben wir die Verpflichtung, unserer Bevölkerung ein so objektives Bild wie möglich über die Situation, ein klares Bild über die Situation in der Landwirtschaft zu geben.

Ich betone, obwohl Sie diese Tatsachen wissen müßten, daß es 1975 und 1976 gute Bauernjahre mit Einkommenszuwächsen im Durchschnitt je Familienarbeitskraft von 13 beziehungsweise 12 Prozent gegeben hat.

Die Entwicklung – das geben wir zu – der Einkommen in den bäuerlichen Voll- und Zuerwerbsbetrieben war 1977 durch besonders stark unterschiedliche Tendenzen gekennzeichnet. Es gab Erfolge, aber auch einige Rückschläge, das wurde heute schon des öfteren hier

Kriz

erörtert. Nach Rekordergebnissen der letzten Jahre, meine Damen und Herren, trat 1977 eine Verflachung der Steigerungsrate in einigen Teilbereichen ein. Vielleicht, so könnte man es auch nennen, war eine geringe Stagnation zu verzeichnen.

Dafür aber der Regierung oder dem Landwirtschaftsminister die Schuld zu geben, wäre zu einfach. Hier spielen – wie Sie selbst wissen – auch andere Faktoren mit, die meine Vorredner schon angeführt haben.

Ich glaube, wir Sozialisten haben immer wieder durch Taten bewiesen, daß wir den Problemen und Nöten im ländlichen Raum eine große Aufgeschlossenheit entgegengebracht haben.

Wie könnte es sonst sein, daß wir seit Beginn des Grünen Planes, der seit 1961 geführt wird, verstärkt während der sozialistischen Regierungsperiode, allein 1977 für 9 535 Kreditnehmer die Finanzierung von Investitionen durch die im Grünen Plan vorgesehenen Zinsenzuschüsse für Agrarinvestitionskredite erleichtert haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Insgesamt, und das wissen Sie so gut wie ich, wurde hiefür ein Kreditvolumen von 2 Milliarden S beansprucht. Hunderttausende Bauern, genauer gesagt 246 000 Darlehensnehmer, haben in einem Zeitraum von 16 Jahren 22 Milliarden Schilling an Agrarinvestitionskrediten bekommen. (Abg. Kern: *Das brauchen die Bundesländer in einem Jahr!*) In einem Jahr, geh übertreib nicht!

Wenn diese Zahlen keine positive Bilanz für die Landwirtschaft zeigen, dann weiß ich einfach nicht, was noch gemacht werden soll. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich weiß schon, fordern ist leicht, aber alle Wünsche erfüllen weitaus schwieriger. Auch die Regierung Klaus, und ich darf Sie noch einmal erinnern, Sie sollen das ja nicht vergessen, konnte nicht alle Ihre berechtigten oder vielleicht auch manchmal unberechtigten Wünsche erfüllen.

Bitte, erinnern Sie sich doch, wie der damalige Bundeskanzler bei Bauerndemonstrationen gegen die damalige ÖVP-Regierung fluchtartig durch ein Hintertürl unbequemen Verhandlungen mit den Bauern aus dem Wege ging. Minister Haiden hat das noch nie getan, und er scheut auch keine Verhandlung und er spricht auch mit ihnen über alle anstehenden Probleme. Wir aber wollen verstärkt helfen, dazu gehört eben oft der Agrarinvestitionskredit.

Wie wir alle wissen, ist der AIK billiges Geld, zur Auffrischung unseres Gedächtnisses ist es gut zu erinnern, einen Teil der Zinsen, nämlich

4,5 Prozent, zahlt der Darlehensnehmer und den anderen Teil, ebenfalls 4,5 Prozent, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Ich glaube – und das müssen wir jetzt objektiv einmal feststellen –, nirgends gibt es noch so zinsenbegünstigte Kredite, wobei wir Sozialisten froh sind, daß diese Kredite für Investitionen, zum Beispiel zur Verbesserung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, von Wegen, Maschinen und in der Hauswirtschaft gegeben werden.

Die Kreditobergrenze beträgt derzeit 400 000 S, die Kredituntergrenze 20 000 S. Für eine Verbesserung in der ländlichen Hauswirtschaft muß der Bauer oder die Bäuerin aus Eigenmitteln 40 Prozent der Gesamtkosten aufbringen, 60 Prozent der Gesamtkosten können mit Hilfe des AIK abgedeckt werden.

Aber auch für Jungbäuerinnen – weil man immer das Gefühl bei Ihnen hat, daß sie sagen, es wird für die Jungbäuerin nichts gemacht –, haben wir im Jahr 1977 Hausstandsgründungsdarlehen eingeführt, unabhängig von bereits gewährten Agrarinvestitionskrediten. Eine Zinsverbilligung für einen Agrarinvestitionskredit in der Höhe von 30 000 S kann jederzeit unter gewissen Voraussetzungen gewährt werden.

Oder sehen wir uns ein anderes Gebiet an, etwa im sozialen Bereich. So erhöhten sich die Ausgaben des Bundes zur Pensionsversicherung der Bauern einschließlich Zuschußrentenversicherung und der Ausgleichszulagen von 1976 bis 1977 um 21,5 Prozent auf 4 832,6 Millionen Schilling.

Nun werden Sie sagen, dafür zahlen wir auch mehr Sozialversicherung. Ich will das nicht bestreiten. Aber hören Sie, meine Damen und Herren, die Relation ist weit geringer. Ich werde es dann noch genauer sagen.

Die Abgabe, die von den Land- und Forstwirtschaftsbetrieben zur Pensionsversicherung der Bauern selbst aufgebracht wurde, erhöhte sich im gleichen Zeitraum um nur 9,5 Prozent auf runde 200 Millionen S.

Nun möchte ich Sie, auch die Oppositionsparteien, bitten, mit mir diesen Bericht aufzuschlagen, die Seite 37, die letzte Spalte zu beachten. Beitrag von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum Ausgleichsfonds der Familienbeihilfen 1977: 72 740 000 S.

Für die Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft wurden nach Schätzungen des Bundesministeriums für Finanzen für Familien, Geburten, Schulfahrtbeihilfen sowie für Schulfreifahrten und unentgeltliche Schulbücher folgendes geleistet:

Familienbeihilfe 1,860 Milliarden Schilling, Leistung aus dem Ausgleichsfonds, Geburtenbe-

10628

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Kriz

hilfe 160 Millionen Schilling. Schulfahrtbeihilfe und Schülerfreifahrten 227 Millionen Schilling, unentgeltliche Schulbücher 117 Millionen Schilling. Insgesamt 2,364 Milliarden Schilling.

Der Bund, und wenn Sie da jetzt nachrechnen, meine Damen und Herren, gibt mehr als dreimal so viel für diese sozialen Leistungen aus. Eine ganz nüchternen, klare Feststellung.

Oder ein anderes Beispiel: Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zur Pensionsversicherung der Bauern, ebenfalls auf Seite 37: 1977 200 763 000 S.

Beitrag des Bundes zur Pensions- und Krankenversicherung der Bauern sowie zur land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung, Pensionsversicherung der Bauern einschließlich der Zuschußversicherung mit Ausgleichszulagen: 4 832 000 000 S.

Zuschuß für die Krankenversicherung der Bauern: 531,5 Millionen S.

Beitrag des Bundes für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung: 141,1 Millionen Schilling.

Insgesamt gibt der Bund 5 505,2 Millionen S aus. Also, das heißt wiederum im Klartext, der Bund gibt mehr als 25mal soviel für die Pensionsversicherung und Krankenversicherung und forstwirtschaftliche Unfallversicherung aus.

Und das, meine Damen und Herren, obwohl die Haupterwerbsbetriebe 1977 um 43 800 zurückgegangen sind. Sie sehen, trotz Rückgangs dieser Betriebe gibt der Bund Milliardenbeträge aus, und Sie meinen noch immer, daß die sozialistische Regierung für den Bauern nichts macht. Ihre Meinung wird hiemit widerlegt.

Oder die Umschichtung der Kinderabsetzbezüge. Heute ist es schon ein bißchen angeklungen, die Familienbeihilfen werden ab 1. 1. 1978 einen Vorteil für hunderttausend bürgerliche Familien, pro Kind von zirka 350 S, bringen, so wie gestern es Generalsekretär Lanner meinte, ist dies vielleicht die Verschwendungs politik der Regierung Kreisky? Um 30 S mehr im Monat gibt es für jedes Kind ab 1. Jänner 1979 aus der Familienbeihilfe. Ich weiß schon, das wird abgetan als ein Bettel. Aber seit 1970, und lassen Sie sich wiederum von mir sagen, als die Sozialisten die Regierungsverantwortung übernahmen, ist das die achte Erhöhung der Familienbeihilfe. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein Großteil dieser Beträge kommt natürlich auch den bürgerlichen Familien zugute, aber das alles wird von Ihnen negiert. Ihr Sprachschatz, und ich habe mir die Diskussion heute wirklich genau angehört, kennt bei dem Bericht über den Grünen Plan 1977 zumeist nur stereotype Sätze,

viel zuwenig, alles zuwenig, uns darf es einfach unter einer sozialistischen Regierung nicht besser gehen. Aber glauben tun Sie das, meine Damen und Herren, ja selbst nicht. Es ist einfach nicht zu leugnen, daß der Lebensstandard der bürgerlichen Familien ab 1977 weiter verbessert wurde. Der Verbrauch der Besitzerfamilien stieg in den Voll- und Zuerwerbsbetrieben im Schnitt um 9 Prozent, wobei es natürlich – und das ist heute schon herausgearbeitet worden – regionale Unterschiede gibt.

Real stieg das landwirtschaftliche Einkommen zwischen 1970 und 1977 – und das ist unbestritten – um mehr als ein Drittel. Muß ich es Ihnen noch deutlicher sagen? Ich habe hier einige Untersuchungen: Der Verbrauch der bürgerlichen Betriebsinhaberfamilie in Schilling je Haushalt und Jahr, weil, wie Sie gemeint haben, der Index nichts aussagt, war 1977 im Bundesmittel 141 335 S, natürlich regional verschieden. Wie aber eine Untersuchung der Arbeiterkammer Tirol ergab, lagen die durchschnittlichen Jahresausgaben pro Haushalt nach Bruttoarbeitseinkommensstufen der Dienstnehmer in Gewerbe, Industrie und Handel, mittleres Einkommen, im Jahr 1977 bei 137 974,28 S.

Sie sehen also, daß der Verbrauch der bürgerlichen Betriebsinhaberfamilie 1977 weit- aus höher war. Sie können es ja nicht zugeben, und ich weiß, daß Sie eine Linie vertreten müssen, aber wenn man nachdenkt, dann weiß man, daß unsere Bauernfamilien ja nicht mehr ausgeben können, als sie einnehmen. Also so schlecht, wie Sie immer tun, kann es nach den zwei unabhängig geführten Untersuchungen bestimmt nicht sein. (Abg. Kern: *Das macht der Androsch schon lange, daß er mehr ausgibt, als er einnimmt!*)

Wer spricht von Ihnen noch über die Gratisschulbuchaktion und die freien Schulfahrten, die selbstverständlich auch den Kindern unserer Landwirte besonders zugute kommen, eine sozialpolitische Leistung, die Sie nie – und das möchte ich ausdrücklich betonen nie! – während Ihrer Regierungszeit zusammengebracht haben.

Wir wissen schon, wir können von Ihnen keine Lorbeeren erwarten. Aber Sie als Vertreter der ÖVP und des Bauernbundes sollen wenigstens diese gravierenden Leistungen im Interesse der Landbevölkerung anerkennen.

Wollen Sie vielleicht sagen, meine Damen und Herren, daß Kinder von Bauernfunktionären diese Vorteile etwa ablehnen? Nein, mitnichten. Sie sollen es auch nicht. Aber der größte Nutznießer der freien Schulfahrten von der Struktur her gesehen ist eben unsere bürgerliche Bevölkerung.

Kriz

Auch bei Heimbeihilfen vielfacher Art profitieren zumeist unsere bäuerlichen Familien. Von der Geburten- und Heiratsbeihilfe, die genauso den jungen Landwirten, wenn das Ereignis eintritt, zugute kommt, ganz zu schweigen. Aber davon redet man einfach nicht. Man nimmt an, daß man das vergißt. Alles, was die sozialistische Regierung an Gutem gebracht hat, ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Nur bei Ihren damaligen Regierungen konnten diese Leistungen im Interesse der bäuerlichen Bevölkerung nicht erbracht werden. Sie haben es einfach nicht geschafft. Die Frage, warum, können Sie selbst beantworten. Jedenfalls scheint es mir so, daß Ihrerseits viel zu wenig für die Landbevölkerung getan wurde.

Bei der Beurteilung der Lage der österreichischen Landwirtschaft muß man auch die Leistungen im Rahmen der Sozialpolitik für die Landwirtschaft und die besonders begünstigte Situation im steuerlichen Betrieb – man denke unter anderem auch an die Schere, an das Auseinanderklaffen zwischen Einheits- und Verkehrswert – beachten; ich möchte da gar nicht eine Anekdoten anführen, die der Herr Landeshauptmann Maurer einmal im Fernsehen über seinen landwirtschaftlichen Betrieb zum Besten gegeben hat.

Ich gebe zu, es gibt auch offene landwirtschaftliche Probleme. Aber wo, in welchem Land, gibt es diese nicht? Die Abgeordneten Hubinek und Wieser und andere Kollegen der ÖVP fordern ein Mutterschaftsgeld auch für die Bäuerinnen. Ich will gar nicht sagen, daß ihre Forderung unberechtigt wäre. Aber so geht es auch wieder nicht, einfach zu sagen, der Staat allein soll zahlen. Sie wissen, es gibt einen Entwurf des Sozialministeriums bezüglich Leistung eines Mutterschaftsgeldes. Daß dieser Entwurf auch einen Finanzierungsvorschlag beinhaltete und eine Beitragszahlung vorsah, sollte für Kenner der Materie selbstverständlich sein. (Abg. Hietl: Der ist einseitig! Da kommen nicht alle in den Genuß!)

Nein, der ist nicht einseitig! Sie hätte aber auch den künftigen Beziehern des Mutterschaftsgeldes eine dem Karenzurlaubsgeld der Arbeitnehmerinnen gleichgestellte Leistung erbracht: 4 250 S monatlich für ledige und zirka 3 000 S für verheiratete Mütter hätte das ab 1. Jänner 1978 zu gewährende Mutterschaftsgeld betragen. Sie lehnten den Entwurf unverständlich ab. Ob Ihnen dies die Mütter aus dem ländlichen Raum danken werden, wird wiederum, wie schon so oft, die Zukunft weisen. (Abg. Kern: Wir können es ja nicht beschließen, das müßt's ja ihr beschließen!)

Die Zeitung des niederösterreichischen Bauernbundes brachte vor einiger Zeit ein völlig aus

der Luft gegriffenes Argument: Alle sollen zahlen und die wenigsten bekämen etwas davon. Wer den Sozialversicherungsbereich auch nur annähernd kennt, kann dazu nur lächeln. Mit einem Schlag wäre meiner Meinung nach nach dem Entwurf des Sozialministeriums weit über die Hälfte aller Bäuerinnen in den Kreis der Anspruchsberechtigten gekommen.

Wir Politiker wissen, daß man anstehende landwirtschaftliche Probleme nicht durch tagesspolitische Kraftmeiereien, wie uns dies der Herr Abgeordnete Halder hier heute im Parlament wieder vorexerziert hat, lösen kann. Es gehört beiderseits guter Wille dazu und eine gewisse Konsensbereitschaft, schwierige Materien zu lösen. Wir benötigen – und das möchte ich hier ganz besonders herausstreichen – keine Radikalisierung des Bauernstandes. Die Methode des Bauernbundes und seiner Vertreter, alles herabzuqualifizieren, kann aber kaum geeignet sein, wichtige Fragen, meine Damen und Herren, im Interesse der Landwirtschaft jener raschen Erledigung zuzuführen, die im Sinne unserer gemeinsamen Agrarpolitik liegen sollte. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es sind heute schon einige Male die Zukunftsaspekte der Land- und Forstwirtschaft angesprochen worden. Dabei wurde aber einem Bereich bisher keine Aufmerksamkeit geschenkt, dem ich einige Darlegungen widmen möchte, und zwar handelt es sich um den Bereich Land- und Forstwirtschaft als Energieerzeuger.

Die ganze Agrarpolitik steht nach wie vor im Banne der eigentlichen uralten Aufgaben der Landwirtschaft, nämlich Nahrungsmittel zu erzeugen und außerdem noch tierische und pflanzliche Rohstoffe beziehungsweise Halbfabrikate zu liefern. Diese agrarpolitische Szenerie ist nach wie vor gekennzeichnet durch das verzweifelte Bemühen, aus einem Teufelskreis herauszukommen. Dieser Teufelskreis ist charakterisiert auf der einen Seite durch immer steigende Nahrungsmittelüberproduktion in allen möglichen Bereichen – Milch, Getreide, Wein, um nur Stichworte zu nennen –, auf der anderen Seite von einem ständigen Absinken des Anteils der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt.

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß die Landwirtschaft noch 1950 fast 18 Prozent Anteil am volkswirtschaftlichen Gesamtprodukt hatte; dieser Anteil ist jetzt auf

10630

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dr. Stix

5 Prozent abgesunken und wird weiter sinken, wenn sich die Dinge so wie bisher entwickeln.

Über die damit Hand in Hand einhergehende Landflucht und Abwanderung von Hunderttausenden Menschen – Arbeitskräften – aus der Landwirtschaft brauche ich mich hier nicht weiter zu verbreitern; dieser Sachverhalt ist sattsam bekannt.

Nun taucht aber eine völlig neue Herausforderung auf. Die Herausforderung ist nicht zuletzt wieder deutlich geworden durch das Volksabstimmungsergebnis des 5. November. Man wird sich um neue Energiequellen umsehen müssen. Es ertönt jetzt schon überall der Ruf, daß die sogenannten Alternativenergien zu entwickeln seien. Und im Zusammenhang damit steht zu hoffen, daß nunmehr endlich auch der Ernst jener Hinweise begriffen wird, die viele – auch wir Freiheitliche – schon vor Jahren gegeben haben und auch wiederholt hier im Hause vorgetragen haben, daß man doch endlich erkennen möge, wie in Zukunft auch unserer Land- und Forstwirtschaft neben den herkömmlichen Produktionsaufgaben eben die ganz neue Aufgabe zukommt, auch zum Energieerzeuger zu werden.

Auch das ist im Ansatz wenigstens keine so neue Aufgabe, lediglich in der Dimension und in der Technologie. Im Ansatz war das Brennholz, das aus der Land- und Forstwirtschaft gekommen ist, seit Jahrtausenden ein bekannter Energierohstoff, Energieträger. Und er gehört auch zu jenem mysteriösen Wort „Biomasse“. Was heißt nun eigentlich „Biomasse“?

Leicht verständlich ausgedrückt, ist alles, was wächst, Biomasse. Wenn man es wissenschaftlicher formulieren will, dann mag man etwa die Definition heranziehen, die Professor Faninger in seinem Buch „Nutzung der Sonnenenergie“, jüngst erschienen, verwendet. Unter „Biomasse“ wird vor allem jenes biologische Material verstanden, das aus Kohlendioxid, Wasser, Mineralsalzen und Sonnenenergie photosynthetisch gebildet wird. Im Grunde genommen handelt es sich um nichts anderes als um die biologisch fixierte Form von Sonnenenergie. Wenn man die Dinge genau betrachtet, dann könnte man seit jeher die Landwirte als die größten Anwender von Sonnenenergie bezeichnen. Aber das nur am Rande.

Hinter diesem wissenschaftlichen Ausdruck von der Biomasse und der daraus zu erzeugenden Energie verbergen sich eine ganze Menge konkreter Dinge, die auch für Österreich und besonders für Österreich in der jetzigen Situation hoch interessant sind. Ich will nur einige wenige herausgreifen, gewissermaßen beispielhaft darlegen, ohne allzusehr in Details zu

gehen. Es geht mir heute nämlich nicht darum, hier große Konzepte vorzutragen, sondern lediglich einen Beitrag zu leisten für eine neue Bewußtseinsbildung auch in der Agrarpolitik, die eben leider derzeit noch nicht gegeben ist.

Bleiben wir gleich beim Energieträger Holz. Er spielt in der momentanen Energiebilanz Österreichs eine sehr bescheidene Rolle. Das Brennholz macht etwa einen Anteil von 2 Prozent aus. Aber eine bewußte Entwicklung dieser Energiequelle könnte zu ganz anderen Größenordnungen führen. Ich stütze mich hier auf Unterlagen, die der Hauptverband der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe Österreichs zusammengestellt hat. Es haben wichtige Wissenschaftler daran mitgewirkt. Ich nenne nur Namen wie Professor Schmidt oder Professor Bauer oder Dr. Stigler. Die Liste ist nicht vollständig. Mir geht es nur darum, zu zeigen, daß es sich hier nicht um Phantastereien oder Phantasien eines spintisierenden Theoretikers handelt, sondern daß hier handfeste wissenschaftliche Grundlagenforschung betrieben wurde und wird und daß hier ganz konkrete praktikable Vorschläge vorliegen.

Es heißt etwa, daß allein aus den derzeit nicht verwendeten Holzabfällen und im Hinblick auf die enormen Durchforstungsrückstände theoretisch 6 bis 7 Millionen Festmeter jährlich aufgebracht werden könnten. Mit einer Jahresmenge von nur 600 000 Festmeter Spreißeln etwa könnte ein 50-Megawatt-kalorisches-Kraftwerk betrieben werden. Und zehn solche Kraftwerke können in Österreich ohne weiteres mit der heute schon vorhandenen forstlichen Biomasse betrieben werden.

Wissen Sie, was das bedeutet? – Zehn 50-Megawatt-Kraftwerke ergeben zusammen 500 Megawatt, und das nun nicht in Betrieb gehende Kernkraftwerk Zwentendorf liegt in der Größenordnung von 700 Megawatt.

Hier bietet sich also sehr wohl schon eine der ganz großen Alternativen an, nach denen jetzt so laut gerufen wird. (Abg. Pansi: Herr Kollege Dr. Stix!) Bitte. (Abg. Pansi: Wie wollen Sie denn das machen? Wie wollen Sie das Holz heruntertransportieren und dann verheizen? Bedenken Sie, was das kostet!) Herr Pansi! Sie reden von der Kostenseite. Von Ihnen als Gewerkschafter hätte ich einen Jubelschrei erwartet, nämlich daß darin, in dieser Bewältigung der Energiekrise durch solche Methoden, sogar eine ungeheure Chance liegt, um Vollbeschäftigung herbeizuführen, wo wir doch heute überall mit dem Problem der Arbeitslosigkeit konfrontiert sind. Die Bewältigung der Energiekrise mit Hilfe dieser neuen Alternativenergien ist zugleich auch eine von der Gewerkschaft leider noch nicht erkannte Chance für eine neue

Dr. Stix

Vollbeschäftigung. (Zustimmung bei der FPÖ. – Abg. Pansi: Herr Kollege Stix! Nun ist der Unterschied nur der: Ich habe mein ganzes Leben in der Forstwirtschaft verbracht und Sie nicht! Das ist der Unterschied! – Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das ist unrealistisch!)

Herr Kollege Pansi! Die Kostenseite ... (Neuerlicher Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg.) Hier hat auch jemand gerufen. Ich habe leider nicht gehört, was es war. (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das ist unrealistisch!) Unrealistisch?

Es liegen auch wissenschaftliche Kostenberechnungen vor. Da heißt es etwa, daß man mit der heutigen bekannten Technik sowie unter Berücksichtigung der Kosten für Waldbau und Waldbau-technik, Holzwerbung, Transport, Lagerung und Trocknung, Zerkleinerung und Bodenrente bereits heute, also ohne große Entwicklung, bei nur 73 Groschen je Kilowattstunde ist. Wir wissen heute, daß etwa die Atomstromberechnungen bis zu 1 S und darüber gegangen sind. (Abg. Pansi: Zeigen Sie mir ein solches Kraftwerk auf der Welt!) Herr Pansi! Das ist nicht unrealistisch. (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das ist unrealistisch! – Abg. Pansi: Sagen Sie mir ein solches Kraftwerk auf der Welt! – Abg. Dr. Tull: Das ist Utopie, Herr Kollege! – Abg. Mondl: Märchenerzähler!)

Erstens gibt es derartige kleinere (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Kleinere!) Verwertungen sehr wohl. Aber die Aufgabe – und das bitte ich doch endlich einmal erkennen zu wollen –, vor die wir gestellt sind und vor die wir sogar unausweichlich gestellt sind, ist die, eben genau diese Technologien zu entwickeln. Und weil Sie bitte sagen, das sei alles so unrealistisch: Herr Kollege Pansi, ich hatte Gelegenheit ... (Abg. Dr. Tull: Die Elektrolyse werden wir damit machen, Herr Kollege! In Ranshofen werden wir das machen!) Herr Kollege Dr. Tull! Ich darf Sie gleich ein bißchen informieren.

Ich hatte Gelegenheit, in einen Schriftwechsel Einblick zu nehmen, an welchem der leider so tragisch und früh verstorbene Generaldirektor Wilhelm Erbacher beteiligt war und dessen Empfänger ich nur deswegen nicht nennen darf, weil ich versprochen habe, die Vertraulichkeit zu wahren. Da setzt sich der leider zu früh verstorbene Generaldirektor Erbacher auch mit diesen Überlegungen auseinander.

Er kommt zu folgender Auffassung – hier schreibt er von Stroh, und das bezieht sich dann in weiterer Folge auf alle holzähnlichen Abfälle –: Es liegen uns auch durchaus positive Ergebnisse hinsichtlich der Verwendung der erzeugten Pallets in Kesselanlagen seitens österreichischer Unternehmungen, wie Waagner-Biro und Zellwolle Lenzing-AG, vor.

Er weist in mehreren Seiten auf die zu lösenden und lösbar-technischen Probleme hin und kommt dann zum Schluß zu der Auffassung: Wenngleich derzeit noch keine großtechnische Einsatzmöglichkeit in großen Kraftwerksblöcken gegeben ist, halte ich doch Stroh für einen jedenfalls im Inland in gewissen Mengen einsetzbaren Rohenergieträger.

Es ist also nicht so, daß die Leute, die auch Praktiker in der Energiewirtschaft sind, diese Dinge ablehnen, sondern sehr wohl sehen, daß da etwas drin liegt. Nur muß das eben bitte entwickelt werden. Und darüber liegen wissenschaftliche Arbeiten vor. Die politische Aufgabe besteht darin, jetzt die wirtschaftlichen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen und diese Dinge in größerem Maßstab zu entwickeln.

Das ist eine Aufgabe. Politik ist eine Gestaltungsaufgabe, statt zu sagen: Nein, das geht nicht. Das wissen wir sowieso von allen Experten, daß immer der erste Ruf der etablierten Technokratie bei neuen Dingen, die gesagt werden, lautet: Das geht nicht! – Alles, was neu auf dieser Welt ist, ist am Anfang von der etablierten Technokratie blockiert worden. Und genau vor dieser Situation steht die Landwirtschaft im Bereich der Energieproduktion aus Biomasse.

Ich will mich aber gar nicht allzu lange beim Holz aufzuhalten. Nur noch eine abschließende Feststellung, die wieder zeigt, welche Dimensionen hier möglich sind – das ist bitte eine wissenschaftliche Arbeit –: Die jährlich produzierte Energiemenge auf einem Drittel der Gesamtfläche Österreichs könnte rund ein Drittel des österreichischen Primärenergiebedarfs decken. Oder, Herr Kollege Pansi: Der heute bereits stattfindende forstliche Zuwachs entspricht mengenmäßig, wenn man ihn in Energieeinheiten immer mit dem untersten Heizwert umrechnet, einem Viertel der bekannten österreichischen Braunkohlevorkommen. Das heißt also: Der Energieinhalt unserer österreichischen Braunkohlevorkommen wächst uns alle vier Jahre in der Forstwirtschaft sowieso zu. Das sind Potentiale.

Wenn wir vielleicht niemals in der praktischen Ausnutzung an diese Größenordnung herankommen: Allein ein Bruchteil davon bedeutet einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung mit Alternativenergie. – Soviel zum Holz.

Erwähnen möchte ich noch das Stroh, weil das schon so viel zitiert wurde und strittig ist. Auch hier zitiere ich aus einer wissenschaftlichen Arbeit, noch einmal Faninger, der sich aber auf andere Arbeiten von Wissenschaftlern dabei

10632

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dr. Stix

stützt und der schreibt: Allein das Strohaufkommen in Niederösterreich könnte fünf bis sechs 100-Megawatt-Kraftwerke betreiben.

Auch das ist wieder fast die Größenordnung von Zwentendorf. Wir haben also auf der einen Seite im Bereich der Holzverwertung einmal Zwentendorf beinahe und auf der anderen Seite im Bereich der Strohabfallverwertung in der Landwirtschaft ein zweites Mal beinahe Zwentendorf. Damit sind aber keineswegs noch die Möglichkeiten der Energieerzeugung aus Biomasse in der Landwirtschaft erschöpft.

Ich darf daran erinnern – ich hatte Gelegenheit, das schon einmal vorzutragen, ich will mich daher nicht mehr allzusehr verbreiten –, daß allein die Verwertung organischer Abfälle im Wege der Biogaserzeugung mindestens – mindestens! – dazu beitragen könnte, daß die Landwirtschaft als solche energieautark wird. Das wurde bestätigt durch ein Symposium, das erst Anfang dieses Jahres, nämlich im Februar 1978, vom Gottlieb Duttweiler-Institut in Zürich abgehandelt wurde, das genau zu derselben Schlußfolgerung gelangt ist, die da lautet: Allein mit dem heutigen Stand der Technik könnte binnen kürzester Zeit die Landwirtschaft zu einem Energieselbstversorger gemacht werden.

Das sind nur Beispiele. Über andere Dinge, die in den Bereich der Photosynthese hineingehen, möchte ich gar nicht reden, denn das ist wirklich Zukunftsmusik, das befindet sich im Stadium der theoretischen Grundlagenarbeit. Aber auch dieser ferne Zukunftshorizont verdient einmal angepeilt zu werden.

Notwendig wäre – und das ließe sich sehr wohl machen –, daß die Agrarpolitik endlich dazu übergeht, nicht nur über Milchpreise, über Fonds, über Stützungsmaßnahmen und alles mögliche in dieser Richtung zu reden, sondern daß sie einmal auch erkennt, daß sich hier eine völlig neue ungeheure Produktionschance für die Landwirtschaft anbietet, wodurch die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft zahlenmäßig, aber auch qualitativ verbessert werden könnten und woraus erwartet werden darf, daß die Landwirtschaft tendenziell in Zukunft wieder einen größeren Beitrag zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung wird leisten können, als sie dies derzeit tut.

Aber dazu ist eben ein Umdenken notwendig, ein Heraustreten aus eingefahrenen Gleisen. Wir Freiheitlichen werden nicht locker lassen, unseren Beitrag dafür zu leisten, daß auch diese Zukunftsaufgabe der Landwirtschaft, nämlich zum Energieproduzenten zu werden, erkannt wird und dann schrittweise auch in Österreich in die Tat umgesetzt wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Url.

Abgeordneter Ing. Url (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den ganzen Tag über wurde nun der Grüne Bericht für das Jahr 1977 durchgepflegt, von vorne nach hinten und von hinten nach vorne, und mir bleiben nur einige spezielle Punkte noch übrig, die ich besonders herausheben möchte.

Wir, die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, haben uns bemüht, den Bericht mit einer klaren Brille zu lesen. Die sozialistischen Abgeordneten haben dies – wie sollte das anders sein – mit einer rosaroten Sonnenbrille getan. Fest steht, das möchte ich ganz allgemein sagen, daß die bescheidenen Verbesserungen und Erfolge, die für die Landwirtschaft erzielt wurden, nur unter dem Druck – unter dem massiven Druck! – der Österreichischen Volkspartei, des Bauernbundes und der bäuerlichen Interessensvertretung gegen den Widerstand der Regierung zustande gekommen sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Erinnern wir uns doch an die vielen Vorsprachen und Anträge, an Demonstrationen, die notwendig waren, um dies zu erreichen. Ich erinnere auch an die diversen Preisverhandlungen, egal ob es Milch- oder Getreidepreisverhandlungen waren, wie langwierig, schwierig und aufreibend diese Verhandlungen meist geführt wurden, ständig gegen den Widerstand der sozialistischen Regierung. Sie, Herr Minister – das machen wir Ihnen zum Vorwurf –, sind nie auf der Seite der Bauern gestanden, sondern immer auf der Gegenseite.

Wie schwierig war es, den Vorsteuersatz von sechs auf acht Prozent zu erhöhen. Die Verhandlungen haben ein ganzes Jahr lang gedauert, und es war notwendig, daß wir Bauern massiv aufgetreten sind. Immerhin ist dadurch der Bauernschaft ein Verlust von 1 Milliarde Schilling zugefügt worden.

In letzter Zeit – das ist noch in bester Erinnerung – waren die Marktordnungsverhandlungen. Nur dem entschlossenen Auftreten der bäuerlichen Vertretung ist es zu verdanken, daß ein einigermaßen akzeptables Ergebnis dabei herausgekommen ist. Und so könnte man das fortführen.

Wir haben heute schon gehört, es wäre dringend notwendig, Maissperrlager anzulegen. Die Regierung beziehungsweise der Landwirtschaftsminister haben wieder taube Ohren.

Viele unangenehme Dinge konnten von den bäuerlichen Vertretern im Parlament abgewehrt werden. Was war alles vorgesehen? – Von

Ing. Url

Beitragserhöhungen bei der Sozialversicherung, bis zur allgemeinen Buchführungspflicht für die Bauern spannt sich der Bogen. So könnte man auch das weiterführen! Sie haben zwar gesagt, daß die Bauern die Erfolge der sozialistischen Agrarpolitik bei den Wahlen honorieren. Ich frage Sie: Wie ist das bei den Landwirtschaftskammerwahlen? Mehr als 80 Prozent der Bauern wählten den Bauernbund! Wo bleibt da das Verständnis für die sozialistische Agrarpolitik?

Ein Problem, auf das der Herr Abgeordnete Hanreich eingegangen ist, möchte ich ganz kurz aufgreifen. Das ist die Kälbermastaktion, über die heute schon mehrmals gesprochen wurde und die von den Bauern einfach nicht verstanden werden kann. Den Bauern ist es unverständlich, daß sie zwingend 125 Kilogramm Milchaustauscher verfüttern müssen, um in den Genuss der Förderung zu kommen. Der Bauer muß die Frischmilch, die gesunde Vollmilch, zum Molkereibetrieb bringen, von der Molkerei kommt die Milch dann in das Trocknungswerk, dort wird mit hohem Energie- und Kostenaufwand das Wasser herausgetrocknet. Danach kommt das Milchpulver wieder zurück zum Landwirt, wo unter hohem Kostenaufwand wieder heißes Wasser zugesetzt wird.

Diese Prozedur ist wirklich grotesk und irrational. Kein Bauer kann das für richtig finden, obwohl wir verstehen, daß der Milchpulverberg langsam abgebaut werden muß. Dafür gäbe es sicher vernünftigere Vorschläge.

Es ist angeregt worden, Kälbermast mit Magermilch zu versuchen. Davor warnen wir, weil die Magermilch allein sich kaum für eine Kälbermast eignet. Viel vernünftiger wäre es, sich zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, Frischmagermilch für die Schweinemast zu verwenden. Magermilch als Ersatz für importierte Eiweißfuttermittel – Fischmehl und Sojaschrot – in der Schweineproduktion wäre wünschenswert.

Der vorliegende Bericht ist ein Spiegelbild – so wurde es heute schon dargestellt – der sozialistischen Agrarpolitik im Jahre 1977. Wie sieht nun dieses Bild aus? – Der Bericht ist die Bestätigung einer völlig verfehlten und vor allem konzeptlosen Agrarpolitik durch die sozialistische Regierung beziehungsweise durch den sozialistischen Landwirtschaftsminister. Große Leistungen wirtschaftlicher und überwirtschaftlicher Art – das ist heute schon mehrmals herausgestellt worden – von der Bauernschaft auf der einen Seite, hoher Arbeitsaufwand, steigende Kosten, sinkende Einkommen und eine auch im Jahr 1977 anhaltend starke Abwanderung aus der Landwirtschaft auf der anderen Seite sind die Kernpunkte dieses Berichtes.

Ich möchte vor allem darauf hinweisen, daß es abermals nicht gelungen ist, die Einkommensdisparität zwischen den in der Landwirtschaft Beschäftigten einerseits und den anderen Berufsgruppen abzubauen. Es wurde heute an Hand einer Graphik in einer sehr anschaulichen Form schon darauf hingewiesen – und es kommt dies auch im Grünen Bericht sehr eindeutig zum Ausdruck –: Die Disparität ist nach wie vor vorhanden. Ein Bauer verdient nur 57 Prozent dessen, was ein Facharbeiter in der Industrie verdient! Auch die innerlandwirtschaftliche Disparität konnte nicht oder kaum verringert werden. Vor allem sind es die bergbäuerlichen Betriebe, die in der Einkommensschöpfung wieder völlig zurückgeblieben sind, nicht nur beim landwirtschaftlichen Einkommen, sondern auch beim Gesamteinkommen.

Auffallend und besorgniserregend ist, daß im Hochalpengebiet ein großer Teil der Betriebe, und zwar 37 Prozent, ein landwirtschaftliches Einkommen erzielt, das unter 30 000 S jährlich liegt. Das sind 2 500 S monatlich, und damit liegen viele Betriebe, die nicht die Möglichkeit des Zu- und Nebenerwerbs haben, unter der Armutsgrenze. Der Anteil des landwirtschaftlichen Einkommens am Gesamteinkommen geht auch ständig weiter zurück und beträgt im Hochalpengebiet nur mehr 55 Prozent. Gerade für das landwirtschaftliche Einkommen, Herr Minister, sind Sie zuständig. (*Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Das gesamte Einkommen!*) Auch wenn man das Gesamteinkommen betrachtet, Herr Minister, gibt es eine Disparität. Dies ist ziemlich klar im Grünen Bericht ausgewiesen. Wir sehen, daß der Einkommensabstand von Betrieben in ungünstigen Gebieten zu Betrieben in den Gunstlagen sehr groß ist.

Weil eben das landwirtschaftliche Einkommen bei weitem nicht ausreicht, stieg auch die Zahl der Nebenerwerbsbauern in den letzten Jahren stark an, von 1973 bis 1976 – darüber gibt es genaue Unterlagen – um über 40 000 Betriebe.

Nun zum Rohertrag: Der Rohertrag ist um 5 Prozent gestiegen, der Aufwand um 7 Prozent. Das ist eine Entwicklung, die sich nun schon Jahre hindurch fortsetzt; die Kosten steigen ständig stärker als die Erträge. Die laufenden Belastungen, die uns die sozialistische Regierung mit ihrer Belastungspolitik beschert, treffen ja im besonderen die Bauern. Es gäbe da wieder eine ganze Liste – im Grünen Bericht ist es ja angeführt – aufzuzählen. Wir zahlen jedenfalls den höchsten Dieselpreis in ganz Europa, und laufende Erhöhungen der Steuern, der Gebühren, der Abgaben bewirken, daß diese Preis-Kosten-Schere ständig weiter auseinanderklafft und daß es nicht möglich ist, die ständig

10634

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Ing. Url

steigenden Kosten in den Produktpreisen unterzubringen. Auf diese Art, Herr Minister, wird die Landwirtschaft nicht gefördert, sondern auf diese Art wird ihr Schaden zugefügt! (*Zustimmung bei der ÖVP. – Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Ein Wort noch zum Agrarhandelsbilanzdefizit, das 14 Milliarden Schilling im Jahre 1977 betrug. Die Bauern verstehen einfach nicht, daß man landwirtschaftliche Produkte im Werte von über 20 000 Millionen Schilling importiert und im Inland die Produktion beschränkt. Wir haben mit Freude zur Kenntnis genommen, daß es im heurigen Jahr eine günstigere Entwicklung gibt. Trotzdem wird das Defizit wieder die gigantische Summe von rund 12 Milliarden Schilling ausmachen.

Es ist schon klar darauf hingewiesen worden, daß das Ölsaatenprojekt einer dringenden Realisierung bedarf. Wir importieren Fette und Öle im Wert von über 1 Milliarde Schilling. Wir könnten uns eine Menge Devisen ersparen und auch zur Entlastung des Getreidemarktes ganz wesentlich beitragen, wenn der Ölsaatenanbau rasch verwirklicht werden könnte.

Zu den Bergbauern im besonderen; auch hier hat sich das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft gegenüber den Vorjahren kaum verändert. Die Diskriminierung der Bergbauern ist nach wie vor gegeben. Das landwirtschaftliche Einkommen beträgt nur 75 Prozent vom Bundesmittel.

Noch wesentlich ungünstiger ist ja die Lage im Hochalpengebiet. Hier hat sich seit dem Jahre 1972 praktisch keine reale Einkommensverbesserung ergeben. Wenn man das Gesamteinkommen um die Verbraucherpreisindexsteigerung bereinigt, dann sehen wir, daß das Gesamteinkommen in Schilling pro Betrieb im Jahre 1972 höher war als im Jahre 1977.

Da muß man dann wirklich fragen – Herr Minister, Sie sind damals als Bergbauern-Staatssekretär in die Regierung eingetreten, und auch jetzt als Landwirtschaftsminister reden Sie sehr viel über die Bergbauernförderung –: Wo sind die Erfolge geblieben? Nach wie vor führen die Bergbauern, die Bauern im Hochalpengebiet vor allem, ein Schattendasein am Rande der Gesellschaft.

Ich habe mir die Schlußrechnungen eines Bergbauernbetriebes aus dem Mürztal mitgenommen, und da kommt an Hand der Besitzerverbrauchsrechnung sehr deutlich zum Ausdruck, wie hoch beziehungsweise wie nieder der Lebensstandard der bergbäuerlichen Familien ist. Sicherlich ist ein einzelner Betrieb nicht repräsentativ, aber man kann doch eine gewisse Tendenz dabei herauslesen.

Eines wird offensichtlich, wenn wir diese Schlußrechnungen durchsehen: Es gibt seit Jahren keinen Reinertrag mehr. Im Jahre 1973 betrug die negative Reinertragsverzinsung rund 2 000 S, im Jahre 1977 waren es bereits 140 000 S. Das ist eine sehr bedenkliche Entwicklung!

Nun schauen wir uns den Verbrauch an. Der Verbrauch gibt am ehesten Auskunft über den Lebensstandard einer bäuerlichen Familie.

Wir sehen: Im Jahre 1977 – von einer vierköpfigen Familie – Barentnahmen von 45 000 S. Die Hälfte des Gesamtverbrauches entfällt in etwa auf die Verköstigung. Das ist Ausdruck für einen sehr niedrigen Lebensstandard. Der Durchschnittsösterreicher verwendet nur mehr 26 Prozent seines Einkommens für Lebensmittel. Ein Jahr zuvor, 1976, finden wir unter Barentnahmen lediglich einen Betrag von 26 000 S.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß viele Familien in Österreich derartige Beträge allein für den Urlaub ausgeben. Und hier handelt es sich um die Barentnahme einer bäuerlichen Familie für ein ganzes Jahr!

Im Jahre 1975 gab es Barentnahmen von 34 000 S, im Jahre 1974 betragen sie 21 000 S. Daraus ersehen Sie, wie sparsam, wie genügsam diese Menschen leben müssen. Da schaut dann das Bild, das Sie heute gezeichnet haben, doch anders aus.

Wir alle wissen, wie notwendig die bäuerliche Bevölkerung für die Erhaltung und Gestaltung unseres Erholungs- und Kulturlandes ist, vor allem im Hinblick auf den sehr devisenträchtigen Fremdenverkehr. Die Bauern, die Bergbauern im besonderen, verstehen es nicht, daß ihre anerkannt großen Leistungen, die überwirtschaftlichen oder sekundären Leistungen, nicht besser und gerechter abgegolten werden. Angeichts der Verschwendungen, die in vielen anderen Bereichen gerade von der sozialistischen Bundesregierung im Übermaß betrieben wird – ich nenne nur die Gratisschulbücher, die UNO-City oder die Defizite bei den Bundestheatern –, sind die Direktzahlungen an die Bergbauern mehr als bescheiden.

Herr Minister! Der vorgesehene Milchpreisstützungsabbau trifft wieder die Bergbauern und die Grünlandbauern ganz besonders. Abgesehen von der Verteuerung der Exporte und einem möglichen Konsumrückgang ist es doch so, daß bei einer Mengenbeschränkung laufend in gewissen Abständen Milchpreisregulierungen notwendig sind. Milchpreisregulierungen beziehungsweise Produzentenmilchpreiserhöhungen

Ing. Url

sind umso schwieriger und unwahrscheinlicher, je höher der Konsumentenmilchpreis bereits ist.

Die jetzt gültige Milchmarktregelung bedarf – auf das ist heute schon mehrmals hingewiesen worden – flankierender Maßnahmen. Wir vermerken durch die Mengenbeschränkung bei der Milch ein höheres Angebot an Zuch-, Nutz- und Schlachtvieh und eine wesentlich geringere Inlandsnachfrage. Die Preise bei den Versteigerungen in der letzten Zeit waren völlig unbefriedigend. Der Durchschnittspreis bei den trächtigen Kalbinnen anlässlich der Braunviehversteigerung in Leoben betrug lediglich 15 600 S.

Es wäre dringend notwendig, die Exporte in verstärktem Umfang zu fördern. Es geht nicht nur um die Exportförderungsmittel allein, es geht auch um die Überwindung einer verkomplizierten Bürokratie. Es dauert viel zu lange, bis eine Zustimmung zum Export erteilt wird, bis dann die Mittel freigestellt werden. Heuer war es doch so, daß Hunderte Ochsen in der Obersteiermark wochenlang auf ausgefressenen Weiden gestanden sind – vorgekauft von den Firmen –, nur weil die Exportlizenzen nicht zeitgerecht ausgestellt wurden.

Die Verluste, die die Bauern durch die falsche Handels- und Exportpolitik erleiden, sind viel höher, als sie auf der anderen Seite durch den Bergbauernzuschuß, der ohnehin nur auf die Zone 3 beschränkt ist, gewährt kriegen.

Insgesamt und abschließend: Der vorliegende Grüne Bericht ist Ausdruck einer völlig konzeptlosen und auch falschen Agrarpolitik. Er bestätigt, daß die Diskriminierung der Bauernschaft um ein weiteres Jahr prolongiert wurde. Deswegen können wir diesem Bericht auch nicht die Zustimmung geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Egg. (*Abg. Kraft: Der nächste Bauer!*)

Abgeordneter Egg (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der heutigen Diskussion, an der offensichtlich nach Meinung der Bauernbündler nur geborene Bauern teilnehmen dürfen (*Heiterkeit*), möchte ich doch zu Beginn meiner Ausführungen vorerst darauf hinweisen, daß eine Reihe Ihrer Begründungen sehr deutlich gemacht hat, wohin in Wahrheit Ihre heutige Stoßrichtung geht. Sie haben die Absicht – das wurde heute schon sehr deutlich ausgesprochen –, soweit als möglich in dieser Debatte klarzulegen, daß die Regierung kein Verständnis für die Landwirtschaft habe und daß der Landwirtschaftsminister ein Vollstrecker einer negativen Landwirtschaftspolitik

sei und nicht die Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Österreich wahrnehme.

Darf ich Ihnen dazu, meine Herren der Opposition, doch sehr deutlich von unserem Standpunkt aus sagen, daß die Landwirtschaft und die landwirtschaftliche Bevölkerung für uns genauso wichtig sind wie alle anderen Teile der österreichischen Bevölkerung und daß ihr Wohlergehen und die weitere Entwicklung uns mindestens ebenso am Herzen liegen wie Ihnen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das haben sozialistische Landwirtschaftsminister immerhin in einer mehr als achtjährigen aktiven Tätigkeit für die österreichische Landwirtschaft erfolgreich unter Beweis gestellt. Wenn Sie, naturgemäß und verständlich, den Versuch unternehmen, ausgehend vom Bericht 1977 die Landwirtschaftspolitik der sozialistischen Landwirtschaftsminister einer harten Kritik zu unterziehen, so mag das sicherlich in Ihren Augen richtig sein.

Unsere Überzeugung ist es, daß wir bei Anerkennung aller Schwierigkeiten, die es im landwirtschaftlichen Bereich allerdings nicht erst seit heute gibt, doch auch die Aufgabe haben, deutlich zu machen, mit welchen Leistungen und Schwerpunktleistungen sich die sozialistische Regierung bemüht hat – mit Erfolg bemüht hat! –, für die Landwirtschaft in Österreich eine Besserstellung im realpolitischen Bereich auch tatsächlich zu erreichen. Allein deshalb muß ich es mir heute doch zur Aufgabe machen, in einigen Dingen etwas stärker mit einzusteigen, weil einfach dargelegt werden muß, daß Ihre Behauptungen, die Sie heute stereotyp immer wieder vorbringen, doch nicht so zutreffen, wie Sie das in Katastrophenform immer wieder an die Wand zu malen versuchen.

Natürlich ist unbestritten, daß die innerlandwirtschaftlichen Einkommensdisparitäten vorhanden sind, wenn es auch eine günstige Entwicklung im Interesse des landwirtschaftlichen Bereiches in den letzten Jahren gegeben hat. Zugegebenermaßen ist das im Jahre 1977 nicht in diesem Ausmaß gelungen, wie wir es uns alle gewünscht hätten. Trotzdem kann man aber bei Vergleich der Streuung der Betriebe nach dem Gesamteinkommen feststellen, daß der Prozentsatz jener Betriebe in der Landwirtschaft, die einen entsprechenden Zuwachs erhalten oder erarbeiten konnten, doch beachtlich größer ist als in den Jahren vorher.

Wenn man diesbezüglich Untersuchungen anstellt, dann soll man auch von der Tatsache ausgehen, daß das Jahr 1975 wie auch das Jahr 1976 doch mit wesentlich besseren Ergebnissen im Rahmen des Grünen Berichtes aufwarten

10636

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Egg

konnten. Dies ist nicht der Fall, weil wir damals eine bessere oder schlechtere Politik gemacht haben, sondern einfach deshalb, weil sich aus der landwirtschaftlichen Struktur, aus der Kleinheit der landwirtschaftlichen Betriebe, aus der Verschiedenartigkeit der Ertragslagen dieser landwirtschaftlichen Unternehmungen in Österreich und aus den Witterungsverhältnissen zwangsläufig unterschiedliche Erträge ergeben müssen.

Wir können im Rahmen unserer Landwirtschaftspolitik, die wir immer wieder insbesondere Ihnen, meine Damen und Herren vom Bauernbund, sehr deutlich klarzumachen versuchen, primär dazu übergehen – das haben wir auch getan im Laufe dieser acht Jahre –, differenzierte Landwirtschaftspolitik zu machen, vor allen Dingen jenen zu helfen, die in ihrem Einkommen eine stärkere Hilfe des Bundes notwendig haben, und langsam jene Überschüsse dort abzubauen, wo es die Landwirtschaft tatsächlich zu verkraften vermag. Sie sind, das sei zugegeben, diesen Weg, wenn auch mit manchen Widerständen in bestimmten Bereichen, etwa bei der letzten Regelung der Marktordnung, und mit entsprechenden Einbremsungsbemühungen in Ihrer konservativen Art, mitgegangen. Sie sind immerhin in diesen Bereichen mitgegangen, und das soll auch im Zusammenhang mit dieser Diskussion ausgesprochen werden.

Wenn ich schon darauf hingewiesen habe, meine Damen und Herren, daß das Jahr 1977 verglichen mit dem Betriebseinkommen der früheren Jahre insgesamt gesehen natürlich nicht sehr angenehm war, so muß man, um der Wahrheit auch auf diesem Gebiet die Ehre zu geben, doch anerkennen, daß auch in diesem Jahr 1977 im Rahmen des vorliegenden Berichtes deutlich gemacht wird, daß es Regionen, daß es tatsächlich landwirtschaftliche Gebiete gibt, in denen ein beachtlicher Zuwachs erzielt werden konnte. Auch das sollte man heute aussprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe mir erlaubt, eine Zusammenstellung zu machen, um aus den Jahren 1975, 1976 und auch 1977 eine Übersicht zu bekommen, welche Entwicklung sich tatsächlich in den verschiedenen landwirtschaftlichen Gebieten ergeben hat.

Wir wissen, daß im Wald- und Mühlviertel im Jahre 1977 eine Einkommensminderung eingetreten ist. Wir wissen aber auch, daß im Jahre 1976 ein Zuwachs von 28 Prozent zu verzeichnen war. Wenn wir nun Vergleiche etwa mit dem Bereich des Voralpengebietes mit einem Zuwachs von 31 Prozent pro Familienarbeitskraft im Jahre 1977 anstellen, wenn wir feststellen, daß im Bereich des Hochalpengebietes doch immerhin noch ein Zuwachs von

17 Prozent erreicht werden konnte, und wenn wir sehen, daß im Flach- und Hügelland im Jahre 1977 kein Zuwachs festzustellen war, so soll das doch nur wieder deutlich machen, wie sehr in Wahrheit die Entwicklung auch dieser Einkommen vom Ernteertrag im Jahre 1977 abhängig war.

Wenn wir noch eines weiteren Beweises bedürfen, meine Damen und Herren, dann erinnere ich Sie an den Bericht 1968. Auch damals war sehr deutlich festzustellen, daß eine ähnliche Entwicklung wie im Jahre 1977 vorgelegen ist. Es gab nämlich durch entsprechend schlechte Ernteerträge im Jahre 1968 und darüber hinaus durch einige andere Tatsachen und Umstände auch zum Zeitpunkt der ÖVP-Alleinregierung eine wesentlich geringere Ertragslage für die gesamte Landwirtschaft.

Wenn man diese Vergleiche ohne Dramatisierung, ohne Katastrophenstimmung vornimmt, dann wird uns allen bewußt, daß Landwirtschaftspolitik und Beurteilung dieser Politik nicht innerhalb eines Jahres vorgenommen werden können, sondern eben ein längerer Zeitraum notwendig ist, um hier eine tatsächliche Beurteilung vornehmen zu können. Es sei nochmals festgestellt, meine Herren des Bauernbundes: Die Beurteilung wurde im Jahre 1971 und im Jahre 1975 sehr deutlich vorgenommen. Es war nämlich letztlich die landwirtschaftliche Bevölkerung, die uns damals das Vertrauen auf Grund unserer Landwirtschaftspolitik deutlich ausgesprochen hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Schließlich soll noch einmal wiederholt werden, daß bei diesen schwierigen Positionen in den einzelnen landwirtschaftlichen Regionen doch eine Reihe von Förderungsinstrumenten und Hilfen geschaffen wurden, gleich ob es sich nun um den Bergbauernzuschuß handelt, der von Ihnen hin und wieder mit der linken Hand abqualifiziert wird, oder um Investitionshilfen und Bewirtschaftungsprämien. Wir wissen, daß das noch nicht ausreicht, denn es sind letztlich beide Partner notwendig, nämlich die Landwirtschaft einerseits und andererseits der Bund und die Länder, die ja vor allem zuständig sind, um hier gemeinsame Wege zu finden, einen zweckmäßigen Einsatz der Geldmittel sicherzustellen.

Wenn heute schon darauf hingewiesen wurde, daß im Rahmen des Nebenerwerbs, im Rahmen des Fremdenverkehrs immerhin schon beinahe 60 Prozent der Landwirte in der Lage sind, ihr Einkommen entsprechend aufzubessern, so mag Ihnen auch das zeigen, daß sich die übrige Wirtschaftspolitik in Österreich bemüht hat, jene Voraussetzungen zu schaffen, die es den kleinen Landwirten, die nicht allein von der Produktion der Landwirtschaft leben können, ermöglichen,

Egg

Arbeitsplätze zu finden oder zusätzliche Verbesserungen im eigenen Bereich herbeizuführen. (Beifall bei der SPÖ.)

Da Sie im Verlauf des heutigen Tages, meine Damen und Herren, immer wieder von besonderen Belastungen und von geringen Hilfen gesprochen haben, möchte ich auch dazu einige wenige Bemerkungen machen. Seit es den Grünen Plan gibt, nämlich seit dem Jahre 1961, wurden etwa 14 Milliarden Schilling bis Ende des Jahres 1977 ausgegeben. Damit wurden die Struktur, der Absatz und die Verwertung verbessert sowie die Produktionsgrundlagen in den landwirtschaftlichen Bereichen bessergestellt.

Ich will jetzt nicht auf Details eingehen, sondern nur festhalten, daß in der Zeit von 1961 bis 1970, also in neun Jahren, insgesamt 5 Milliarden Schilling in diesem Bereich als Subventionen und Leistungen für die Landwirtschaft ausgegeben wurden, während wir in der Zeit von 1970 bis 1977, also bitte nur in sieben Jahren, 9 Milliarden Schilling für diese Leistungen aufgewendet haben. Das beweist, daß über die Teuerungsrate hinaus zusätzliche Leistungen der sozialistischen Regierung in allen Bereichen zur Verfügung gestellt worden sind.

Einige wenige Bemerkungen noch zu den zweifellos vorhandenen Absatzproblemen auf dem Rindermarktsektor. Auch hier sind wir sicher wieder grundsätzlich einer Meinung, wenn wir feststellen, daß Benachteiligungen im Rahmen der EWG im Bereich der Exporte, die wir bemüht sind zu vergrößern, existieren. Aber auch hier muß zur Steuer der Wahrheit gesagt werden, meine Damen und Herren, daß etwa in den Jahren 1966 bis 1969 210 Millionen Schilling für Stützungen der Exporte zur Verfügung gestellt wurden – also in Ihrer Zeit –, während wir in der Zeit von 1974 bis 1977 1 243 000 000 S für denselben Zweck aus Mitteln des Bundes aufgewendet haben.

Sicher sind die Ausfuhren auf dem Zucht- und Nutzrindsektor nicht in jenem Ausmaß gestiegen, wie wir das alle gerne haben wollten. Trotzdem war es im Vorjahr, also im Zeitraum des Grünen Berichtes, möglich, eine Verbesserung herbeizuführen, und zwar im Rahmen der Zucht- und Nutzrinderausfuhr immerhin um etwa 7 Prozent und im Rahmen der Schlachtrinderausfuhr um etwa 40 Prozent, was sehr bedeutend ist. Wollte man das Jahr 1978 noch bis zum 30. September hinzunehmen, dann wird auch hier bewußt, daß die Bemühungen des sozialistischen Landwirtschaftsministers auch in diesem Jahr Erfolg hatten. Es ist nämlich eine weitere Steigerung eingetreten in diesem dreiviertel Jahr des Jahres 1978, und zwar bei Nutz- und Zuchtrindern um rund 13 Prozent und bei

der Summe der Schlachtrinder um etwa 28 Prozent.

Ich sage nochmals: Sosehr wir das als Erfolge registrieren, sosehr sind wir deswegen trotzdem nicht befriedigt, und es werden alle Aktivitäten eingesetzt werden, um auf diesem Gebiet eine bessere Startmöglichkeit im Rahmen der EWG zu bekommen.

Und nun könnte ich wieder dazu übergehen und fragen: Wie hat es 1966 mit dem Schlachtrinderexport ausgeschaut, als es diese Schwierigkeiten von dieser Seite nicht in dieser Form gegeben hat? – Damals waren es viel weniger, gleich ob es sich um Zuchtrinder oder um Schlachtrinder gehandelt hat.

Ich will jetzt nicht den Vergleich zwischen 1966 und 1977 in Zahlen darstellen, wohl aber festhalten, daß es im Jahr 1977 um ein Bedeutendes mehr an Ausfuhren gab als seinerzeit im Jahr 1966.

Schließlich sollten unsere Überlegungen, wenn wir diesen Grünen Bericht diskutieren, doch auch von der Tatsache ausgehen, daß das Überangebot landwirtschaftlicher Produkte nicht nur in Österreich sichtbar und vorhanden ist, sondern daß in Wahrheit alle Agrarweltmächte auf diesem Gebiet von Jahr zu Jahr entsprechende Zuwächse haben und das weitere zusätzliche Problemstellungen für alle Agrarstaaten zur Folge haben wird.

Und hier sich dann in einer Form anzuagieren, meine Damen und Herren, die durchaus nicht der Zusammenarbeit dienlich ist, wenn ich an einige Bemerkungen denke, die hier gemacht wurden, ist zweifellos nicht zielführend. Zielführend ist vielmehr, wenn man beide Seiten, sowohl das Positive als auch die Problemstellungen sieht, die es letztlich im Rahmen dieser Landwirtschaftspolitik in Österreich gibt. (Beifall bei der SPÖ.)

Darf ich abschließend diese wirtschaftliche Lage noch einer Beurteilung von einem anderen Gesichtspunkt her kurz unterziehen, ohne das als Vorwurf verstanden zu wissen. Schon vorweg sage ich, wenn ich nun einige Sätze zur Sozialpolitik bringe: Zum Unterschied von uns ist in der Bundesrepublik Deutschland die Sozialpolitik im Agrarhaushalt beinhaltet. Das will ich durchaus nicht als Legitimation dafür bezeichnen, daß ich nun hiezu einige Bemerkungen mache, aber es soll zumindest dem Verständnis dienen.

Und wenn ich hier die Zahl nenne, wenn ich sage, daß im Jahre 1977 der Beitrag des Bundes zur Pensionsversicherung fast 5 Milliarden Schilling war, dann tue ich es nicht deshalb, um aufzuzeigen, wie viel die österreichische Bevöl-

10638

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Egg

kerung jetzt über die Steuern für die Landwirtschaft tut, sondern bitte das in der Form zu verstehen, wie sehr Sie es versäumt haben, vor dem Jahre 1970 dafür zu sorgen, daß für die Pensionsvorsorge der ländlichen Bevölkerung auch die entsprechenden Beitragszeiten vorhanden sind. Das ist doch in Wahrheit der Vorwurf, den wir Ihnen zu machen haben, daß Sie vor dem Jahr 1969 beziehungsweise 1970 nicht bereit waren, auf diesem Gebiet entsprechende Aktivitäten trotz unserer Anstöße, die wir Ihnen gegeben haben, zu setzen. Und das ist heute die Rechnung, die wir letztlich im Rahmen des Budgets immer wieder mitzubezahlen haben.

Sie finden es auch als sehr zweckmäßig und politisch für Sie zielführend, immer wieder deutlich zu machen, daß die Entwicklung auf dem Sektor der Steuern für die österreichische Bevölkerung besonders belastend sei.

Sie machen das selbstverständlich auch im Rahmen der landwirtschaftlichen Versammlungen, das habe ich immer wieder auch bei uns bemerkt, ohne aber dabei darauf hinzuweisen, daß in der Landwirtschaft doch eine beachtliche Sonderstellung vorhanden ist, die sich etwa darin ausdrückt, daß im Jahre 1977 die Selbständigen in der Landwirtschaft pro Kopf insgesamt in diesem Jahr 905 S an Steuern bezahlt haben, während die Unselbständigen in diesem Zeitraum – wenn man die Pensionisten mit einbezieht – mehr als 10 000 S auf den Tisch dieser Budgetentwicklung zu legen hatten.

Hier also von einer entsprechenden Steuerbelastung zu sprechen, ist zweifellos oberflächlich, trifft nicht die Wahrheit, wenn es um die Auseinandersetzung in landwirtschaftlichen Bereichen geht, aber Sie haben es bis jetzt noch nicht für notwendig befunden, hier der Wahrheit die Ehre zu geben und auch das auszudrücken.

Wir wollen jedenfalls deutlich festhalten, daß diese Sonderstellung der Landwirtschaft mit einer steuerlichen Begünstigung in diesem Ausmaß von uns bisher immer noch zur Kenntnis genommen wurde als eine Art Hilfe für die landwirtschaftliche Bevölkerung, insbesondere für jene in den kleineren Betrieben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Schließlich möchte ich festhalten, daß es offensichtlich der landwirtschaftlichen Bevölkerung und den Bauern doch nicht so schlecht gehen kann, wie Sie das heute immer wieder behauptet haben. Wenn man nämlich die Volkszählung des Jahres 1971 der Volkszählung des Jahres 1977 gegenüberstellt, dann kann man bemerken, daß etwa in der Zeit von 1961 bis 1967 die landwirtschaftliche Bevölkerung, also die Landwirtschaft selbst mit der Bevölkerung, immerhin um 5 Prozent abgenommen hat,

während in den Jahren von 1971 bis 1977 die Abnahme nicht ganz 1,5 Prozent betragen hat.

Offensichtlich also – Herr Kollege Riegler, Sie haben heute vormittag ja diese Frage zum Beginn dieser Debatte gestellt – sieht die Jugend in der Landwirtschaft, sehen die jungen Bauern doch noch Chancen im landwirtschaftlichen Bereich, weil sich die Abwanderungstendenz, die vor sieben Jahren noch wesentlich stärker war, in einem bedeutenden Ausmaß verringert hat. (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Zu wenigen Arbeitsplätzen!*) Das scheint mir ein sehr deutliches Indiz für die erfolgreiche Landwirtschaftspolitik unserer sozialistischen Regierung zu sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Schließlich – ich möchte Sie heute nicht mehr zu lange aufhalten und nicht neuerlich Argumente wiederholen – möchte ich doch zum Abschluß etwas noch darstellen.

Ihre Argumentation, meine Damen und Herren, ist leider – in Ihrem Interesse muß ich das sagen – nicht nur für uns, sondern auch für die Bevölkerung immer durchsichtiger und immer deutlicher geworden. Denn durch alle Diskussionen zieht sich doch unmißverständlich durch, daß all das, was nach Ihrer Meinung in Österreich schlecht ist, der sozialistischen Regierung angelastet werden müsse, denn sie trage ja die ungeteilte Verantwortung. In Ordnung.

Beweisen aber dann die Fakten, die wir auf den Tisch legen, oder beweisen die harten Tatsachen im Rahmen des praktischen Lebens der Bevölkerung, daß es wesentlich günstige Situationen in diesem Lande gibt, daß wir beispielsweise noch immer eine hohe Beschäftigung haben, dann ist dafür nicht die Regierung verantwortlich, sondern dann sind alle anderen Institutionen für diese positive Entwicklung mit einzuspannen.

Meine Damen und Herren! Es ist keine Kunst, auf diese Art und Weise Politik zu machen, und es ist auch keine Kunst, auf diese Art und Weise etwa die österreichische Wirtschaft in etwa mit dem Begriff des Sauhaufens in Verbindung zu bringen, wenn man an all diesen harten Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes vorbeigeht.

Immerhin – damit möchte ich abschließen, aber Sie noch daran erinnern -: In den Industriestaaten gibt es derzeit etwa 18 Millionen arbeitslose Menschen, während es in Österreich im Monat September mit 2,8 Millionen unselbständig arbeitenden Menschen die höchste Beschäftigungszahl seit jeher in diesem Lande gab. Und solange es unserer sozialistischen Regierung möglich ist, mit dieser dynamischen Politik, die wir nun seit acht Jahren für die

Egg

österreichische Bevölkerung zur Verbesserung ihres Lebensstandards, zur Sicherstellung der Arbeitsplätze praktizieren, eine weitere Sicherung des Lebens geben zu können, so lange glauben wir und sind wir davon überzeugt, daß das, was wir als Dienen an der österreichischen Bevölkerung, an dem österreichischen Staatsbürger bezeichnen, auch von dieser österreichischen Bevölkerung im Laufe der nächsten Monate und auch im Laufe des nächsten Jahres honoriert wird.

Wir werden daher unbeirrt, so wie bisher, unsere Regierung und insbesondere auch unseren Landwirtschaftsminister in seiner Tätigkeit für alle Österreicher weiter darin unterstützen, im Interesse der Österreicher die bestmögliche Politik in diesem Lande zu machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hagspiel.

Abgeordneter **Hagspiel** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Landwirtschaftsminister hat in seiner Wortmeldung unter anderem erklärt, daß er um den 21. November herum wieder nach Brüssel reisen werde; er möchte sich dort vor allem eine Goodwill-Stimmung verschaffen bei den Herren Landwirtschaftsministern, besonders beim Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Ertl. – Das ist sicher wertvoll.

Aber, Herr Bundesminister, ein diesbezügliches Erlebnis möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Sie wissen ja, daß wir in Vorarlberg sehr enge Beziehungen mit dem Allgäu haben. Ich durfte die Landwirtschaftskammer Vorarlberg bei einer großen Bauernversammlung in Immenstadt vertreten, wo der Herr Bundesminister Ertl das Referat gehalten hat.

Ich wurde vom Vorsitzenden aufgefordert, ich möge die Grüße unserer Landwirtschaftskammer übermitteln. Ich wollte die Gelegenheit auch wahrnehmen – Sie kennen ja unsere schwierige Situation, wo wir gerade in Vorarlberg sehr auf den Viehexport angewiesen sind – und habe die Sorgen vorgebracht und den Herrn Bundesminister gebeten, er möge sich für uns in Brüssel verwenden, vor allem wegen der Leukose und wegen der Herdenbuchpflicht.

Der Herr Bundesminister Ertl ist sehr auf meine Bitte und auf meine Fragen eingegangen und hat erklärt, er habe sich schon oft Gedanken gemacht, wie lange es die österreichische Landwirtschaft überhaupt aushält, am Rande der EG zu vegetieren. – Aber eins muß ich Ihnen schon sagen, hat er erklärt: Für Österreich nur die Kastanien aus dem Feuer holen; ich habe mich immer für Österreich eingesetzt; und Sie

setzen so unfreundliche Akte mit der Straßenverkehrssteuer; das verstehe ich nicht.

Er hat es noch begründet: Sie hätten den größten Konkurrenten in Frankreich mit den Lieferungen nach Italien, die Franzosen könnten über die Schweiz ihre Produkte ohne Abgabe nach Italien liefern, aber sie selbst wären gezwungen, durch Österreich zu fahren und müßten die Straßenverkehrssteuer bezahlen.

Herr Bundesminister, vor allem Herr Finanzminister: Haben wir es in Österreich wirklich notwendig, unsere Nachbarn, auf die wir so sehr angewiesen sind, so zu verärgern? (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wir haben heute Gelegenheit, auch tiefer in die Einkommenslage der Bergbauern hineinzu- leuchten. Ich möchte mich vor allem mit den Bergbauern befassen.

Sicherlich können wir erfreulicherweise feststellen, daß in der öffentlichen Meinung der Stellenwert, den die Bergbauern einnehmen, wesentlich gestiegen ist. Aus manchem Saulus ist ein Paulus geworden, und die Stimme vieler, die einmal Anhänger des Mansholt-Planes waren, ist verstummt. Wir haben auch in unseren Gremien auf der linken Seite solche Anhänger gehabt.

Wer würde heute noch daran denken oder würde sich getrauen zu sagen, die Berglandschaft soll verwildern – sie soll einfach ihrem Schicksal überlassen werden – und die Menschen sollen in den Ballungszentren angesiedelt werden, wie dies ja im Mansholtplan vorgesehen war.

Viele Faktoren haben an diesem Wandel mitgewirkt, daß sich dieser Denkprozeß vollzogen hat. Einmal ist es die Produktionsseite, denn die Konsumenten schätzen gerade die hochwertigen Nahrungsmittel, die vor allem im Berggebiet erzeugt werden. Es ist die Krisenvorsorge – es gibt keine bessere Krisenvorsorge als eine funktionsfähige Landwirtschaft –, aber auch der Außenhandel, die Zahlungsbilanz sind in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Wir können dem Grünen Bericht entnehmen, daß sich die Agrareinfuhren gegenüber dem Jahrzehnt 1960/1970 heute verdoppelt haben. 1970 hatten wir ein Außenhandelsdefizit von 6,17 Milliarden Schilling, und 1977 sind es nach dem Grünen Bericht 13,9 Milliarden Schilling.

Es wird aber vor allem auch der Erhaltung der Kulturlandschaft und des Erholungsraumes sehr großes Augenmerk geschenkt. Ich glaube, gerade Österreich kann nicht auf die vielen Milliarden Devisen verzichten, die durch den Fremdenverkehr hereinkommen. Die Gäste kommen aber nur dann, wenn wir ihnen eine

10640

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Hagspiel

gepflegte Landschaft mit ihren Naturschönheiten anbieten können.

Die Nebenfunktionen, die die Bergbauern neben der Produktion von Agrarprodukten erfüllen, werden sehr viel diskutiert und sind sehr in den Vordergrund gerückt, aber einkommensmäßig, um die Erschwernisse abzugelenken, sind bei uns in Österreich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland oder der Schweiz nur kleine Ansätze vorhanden.

Gerade die Schweiz, die ja als sehr sparsam bekannt ist, kann hier als Beispiel hingestellt werden. Dort hat man sich, weil man unbedingt eine lebensfähige Landwirtschaft erhalten will, weil das ein Herzensanliegen ist, dazu durchgegangen, namhafte Beträge bereitzustellen.

Wenn wir aus dem Grünen Bericht herauslesen, daß bei Bergbauernbetrieben das landwirtschaftliche Einkommen pro Familienarbeitskraft 53 976 S beträgt, so ergibt dies ein monatliches Einkommen von 4 498 S. Und wie viele Berufsgruppen in Österreich gibt es, die vierzehnmal einen Monatsbezug bekommen! Dann wären es nur 3 855 S. Aber wenn man das Gesamteinkommen als Grundlage nimmt – man sagt ja immer, daß man das tun müsse –, wären es auch nur 4 626 S, wenn wir hier vierzehn Monatsbezüge rechnen würden, wobei man bei den anderen ja auch meistens vierzehn Monatsbezüge als Grundlage hat.

Ich zitiere hier aus Seite 53 des Grünen Berichtes – das ist heute schon einmal zitiert worden –, wo drin steht, daß gerade die Bergbauernbetriebe „bestenfalls das bedungene Arbeitseinkommen“ haben, und: „Häufig reichen die erzielten Erträge aus Land- und Forstwirtschaft auch dazu nicht aus.“ Und vielfach muß hier Fremdkapital aufgenommen werden.

Wenn wir auf Seite 54 nachsehen, finden wir auch die Verschuldung ausgewiesen: 1976 war die Verschuldung im Alpengebiet 10,8 Prozent, 1977 betrug sie 11,1 Prozent. Am stärksten verschuldet ist die Zone 1 mit 12,8 Prozent.

Wir müssen diese Menschen bewundern, daß sie trotz des geringen Einkommens noch oben bleiben, ihre harte Arbeit verrichten und den Lebensraum zum Nutzen der Gesamtbevölkerung absichern.

Aber wenn wir hineinhören, müssen wir doch mit Schrecken feststellen, daß sie, von der lauten Gesellschaft übertönt, nicht demonstrieren, sondern resignieren. Sie spüren, daß von der Regierung ein falsches Spiel mit ihnen getrieben wird, daß man sie nur dazu verwendet, die Propagandatrommel zu röhren.

Ich habe hier einen speziellen Fall vor mir. Es

ist ein Schulkollege von mir, Alfons Sutterlüti. Er wohnt oben auf dem Hittisberg, er ist der letzte von fünf Betrieben, der noch oben geblieben ist, er hat keine Zufahrt, es geht überhaupt kein Güterweg hinauf, er liegt auf 912 Meter Seehöhe.

Der landwirtschaftliche Reinertrag betrug 82 240 S, der Aufwand 86 283 S, das ist also ein Verlust von 4 043 S. Und bei diesem Verlust ist nicht einmal der Lohnanspruch mit 72 597 S mit inbegriffen. Wenn der noch dazugezählt wird, ist es ein Verlust von 76 640 S, obwohl er und seine Frau das ganze Jahr hindurch mühsam und fleißig ihre Arbeit verrichten.

Man wird die Frage stellen: Ja von was leben denn die? – Leben können sie nur von einem Einkommen außerhalb des Betriebes. Aber man muß sich schon fragen: Wie lang werden Menschen noch bereit sein, die Landwirtschaft zu betreuen, wenn kein Reinertrag heraussticht?

Herr Bundesminister – es ist heute schon einige Male erwähnt worden –: Das ist ein typischer Betrieb, der seine Milch nicht abliefern kann. Er hat bisher über den Kälbermagen die anfallende Milch in seinem Betrieb verwendet und verwertet, konnte an der Kälbermastaktion mitpartizipieren bei den 400 S, wenn er ein 150 Kilogramm schweres Kalb abgeliefert hat. (Zwischenruf des Bundesministers Dipl.-Ing. Haiden.) Mit Erlaß vom 30. Juni ist dies nicht mehr möglich. Er muß jetzt das Milchpulver kaufen (Bundesminister Dipl.-Ing Haiden: ... einen Erlaß bitte!) und hinaufschleppen. Und was soll er mit seiner eigenen Milch machen?

Sie wissen, daß die Bauern nicht gern zur Feder greifen, aber dieser Bauer hat einen Leserbrief geschrieben, um seinen Unmut kundzutun. Ich zitiere nur den Anfang und das Ende dieses Leserbriefes, erschienen am 27. Juli 1978 in den „Vorarlberger Nachrichten“.

„Bergbauförderung anders gesehen.

Für manchen Landwirt erinnerlich, wurde während der ÖVP-Alleinregierung eine Kälbermastaktion durchgeführt. Bedingung war, daß das abgelieferte Schlachtkalb ein Mindest-Lebendgewicht von 150 kg besaß, sowie, daß sich der Landwirt verpflichtete, für ein Jahr keine Milch aus seinem Betrieb abzuliefern; dafür erhielt er pro Kalb 800 S als Prämie. Dies war damals kein schlechtes Geschäft! Mit der Machtübernahme durch die SPÖ-Regierung wurde dann diese Aktion abgeschafft...“

Er begründet hier eine Situation, die ich eingangs auch bereits begründet habe, und zum Schluß schreibt er in diesem Brief:

„Für diese kleine Gruppe Bergbauern trifft

Hagspiel

der Ausspruch zu, den ein deutscher Agraringenieur vor mehr als zwanzig Jahren getan hat: „Entweder sind dies die Dümmlsten oder aber die größten Idealisten unter allen andern Bauern“. Jedenfalls das Sprichwort: „Man geht dort über den Zaun, wo er am niedrigsten ist“, beweist wieder einmal seine Wahrheit bei der Vorgangsweise der Kälbermastaktion! – A. Sutterlüti, Hittisau“

Noch ein weiterer Bergbauernbetrieb, bei dem ich analysieren möchte. Es ist ein Bergbauernbetrieb in Fontanella. Die §-7-Kommission hat ihn heuer im Frühjahr besichtigt. Er liegt auf 1150 Meter Seehöhe, hat 16 Hektar Heimgut und 21 Hektar Almgrund auf 1600 Meter. Es sind sehr steile Hänge zu bewirtschaften. Es ist nur möglich, Grünlandwirtschaft zu betreiben. Die Futtergewinnung muß fast zur Gänze händisch gemacht werden, und diesen Erschwernissen wird Rechnung getragen durch die Direktzahlungen. Der Bauer bekommt die Flächenbewirtschaftungsprämie, die Alpungsprämie und den Bergbauernzuschuß.

Ich möchte aus diesem öffentlichen Zuschuß nur zwei Posten herausnehmen, einmal die 4 000 S Bergbauernzuschuß vom Bund, weil das ein Betrieb in der dritten Zone ist, und vom Land die Flächenprämie von 18 180 S. Also Sie spüren, daß das Land Vorarlberg hier merklich diesem extremsten Bergbauern unter die Arme greift.

Es gibt Bergbauern, wo die Differenz der Direktzahlungen zwischen dem Bund und dem Land 1 zu 7,5 beträgt. In der Vorarlberger Landesregierung und im Vorarlberger Landtag hat Gott sei Dank die ÖVP die absolute Mehrheit, und diese Männer und Frauen haben die Einsicht, daß die Bergbauern vom Bund im Stich gelassen werden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Daher diese großen Förderungen des Landes. (*Zwischenruf des Bundesministers Dipl.-Ing. Haide n.*) 20 Prozent der Gemeinden; ja. Aber es braucht hier eine echte positive Einstellung den Bergbauern gegenüber.

Noch eine andere Ungereimtheit. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Die zwei Städte, die SPÖ-Bürgermeister haben, haben keine Bergbauern, daher hat man es leicht bei den Gemeinden durchgebracht.

Noch eine andere Ungereimtheit. Bei der neuen Milchmarktordnung wird immer wieder die Propagandawalze betrieben, die SPÖ wollte die Bergbauern besser behandeln, nur die ÖVP und vor allem der Bauernbund wären hier dagegen gewesen. Es wird so argumentiert, wie es gerade am besten paßt. Einmal wird gesagt, in der Regierungsvorlage wäre – was stimmt – bei den kleinen Lieferanten eine Abgrenzung von

5 000 oder 7 000 Liter Milch gewesen, und das wäre besonders den Bergbauern zugute gekommen.

Wir haben daraufhin, nachdem die Regierungsvorlage versandt worden war, in Vorarlberg eine Untersuchung durchgeführt. Wir haben alle Sennereien von der Landwirtschaftskammer aus angeschrieben, sie mögen uns die einzelnen Betriebe herausschreiben, in welcher Höhe sie die Milch anliefern.

Es hat sich direkt das Gegenteil herausgestellt. Bei den erfaßten Betrieben in Vorarlberg wären 51 Prozent von dieser Besserstellung im besten Gebiet, in einem Milchhof im Tal berücksichtigt worden, weil dort vor allem etwas Ackerbau ist und vor allem die Nebenerwerbsbauern zu Hause sind.

Im extremsten Tal und in der extremsten Gemeinde, in einem Betrieb in Buchboden im Großen Walsertal, war überhaupt kein Bauer, der in diese Besserstellung hineingefallen wäre; also der beste Beweis, daß es nicht den extremen Bergbauern geholfen hätte. Denn wie könnte einer, wenn er keinen Zuerwerb hat, mit 7 000 Liter Milchanlieferung in die Sennerei überhaupt leben?

Weiters wird auch argumentiert: Die Sozialisten wollten die Zone 3 herausnehmen, aber auch in diesem Fall war der Bauernbund dagegen.

Herr Bundesminister! Ich habe Sie ausführlich am 9. März im Rechnungshofausschuß gefragt: Wozu stehen Sie eigentlich? Stehen Sie zur Regierungsvorlage mit der Abgrenzung von 5 000 oder 7 000 Liter, oder stehen Sie zum Vorschlag des Arbeitsbauernbundes, die Zone 3 auszunehmen?

Ich zitiere hier aus der „Parlamentskorrespondenz“, die sicher nicht verfälscht ist. In Ihrer Antwort sagten Sie unter anderem:

„Alle Bauernorganisationen haben das Recht, ihre Vorstellungen diesbezüglich zu vertreten. Der Vertreter des Arbeitsbauernbundes sprach sich für eine Milchkontingentierung aus, wollte jedoch eine Ausnahme für die Bergbauern der Zone 3. Im Ministerium sind zwar die Bergbauernbetriebe in der EDV eingespeichert, aber die Verarbeitungsbetriebe haben sehr uneinheitliche Unterlagen über die Milchanlieferung. Daher bezeichnete der Minister diesen Weg als nicht gangbar.“

Das sind Ihre Ausführungen. Und draußen sagt man immer wieder, die ÖVP sei schuld, daß die Bauern in der Zone 3 nicht berücksichtigt werden.

Gerade die neue Milchmarktregelung, die mit

10642

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Hagspiel

soviel Geburtswehen und Nachwehen gemeinsam beschlossen worden ist, verstehen wir schon nicht, nachdem sich doch etwas Erfolg abzeichnet. Denn die Milchanlieferung ist zurückgegangen, der Absatz ist gestiegen. Aber jetzt werden wieder die Bauern vom Finanzminister verkauft. Statt daß man den aufgebrachten Bauern entgegenkommt, ihnen eventuell die Richtmenge erhöht oder den Absatzförderungsbeitrag senkt oder die Härtefälle großzügiger behandelt, entzieht der Finanzminister 600 Millionen Schilling dem Budget 1979, und Sie, Herr Bundesminister, wundern sich, wenn Sie des Wortbruchs bezichtigt werden.

Der Grüne Plan wäre wirklich eine Fundgrube auch für die Regierungspartei. Wenn Sie ihn aufmerksam studierten, würden Sie zu der Erkenntnis kommen, daß es höchst notwendig wäre, sich der Begleitmaßnahmen, die vor allem auch vom „Bauernbund“ gefordert worden sind – die Kälbermast, die Vollmilchmast, die Flächenprämien und alle sonstigen Begleitmaßnahmen, wie sie auch in der Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung festgehalten sind –, anzunehmen.

Sollte es Ihnen wirklich ernst sein mit der Erhaltung einer lebensfähigen Landwirtschaft, müßten Sie sich raschest zu einem Kurswechsel entscheiden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Ing. Haiden.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nur in wenigen Sätzen eine Feststellung. Nach der Regierungsvorlage, die ja vorsah, daß es keinen Krisengroschen mehr gibt, wäre es nicht vollziehbar gewesen, für die Bergbauern der Zone 3 eine Ausnahme zu schaffen, weil wir hätten wissen müssen, wieviel Milch aus diesen Betrieben kommt. Das wußten wir aber nicht. Nur wenn wir diese Kenntnis haben, wäre es möglich gewesen, die Kontingente für die übrigen Milchlieferanten entsprechend zu bemessen.

Innerhalb der Verhandlungen ist es dann zu der Lösung gekommen – das war der Kompromiß –, daß ein Restkrisengroschen bleibt, der jetzt allgemeiner Absatzförderungsbeitrag heißt.

Während der Verhandlungen ist sehr wohl von sozialistischer Seite der Vorschlag gemacht worden, die Bergbauern der Zone 3 von diesem allgemeinen Absatzförderungsbeitrag zu befreien. Bei diesem System ist das möglich.

Ich stehe nicht an, in aller Form zu erklären: Wenn die ÖVP bei den anhängigen Verhandlungen, die wir morgen fortsetzen, einverstanden

ist, dann ist es kein Problem, die Bergbauern der Zone 3 vom allgemeinen Absatzförderungsbeitrag zu befreien. Das würde bedeuten, daß dieser für die übrigen um etwa einen Groschen höher ist (Rufe bei der ÖVP: Aha!) beziehungsweise nicht gesenkt werden kann. Zu dieser solidarischen Maßnahme – kein Problem – besteht jederzeit die Möglichkeit.

Ich hätte das jetzt nicht so unterstrichen, wenn Herr Kollege Hagspiel es nicht so dargestellt hätte, als ob ich im Frühjahr eine andere Auffassung gehabt hätte als jetzt. Das hat sich einfach aus der Änderung des Systems ergeben. Ich danke sehr. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Hietl.

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zehn Stunden lang diskutieren wir nun heute in diesem Hause den Grünen Bericht.

Die Sprecher der Regierungspartei versuchten, mit jedem möglichen Zahlenspiel diesen Bericht als positiv hinzustellen. Ich darf Ihnen jetzt als praktizierender Bauer, der nicht nur hier am Rednerpult als Bauernvertreter steht, sondern auch mit seinen Händen dem bäuerlichen Berufsstand dient, sagen, daß Ihnen das nicht gelungen ist. Wenn sich der Herr Minister ein zweites Mal zu Wort gemeldet hat, dann beweist dies, daß auch eine zweite Wortmeldung erstens die Glaubwürdigkeit nicht wiederherstellt und zweitens feststellt, daß er sich gegenüber seinem Finanzminister nicht zugunsten der Bauern durchgesetzt hat. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich darf auf einige Vorredner kurz eingehen, meine Damen und Herren! Wenn Herr Abgeordneter Pfeifer hier erklärt hat, er kenne das Los der kleinen Bauern, er hätte es erlebt, wie diese Äcker verkaufen müßten, um in Krankheitsfällen Spitalskosten bezahlen zu können, dann hat das zweifellos etwas für sich. Diese Zeit kennen wir ja auch.

Ich möchte hier nur feststellen, daß er am 12. Dezember 1974 erklärt hat:

„Wie viele Bauernhöfe, meine Damen und Herren von der ÖVP – das sagen Sie ja nicht –, müßten verkauft werden, weil von schweren Krankheiten verfolgte bäuerliche Familien keine Krankenkasse hatten.“

Das war 1974. Ich muß mich fragen: Hat Herr Abgeordneter Pfeifer die Jahre vorher verschlafen? Ja wer war es denn, der dafür gesorgt hat, daß sozialpolitische Maßnahmen für die bäuerliche Bevölkerung in Österreich gesetzt werden? Wer war es denn, der 1969 das Pensionsrecht für

Hietl

die Bauern eingeführt hat? Das waren doch die Vertreter der Österreichischen Volkspartei! Das möchte ich hier mit allem Nachdruck und aller Klarheit feststellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Pfeifer hat am 10. Dezember 1969 hier an diesem Pult ausgeführt:

„Wir Sozialisten wollen nur hoffen . . ., daß nicht wieder zehn Jahre verstreichen müssen, bis man die im Grünen Bericht erkennbaren Änderungstendenzen auch teilweise im Grünen Plan vorfindet.“

Sie haben acht Jahre Zeit gehabt. Daß es keine zehn Jahre für Sie werden, dafür wird nächstes Jahr sicherlich die österreichische Bevölkerung sorgen! Davon können Sie überzeugt sein. (*Beifall bei der ÖVP.* – *Abg. Dr. Gradenegger: Sehr witzig!*)

Oder eine Frage zum Wein. Auch 1969 von Ihnen ausgeführt:

„. . . doch wirkt der relativ hohe Vorrat an Altwein sich äußerst drückend auf die Faßweinpreise aus. Sehen Sie, Herr Bundesminister, Möglichkeiten, die ungünstige Preissituation, die heute gerade für Tausende kleine Weinbauern unerträglich wird, durch entsprechende Maßnahmen erträglicher zu gestalten?“

Das hätten Sie heute genauso sagen können. Heute stimmt das: Der tiefste Preis, den es jemals gab, hat sich im heurigen Jahr gezeigt. Und das ist das Verdienst von acht Jahren sozialistischer Agrarpolitik, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Hanreich! Sie haben hier ausgeführt, eine Weinbauregelung war vielleicht nicht sehr sinnvoll, man könnte darüber diskutieren. Auch ich habe meine Meinung darüber, allerdings muß ich Ihnen sagen: Es war Ihr Agrarsprecher, Herr Hintermayer, Ihr Funktionär aus Niederösterreich, der am 13. Jänner 1969 ein Flugblatt herausgegeben hat, wo er sich gegen jede Weinbauregelung zur Wehr gesetzt, verlangt hat, daß ein freies Auspflanzen möglich ist. Na also, was Ihr eigener Kollege verlangt hat, ist nicht in diesem Sinne geschehen – Gott sei Dank nicht, sonst wäre die Lage wahrscheinlich noch anders.

Es ist eine vernünftige Regelung der Länder gekommen, Herr Kollege, und für Niederösterreich kann ich Ihnen sagen (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Hanreich*), daß ein Kataster angelegt wurde. Ich garantiere Ihnen, daß dieser Kataster stimmt. Sie haben die Möglichkeit, hier selbst nachzusehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ihr Kollege Peter hat in einer Rede, die agrarpolitisch sicherlich viel mit unseren Auffas-

sungen gemeinsam hat, betont, wie sehr die Freiheitliche Partei auch für die Anliegen der Bauern eintritt. Da muß ich zwei Sachen klarstellen, damit sie nicht im Raum stehenbleiben:

Es war die Freiheitliche Partei, die unseren Antrag auf ein gefärbtes Dieselöl für die Landwirtschaft ablehnte, und es war die Freiheitliche Partei, die für den Abbau der Preisstützungen mit der Regierungspartei eintrat. Das muß hier klargestellt werden und darf nicht im Raum stehenbleiben, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Remplbauer! Sie sprechen von einer echten Einstellung zum Bauerntum. Jawohl, auch ich bin der Ansicht, daß Agrarpolitik alle angeht, daß wir alle hier eine Verpflichtung haben und daß unsere Einstellung und unser Eintreten dafür zweifellos das bedeutet, was die Bauern auch verstehen. Das zeigen die allgemeinen Wahlen bei bürgerlichen Institutionen draußen.

Ich wünsche mir nur, daß Ihre Fraktion in nächster Zeit ein bißchen mehr Verständnis für die Probleme hat. Da könnten wir so manche Probleme, meine lieben Freunde, gemeinsam lösen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Zu Ihrem Auftreten in Brüssel und zu Ihren Verhandlungen, die Sie heute immer wieder als positiv hingestellt haben, muß ich erklären: Seit sieben Jahren wartet der österreichische Weinbauer auf eine positive Regelung der Anerkennung des österreichischen Qualitätsweines. Sie haben das groß in Aussicht gestellt nach dem Gespräch mit Herrn Gundelach. Bis heute, das muß ich feststellen, gibt es bedauerlicherweise keine positive Regelung. Dabei wäre es die Grundvoraussetzung, unsere Exporte in die EG-Staaten möglich zu machen, Exporte, die wir gerade jetzt – das wissen Sie genauso gut wie ich – sehr dringend brauchen würden. Voraussetzung ist allerdings die Anerkennung des Begriffes „Österreichischer Qualitätswein“ in den EG-Staaten.

Ich hoffe, Ihren Versprechungen folgen endlich Taten. Ich wünsche Ihnen für Ihre nächste Fahrt viel Erfolg. Wir werden Sie sicherlich sofort nachher wieder fragen, ob Sie tatsächlich das Gewünschte in die Tat umgesetzt haben. Ich habe nach den vielen bisherigen Aussagen leider Zweifel. Die derzeitige Situation ist sicherlich nicht zum Vorteil der österreichischen Weinwirtschaft.

Sie wissen genau, daß bei unseren Exporten in die EG-Staaten ein Importzoll von 33 Pfennig per Liter eingehoben wird, was zweifellos für unsere Produkte gegenüber den anderen Wein-

10644

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Hietl

bauländern in den EG-Staaten einen preislichen Nachteil bringt. Trotz unserer guten Qualität, die in allen Ländern anerkannt ist, werden wir preislich hier nicht mitkönnen. Das ist sicherlich wieder ein Nachteil für die gesamte österreichische Weinwirtschaft.

Ein Schutz der Inlandsmärkte und mehr Förderung des Exportes, Herr Minister, wären sicherlich notwendig. Ich stimme mit dem, was Sie vor einigen Monaten erklärt hatten, überein: Alle Aktionen, die wir in Österreich machen, können nur Teilerfolge sein. Das, was wir exportieren können, wäre zweifellos ein echter Erfolg für unsere Wirtschaft.

Hier gehen wir konform. Doch die Voraussetzungen – dafür sind nun einmal Sie als zuständiger Ressortminister verantwortlich – liegen bei Ihnen.

Sie haben vergangenen Sonntag in einer Fernsehsendung in ZiB 2 erklärt – Herr Minister, ich kann mir gar nicht vorstellen, wie das über Ihre Lippen kommen konnte –: Weinpreise höher als 1960. Ich habe das Gefühl, Sie haben sich anscheinend in den letzten Wochen nicht darum gekümmert, wie es tatsächlich im österreichischen Weinbau aussieht.

Mein Wunsch dazu: Sorgen Sie dafür – wir haben das auch des öfteren hier erklärt –, daß die Vergabe des Weingütesiegels, das auf alle Fälle eine Anerkennung des Qualitätsgedankens ist – es wurde doch im Jahre 1971 von uns gemeinsam eingeführt –, etwas unbürokratischer, rascher und vor allem auch in einer preisgerechten Form geschieht, um dem österreichischen Weinbau die Möglichkeit, es überhaupt zu verwenden, zu geben. Eine Bitte, die Sie mit der Frau Minister für Gesundheit absprechen wollen, weil das ein Anliegen dafür ist.

Sie wissen, daß wir seit längerer Zeit ein Mittel für die Stabilität unserer Qualitätsweine fordern, das den üblichen Gesundheitsvorschriften entsprechen soll, nichts anderes. Wir glauben, daß das, was bei vielen österreichischen Lebensmitteln möglich und gestattet ist, doch letzten Endes auch beim Wein genauso angewendet werden kann, ohne daß es die geringsten Schadstoffe hinterläßt und der Gesundheit irgendeines Österreichers abträglich wäre. Das würden auch wir ablehnen.

Wir haben solche Mittel! Es geht nur darum, Ihrerseits und auch seitens der Frau Gesundheitsminister die Verwendung möglich zu machen.

Maßnahmen zur Verbesserung der Flächenstruktur, Beiträge zur Kommassierung: Herr Bundesminister, hier würde ich Ihnen empfeh-

len, sich einmal bei Ihren Freunden in Deutschland zu erkundigen, welche Beträge – wir würden uns gar nicht anmaßen, derart hohe Beträge zu verlangen – dort für die Änderung der Flächenstruktur, für die Kommassierungs- und Zusammenlegungsverfahren vom Staat geleistet werden.

Wir wollen keine Almosen, wir wollen nicht bitten kommen, sondern wir wollen lediglich die gerechte Unterstützung, um uns konkurrenzfähig gegenüber allen Staaten zu machen. Wir wissen auch, daß regionalpolitisch diese Förderung sehr verschieden ist.

Wenn man ein bißchen will, kann man vor allem den Terrassenweinbau fordern, der besonders in der Wachau sehr schwierig ist, was Sie, wenn Sie wollen, selbst feststellen können. Alljährlich werden es weniger Weingärten, die dort noch bearbeitet werden, weil es bei diesen Preisverhältnissen von der Bevölkerung nicht zu verlangen ist und letzten Endes hier eine echte Förderung eintreten müßte, die fremdenverkehrsmäßig und zur Erhaltung der Kulturlandschaft und so weiter – ich will mich hier nicht verbreiten, Sie wissen das ganz genau – sehr, sehr notwendig wäre.

Herr Bundesminister! Daß das Einkommen der weinbäuerlichen Bevölkerung, wie ja aus dem Grünen Bericht hervorgeht, gesunken ist, ist Ihnen genauso bekannt wie uns allen, die wir uns damit beschäftigen. Daß ein echtes Lager mit 30. November dieses Jahres in der ungefähren Höhe von 2 Millionen Hektoliter Altwein bestehen wird, ist Ihnen auch bekannt. Setzen Sie Maßnahmen, wenn Sie einer Preisentwicklung nicht noch weiter nach unten Vorschub leisten wollen. Denn wenn Sie glauben, damit etwas Positives zu erreichen, oder wenn Sie glauben, daß das politisch für Sie günstig ist, dann werden Sie irren.

Ich kann mich an Ausführungen Ihres Agrarsprechers Pfeifer im Jahre 1975 erinnern, als er gesagt hat: Ruhe ist im österreichischen Weinbau, der Weinpreis ist gut, das ist ein Verdienst der sozialistischen Regierung. Wenn der hohe Preis – obwohl es nicht stimmt –, wenn der relativ hohe Preis ein Verdienst der sozialistischen Regierung war, dann ist jetzt der Tiefpreis sicherlich auch das Verdienst der sozialistischen Regierung. Das muß man mit aller Deutlichkeit hier sagen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Daß die Preise aller unserer Bedarfsgüter, ob es Strom ist, ob es Dieselöl ist, ob es die einzelnen Maschinen sind, wesentlich gestiegen sind – auch hier kein Zahlenspiel –, ist ja bekannt, ich möchte die Sitzung nicht unnötig verlängern. All diese Tatsachen müßten doch letzten Endes im Einkommensverhältnis ihren

Hietl

Niederschlag finden und auch von dieser Bundesregierung beachtet werden.

Jetzt darf ich Ihnen ein Beispiel aus der letzten Ernte 1978 sagen: Es ist anzunehmen, daß die Ernte 1978 rund 400 Millionen Kilogramm im gesamten betragen wird. Der Preis war im Schnitt um rund 2 S geringer als im Jahre 1977. Das heißt nichts anderes, als daß der österreichische Weinbau um 800 Millionen Schilling weniger Einkommen haben wird als im vergangenen Jahr. Wie wird Ihr Grüner Bericht dann aussehen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Regierung, wenn diese Zahlen im Grünen Bericht ihren Niederschlag finden?

Daß das weitere Folgen hat, das können Sie jetzt feststellen, wenn Sie hinausfahren wollen zu den einzelnen Lagerhäusern, zu den Landesproduktenhändlern. Erst vor zwei Tagen stellte mir ein Verkäufer die Frage: Was ist los mit euren Weinbauern? Um diese Zeit wird doch gedüngt, wieso kaufen die keinen Handelsdünger? Die Antwort war einfach: Bei dieser Preissituation kann eben der einzelne Produzent, weil er kein Bargeld dafür hat, diesen so notwendigen Dünger nicht kaufen. Die Kredite sind bei den einzelnen Betrieben bereits so weit ausgeschöpft, daß sie sich einfach nicht getrauen, weitere Investitionen zu tätigen. So ist es auch bei den sicherlich oft notwendigen Maschinen, und das führt letzten Endes in der Gesamtwirtschaft auch zu einer Gefährdung der Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren! Das ist das Fazit sozialistischer Regierungspolitik. Und weil schon so gelobt wurde, was diese Regierung alles für die Sozialleistungen der Landwirtschaft getan hat – es wird einem hier vorgerechnet, wieviel man seitens des Staates den Bauern dieses Landes gibt –, ein kleines Beispiel:

Ein Weinbaubetrieb mit rund 5 Hektar zahlt jährlich ab dem 1. Jänner 1979 30 650 S Sozialbeitrag. Bei der heurigen Preissituation darf ich Ihnen sagen, daß er dazu 12 000 kg Trauben verkaufen muß. Das ist der Ertrag von eineinhalb Hektar bei einem 5-Hektar-Betrieb, um nur die Sozialleistungen bezahlen zu können. Und da betont man, was dieser Staat nicht alles leistet!

Hier ein Vergleich, meine Damen und Herren, damit man das auch ein bissel in den Raum stellt: Der Staat leistet für die Landwirtschaft pro Kopf 5 060 S an Sozialleistungen. Dies ist im Grünen Plan für die Landwirtschaft vorgesehen.

Für die Bundesbahnen, meine Damen und Herren – ohne Neidkomplex, nur eine klare Feststellung –, leistet der Staat pro Kopf 243 000 S. Meine Frage: Ist die Leistung für den

österreichischen Staat dort so viel mehr wert als in der Landwirtschaft, oder legt man auf eine gesunde Landwirtschaft in Österreich keinen Wert mehr? Das, meine Damen und Herren, sei hier klar festgestellt.

Und wenn immer wieder behauptet wird, unsere sozialen Forderungen seien überspitzt: Wir sind uns bewußt, daß alles, was geleistet wird, von jemandem bezahlt werden muß. Ich habe gerade ein Beispiel gebracht, das zeigt, was der einzelne landwirtschaftliche Betrieb dazu zu leisten hat.

Wenn es aber um eine berechtigte Forderung unserer Bäuerinnen geht, die von Ihnen abgelehnt wird, und wenn der Herr Staatssekretär sich dabei zu einer Äußerung hinreißen ließ, die ich von diesem Pult nicht wiederholen will, weil ich mich mit solchen Gedanken einfach nicht auseinandersetze, dann nur eine Frage, Herr Staatssekretär. Sie müssen das genauso gut wissen wie ich, denn Sie sind ja auch praktizierender Bauer. Müssen wir nicht mit allem Recht klar feststellen, weil wir ja selbst betroffen sind, daß unsere Frauen daheim in unseren Betrieben, weil wir in den einzelnen Funktionen stehen, noch mehr leisten müssen? Haben sie daher nicht auch ein Anrecht auf das, was alle Frauen in Österreich haben? Ich glaube, das ist eine berechtigte Forderung.

Sorgen Sie dafür, meine Damen und Herren, daß die Agrarpolitik für diese Menschen in Österreich anders gemacht wird! Noch haben Sie ein knappes Jahr Zeit, dann wird Ihre Zeit vorüber sein. Wenn der Herr Staatssekretär ein Programm für 10 bis 20 Jahre entwirft, so kann er das leicht, denn er wird es sicher nicht zu vollziehen brauchen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wird ein Schlußwort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Grünen Bericht, III-128 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Pfeifer und Genossen betreffend Agrarpolitik im Interesse der bürgerlichen Familien.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben,

10646

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Präsident

sich von den Sitzen zu erheben. – Ebenfalls mit **Mehrheit angenommen. (E 37.)**

2. Punkt: Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration betreffend den vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie vorgelegten Bericht (III-106 der Beilagen) über den Stand der Europäischen Integration hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie über die von der Bundesregierung im Hinblick auf die Integration gesetzten innerösterreichischen Maßnahmen (Integrationsbericht 1977) (1008 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Integrationsbericht 1977.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Heinz. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Heinz:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie hat am 1. Juni 1978 den nunmehr fünften Jahresbericht seit Inkrafttreten der Freihandelsabkommen Österreich-EWG und Österreich-EGKS vorgelegt. Neben einleitenden Bemerkungen enthält der Bericht Abschnitte über Maßnahmen im Hinblick auf die vertraglichen Beziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Freihandelsabkommen, sowie Abschnitte betreffend die EFTA, das Gipfeltreffen der EFTA-Staaten in Wien, die österreichische Wirtschaft im Rahmen der Europäischen Integration, die Integrationsentwicklung auf anderen Gebieten und die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften im Jahre 1977. Außerdem enthält der Bericht neben den Schlußbemerkungen einen statistischen Anhang.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Integration hat den Integrationsbericht 1977 in seiner Sitzung am 26. September 1978 in Verhandlung genommen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Lanner, Dipl.-Ing. Hanreich, Dkfm. Gorton, Dr. Leibenfrost, Brandstätter, Huber, Luptowits, Dipl.-Ing. Frühwirth, Teschl sowie des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher und des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes zu empfehlen.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Integration stellt somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle den vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie vorgelegten Bericht über den Stand der Europäischen Integration hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie über die

von der Bundesregierung im Hinblick auf die Integration gesetzten innerösterreichischen Maßnahmen (Integrationsbericht 1977) (III-106 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzutreten.

Präsident: Ich danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gorton.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wie alle Berichte der Bundesregierung konnte auch der Integrationsbericht für das Jahr 1977 natürlich erst im Herbst dieses Jahres behandelt werden, und die Inhalte sind sicherlich zum Teil schon Historie. Trotzdem möchte ich sagen, daß es am 26. September dieses Jahres Gelegenheit gegeben hat, über alle aktuellen Fragen der Integration im Ausschuß zu sprechen, und dies soll zweifellos auch heute der Fall sein. Das möchte ich vorweg sagen und auch anerkennen, denn es ist ja mit der Sinn solcher Berichte, daß man über die aktuellen Fragen dabei debattieren kann.

Wir werden daher den Bericht des Handelsministers auch zur Kenntnis nehmen, wenngleich wir sehr wohl bezüglich der Tätigkeit oder, ich möchte auch sagen, Untätigkeit des Ministers und der Regierung in Fragen der Integrationspolitik berechtigte Kritik aussprechen müssen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben gestern ein Druckwerk des Herrn Finanzministers über seine letzte Budgetrede erhalten, dessen Titel als erstes Wort in Fettdruck die Bezeichnung „Doppelstrategie“ verwendet.

Doppelstrategie scheint mir zweifellos der rote Faden dieser Bundesregierung zu sein, deren zweifelhafte Folgen wir Österreicher auf vielen Gebieten immer wieder zu tragen haben:

Die Doppelstrategie der Verantwortung zum Beispiel in der Frage Zwentendorf, die wir in den letzten Tagen erleben konnten, als die Regierung mit einem schlechten Gesetz eine Sachfrage zu einem politischen Vertrauensvotum stimulieren wollte und damit auch Schiffbruch erlitten hat.

Die Doppelstrategie, als vorgestern der Parteivorsitzende zur Flucht aus seiner selbstgebastelten Sackgasse in der Frage Zwentendorf sich von seiner Partei mit einer Generalvollmacht ausstatten ließ, während dieselbe Partei sich nicht genug mit Demokratisierungsschalmeien in der Öffentlichkeit tun kann.

Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, schließlich Doppelstrategie seit jeher auch in der hier zu beurteilenden Integrations-

Dkfm. Gorton

politik, bei der man sich schon in der Kompetenzverteilung auf solch zweifelhafte Methodik eingelassen hat und dementsprechend von drei beteiligten Ministern jeder oder keiner mehr oder weniger zuständig oder federführend ist. Die Erfolge oder, man kann zum Teil leider auch sagen, Mißerfolge können daran auch gemessen werden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben in der Integrationspolitik auf der einen Seite im Außenpolitischen Bericht, der vor kurzer Zeit hier im Hause behandelt wurde, im Abschnitt III Fragen behandelt, die sich mit der Integration beschäftigt haben. Ich habe bereits im Vorjahr auf das Kompetenzdebakel hingewiesen, das sich unserer Auffassung nach seit dem letzten sozialistischen Ministeriengesetz in den Integrationsfragen ergibt und das im Bericht des Außenministers für das Jahr 1976 auch direkt angeführt wurde. Dort ist nämlich darauf verwiesen worden, daß die Kompetenz für Integrationsfragen beim Außenministerium liegt, daß aber für die Aufgaben selbst das Handelsministerium zuständig ist und sicherlich für andere Aufgaben wieder der Herr Landwirtschaftsminister, wie wir heute der Landwirtschaftsdebatte immer wieder entnehmen konnten.

Ich möchte aber sagen, daß in erster Linie der Herr Handelsminister hier Aufgaben praktisch ohne gesetzliche Kompetenz führt.

Ich möchte auf vier Ereignisse des Jahres 1977 hinweisen, die im Integrationsbereich auch besonders dargestellt wurden. Zunächst auf die mit 1. Juli 1977 zur Gänze gegenüber der EWG aufgehobenen Zölle in den meisten industriellen Bereichen. Zweitens auf die Abhaltung der Gipfelkonferenz der EFTA-Staaten in Wien, drittens möchte ich die Verhandlungsaufnahme mit Spanien über ein Freihandelsabkommen mit den EFTA-Staaten erwähnen und schließlich den im Jahr 1977 stattgefundenen Besuch des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, in Wien.

Meine Damen und Herren! Bei von mir gerne aufgebrachtem Optimismus in Wirtschaftsfragen muß ich doch feststellen, daß weder diese vier Ereignisse, die ja auch im Bericht des Außenministers aufscheinen und auch vor allen Dingen im Integrationsbericht hervorgehoben gehören, daß weder diese vier Ereignisse des Jahres 1977 noch die von den Ministern gemeinsam in Kompetenzkonkurrenz geführte Integrationspolitik der letzten Jahre unserer Wirtschaft jene Verbesserungen oder Erleichterungen bringen konnten, deren wir zweifellos dringend bedurften.

Die Zollschanzen sind gefallen, hauptsäch-

lich aber für jene Güter, die wir einführen. Wichtigste unserer Exportprodukte fallen in den Bereich der sensiblen Produkte und bleiben in den Kundenländern praktisch geschützt. Ja, in den von der EFTA zur EWG, also zur Europäischen Gemeinschaft, übergesprungenen Ländern – ich erinnere hier vor allem an Großbritannien – werden die Zölle dafür zum Teil wieder aufgebaut. Hier gab es keine und gibt es zunächst keinerlei Erleichterungen, die vielleicht von unserer Regierung durchgesetzt hätten werden können.

Meine Damen und Herren! Die Abhaltung der EFTA-Gipfelkonferenz in Wien im vergangenen Jahr konnte vielleicht eine wohlformulierte Langzeiterklärung bringen, aber kaum konkrete Maßnahmen erwirken. Schließlich die Verhandlung mit Spanien, auf die ich früher hingewiesen habe – Spanien ist ja ähnlich wie Griechenland in intensiven Bemühungen, mit der EG zu einer Lösung zu kommen –, auch diese Verhandlungsaufnahme konnte über ein gegenseitiges Abtun bisher nicht hinauskommen. Die Sonderabkommen Spaniens mit der EWG diskriminieren nach wie vor unsere Exportbemühungen. Alle bisherigen Bemühungen unserer Handelspolitik mit den sogenannten Mittelmeerländern, besonders eben mit Spanien, Griechenland und der Türkei, hinsichtlich Abstellung zollschränklicher Wettbewerbsverzerrungen gegenüber den Mitbewerbern aus der EWG sind als völlig erfolglos anzusehen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! An allen diesen eher mißlichen Tatsachen konnte auch der freundliche Besuch des Herrn Vizepräsidenten Haferkamp, der als viertes Ereignis auch hier von mir zunächst hingestellt wurde, nichts ändern.

Das waren einige Hinweise, ich möchte sagen, auf die Doppelstrategie zur „mehr oder weniger“ – unter Anführungszeichen –, vor allen Dingen weniger erfolgreichen Tätigkeit unserer Herren Minister in den Fragen der Integration.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, was hat aber der Herr Handelsminister als Integrationsminister ohne gesetzliche Kompetenz, aber sozusagen als Aufgabenerfüller dieser Doppelstrategiemannschaft für Erfolge seiner Tätigkeit zu verzeichnen?

Um es hier gleich vorwegzunehmen: Im Ausschuß am 26. September hat er selbst wörtlich erklärt, man hätte ihm noch kein Konzept oder Rezept geben können, bei den Europäischen Gemeinschaften entsprechende Erfolge auch erreichen zu können. Der Herr Abgeordnete Luptowits hat dort in seiner Wortmeldung erklärt, die Minister – er meinte natürlich die EG-Minister – hätten zuwenig Zeit

10648

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dkfm. Gorton

für die vielen Probleme. Ich würde sagen, daß er fast unseren Handelsminister in der Frage „zuwenig Zeit für diese echten Probleme“ mit einschließen kann.

Denn, meine Damen und Herren, der negative Erfolg der Integrationspolitik dieser Regierung spiegelt sich zweifellos auch am deutlichsten auf der Seite 29 des Berichtes des Herrn Handelsministers in den Zahlen der Tabelle 7 wider, wo die Entwicklung unserer Austauschrelation im Außenhandel mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und der EFTA dargestellt wird.

Meine Damen und Herren! Wenn wir also diese Entwicklung auf Seite 29 des Berichtes ansehen – das ist auch auf Seite 23 in der Tabelle 1 angeführt –, so wird dort das Deckungsverhältnis unserer Importe aus den Europäischen Gemeinschaften durch unsere Exporte in die Europäischen Gemeinschaften dargestellt. Während wir zum Beispiel unsere Importe aus den Staaten der Europäischen Gemeinschaften 1974 noch zu 57,1 Prozent durch Exporte dorthin decken konnten, sank dieser Deckungsprozentsatz im Jahre 1975 auf 56,8 Prozent, 1976 auf 54,3 Prozent, und er betrug im Jahre 1977 nur mehr 52,2 Prozent. In konkreten Ziffern heißt es, daß im Jahre 1974 das Handelsbilanzpassivum Österreichs gegenüber den Ländern der Europäischen Gemeinschaften über 44 Milliarden Schilling betragen hat. Im Jahre 1976 ist dieses Handelsbilanzpassivum auf 59,6 Milliarden Schilling angestiegen und hat im Jahre 1977 73,3 Milliarden Schilling betragen. Zweifellos war im Jahre 1977 durch die damalige Vorauswirkung des 2. Abgabenänderungsgesetzes und so weiter ein außergewöhnlicher Zustand. Aber trotzdem ist dieses Passivum auch außergewöhnlich hoch gesprungen, und der Deckungsprozentsatz ist immer weiter hier zurückgegangen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zu dieser negativen Entwicklung, die ja symptomatisch für unsere gesamte Handelsbilanz ist, trägt die Wirtschaftspolitik, vor allen Dingen sicherlich auch die Währungspolitik, aber natürlich auch die Ohnmacht, möchte ich sagen, der Integrationspolitik des Handelsministers mit bei.

Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn es der Regierung bei Abschluß des EG-Freihandelsabkommens schon nicht gelungen ist, für manche unserer wichtigsten Exportprodukte, nämlich Papier und Stahl vor allen Dingen, eine Normalregelung zu erreichen und es damals natürlich auch nicht möglich war, für die Landwirtschaft einen erfolgreichen Abschluß zu bekommen, so vermissen wir bei all den redlichen Bemühungen unserer Spitzenbeamten in Brüssel, bei diesen Verhandlungen auf

Beamtenbene den persönlichen, vollen Einsatz des Herrn Handelsministers, um vielleicht doch eine raschere Regelung, vor allen Dingen bei den sensiblen Produkten, herbeizuführen. (Abg. *Lanc: Der Herr Minister Bock hat jahrelang die Zimmerpflanzen gezählt!*)

Herr Innenminister! Sie sind ein Spezialist für Integrationsfragen, das kann ich mir vorstellen. (Abg. *Lanc: Ich war schon Mitglied des Ausschusses, da sind Sie noch in den Parlamentswindeln herumgelaufen!*)

Herr Innenminister! Sie können sich innerhalb der Regierung weiter bemühen, damit vielleicht gerade für die sensiblen Produkte etwas rascher bessere Lösungen zustande kommen. (Beifall bei der ÖVP.) Bisher haben Sie jedenfalls nichts dazu beigetragen oder beitragen können.

Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, die Resignation anscheinend gerade in den Fragen der sensiblen Produkte – und wenn ich den Papiersektor herausnehme, ist ja das die sensibelste Frage – spiegelt sich auch auf Seite 4 des Berichtes in dem Kapitel über diese Produkte in dem lapidaren Schlußsatz wider, in dem es heißt – ich zitiere –:

„Dem gegenständlichen Fragenkomplex ist weiterhin besonderes Augenmerk zu schenken, damit die Herstellung des vollen Freiverkehrs für die sensiblen Produkte spätestens zu den im Abkommen vereinbarten Terminen (bei Papier Beginn 1984 . . .) sichergestellt ist.“

Das heißt also, man gibt sich heute damit zufrieden und schreibt das auch in den Bericht hinein, wenn nur 1984 jene vertraglichen Bestimmungen, die wir ja gegenseitig eingegangen sind, von der EG auch eingehalten werden. Also daß irgendwie eine besondere Bemühung ist, hier schon früher Erleichterungen zu schaffen, scheint dem Minister in diesen Fragen anscheinend nicht möglich, zeitlich nicht möglich oder einsatzmäßig nicht gegeben.

Meine Damen und Herren! Ich darf auf einige der Schwierigkeiten hier verweisen. Ich bin überzeugt, daß der Herr Abgeordnete Teschl, der ja aus der Branche kommt, auch darauf zu sprechen kommen wird.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß bei den Richtplafonds diese Fragen gerade in der Papierindustrie wieder äußerst prekär waren, daß die Einführung des vollen Ausgangszolles im Laufe der letzten Jahre in wesentlichen Kapiteln wieder schrittweise Platz gegriffen hat.

Wir haben hier eine ganze Reihe von Hinweisen, daß Österreich vor allen Dingen auch im Vergleich zu den skandinavischen Staaten hinsichtlich der noch bestehenden

Dkfm. Gorton

Richtplafonds eindeutig im Nachteil ist, denn bei Österreich sind von den ursprünglich sieben Richtplafonds noch immer fünf Richtplafonds aufrecht, während bei Finnland zum Beispiel von ursprünglich 13 nur mehr drei Richtplafonds, bei Norwegen von ursprünglich zehn nur mehr zwei Richtplafonds und bei Schweden von insgesamt 16 nur mehr acht Richtplafonds in Kraft stehen.

Das sind einige Hinweise auf die Erschwerisse, die gerade unsere zweifellos schwer kämpfende Papierindustrie in diesen Fragen zu ertragen hat, und wir haben 1978 auch wieder für etliche Positionen neue Richtplafonds festgestellt beziehungsweise aufkotriert bekommen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte wegen der fortgeschrittenen Zeit zum Schluß kommen. Wir sind also der Auffassung, daß in diesen Fragen der Integrationspolitik von seiten des Herrn Handelsministers zuwenig Initiativen gesetzt werden. Wir haben immer wieder die Regierung auch kritisiert, da sie zum Teil zu viel im Ausland herumfährt. Ich glaube, hier ist der einzige Punkt, wo wir einen Minister auf andere Art und Weise zu kritisieren haben, denn dort, wo gefahren, wo verhandelt, wo Kontakte im Ausland auch auf höchster Ebene immer wieder gesucht werden sollten, um Verbesserungen in der Situation herbeizuführen, dort wird es nicht gemacht.

Wir wissen auch, wie weit die Integrationsfragen auf dem agrarischen Sektor im Nachhinken begriffen sind. Hier ist ja heute auch schon viel darüber gesprochen worden, und es wird zweifellos auch noch viel in die Debatte eingeworfen werden. Mir ist bekannt, daß der Herr Handelsminister heute nicht im Lande ist, weil er den Herrn Bundespräsidenten nach Rumänien begleitet hat, aber ich möchte dem ihn vertretenden Herrn Landwirtschaftsminister sehr dringend ans Herz legen, daß die ernsten Worte, die ich mir erlaubt habe, hier hinsichtlich der notwendigen Verhandlungen zu deponieren, ihm auch entsprechend ausgerichtet werden.

Ich möchte zusammenfassen: Die Doppelstrategien dieser Regierung haben am Sektor der Integrationspolitik keine befriedigenden Ergebnisse bringen können. Dem kompetenztragenen Außenminister kommt anscheinend ohnehin kein direkter Aufgabenbereich hier zu. Der Herr Landwirtschaftsminister hat – auch das ist irgendwie durch den Informationswald gegangen – dem Herrn Agrarkommissär der EG anscheinend Vorleistungszusagen gemacht. Er spielte sozusagen die Trümpfe zuerst aus, bevor er überhaupt dafür etwas bekommt. Wir hoffen oder wir würden es uns alle wünschen, daß er

etwas erreichen kann. Bislang sind die Ergebnisse äußerst dürfig gewesen. Und der Herr Handelsminister, bei dem der Hauptaufgabenbereich liegt, scheut sich anscheinend vor zu vielen EG-Auslandskontakten und glaubt, ein resignierendes Erfolgserlebnis schon darin zu sehen, wenn ihm bei der wichtigsten Frage des sensibelsten Produktes Papier die Herstellung des ohnehin vertraglich vereinbarten Freiverkehrs für 1984 gesichert bleibt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bei diesem Stand der Dinge kann man nur sagen: Bemühen Sie sich mehr von der Regierung, unsere Unterstützung haben Sie für alle diese Bemühungen, aber was wir jetzt gesehen haben oder jetzt erleben mußten, läßt zweifellos noch reichlich zu wünschen übrig. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ein ganz wesentlicher Teil des Integrationsberichtes, der es wert wäre, ausführlich diskutiert zu werden, ist heute im Zuge der Behandlung des Grünen Berichtes schon ausreichend besprochen worden, und was die industriepolitische Problematik anlangt, so sind von meinem Vorredner die Probleme recht deutlich klargestellt worden. Das ermöglicht es mir, mich auf zwei Punkte zu konzentrieren, die mir unter dem Aspekt der Integrationspolitik von Bedeutung erscheinen und von denen ich glaube, daß sie im Parlament diskutiert werden sollten. Vor allem der zweite der beiden Punkte muß hier einmal angerissen werden, bevor uns die Entwicklung davonläuft.

Es handelt sich einerseits um die Problematik des Beitrags zur Finanzierung unserer Durchfahrtsstraßen durch die Europäische Gemeinschaft und zweitens um den Problemkreis der neuen europäischen Währung, des europäischen Währungssystems, das zurzeit im Zentrum aller Integrationsdiskussionen steht und daher von brennender Aktualität ist.

Ich möchte mich zuerst kurz mit der Problematik eines Beitrags zur Finanzierung unserer Durchfahrtsstraßen befassen. Der Ablauf der Tragödie dieses Versuchs ist ja zur Genüge bekannt. (Abg. Kittl: Was heißt „Tragödie“? Da sind wir erst mitten in den Verhandlungen! Das ist doch keine Tragödie!) Das Problem ist, daß wir die Voraussetzungen für diese Verhandlungen in, wie ich glaube, geradezu skandalöser Weise unterminiert haben und unsere Ausgangsposition in einem Ausmaß verschlechtert haben, wie wir das hätten nie tun dürfen.

Die Situation ist klar und eindeutig: Der

10650

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dipl.-Ing. Hanreich

Transitverkehr nach dem Osten und auch vom Osten belastet unser Straßennetz in einem Ausmaß, das von uns einfach, was den Aufwand an Reparaturen und auch die Notwendigkeit eines raschen Ausbaus anlangt, nicht getragen werden kann. Für einen kleinen Staat ist ein so überdimensionaler Transitverkehr wie der, unter dem wir leiden, Anlaß genug, laut bei den Großen die Stimme zu erheben und darauf hinzuweisen, daß hier eine Unterstützung notwendig ist.

Das ist ja auch erkannt worden, und der Versuch, in der Richtung aktiv zu werden, ist gestartet worden. Die Konsequenz daraus war an sich relativ positiv. Es machen es die Großen so wie bei uns die Regierung: Wenn ihnen etwas nicht ganz in den Kram paßt, dann versprechen sie eine intensive Prüfung und die Ausarbeitung einer entsprechenden Studie und vielleicht das Einsetzen irgendeiner Kommission – und dann geschieht einmal relativ lange nichts.

Tatsache ist aber, daß immerhin das Batelle-Institut damit begonnen hat, sich im Auftrag der EG mit der Frage auseinanderzusetzen, welche Belastungen denn tatsächlich vorliegen, wie groß das Ausmaß dieser Belastungen ist und wie hier Maßnahmen gesetzt werden sollen.

Dieser Anfang war relativ schön, und ich würde sagen, er hat auch unsere Zustimmung in ganzer Breite gefunden. Weniger schön war dann die Fortsetzung. Denn daß diese hinhaltende Maßnahme, die ja auch der Sammlung von Unterlagen gedient hat, von uns akzeptiert werden muß, darüber besteht wohl kein Zweifel.

Statt aber nun flankierende Maßnahmen zu setzen, wie man das üblicherweise in der Diplomatie macht, sich also mit den einzelnen Kontrahenten, den verschiedenen dafür kompetenten Herren in den einzelnen Mitgliedstaaten der EG an einen Tisch zu setzen und ihnen in persönlichen Gesprächen, nach österreichischer Methode von mir aus beim Heurigen, die Problematik klarzulegen und zu versuchen, im Sinne einer Goodwillkampagne Verständnis für diese schwierige Lage zu erwirken, hat man sich darauf beschränkt, mit großem Pomp und Trara den ja allseits zur Genüge bekannten Straßenverkehrsbeitrag einzuführen. Konsequenzen daraus: Es sind alle verkrampt, und genau das, was wir angestrebt haben, nämlich möglichst reibungslos, möglichst rasch zu einer vernünftigen Lösung dieses Finanzierungsproblems und damit zu einer Unterstützung von Seiten der EG zu kommen, genau diese Zielsetzung ist massiv torpediert worden. (Abg. Kittl: Das entspricht nicht den Tatsachen!) Natürlich! (Abg. Kittl: Es haben sich alle Parteien und hier gerade alle sozialistischen Parteien der

Europäischen Gemeinschaft für eine europakonforme Lösung ausgesprochen, und sie haben den österreichischen Standpunkt sehr wohl unterstützt!)

Verehrter Herr Kollege! Daß die Parteien in ihren internen Gesprächen – auch europaweit, das ist ja recht positiv, daß die Parteien schon europaweit miteinander reden – zu einem Konsens in der einen oder anderen Frage kommen, das ist recht nett. Aber das können Sie mir als Mitglied der sozialistischen Fraktion erzählen. Wenn das eine Begründung für das Verhalten der sozialistischen Bundesregierung sein soll, dann kann ich nur sagen, daß das ein äußerst bedauernswertes Ergebnis ist. Die Bundesregierung hat sich mit den Kontrahenten, und das sind die anderen Regierungen, auseinanderzusetzen und nicht mit den Fraktionsobmännern einzelner Parteien. Das ist die Aufgabe der Fraktionen in den verschiedenen Parlamenten. Und wenn es dort geht, ist das ja ein gewisser Ansatz, der eine gewisse Chance bietet, die Sache zu beschleunigen.

Feststeht aber auch, und das ist unbestritten, daß die Einführung des Straßenverkehrsförderungsbeitrages, wie das zuerst geheißen hat, des Straßenverkehrsbeitrages nun doch negative Reaktionen, Unwillen und auch Retorsionsmaßnahmen ausgelöst hat.

Ich bin also der Meinung, daß es hoch an der Zeit ist, dieses Problem wieder ernsthaft zu diskutieren. Gestern hat sich dazu keine Gelegenheit ergeben. Es ist ja unser Antrag, diese Schandsteuer zu beseitigen, einfach abgewiesen worden, obwohl der finanzielle Erfolg für den Fiskus lächerlich ist. (Abg. Kittl: Ihr Kollege Schmidt hat ja gestern ausführlich dazu gesprochen!) Es ist eine Schande, daß man so etwas macht und damit die Intentionen des Staates und der Bevölkerung tatsächlich negativ beeinflußt, statt die Entwicklung im Sinne einer europaweiten Kooperation voranzutreiben.

Soweit also die notwendigen Bemerkungen zu diesem Problemkreis.

Das zweite Problem, die Entwicklung in Richtung eines europäischen Währungssystems, liegt mir deswegen am Herzen, weil, so wie sich die Situation jetzt darstellt, nicht kurzfristig damit gerechnet werden kann, daß sich das Parlament mit dieser Frage auf Grund einer Gesetzesvorlage befaßt.

Das Konzept, soweit es von außen einsehbar ist, läuft darauf hinaus, daß man vorläufig ohne gesetzliche Maßnahmen einmal das Auslangen finden will, sodaß die einzelnen Länder noch keine gesetzlichen Bestimmungen erlassen müssen. Das hat zur Folge, daß die Notenbank in relativ großer Unabhängigkeit, wie ihr das

Dipl.-Ing. Hanreich

zusteht, sich mit dieser Frage auseinandersetzt. Das hat aber auch zur Folge, daß das Parlament mit der Problematik nicht befaßt ist.

Was nun Integrationsbestrebungen im europäischen Raum anlangt und die Versäumnisse der Bundesregierung beim Wahrnehmen von Chancen, in diesem Integrationsprozeß aktiv zu werden, sind wir Freiheitlichen gebrannte Kinder. Der Umweg über die EFTA zur EWG, lang und mühsam, war in sehr vielen Fällen eine höchst umstrittene Tatsache, und wir haben oft darauf hingewiesen, daß die Bemühungen einfach zu wenig ernsthaft gewesen sind, sich diesen Integrationsbestrebungen anzuschließen mit Konsequenzen, die wir heute in jedem Integrationsbericht beklagen, und mit Problemen, wie sie gerade vorher hinsichtlich Einbindung unserer Wirtschaft immer wieder diskutiert worden sind. Es geht also darum, daß wir versuchen, in dieses neue System möglichst rasch und zu möglichst günstigen Konditionen eine Einstiegsposition zu finden.

Dazu ist es erforderlich, sich kurz zu vergegenwärtigen, wie diese Entwicklung in den letzten Monaten vor sich gegangen ist, denn das ist, wenn man von ersten Ansätzen zu Beginn der siebziger Jahre einmal absieht, ja doch eine Aktion, die eigentlich in den letzten Monaten an Gewicht und Bedeutung gewonnen hat.

Die Zielsetzung ist klar, man will eine über möglichst weite Bereiche Europas einheitliche gemeinsame Währung schaffen mit der Konsequenz, auch die Wirtschaftspolitik zu einer gewissen Gemeinsamkeit zu bringen. Man hat sich damit recht eingehend auseinandergesetzt, und es ist daher wesentlich, einmal kurz zusammenzustellen, was sich im Spiegel der Pressedarstellungen zugetragen hat.

Man hat, getragen von dem Wunsch der Exportindustrie der verschiedenen Länder, überhaupt dem internationalen Handel günstigere Voraussetzungen, geringere Risiken aus der Währungssituation zu sichern, das Ziel deklariert, ein gemeinsames Währungssystem zu schaffen, und hat darüber zu diskutieren begonnen, ob das in Form einer Regelung, die der bisherigen Schlange ähnlich ist, gestaltet werden soll, einem Leitliniensystem also, oder ob man einen Währungskorb der verschiedenen Währungen zusammenstellt, um daraus die jeweiligen Verhältnisse zwischen den einzelnen Währungen abzustimmen.

Und nun hat schon zu Anfang dieser Entwicklung der bekannte Journalist Klaus Emmerich sich mit der Frage in einem Kommentar auseinandergesetzt und hat unter dem Titel „Neuer Währungsverbund im Entstehen – auch

der Schilling im Fahrwasser des ECU“ darauf hingewiesen, daß es ernsthaft einer Prüfung bedarf, inwieweit für Österreich nicht nur die Chance, sondern auch die Aussicht besteht, in dieses neue Währungssystem einzusteigen, das mit dem englischen Text European Currency Unit bezeichnet wird und in der französischen Abkürzung als ECU.

In der Zwischenzeit hat sich geklärt, daß man sich mehr auf ein Leitliniensystem festgelegt hat, daß man die Schwankungsbreiten, die derzeit bei 2,25 Prozent liegen, auf 2,5 erhöhen wird, um eine größere Flexibilität zu haben. Man wird auch die relativ schwachen Währungen in dieses System integrieren, damit eine Möglichkeit besteht, relativ feste Verbindungen zwischen den Wechselkursen aller Länder zustande zu bringen.

Emmerich führt also in seinem Kommentar an, daß dieser Versuch aus mehreren Gründen von wesentlicher Bedeutung ist.

Zuerst, daß in Sachen Integration überhaupt etwas weitergeht. Ein Blickwinkel, den man aus freiheitlicher Sicht schon deswegen sehr begrüßen muß, weil sich im Zuge der Wirtschaftskrise wieder gezeigt hat, daß der Versuch, sich selbst abzukapseln und den harten Wind der wirtschaftlichen Schwierigkeiten von außen vom eigenen Land fernzuhalten, der Integration entgegenwirkt.

Zweitens – das habe ich schon erwähnt –, die Tatsache, daß die Wirtschaft das Bestreben hat, in Mitteleuropa möglichst mit festen Wechselkursen zu arbeiten.

Drittens, daß hier der Versuch möglich wird, über eine eigene, doch relativ wirtschaftlich potente Gemeinschaft von Ländern die derzeit ja sehr wirkungsvolle Devisenspekulation etwas in die Schranken der Seriosität zu verweisen. Auch weil die Entwicklung des Dollars, die ja in keiner Weise erfreulich ist, durch eine neue mächtige Währung etwas zu festigen wäre, was ja in der Zwischenzeit aus anderen Gründen zumindest in bescheidenem Umfang Realität geworden ist.

Dazu aber ein zweifellos erzieherischer Effekt, nämlich der, daß dadurch eine Harmonisierung der Wirtschaftsentwicklung erreicht werden kann, indem es den einzelnen Ländern über die schwankenden Wechselkurse eben nicht mehr gelingt, sich über Entwicklungsfehlleistungen beim Budget und ähnlichem einfach dadurch hinwegzuturnen, daß man im Rahmen des Floatens die eigenen Wechselkurse ohne offizielle Abwertung ändert.

Zuletzt, daß die besseren Wirtschaftsstrukturen, die höhere Leistungsfähigkeit und der

10652

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dipl.-Ing. Hanreich

gediegene Fleiß wieder mehr zu ihrem Recht kommen, wie Emmerich meint.

Das ist für ein Hartwährungsland – als solches sind wir zweifellos zu bezeichnen – eine Chance, und daher scheint es sinnvoll, dem neuen System positiv gegenüberzustehen.

Ich möchte hier die weitere Entwicklung im Detail nicht erläutern, das würde sicher zu weit führen. Worauf kommt es an? Meiner Meinung nach ist es wesentlich, daß es uns gelingt, zu relativ günstigen Bedingungen einzusteigen. Und das muß aus dem Blickwinkel unserer Exportindustrie gesagt werden, in deren Interesse es nicht liegen kann, daß wir mit prestigebetonter Härte in diese gemeinsame, jetzt vergrößerte Schlange einsteigen. Wir sollten dafür Sorge tragen, daß wir auch von unserer Konkurrenzfähigkeit her zu günstigen Bedingungen an dieser gemeinsamen Aktion teilnehmen.

Daß die Chancen dazu bestehen und daß dem von seiten der EG kaum Widerstände entgegengesetzt werden dürften, das zeichnet sich ab, wenn man weiß, daß die Dänen eine Mitwirkung Norwegens angekündigt haben und daß das, wie man hört, durchaus die Zustimmung der EG gefunden hat.

Die Konsequenz daraus ist, daß von seiten unserer Regierung jeder Versuch gemacht werden muß, uns hier eine günstige Einstiegsmöglichkeit sicherzustellen, und daß aus freiheitlicher Sicht ganz klar festgestellt werden muß, daß diese Entwicklung als Bekenntnis zu einer Verdichtung der Europäischen Gemeinschaft, als eine verstärkte Integration den freiheitlichen Zielsetzungen einer Europapolitik entspricht.

Wir glauben daher, daß es auf keinen Fall dazu kommen darf, daß wir es wie schon in Sachen EG versäumen, uns rechtzeitig mit dieser Entwicklung auseinanderzusetzen, daß wir es versäumen, hier gleich im ersten Anlauf mitzutun, denn es ist also ganz sicher ein Vorteil, in einer Gemeinschaft mitzuwirken, deren deklarierte Zielsetzungen auf folgende Punkte gerichtet sind, wie es das Bundeswirtschaftsministerium für die deutsche Bundesrepublik als Zielsetzung und Grundsätze für das europäische Währungssystem formuliert hat.

Erstens: Eine stabile Währungszone kann nur existieren, wenn die Wirtschaftspolitik aller Mitglieder besser koordiniert wird.

Das schließt eine Eigenständigkeit keineswegs aus. Das setzt nur voraus, daß die Grundsätze der Stabilität und der Form der Vorgangsweise einvernehmlich gestaltet werden, daß man also nicht auf Kosten der anderen

agiert, wie wir das hinsichtlich Stabilität vor einigen Jahren ja von unserer Bundesregierung vorexerziert bekommen haben, die auf Grund unserer hohen Importabhängigkeit Stabilität importiert und selbst Inflation gemacht hat. Das hat sich in der Zwischenzeit auch aus weltwirtschaftlichen Gründen heraus geändert.

Zweitens: Soweit noch erheblich Preis- und Kostendifferenzen bestehen, sollen Wechselkursrelationen von Zeit zu Zeit angepaßt werden.

Das ist eine Notwendigkeit angesichts der sehr differenzierten Situation in den einzelnen Ländern der EG, die es erforderlich macht, doch Korrekturen immer wieder vorzunehmen.

Drittens: Die Bereitstellung von Kreditfazilitäten, die für das technische Funktionieren des Systems notwendig ist, darf nicht die Versuchung für einzelne Länder vergrößern, zu lange an unrealistisch gewordenen Wechselkursen festzuhalten, um auf diese Weise notwendige binnengewirtschaftliche Maßnahmen zu umgehen oder hinauszuzögern.

Viertens: Das europäische Währungssystem mit seinen festeren Wechselkursrelationen darf nicht zu einer Inflationsgemeinschaft führen.

Diese vier Zielsetzungen, die auch unseren Vorstellungen davon entsprechen, was man sich unter Grundsätzen eines europäischen Währungssystems vorstellt, sind Anlaß genug, daß wir sehr ernsthaft die Forderung an die Regierung richten, sich mit dieser Problematik eingehend auseinanderzusetzen und nicht, wie das schon einmal passiert ist, den Zug zu versäumen.

Wir hoffen, daß wir diesmal im Interesse unserer Wirtschaft einen erfolgreichen Einstieg in dieses neue System schaffen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Teschl.

Abgeordneter **Teschl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wie vom Herrn Berichterstatter erwähnt, liegt der fünfte Bericht vor beziehungsweise befinden wir uns im sechsten Jahr seit Inkrafttreten des Integrationsvertrages. Er wurde 1972 abgeschlossen, und 1974 bereits der Ölschock. Das heißt: Die meiste Zeit, seit wir uns mit der EWG in Assoziation befinden, Krisenzeiten in Europa, Krisenzeiten weltweit in der Wirtschaft. Unter diesen Perspektiven ist unser Verhältnis mit der EG beziehungsweise im Rahmen der EFTA zu sehen.

Ich sage das deshalb, weil alljährlich, wenn dieser Bericht im Hohen Haus zur Debatte steht,

Teschl

generell die Behauptung aufgestellt wird – und auch ich erwähne es immer wieder im umgekehrten Sinn –: Es hänge nur vom Wollen der zuständigen Ressortminister oder der Bundesregierung ab, daß unsere wirtschaftlichen Wünsche, die wir gegenüber der Gemeinschaft haben, durchgesetzt werden könnten, wenn eben – wie schon erwähnt – die zuständigen Minister genügend Nachdruck in Brüssel hätten.

Diese falsche Darlegung ist ebenfalls eine Doppelstrategie der Opposition. Die Doppelstrategie ist nur im kleinen Sinn zu verstehen, denn es ist eine Doppelstrategie wider besseres Wissen. Man weiß ja sehr genau um die wirtschaftlichen Verhältnisse in der EG. Wir alle wissen um die stark ausgeprägten Partikularinteressen, die sich im Rahmen der EG abspielen. Wir wissen, daß gerade im Landwirtschaftsbereich die Überschußproduktion schwierige Auseinandersetzungen innerhalb der EG jährlich mit sich bringt. Und wir hören jährlich bei der Landwirtschaftsdebatte und bei der Debatte um diesen Bericht, daß es nur von den Ministern, von den Ressortministern abhänge, daß alles zum Guten stehen würde, weil Österreich in Brüssel selbstverständlich für alle Wünsche Gehör finden würde. Diese sehr bequeme Darstellung möchte ich doch sehr entschieden zurückweisen. (*Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Gewiß – und hier möchte ich mit dem Herrn Abgeordneten Gorton übereinstimmen –: Das Problem der sensiblen Produkte trifft uns schmerhaft, da die Papierindustrie und die zuständigen Gruppen der Stahlindustrie ernsthaft und schmerzlich getroffen sind bei dieser Einschränkung jener Positionen, die im Bereich der sensiblen Produkte eingeschlossen sind.

Ich persönlich hatte in Brüssel – und auch in London – Gelegenheit, mich von dieser ungeheuer starken Papier-Lobby zu überzeugen, die bei ihren Regierungen vorstellig wird und veranlaßt, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer Hand in Hand – auch davon konnte ich mich überzeugen – gegen bessere Exportbedingungen Österreichs beziehungsweise Importbedingungen Österreichs protestieren.

Sie wissen ganz genau, daß alle Entscheidungen vom Ministerrat getroffen werden. Das heißt, die zuständigen Ressortminister der betreffenden Länder werden von ihren Arbeitgeberverbänden und Arbeitnehmerverbänden entsprechend unter Druck gesetzt. Dann sollten unsere Bemühungen um Aufstockung der Plafondregelungen Erfolg haben? – Das wissen Sie auch, Herr Abgeordneter Gorton, daß das nicht möglich ist, so sehr wir das bedauern, weil gerade in der schweren Krisenzeit, in der sich die Papierindustrie befand und noch befindet,

eine teilweise Rückführung der Plafondregelungen sicherlich finanzielle Nachteile in sehr großem Ausmaß beinhaltete.

Das also ist die Realität. Das heißt, die EG ist, in jener Zeit selbst ins Rutschen gekommen, als die Weltwirtschaftskrise nach dem Ölschock ihren Anfang nahm. All die großen Hoffnungen, die man in die EG gesetzt hat seinerzeit bei Abschluß der Rom-Verträge, standen ja noch unter dem Eindruck der Nachkriegszeit beziehungsweise unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges. Beim ersten wirtschaftlichen Schock sind alle diese Hoffnungen und guten Vorsätze in sich zusammengebrochen, und die Interessen der nationalen Volkswirtschaften haben Vorrang vor dem Gemeinschaftsdenken in der EG gefunden.

Herr Abgeordneter Hanreich! Ihre Ausführungen bezüglich eines europäischen Währungsverbundes sind im Prinzip zu unterstreichen. Aber Sie selbst haben erlebt in den letzten zwei Monaten – vor allem in den letzten Wochen –, wie auch hier die Partikularinteressen stark oder überhaupt im Vordergrund standen. Man denke nur an die italienischen Stellungnahmen, man denke an die britischen Stellungnahmen, die natürlich ihre eigenen Interessen nicht den Gesamtinteressen unterordnen wollen oder nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen, die natürlich wieder ein volles Wirken oder ein sinngemäßes Wirken, wie es Bundeskanzler Schmidt sich vorstellt, natürlich nicht zur Geltung bringen können.

Das heißt: Man hofft, daß es einen Konsens geben wird, aber doch einen sehr aufgeweichten. Sicherlich: Wenn immerhin noch ein Konsens zustande käme, der auch von Österreich akzeptiert werden kann – und alle Bedingungen liegen ja noch nicht offen da –, dann ist es – und ich glaube, hier trennt uns überhaupt nichts – vom Grundsätzlichen her sicherlich interessant, so rasch als möglich die gebotenen Möglichkeiten zu nutzen, schon deshalb, weil das auch für unsere beiden großen Handelspartner Italien und die Bundesrepublik mit ihren zwei ganz konträren Wirkungen in der Währungspolitik – und in diesem Fall auch für uns – von Vorteil wäre.

Sie haben ja selbst eine Reihe von Vorteilen und Zielsetzungen aufgezählt, die in Ihrem Kommentar dargelegt wurden. Ich glaube, daß es hier im Prinzip überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten gibt. Aber die Meinungsverschiedenheiten kann es im Detail geben, die, wie ich glaube, noch nicht im vollen Detail erkennbar sind.

Ich würde also meinen, daß sich, wenn es dem französischen Präsidenten und dem deutschen

10654

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Teschl

Bundeskanzler gelingt, in den nächsten Wochen im Prinzip zu einer Einigung zu kommen, bis zum Jahresende deutlich abzeichnen wird, welche Bedingungen damit verknüpft sind, um es Österreich zu ermöglichen, sich näher mit dieser Thematik zu befassen oder gar, wie wir hoffen mögen, einzusteigen.

Unter diesen Aspekten also, daß der Beitritt Österreichs zur EWG sich knapp vor dem Ausbruch einer Weltwirtschaftskrise vollzog, daß jene Voraussetzungen, die wir 1972 glaubten vorzufinden, nach einer kurzen Anfangsphase insofern zerstört wurden, daß nach dem Ölschock die Weltwirtschaftskrise einsetzte mit all ihren uns bekannten Folgen, unter diesen Voraussetzungen sind die Bemühungen Österreichs zu sehen, das Verhältnis zur EWG so zu gestalten, wie es unseren wirtschaftlichen Voraussetzungen eben möglich ist. Das ist die Perspektive, unter der unsere Regierung, unsere Minister in Brüssel zu agieren haben.

Und hier hat jedes Land der EG die eigenen Interessen vor die Interessen der Gemeinschaft gestellt, das wissen wir genau, und selbstverständlich die Interessen der Gemeinschaft vor die Interessen Österreichs.

Zum Schluß noch ein Vorwurf, daß unsere Minister in Brüssel zu wenig präsent seien. Die zuständigen Ressortminister haben sich eine tadellose Ausgangsbasis durch Fachbeamte geschaffen. Es funktioniert die Information tadellos. Das ist ebenso bekannt wie auch anerkannt, und ich glaube, daß es nicht so sehr auf die Häufigkeit der Präsenz in Brüssel ankommt als auf die Thematik, die zu vertreten ist und gegebenenfalls auch durchgesetzt werden kann, beziehungsweise wir haben ja heute aus dem Bericht des Landwirtschaftsministers gehört, welche schwierigen Vergleiche, welche schwierigen Voraussetzungen vorgefunden wurden, um, sei es bei der Zuchtrinderproblematik oder bei den anderen Themen, zu einem Ausgleich zu kommen. Unter diesen Voraussetzungen ist dem vorliegenden Bericht auch von unserer Fraktion gerne zuzustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Leitner. Ich erteile es.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Teschl hat es sich hier, glaube ich, doch etwas einfach gemacht, wenn er feststellt, unter diesen sehr schwierigen Verhältnissen, die wir im wirtschaftlichen Bereich in Europa und in der Welt vorfinden, ist man also mit dem Inhalt des Berichtes einverstanden. Er

meinte, daß der unbefriedigende Inhalt des Berichtes eben noch auf den Ölschock zurückzuführen ist und die Regierung sowieso alles tut, um den österreichischen Standpunkt bestmöglich zu vertreten.

Wir wissen, daß die Minister verhandeln, und wir wissen auch, daß die EG nicht gerade auf unsere Minister wartet. Aber hier festzustellen, daß die Regierung und die Minister alles bestmöglich verhandeln und den österreichischen Standpunkt gut vertreten, ist doch eine Behauptung, die nicht akzeptiert werden kann. Der Bericht zeigt nämlich ein vierfaches Problem auf: Einmal eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und vor allem auch am Inlandsmarkt, wenn... (Abg. Teschl: Das stimmt ja nicht!) Ja bitte, das steht ja drinnen im Bericht: Der Inlandsmarktanteil der österreichischen Industriegüterproduktion wurde 1970 mit 61,3 Prozent festgestellt, er ist 1977 auf 53,7 Prozent gesunken. Das steht in diesem Bericht drinnen.

Und dann steht zweitens drinnen: Die enorme Zunahme des Handelsbilanzdefizites auf 73 Milliarden Schilling und diese ganze Höhe des Defizites ergibt sich auch mit der EG. Es sind dann die einzelnen Länder angeführt, um wieviel die Einfuhren nach Österreich zugenommen haben und um wieviel die Ausfuhren gestiegen sind. Die Ausfuhren sind in den meisten Fällen stark zurückgeblieben.

Der dritte Bereich ist die starke Benachteiligung der Landwirtschaft im Außenhandel. Im Bericht heißt es wortwörtlich:

„Die österreichische Ausfuhr“ landwirtschaftlicher Produkte „in die EG hat jedoch seit Abschluß des Freihandelsabkommens absolut stagniert. Die Gemeinschaft konnte hingegen ihre Lieferungen nach Österreich stark ausweiten.“

„Die Ausfuhr agrarischer Erzeugnisse in die Gemeinschaft wurde auch 1977 durch die EG-Agrarmarktordnungen und durch eine Reihe von einfuhrhemmenden Maßnahmen der Gemeinschaft beeinträchtigt.“

Das steht im Bericht. Und jetzt ist die Frage, was Österreich daraufhin unternimmt. Wir haben 1970 im agrarischen Bereich 9,6 Milliarden Einfuhren gehabt, aus der EG 3,1 Milliarden und 1977 20,2 Milliarden Einfuhren und aus der EG 8,8 Milliarden. Das ist ja die Problematik, die hier drinnen steckt, die uns ja heute den ganzen Tag mitbeschäftigt hat. Der Einfuhrüberschuß ist von 5,9 auf 14,1 Milliarden Schilling seit 1972 angestiegen, mit der Europäischen Gemeinschaft von 890 Millionen auf 5,2 Milliarden.

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Nun hat der Herr Minister gesagt, hier muß man die gesamte EG berücksichtigen. Das ist ja in diesem Bericht auch geschehen. Das steht ja hier drinnen. Das Verhältnis wird dadurch nicht viel anders. Hierin steckt – und das ist nach unserer Meinung falsch – die Handelsphilosophie des Herrn Handelsministers und der sozialistischen Regierung: Importieren ist billiger, und Österreich braucht billige Lebensmittel. Es hat der Herr Präsident Benya einmal gesagt, die Bauern müssen ja produzieren und verkaufen, es bleibt ihnen ja nichts anderes übrig.

In der Ersten Republik hat der große sozialistische Führer Otto Bauer auch das gleiche vertreten und hat gesagt, wir müssen fleißig importieren und die Landwirtschaft im eigenen Fett schmoren lassen. Diese Politik ist auch heute sichtbar. Die Türen für die Importe werden weit aufgetan, und die anderen tun die Türen für die österreichische Landwirtschaft zu. Wir werden von ihren Märkten vielfach ausgesperrt, und jahrhundertealte Absatzgebiete für Vieh, für Milchprodukte gehen verloren. (*Beifall bei der ÖVP*)

Und hier, liebe Freunde, verlangt die österreichische Landwirtschaft nichts anderes als Waffengleichheit. Sie ist leistungsfähig, sie ist konkurrenzfähig, aber sie braucht die gleichen Waffen.

Und viertens zeigt der Bericht dann sehr deutlich, daß die Regierung dieser Entwicklung weitgehend untätig zuschaut oder nur halbe Maßnahmen setzt und Maßnahmen zu spät setzt. Im Bericht heißt es nämlich auch wortwörtlich:

„Das Freihandelsabkommen gibt leider nur im geringen Maße eine Handhabe, gegenüber den EG verbesserte Marktchancen für österreichische agrarische Exporte durchzusetzen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, bei den Verhandlungen ist mehr Härte notwendig. Ich habe von dieser Stelle aus schon einmal gesagt, was mir ein hoher Funktionär in Brüssel gesprächsweise mitgeteilt hat. Der Herr Handelsminister hat damals gesagt, ich wäre aufs Eis geführt worden, das stimmt nicht. Aber es stimmt doch. Dieser hohe Funktionär hat mir gesagt: Leitner, Sie sind ja ein bärlicher Vertreter, und wir wissen in Brüssel sehr gut, daß die österreichische Landwirtschaft gut organisiert ist und daß daher der Landwirtschaftsminister das Jahr zweimal nach Brüssel gehen muß. Aber wir in Brüssel wissen auch, daß die österreichische Bundesregierung gar nicht soviel Erfolg haben will, denn ansonsten würden ja in Österreich die Lebensmittelpreise steigen. Daher schickt man ihn halt dann wieder zurück. (*Abg. A. Schlager: Ach, so schaut das aus!*)

Als der Herr Minister in seiner Zeitung, der „Agrarwelt“, geschrieben hat: „Durchschlagender Erfolg in Brüssel“, hat mir der gleiche Beamte gesagt: Der Herr Minister wird schon wissen, was er meint. Wir haben uns lange gefragt. Nach unserer Auffassung ist er gekommen, hat verhandelt, und wir haben ihn wieder barfuß nach Hause geschickt. – Das ist ein offenes Wort und zeigt, daß zuwenig Nachdruck und zuwenig Härte vorhanden sind. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Herr Minister Haiden, ich freue mich, daß heuer im Herbst der Agrarkommissär Gundelach, also der Landwirtschaftsminister der EG, sehr positiv über Verbesserungsvorschläge gesprochen hat. Aber Sie, Herr Minister, haben dann wieder erklärt, es gehe alles in Ordnung.

Ich glaube, dieser Zweckoptimismus ist ein Parteistandpunkt, um die Bauern zu beruhigen. Bis die Bauern die Verschlechterung, zum Beispiel beim Zuchtviehexport, spüren, gibt es eine andere Regierung, denn der Herr Bundeskanzler hat ja für 1979 eine Regierungsumbildung angekündigt. Er hat ja jetzt die absolute Möglichkeit dazu, er braucht überhaupt niemand mehr zu fragen, und die Sozialistische Partei muß das dann sanktionieren. In dieser schwierigen Situation haben wir einen Minister auf Abruf. Ich weiß es nicht, Herr Landwirtschaftsminister: Sind Sie auch dabei? Ist der Herr Handelsminister dabei? – Das wissen Sie nicht, das weiß heute überhaupt noch niemand. In dieser schwierigen Situation brauchen wir aber, glaube ich, eine stabile und handlungsfähige Regierung. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Herr Minister! Es ist heute schon gesagt worden, daß Sie dem Herrn Agrarkommissär Gundelach angeblich wichtige Zugeständnisse oder Zusagen gemacht hätten. Sie sollen zugesagt haben, daß Österreich auf die Lieferung von Zuchtrindern über sechs Jahre verzichtet. Sie sollen weiters zugesagt haben, daß Österreich im GATT keine weiteren Kündigungen von gebundenen Zollsätzen vornehmen wird. Ich halte das für eine falsche Verhandlungsführung. Zugeständnisse gegen Verwendungszusage: Das ist eine Aufgabe des österreichischen Standpunktes! (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Ich glaube, Österreich hat real keine schlechte Verhandlungsposition, Herr Minister. Wir haben mit der EG eine um 73 Milliarden Schilling negative Handelsbilanz. Das heißt, wir kaufen von dort um 73 Milliarden Schilling mehr ein, als sie von uns beziehen. Das ist, glaube ich, doch eine beachtliche Arbeitsplatzsicherung in der EG durch Österreich. Wir haben mit der EG 5,2 Milliarden Schilling landwirtschaftliches Handelsbilanzpassivum. Ich habe mir sagen lassen, daß in der EG auch kein Tee, kein Kaffee

10656

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

und keine Bananen „wachsen“. Es sind also Produkte, die wir erzeugen könnten.

Herr Bundesminister! Zuchtrinder mit sechs Jahren sind Rinder mit dem dritten oder vielleicht vierten Kalb. Sie wissen – ich hoffe wenigstens, daß Sie es wissen –, daß das gealpte Vieh ohne weiteres acht bis zehn Kälber bringen kann. Das ist nicht einmal die Hälfte der Produktionsleistung dieses Zuchtviehs. Sie müssen auch wissen, Herr Minister, daß der Zuchtrinderexport der billigste Weg ist, um österreichisches Vieh ins Ausland zu bringen. Sie zahlen hiefür maximal 1 500 S. Für das Schlachtvieh brauchen Sie pro Kilo 12 S, das sind also bei 600 Kilo 7 200 S; also 7 000 S bis 8 000 S pro Stück.

Wenn uns die EG beim Zuchtvieh jetzt den Hahn zudreht, dann werden wir umso mehr Schlachtvieh exportieren müssen. Daher sind die Änderung des Artikels 7 der EG-Richtlinie, also diese doppelte Eintragungspflicht, sowie die Gleichstellung des Herdbuches einfach notwendig. Wir haben aber gehört, daß sich hier kein Erfolg abzeichnet. Dann ist das, Herr Minister, nichts anderes als ein gegen das österreichische Qualitätsvieh gerichteter harter Verdrängungskampf von den angestammten Absatzgebieten.

Die Erhöhung des Nutzrinderkontingents um 8 000 Stück ist, so anerkennenswert das war, dann aber ein Erfolg, der durch die Altersfestsetzung mehr als zunichte gemacht wurde. Denn man hat errechnet, daß ungefähr 15 000 bis 20 000 Rinder davon betroffen wären. Bei einem Schiffbruch der Verhandlungen braucht man viel mehr Geld, um die Rinder zu exportieren, und dann wird man der Landwirtschaft den Vorwurf machen, daß sie in dieser schwierigen budgetären Situation schon wieder Subventionen fordert.

Es ist doch eine Tatsache, daß sich der Finanzminister durch den Ausschluß der Landwirtschaft im Freihandelsvertrag viele Milliarden Schilling einspart. Das steht ja auch im Bericht.

Es ist weiters eine Tatsache, daß Österreich, wenn die Landwirtschaft in der EG wäre, beachtliche Leistungen zu erbringen hätte, denn in der EG erhält die Landwirtschaft 75 Prozent des Gesamtbudgets. Das sind 160 Milliarden Schilling.

Und es ist schließlich eine Tatsache, daß, wenn wir mit dem landwirtschaftlichen Bereich bei der EG wären, ein Finanzbeitrag von 2,3 Milliarden Schilling erforderlich wäre und dazu noch sogenannte Eigenmittel von 4,6 Milliarden Schilling zu leisten wären. Insgesamt sind das also 6,9 Milliarden Schilling. 70 Prozent

davon, also 4,8 Milliarden Schilling, hätte man zur Integration der heimischen Landwirtschaft aufzubringen.

Herr Minister! Das ist ja ungefähr dreimal soviel, als heute aufgebracht und geleistet wird. Trotz dieser Tatsache wirft die Sozialistische Partei den Bauern die Subventionen immer wieder vor, obwohl die Sozialisten die notwendige Erstattungsregelung für die Landwirtschaft bisher verhindert haben. Eine solche Erstattungsregelung – Herr Minister, das wissen Sie ganz genau – hat die EG und haben alle EFTA-Länder bis auf Island und Portugal. Alle anderen haben sie!

In Österreich kassiert der Finanzminister zwar 240 Millionen Schilling aus dem Ausgleichsabgabegesetz für Zucker, Getreide, Stärke, Eier, Milch in den Fertigprodukten, aber die Zusagen, die man 1972 anlässlich der Beschußfassung des EG-Vertrages der Landwirtschaft in diesem Haus gegeben hat, blieben auf der Strecke. Sie sind nicht, oder nur zum geringen Teil, eingetroffen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich habe diese Zusagen hier, aber auf Grund der fortgeschrittenen Zeit, glaube ich, brauche ich nicht ins Detail zu gehen.

Ein zweites Beispiel für die verschlechterte Marktstellung Österreichs soll beim Käse aufgezeigt werden. Hier hat man ein Mindestpreisabkommen erreicht, aber über dieses Mindestpreisabkommen muß bereits wieder neu verhandelt werden, weil durch die zweimalige Preiserhöhung in Österreich die Situation jetzt wieder so ist wie vor zwei Jahren. Daher ist das Abkommen teilweise wertlos geworden. Beim Schmelzkäse können bereits heute unter dem österreichischen Großhandelspreis, und zwar um 6 S bis 13 S, Importe getätigten werden. Anderseits, Herr Minister, muß die Landwirtschaft fürchten, daß die österreichischen Emmentalerexporte in die EG verlorengehen. Ebenso sind die 7 000 t Emmentalerexporte in die USA ab kommendem Jahr sehr in Gefahr.

Ich frage mich: Was tut denn die österreichische Regierung, um diese Schwierigkeiten zu beseitigen? – Sie baut die Preisstützung ab, und dadurch wird unsere Verhandlungsposition mit der EG verschlechtert. Sie führt die Straßesteuer ein, die die EG-Leute verärgert, und damit wird auch die Verhandlungsposition verschlechtert. Wir sind ein Land mit sehr harter Währung. Dadurch werden die Exporte erschwert und die Einfuhren erleichtert. Ich erinnere an die Viehexporte nach Italien, wo wir heute schon das 2,2fache an Lire brauchen, um den gleichen Schillinglerlös zu erreichen.

Wenn ich zum Schluß komme, Herr Minister,

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

dann möchte ich hier nur drei Forderungen aufstellen.

Erstens: die Regierung muß die rechtliche, aber vor allem die faktische Verhandlungsmöglichkeit mit der EG voll ausschöpfen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es darf keine Schwächung der eigenen Verhandlungsposition mehr geben, und der starke Wille muß sichtbar werden, sich die Diskriminierung nicht gefallen zu lassen. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*) Hier könnte uns die Schweiz ein Vorbild sein.

Ich habe auch hier schon einmal gesagt: Wenn der Herr Landwirtschaftsminister und der Herr Handelsminister in Brüssel allein zu schwach sind, dann werden halt der Herr Außenminister und vor allem der Herr Bundeskanzler auftreten müssen, letzterer hat ja einige Positionen in Europa – so hört man es jedenfalls ständig –, die soll er einmal ausspielen, nicht nur in der Internationale, sondern hier bei einem österreichischen Problem. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Die österreichische Landwirtschaft hat durch innerösterreichische Maßnahmen die Chancengleichheit mit der europäischen Landwirtschaft zu erhalten. Das sind innerösterreichische Angelegenheiten, wir brauchen niemanden zu fragen, wenn wir eine Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung einführen wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir brauchen niemanden zu fragen, wenn wir eine Abschöpfungs- und Erstattungsregelung einführen. So ist es ja nicht, daß wir in der EG betteln müssen, ob wir das tun dürfen. Wir dürfen es schon tun, aber wir tun es nicht, weil die sozialistische Mehrheit dagegen ist.

Noch dazu kostet das den Herrn Finanzminister gar nichts, weil er das Geld ja einnimmt, und dann kann er es wieder hergeben zur Stützung der Exporte. Aber er muß dieses Geld dann eben für die Exporte zur Verfügung stellen.

Drittens, glaube ich, daß auch in der Landwirtschaft und im Verarbeitungsbereich landwirtschaftlicher Produkte die Arbeitsplätze genausoviel wert sind wie in Industrie und Gewerbe. Ich bin sogar der Meinung, daß sie im landwirtschaftlichen Bereich mehr wert sind, weil durch die landwirtschaftliche Produktion der Kultur- und Erholungsraum zusätzlich gesichert und nicht belastet wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Wenn wir nur die Inlandserzeugung bei Zucker, bei Getreide und bei Milch aufnehmen könnten und wahrnehmen würden, die durch importierte Schokolade, Süßwaren, Bier und Teigwaren möglich wäre, dann entspräche das 21 000 Hektar. Das wäre eine beachtliche

Entlastung der heutigen schwierigen Situation in der Landwirtschaft.

Herr Minister! Das Wirtschaftsforschungsinstitut Dr. Schneider hat errechnet, daß von den Agrarimporten 5 Milliarden im Inland erzeugt werden können und daß dafür 30 000 Arbeitsplätze notwendig sind. Ich glaube, wir sollten diese 30 000 Arbeitsplätze in Österreich sicherstellen.

Die österreichische Landwirtschaft braucht die Wiederherstellung der notwendigen Wettbewerbsgleichheit mit der Landwirtschaft der EG-Länder und die Sicherung der traditionellen Absatzmärkte. Dazu ist die Einführung eines EG-konformen Abschöpfungs- und Erstattungssystems notwendig, und die Regierung muß hier eine klare und entschiedene Haltung bei den Verhandlungen mit der EG einnehmen.

Vielleicht gibt es einige Ansätze durch den Besuch des Kommissärs Gundelach, aber eben nur Ansätze, denn sie sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben.

Diese innerösterreichische Regelung und diese Härte bei den Verhandlungen sind bisher leider nicht erfolgt. Das zeigt der vorliegende Bericht sehr deutlich auf. Daher hoffe ich, daß der nächste Bericht besser ausfällt als dieser, denn das verlangt die Ernährungssicherung für Österreich und das verlangt die Existenzsicherung der österreichischen Bauern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brandstätter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Brandstätter** (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer bis jetzt vielleicht wirklich noch nicht erkannt haben sollte, daß es seit der SPÖ-Regierung auch mit unserem Außenhandel bergab geht, der braucht nur den Integrationsbericht 1977 anzuschauen. Darin sieht er schwarz auf weiß, mit Zahlen belegt, wie schwierig es geworden ist und um wieviel schlechter es auch auf diesem Gebiet seit der Zeit der SPÖ-Regierung geworden ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist wirklich nicht notwendig, daß wir irgendwelche Aussagen wider besseres Wissen machen. Ich werde Ihnen das beweisen, ich werde nur Zahlen und Aussagen aus dem Bericht zitieren, da werden Sie selbst sehen, wie negativ diese Aussagen sind.

Sofort auf der ersten Seite können Sie lesen: „Zentrales Anliegen Österreichs in diesem Zusammenhang ist sein außerordentlich stark angestiegenes Handels- und Leistungsbilanzdefizit.“

10658

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Brandstätter

Also schon auf der ersten Seite ist das zu sehen. Es geht dann weiter mit Schwierigkeiten, Verschlechterungen der österreichischen Wettbewerbsstellung, hohe Marktanteilsverluste, alles Aussagen, wie sie in diesem Bericht leider Gottes zu finden sind.

Es steht hier auch: Es „wird ein steigender Anteil des heimischen Bedarfes an industriell-gewerblichen Gütern durch importierte Waren gedeckt“. Also wieder nicht wider besseres Wissen, sondern laut Bericht.

Das Abkommen Österreichs mit den EG wird zum Trend sinkender Inlandsmarktanteile ebenfalls beigetragen haben. Auch hier wird das Versagen der SPÖ-Regierung besonders augenscheinlich. Unsere Aussage damals bei Abschluß des Vertrages war immer die, es müssen die entsprechenden Begleitmaßnahmen geschaffen werden, sonst werden wir mit diesen Verträgen nicht durchkommen. Die Begleitmaßnahmen wurden damals großzügig versprochen, das muß ich auch dazu sagen, gehalten wurde dieses Versprechen bis heute aber nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wie hoch die Importe angestiegen sind, ist ebenfalls im Bericht zu lesen:

„Während sich die Importe aus Italien um 21 Prozent erhöhten, stiegen die Exporte lediglich um 5 Prozent.“

Und so geht es weiter: Steigerung der Importe aus Belgien, Luxemburg um 30 Prozent, aus Großbritannien, aus Dänemark und von überall.

Vor allem auch bei den Produkten der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist eine ganz wesentliche Steigerung erfolgt. Ich hätte hier Zahlen betreffend die Steigerung dieser Importe von 1970 bis 1977; die geringste Steigerung beginnt etwa bei 100 Prozent und geht hinauf bis 800 Prozent.

Auch darüber ist im Bericht zu lesen: „Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie sah sich sowohl auf dem heimischen Markt als auch in Drittstaaten einer starken Konkurrenz durch Lieferungen aus der Gemeinschaft, namentlich der Bundesrepublik Deutschland, bedingt insbesondere durch das Ausfuhrerstattungssystem der EG, gegenüber.“

Also durch eben dieses Erstattungssystem, das wir brauchen würden und das uns nicht gegeben wird und wo man nicht sagen kann, daß die EG daran schuld ist, daß wir dieses Erstattungssystem nicht haben, denn hier ist nur die Regierung schuld.

Und weil gesagt worden ist, im letzten Jahr wären die Exporte besonders angestiegen. Das ist nur zum Teil richtig, es ist zum Teil auch

richtig, daß die Importe nachgelassen haben, aber es sind auch Importe besonders stark angestiegen. Hier ist es leider so, daß gerade die Fleischeinfuhr vom ersten Halbjahr 1977 bis zum ersten Halbjahr 1978 um 25 Prozent angestiegen ist. Was das heißt, ich glaube, das dürfte bekannt sein.

Man kann auch über die Situation der Stahlindustrie im Bericht lesen, da steht:

„Die Krise der Stahlindustrie hat sich weiter verschärft. Der hauptsächlich durch die Verminderung der Binnennachfrage und die überhöhten Lagerbestände bedingte Rückgang der Rohstahlproduktion ... wirkte sich auf die Beschäftigungslage und die Kapazitätsauslastung aus.“

Und dann über die Landwirtschaft:

„Das zweite Problem besteht in dem Ungleichgewicht auf den verschiedenen Agrarmärkten, das durch bedeutende Überschüsse auf dem Milch-, Wein- und Zuckersektor gekennzeichnet ist. Ähnliche Tendenzen zeichnen sich bei Rindfleisch ... und bestimmten Tabaksorten ab.“

Hier sieht man schon, wie mit zweierlei Maß gemessen wird. Bei der Stahlindustrie wird verschämt von „Verminderung der Binnennachfrage“, von „überhöhten Lagerbeständen“ und derlei Dingen geredet. Hier sagt man nichts von Überschüssen. Aber wenn es um die Landwirtschaft geht, dann heißt es „bedeutende Überschüsse . . .“.

Meine Damen und Herren! Es geht hier – ob bei der Stahlindustrie oder bei der Landwirtschaft – um die Sicherung unserer heimischen Arbeitsplätze. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Es müßte zumindest volkswirtschaftlich gesehen völlig egal sein, ob der Arbeitsplatz in der Landwirtschaft oder irgendwo anders verloren geht. Daß es parteipolitisch gesehen anders ist, das weiß ich, aber in der Situation, in der wir uns derzeit befinden, müßte man auf die wirtschaftliche Situation schauen und die politischen Bereiche in den Hintergrund stellen.

Es wird auch immer wieder gesagt, wieviel die Österreicher und die österreichische Landwirtschaft bekämen. In dem Bericht ist folgendes zu lesen:

„Zur Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik wurden für 1977 ... (etwa 160 Milliarden Schilling) für Markt- und Preisstützungen bereitgestellt . . .“

160 Milliarden Schilling stehen der Landwirtschaft in der EG zur Verfügung. Was in Österreich zur Verfügung steht, ist schon oft genug gesagt worden. Daß das nur ein

Brandstätter

verschwindender Bruchteil ist, geht ebenfalls aus diesem Bericht hervor.

Und das ist eben der grundlegende Fehler der SPÖ-Regierung, die glaubt, man müsse durch billige Importe die Inflationsrate senken, und dabei übersieht, daß es unsere Arbeitsplätze sind, die damit verlorengehen. Man kann wohl – das wurde ja bewiesen – durch enormes Schuldenmachen eine Zeitlang über diese Probleme hinwegturnen. Aber daß es nicht lange gehen wird, das zeigen uns die Zahlen, die wir hier zur Verfügung haben.

Weil immer wieder gesagt wird, wir haben keine Möglichkeiten, hier Abhilfe zu schaffen: Mein Kollege Leitner hat schon einige Dinge aufgezeigt. Ich möchte nur ein Beispiel noch hinzufügen: Was wir unbedingt brauchen, ist eine lebensmittelrechtliche Kontrolle der importierten Lebensmittel. Wir wissen heute, daß in ausländischen Lebensmitteln, die von Österreich importiert werden, Zusätze zur Haltbarmachung enthalten sind, die bei uns in Österreich verboten sind. In Österreich dürfen diese Mittel nicht verwendet werden. Es würde auch für unsere heimische Nahrungs- und Genußmittelindustrie gewisse Vorteile bringen, hier ist es verboten. Durch importierte Waren dürfen sie hereinkommen. Hier müßte einfach eine entsprechende lebensmittelrechtliche Kontrolle eingeführt werden, es müßte ein Unbedenklichkeitszeugnis verlangt werden. Mit diesen Mitteln könnte auch auf diesem Gebiet sehr rasch Abhilfe geschaffen werden.

Nur ein paar ganz kurze Sätze zur Forstwirtschaft.

Es ist zwar der Herr Minister Staribacher heute nicht da, es wird aber auch Ihnen, Herr Landwirtschaftsminister, bekannt sein, daß die Forstwirtschaft und die Sägeindustrie eine Einigung bezüglich der Rundholzexportmengen erzielt haben und daß der Herr Handelsminister darauf nicht Rücksicht genommen hat. Das ist für uns unverständlich. Wenn der Holzproduzent mit dem holzverarbeitenden Betrieb eine Vereinbarung geschlossen hat, die wieder nur zur Arbeitsplatzsicherung dient, daß so etwas einfach negiert wird, ist uns unverständlich; noch dazu, wo die Forst- und Holzwirtschaft immerhin ein Handelsbilanzaktivum von 10 Milliarden Schilling jährlich erbringt. Das ist doch ein Betrag, von dem man glaubt, daß er eine Rolle spielen müßte. Es sind allein etwa 250 000 Waldbauern, die zum Teil mehr, zum Teil weniger von diesen Erträgnissen leben und daraus ihren Unterhalt decken.

Zellulosewerk. Hier hat der Herr Minister Staribacher gesagt, daß die VÖEST den Auftrag in der Tschechoslowakei leider nicht bekommen

hat. Er hofft, daß vielleicht bei einem Werk, das in der Tschechoslowakei errichtet wird, die VÖEST den Zuschlag bekommen wird. Wir von der österreichischen Forstwirtschaft können nur sagen: Wir können nur hoffen, daß dieses Werk in Österreich errichtet wird, denn wir wissen ganz genau, wenn das Werk im Ausland errichtet würde, daß die Bezahlung durch Zelluloseimporte erfolgen würde. Daß diese wieder unsere Zahlungsbilanz belasten würden, ist, glaube ich, klar.

Ich habe angesichts der fortgeschrittenen Stunde hier in kurzen Worten aufgezeigt, daß es sehr viele Möglichkeiten gibt, den enormen Schwierigkeiten auf diesem Gebiet Einhalt zu gebieten.

Der Herr Bundeskanzler hat schon eingesehen, daß er allein nicht mehr weiterkommt, er ist jetzt zur ÖVP gekommen und hat gesagt, er ist zu einer Zusammenarbeit bereit. Ich kann nur sagen: Gott sei Dank ist er zu dieser Einsicht gekommen. Es wäre nur gut, wenn in allen Bereichen diese Einsicht Platz greifen würde. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Integrationsbericht 1977 (III-106 der Beilagen) zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu Ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (1001 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Privatbahnunterstützungsgesetz 1959 geändert wird (1052 der Beilagen)

Präsident **Minkowitsch**: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Änderung des Privatbahnunterstützungsgesetzes 1959.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hietl. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Hietl**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Durch die auf Grund des Privatbahnunterstützungsgesetzes gewährten Unterstützungen wurden die österreichischen privaten Schienenbahnen bisher in die Lage versetzt, die zur Gewährleistung der Betriebsicherheit notwendigen Investitionen zu tätigen.

10660

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Hieß

Rationalisierungsmaßnahmen konnten jedoch nur im bescheidenen Umfang durchgeführt werden. Der gegenständliche Gesetzentwurf sieht eine Verlängerung dieser Unterstützungsmaßnahmen um weitere zehn Jahre – sohin bis Ende 1988 – vor.

Der Verkehrsausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 2. November 1978 in Verhandlung genommen. Nach einer Wortmeldung des Abgeordneten Kammerhofer wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Verkehrsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Minkowitsch: Zum Wort ist niemand gemeldet.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 1001 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Verkehrsausschusses über den Antrag 117/A (II-4305 der Beilagen) der Abgeordneten Dr. Gradenegger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz, BGBl. Nr. 58/1957, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 36/1964, der Kundmachung BGBl. Nr. 365/1970 sowie der Bundesgesetze BGBl. Nr. 338/1971, BGBl. Nr. 646/1975 und BGBl. Nr. 618/1977 geändert wird (1053 der Beilagen)

Präsident Minkowitsch: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Verkehrsausschusses über den Antrag 117/A der Abgeordneten Dr. Gradenegger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Treichl. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Treichl: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bringe den Bericht des Verkehrsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Gradenegger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird.

Der Verkehrsausschuß hat den gegenständlichen Initiativantrag am 2. November 1978 in Verhandlung gezogen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Kammerhofer, Dr. Broesigke, Dkfm. DDr. König, Dr. Gradenegger, Ing. Gradinger und der Ausschußobmann Abgeordneter Prechtl sowie der Bundesminister für Verkehr Lau secker.

Bei der Abstimmung wurde der Initiativantrag mit Stimmenmehrheit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Verkehrsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Ing. Gradinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Gradinger (ÖVP): Hohes Haus! Herr Präsident! Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei werden dem Initiativantrag nicht zustimmen, und ich darf in gebotener Kürze eine Begründung dafür vorbringen.

Sowohl im Initiativantrag – in den Erläuterungen – als auch im Bericht des Verkehrsausschusses wird für eine neuerliche Erhöhung der Posttarife als wesentliches Argument ins Treffen geführt, daß bei der letzten Gebührenerhöhung, die mit 1. Jänner 1976 wirksam geworden ist, diese nicht kräftig genug ausgefallen wäre und sich daher die Post- und Telegraphenverwaltung, das Verkehrsressort, jetzt nach zwei Jahren wieder genötigt sieht, einen entsprechenden Antrag einzubringen, beziehungsweise hat der Finanzminister den Abgeordneten Order gegeben, eine solche Initiative zu entwickeln.

Ich möchte dazu feststellen, daß die letzte Posttariferhöhung keine geringfügige gewesen ist, sondern daß wir hier auch im Hohen Hause von einem ausgesprochenen Preisexzeß der Bundesregierung sprechen mußten. Ich darf nur beispielsweise in Erinnerung rufen, daß damals durch die Erhöhung bei den Drucksortenbeför

Ing. Gradinger

derungsgebühren Mehrkosten zwischen 114 und 257 Prozent eingetreten sind, bei den Geschäftsbriefen solche zwischen 52 und 207 Prozent, bei den WarenSendungen solche zwischen 92 und 207 Prozent, und bei den Massendrucksachen – das war die Spurze – gab es eine Verteuerung zwischen 141 und 383 Prozent.

Oder: Mit der Anhebung der Pakettarife hat man damals die Kunden der Post buchstäblich von der Post verjagt. Es ist, so nehme ich an – und ich glaube, ich gehe nicht fehl damit –, eine bestimmte Absicht dahintergestanden, daß man bei den Pakettarifen so rigoros vorgegangen ist.

Das war 1976, und es kann also keine Rede davon sein, daß das damals eine geringfügige Anhebung der Posttarife gewesen wäre.

Nun sind abermals, wie ich bereits erwähnt habe, Abgeordnete der Sozialistischen Partei angetreten, initiativ geworden, damit die Posttarife neuerlich verteuert werden sollen. Da gibt es auch eine Aufstellung dazu, und ich darf daraus wieder einige wenige, aber markante Verteuerungen zur Kenntnis bringen.

Bei den Briefen wird bei der Beförderungsgebühr bei der StandardSendung eine Verteuerung der Portos von 3 S auf 4 S eintreten, in der 250-Gramm-Stufe eine solche von 5 S auf 8 S, das ist eine Verteuerung von 60 Prozent. Oder bei den Geschäftsbriefen – bei den StandardSendungen – eine Erhöhung von 2,50 S auf 3,50 S, das sind 40 Prozent Steigerung, bei der 250-Gramm-Stufe eine solche von 4 S auf 7 S, das sind 75 Prozent Steigerung. Bei den Beförderungsgebühren für Drucksachen wird es eine Anhebung bei der StandardSendung von 1,50 S auf 2,50 S geben, was 67 Prozent Teuerung bedeutet, und in der 250-Gramm-Stufe eine solche von 2,50 S auf 5 S, das ist eine Verteuerung um 100 Prozent. Bei den WarenSendungen ist bei den StandardSendungen in diesem Initiativantrag eine Erhöhung vorgesehen von 2,50 S auf 3,50 S, das entspricht einer Verteuerung von 40 Prozent, und in der 250-Gramm-Stufe eine solche von 4 S auf 7 S, das sind 75 Prozent Steigerung.

Ich könnte noch eine Reihe anderer Maßnahmen, die in diesem Initiativantrag enthalten sind, anführen, möchte das aber nicht tun. Es beleuchtet sehr eindeutig, daß es um eine Anhebung von Posttarifen geht, die weit über das vertretbare Maß hinausgeht, und daher kann nicht mit unserer Zustimmung gerechnet werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist in der letzten Verkehrsausschusssitzung sehr eindrucksvoll vom Abgeordneten Dr. Broesigke eine Rechnung dargelegt worden, aus der hervorgegangen ist, daß die Steigerung, die Teuerung der Posttarife in dem Zeitraum, der die

letzte, die vorletzte und die jetzige beabsichtigte Anhebung der Tarife umfaßt, weit über der normalen, der übrigen Kostensteigerung liegt. Es handelt sich in Wahrheit nicht in erster Linie um Probleme, die die Post- und Telegraphenverwaltung betreffen, auch nicht bei diesem Initiativantrag, sondern es hängt vielmehr mit dem Bundeshaushalt, mit dem Riesendefizit des Finanzministers Dr. Androsch zusammen. Es ist keine Neuigkeit, aber es ist wert, daß es bei dieser Gelegenheit wieder einmal festgehalten wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch der Herr Bundesminister für Verkehr mußte bei den Beratungen im Ausschuß in diesem Zusammenhang eingestehen, daß dieser Antrag mit einer ganzen Serie anderer Maßnahmen natürlich der Gestaltung des Finanzministers zum Bundesfinanzgesetz 1979 dienlich zu sein hat, ist also eine Bestätigung dafür, was ich hier kurz unter Beweis stellen wollte.

Andere Maßnahmen sind – sie sind heute zum Teil bereits zitiert worden; neben der Postgebührenerhöhung sollen dem Österreicher ab Beginn des nächsten Jahres weitere Teuerungen, eine Belastungswelle ins Haus stehen –: Ausgelöst durch die Halbierung der Preisstützung bei der Milch eine Verteuerung der Milchprodukte für den Konsumenten; die Preisstützung bei Normalweizen soll aufgelassen werden; die zweckgebundene Bundesmineralölsteuer soll bekanntlich um 25 Groschen pro Liter angehoben werden, was nicht momentan, aber langfristig abermals eine Verteuerung der Treibstoffpreise mit sich bringen wird; bei der Sparförderung wird sich etwas tun – ein Abstrich –; es wird Umschichtungen geben zwischen den Sozialversicherungsanstalten; staatliche Zuschüsse für die gewerbliche Krankenversicherung laufen ersatzlos aus, wodurch natürlich auch wieder die Beiträge für die Versicherten angehoben werden müssen; und schließlich wird es auch bei der Bahn – bei den Bahntarifen, bei den Personentarifen, bei den Kraftfahrlinien – eine Erhöhung der Tarife um etwas über 8 Prozent geben.

In einigen wenigen Sätzen aufgezeigt sind das die Fakten, um die es geht, mit denen der Österreicher ab Beginn des neuen Jahres 1979 zu rechnen hat, die ihm dann ins Haus stehen werden.

Da hat eben auch die Post- und Telegraphenverwaltung ihren Tribut zu leisten mit der Gebührenerhöhung, die von mir jetzt erwähnt worden ist, mit einem weiteren Verzicht auf eine Milliarde aus dem Fernmeldeinvestitionsgesetz. Sie darf sich dafür – das wissen wir schon – im Kreditweg behelfen. Aber ich habe schon bei anderer Gelegenheit gesagt: Beides nebeneinander wäre besser. Ich bin überzeugt davon: Es

10662

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Ing. Gradinger

könnte sowohl die einschlägige Industrie dieses Mehr an finanziellen Möglichkeiten vertragen als auch die Warteliste, die es noch immer gibt für die Herstellung eines Telephonanschlusses.

Es wird daher bei aller Einsicht von uns keine Zustimmung gegeben, bei aller Einsicht, daß von Zeit zu Zeit Tarifanpassungen notwendig sind, weil – wie bereits von mir angeführt – die Tarife im vorgesehenen Umfang nicht gerechtfertigt sind und weil offensichtlich die Mehreingänge in erster Linie nicht der Post- und Telegraphenverwaltung, sondern dem Finanzminister zum Stopfen seiner Budgetlöcher dienlich zu sein haben.

Ein Beweis dafür: Im Bundesvoranschlag für 1979 steigen die Mittel für die Investitionen wesentlich schwächer als das Budgetvolumen, und die Post wird sogar nominell einen beträchtlichen Rückgang ihrer Investitionsausgaben hinnehmen müssen.

Herr Bundesminister! Wenn Sie im Ausschuß auf Grund meiner vorgetragenen Behauptung sehr verwundert getan haben, von wo ich diese Behauptung hernehme, dann darf ich Sie auf den Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1979, Teil I, Seite 284, verweisen, wo unter dem Titel „Investitionen und Investitionsförderung“ unter anderem auch die Post- und Telegraphenverwaltung angeführt ist und vergleichsweise schriftlich festgestellt ist, daß 6,5 Milliarden Schilling an Investitionen für 1977 zur Verfügung gestanden sind, für 1978 werden es 6,4 Milliarden Schilling sein, und für 1979 sind 6 Milliarden Schilling budgetiert. Das ist also eindeutig eine echte Verminderung jener Mittel, die für Investitionen zur Verfügung stehen werden.

Und wir werden aus einem dritten Grund diesem Initiativantrag unsere Zustimmung nicht geben: Weil wir nicht daran denken, diese Präjudizierung des Parlaments durch den Finanzminister widerspruchlos zur Kenntnis zu nehmen (*Zustimmung bei der ÖVP*), womöglich noch mit einem braven Apportieren unsere Zustimmung geben.

Der Finanzminister bringt den Bundesvoranschlag mit den Mehreinnahmen aus diesen neuerlichen Belastungen ein zu einem Zeitpunkt, ohne dafür eine gesetzliche Deckung zu haben. Das ist unseres Erachtens nach eine Vorwegnahme, eine Mißachtung des Abgeordneten und damit des Parlaments (*Zustimmung bei der ÖVP*), die wir nicht nur zurückweisen, sondern wegen der wir auch – neben den anderen vorgebrachten Einwendungen – dieser Vorlage unsere Zustimmung versagen. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt. Ich erteile es ihm. (*Abg. Dr. Gruber, zur SPÖ: Findet sich keiner mehr, der so ein mieses Gesetz vertritt? – Abg. Pansi: Keine Sorge! – Abg. Dr. Gruber: Der Gradenegger selber hat nicht gewußt, wie hoch die Erhöhung sein soll! Da hat er erst heute fragen müssen! – Abg. Dr. Gradenegger: Sehr witzig, Herr Abgeordneter!*)

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Gradenegger hat hier einen Postgebührenerhöhungsantrag eingebracht, über den wir heute verhandeln. Er hat allerdings vormittag in der Fragestunde noch nicht gewußt, was in dem Antrag drinsteht, denn er hat den Verkehrsminister gefragt, wie hoch die Postgebührenerhöhung sein wird. Ich nehme an, daß er sich auch bis jetzt noch nicht informiert gefühlt hat, weil er hat sich wieder von der Rednerliste streichen lassen. Er will wahrscheinlich warten, was die beiden Oppositionsabgeordneten sagen, um dann zu wissen, was in seinem Antrag steht. Aber dem kann ja abgeholfen werden. (*Zwischenruf bei der ÖVP*) Na er kommt schon noch, ich bin überzeugt, daß er nach mir kommt, ich glaube, er will ja wissen, was in seinem Antrag drinsteht. (*Zwischenruf bei der SPÖ*.)

Meine Damen und Herren! Die Postgebührenerhöhung wird uns als eine Art Nachziehverfahren hier vorgelegt, und ich habe mich gestern schon anlässlich der Verabschiedung des Abgabenpaketes mit diesem Thema befaßt und habe festgestellt, daß an sich die Post- und Telegraphenverwaltung ja ein gesunder wirtschaftlicher Betrieb ist. Wenn wir uns den Wirtschaftsvoranschlag im Budgetteilheft anschauen, so müssen wir feststellen, daß der Wirtschaftserfolg für das Jahr 1977 einen Reingewinn von 1,8 Millionen aufweist, das Ergebnis für 1978 liegt natürlich noch nicht vor, aber es wird zweifellos wieder mit einem Gewinn, mit einem Reingewinn abschließen, und für 1979 wird sogar mit einem Reingewinn von 4,2 Milliarden gerechnet.

Und dieser geschätzte Reingewinn von 4,2 Milliarden ergibt sich sogar auch dann, obwohl man in das Postbudget für 1979 neuen Personalaufwand übertragen hat, nämlich den gesamten Personalaufwand der Generaldirektion, der früher beim Verkehrsministerium budgetiert war und jetzt aber dem Postbetrieb zur Last fällt. Das sind immerhin 110 Millionen, und dennoch gibt es einen Reingewinn oder wird ein Reingewinn von 4,3 Milliarden kalkuliert.

Und wenn man auf die rund 800 Millionen,

Dr. Schmidt

die diese Postgebührenerhöhung, die heute hier beschlossen werden soll, allerdings gegen unsere Stimmen, wenn man auf die verzichten würde, würde noch immer ein Reingewinn von 3,8 Milliarden, ein kalkulierter Reingewinn, sich ergeben. Man fragt sich also: Warum diese Gebühren- und Tariferhöhung?

Sicherlich kann man nicht vorbeisehen daran, daß die Entwicklung innerhalb eines Bundesbetriebes eine unterschiedliche ist. Es ist kein Geheimnis, daß die Einnahmenentwicklung im Postbetrieb hinter den Kosten zurückbleibt. Heute in der Fragestunde habe ich gehört (*Ruf bei der ÖVP: Der Gradenegger weiß das nicht!*), daß nur 75 Prozent der Kosten gedeckt seien aus dem Postbetrieb, obwohl uns leider darüber keine detaillierten Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Aber wir wollen das als gegeben annehmen.

Und wenn das so ist, meine Damen und Herren, so wäre es doch eigentlich Sache eines Unternehmens, eines Wirtschaftsunternehmens, daß dieses Manko in diesem einen Sektor durch Überschüsse in einem anderen Sektor des Unternehmens ausgeglichen wird. (*Anhaltende Zwischenrufe. – Ruf bei der ÖVP: Warum unterschreibt er es dann, wenn er es nicht weiß?*) Es gibt doch Mehreinnahmen und es gibt doch Überschüsse vor allem im Fernmeldesektor bei den Fernsprechgebühren. Dort gibt es eine günstige Verkehrsentwicklung und daher steigende Einnahmen, und wir haben ja gestern in dem Antrag gelesen, daß hier mit einer günstigen Entwicklung gerechnet werden kann, vor allem, weil auch die günstige Preisentwicklung in Österreich und auf den internationalen Rohstoffmärkten hier der Post zugute kommt.

Und diese Entwicklung im Fernmeldesektor ist derart günstig, daß man sogar gestern die Zweckbindungsquote für weitere Investitionen im Fernmeldesektor weiter senken konnte, um 8 Prozent senken konnte und so weitere Einnahmen aus diesem Fernmeldesektor für die Budgetentlastung freimachen konnte. Das ist ja auch gestern in der Begründung des Antrages gestanden.

Mein Vorredner hat völlig recht, wenn er gesagt hat, daß hier ein enger Zusammenhang zwischen der heutigen Gebührenerhöhung, dem heutigen Gradenegger-Antrag und der Budgetentlastung für den Herrn Finanzminister steht.

Für 1978 beträgt diese Budgetentlastung für den Finanzminister rund 1 Milliarde, also genauer gesagt 900 Millionen Schilling. 900 Millionen Schilling, also rund um 100 Millionen Schilling mehr, als diese Gebührenerhöhung heute bringen soll; die soll also rund 800 Millionen bringen.

Und sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist uns unverständlich. Auf der einen Seite benötigt der Betrieb in einem Sektor mehr Mittel, um Kostensteigerungen auszugleichen, aber dort, wo die Mittel vorhanden sind, im anderen Sektor des Betriebes, werden sie nicht herangezogen, sondern wandern in den allgemeinen Budgettopf.

Und zum Ausgleich der Kostensteigerung auf dem einen Sektor müssen die Postkunden herhalten. Praktisch finanzieren die Postkunden das Budget und stopfen die Budgetlöcher. Und das scheint uns eine un seriöse und schlechte Einnahmenpolitik zu sein.

Und nun zum Erhöhungsantrag selbst. Da wird in der Begründung leider nicht präzise gesagt, warum die Erhöhung notwendig ist. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Und ich glaube, das ist für einen Abgeordneten, das ist für uns alle zuwenig, was da gesagt wird, daß man uns abspeist mit der Begründung, daß die einzelnen Gebührenansätze, die derzeitigen, bei weitem nicht in dem Ausmaß nachgezogen wurden, wie es der bis dahin eingetretenen Kostenentwicklung entsprochen hätte. Ich glaube, da muß man schon mehr sagen, da muß man uns auch Unterlagen liefern über die Kostenentwicklung.

Es ist allerdings richtig, daß seit 1967, seit der Postgebührenordnung 1966, die Gebühren lange Zeit nicht erhöht worden sind. Das ist richtig. Es ist erst im Jahre 1975 eine Erhöhung mit Wirkung vom 1. Jänner 1976 gekommen. Und nun gibt es eine neuerliche Erhöhung. Und so, wie es hier wörtlich heißt: mit einem weitaus geringeren Ausmaß als geplant – das soll ein gewisser Trost für die Bevölkerung sein.

Nun, wie schaut das aus mit dieser Kostenentwicklung? Wenn man sich an der Steigerung des Verbraucherindex orientiert, so muß man sagen, daß seit 1967 der Verbraucherpreisindex um über 90 Prozent, also sagen wir großzügig um rund 100 Prozent gestiegen ist. Wenn ich mir aber hier eine Rechnung aufstelle, und zwar ist es die Rechnung, von der der Kollege Gradinger schon gesprochen hat, müssen wir feststellen, daß die Postgebührenerhöhung weit über 100 Prozent ausmacht.

Er hat hier von einer Aufstellung gesprochen, die mein Kollege Broesigke im Ausschuß vorgelesen hat, und hier muß man feststellen, daß in verschiedenen Bereichen, bei verschiedenen Gebührenansätzen die Erhöhung weit über 100 Prozent ausmacht, bis 250 Prozent.

Meine Damen und Herren! Das, glaube ich, ist keine seriöse Begründung für die Tarifsteigerung, wenn man bei einzelnen Gebührensätzen, vor allem aber bei den Geschäftsbriefen, vor

10664

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Dr. Schmidt

allem aber auch bei den Massendrucksachen eine Gebührenerhöhung bis zu 257 Prozent hat, wenn der Verbraucherindex seit 1960 nur eine Steigerung von 100 Prozent erfahren hat. Ich glaube, das ist nicht seriös, und daher werden wir aus diesen Gründen, die ich hier vorgetragen habe, dieser Gebührenerhöhung unsere Zustimmung nicht geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Gradenegger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Gradenegger (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es haben sich einige Abgeordnete der Oppositionspartei meinen Kopf zerbrochen. (Ruf bei der SPÖ: *Es kommt nicht viel heraus dabei!*) Ich glaube, sie sollten es nicht tun, es fallen einem dabei leicht die Haare aus. Ich darf also beginnen mit dem Antrag, den wir eingebracht haben, und sagen, daß die Oppositionsparteien, welchen Antrag wir immer einbringen, seit 1970 nicht die Zustimmung gegeben haben. (Abg. Dr. Gruber: *Und dabei ist das so ein „guter“ Antrag!*)

Es wurde also kritisiert, genörgelt und gesagt, es sind also Defizite vorhanden in den Haushalten der Post. Aber einer Gebührenerhöhung hat man nicht zugestimmt. Wir als Regierungspartei tragen hier die Verantwortung. Ich habe heute in der Fragestunde schon gesagt, als ich den Herrn Verkehrsminister gebeten habe, er möge doch in der Öffentlichkeit sagen, in einer Fragestunde, was nicht erhöht wird und was erhöht wird, damit es auch die Leute aus dem Volke wissen, damit dieser Propaganda, die Sie betreiben, es werden die Postgebühren erhöht, die Post erhöht die Gebühren, einmal entgegengetreten wird. Deshalb habe ich diese Anfrage gemacht.

Ich darf also zum Abgeordneten Dr. Schmidt kommen. Wir sehen diesen Antrag im Zusammenhang mit dem Budget, er ist ein Bestandteil des Budgets. Man muß eben der Budgetsituation gerecht werden. Wir haben festgestellt – deshalb ist dieser Erhöhungsantrag auch gekommen –, daß die Einnahmen der Post nur zu 75 Prozent gedeckt sind. (Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.) Ich werde gerne auf Ihre Frage zurückkommen. Wenn Sie sich nur ein paar Minuten gedulden, werde ich Ihnen sagen, wie Erhöhungen zustandekommen. Die Postgebühren erhöhungen kommen nicht so zustande wie bei der Käseproduktion. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu nur 75 Prozent sind also die Einnahmen bei der Post gedeckt. Wir haben die Investitionen auf dem Telefonsektor von 45 Prozent auf 37 Prozent gesenkt und dadurch konnten wir den Gesamthaushalt der Post spürbar entlasten. Mit 1. 1. 1979 wird also diese Postgebühren erhö-

hung bewirken, daß der Deckungsgrad der Gebühreneinnahmen bei der Post nicht mehr mit 75 Prozent, sondern höher gegeben ist. Das also zu diesen Gebührenerhöhungen. Die Haushaltmaßnahmen nach dem Fernmeldeinvestitionsgesetz erfolgten, um langlebige Investitionsgüter auch langfristig zu finanzieren.

Nun zur Problematik des Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt und des Herrn von der Opposition, der dort Zwischenrufe gemacht hat, warum wir ungleich erhöht haben. Ich darf sagen, daß Postgebühren Entgelte für die Benützung der Postanstalt sind. Dafür, daß der eine Dienstleistung von der Post verlangt. Sie haben Preischarakter und sind also Einnahmequellen der Post. Der wirtschaftliche Wert und der Nutzen dieser Dienstleistung soll nicht in einem Mißverhältnis stehen. Nach unserer Meinung sollen die Dienstleistungen der Post allen zur Verfügung stehen.

Jetzt gibt es Kostenstellenrechnungen für die einzelnen Sendungen. Es gibt Maßnahmen, wo die Zustellung sehr teuer ist, es gibt einzelne Sendungen, bei denen die Beförderung teurer ist, und deshalb Kostenstellenrechnungen, um die Leistungen einzeln zu berechnen. So hat man Leistungen natürlich nach diesen Kostenstellenrechnungen anzuheben; einige Ansätze haben wir bei der letzten Erhöhung auch gesenkt.

Die Post hat also hier Maßnahmen zu treffen, die ungefähr kostenstellengerecht sind, ganz kann man es nicht machen, denn die Post subventioniert auch zum Beispiel im Postautodienst die Wochenkarten, die ermäßigt sind, sie ermäßigt beziehungsweise erläßt auch den Blinden die Telefongrundgebühren. Das muß sich irgendwo bei anderen Gebührenansätzen niederschlagen. Daher der Antrag. (Abg. Dr. Zittmayr: *Das ist eine Gemeinheit!*)

Die Erhöhung betrug 1976 58 Prozent und jetzt 14,5 Prozent in drei Jahren. Ich darf auch den Verbraucherpreisindex nennen: 7,3 Prozent 1976, 5,5 Prozent 1977 und heuer voraussichtlich 3,6 Prozent, ergibt 16,4 Prozent. Erhöhung des Verbraucherpreisindex, 14,5 Prozent Erhöhung der Postgebühren. So ist also die Situation. (Abg. Dr. Gruber: *Und das Briefporto ist von 3 S auf 4 S erhöht worden! Wieviel Prozent sind denn das?*)

Wir werden durch diese beiden Maßnahmen, durch dieses Gesetz und durch die Maßnahme des Fernmeldeinvestitionsgesetzes heuer zum ersten Mal einen Überschuß bei den Posteinnahmen haben. Ich will es Ihnen ersparen, hier zu beschreiben, welche Gebühren nicht erhöht worden sind. Ich darf aber kurz einen Gebührenvergleich bringen für Inlandsbriefe in anderen

Dr. Gradenegger

Ländern Europas: In der Bundesrepublik kostet ein Brief 4,34 S, in Schweden 4,21 S, in Frankreich 3,95 S und in der Schweiz 3,60 S. (Abg. Dr. Gruber: Um wieviel ist das Briefporto erhöht worden?)

Damit der Herr Abgeordnete Gruber sich beruhigt, will ich ihm auch einiges sagen zu den Erhöhungen bei der Post. Wir haben die Postgebühren im Jahre 1976 um 58 Prozent erhöht. Ich darf Ihnen sagen, daß wir mit diesem Antrag die Postgebühren um 14,5 Prozent erhöhen. Herr Abgeordneter Gruber! In der ÖVP-Alleinregierungszeit von 1966 bis 1969 hat es einen Minister Weiß gegeben, der sonst auch noch viel Unglück angerichtet hat, der hat die Postgebühren am 1. Jänner 1967 erhöht, Erhöhung aller Postgebühren um 33 Prozent, der Fernmeldegebühren mit 1. Jänner 1967 um 25 Prozent, Postautogebühren, 1. August 1966, um 70 Prozent. Keine 58 Prozent und keine 14,5 Prozent.

Am 1. Jänner 1969 Fahrpreiserhöhung, Degressionstarif von 5 auf 20 Prozent, 1. August 1966 Erhöhung der Personentarife auf der Schiene, 30 Prozent; alles unter Minister Weiß, ÖVP; 1. Jänner 1969 Personentarif, Schiene, bis 100 km um 34 Prozent, bis 140 km um 9 Prozent, am 1. August 1966 ÖBB Gütertarif, 5 Prozent Erhöhung und am 1. August 1966 Kraftwagendienst Personentariferhöhung um 70 Prozent. Was soll ich Ihnen sagen, was der Mann in diesen vier Jahren angerichtet hat (Abg. Dr. Gruber: Und Sie in zwei Jahren!), und da kritisieren Sie uns. (Beifall bei der SPÖ.) Das also kurz zu Ihren Vorwürfen. (Abg. Dr. Gruber: In zwei Jahren um 100 Prozent erhöht!)

Wir können nicht so handeln, wie Sie handeln, wir haben die Verantwortung in dieser Regierung, wir haben zu schauen, daß dieser Postbetrieb nicht ausgehungert wird, daß dieser Postbetrieb finanziell versorgt ist und daß für diesen Betrieb gesorgt wird. Daher haben wir den Antrag eingebracht. (Abg. Glaser: Warum haben Sie das denn 1970 nicht rückgängig gemacht? – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Sie in einer Oppositionspartei haben es ja leichter, Sie machen es mit dem Pilleneffekt. Es ist so, daß sich diese Opposition wirklich als Nutznießerin dieses Pilleneffekts vorkommt: Sie kann sich eben alles erlauben, ohne Angst vor den Folgen haben zu müssen. Das können wir nicht, weil wir die Verantwortung tragen.

In diesem Sinne haben wir diesen Antrag eingebracht und in diesem Sinne werden wir diesen Antrag beschließen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kammerhofer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kammerhofer** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Gradenegger, was Sie sich hier in der letzten Minute erlaubt haben, ist unverantwortlich. Ihr Rechenkunststück. 1976 wurde um 58 Prozent erhöht, heute erhöhen Sie nicht um 14,5 Prozent, Sie erhöhen um 14,5 Prozent die Gesamteinnahmen der Post, das sind ungefähr 800 Millionen Schilling, vielmehr erhöhen Sie die Tarife um 50 bis 100 Prozent, das ist richtig. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Gruber: Die Rechenkunststücke des Gradenegger! Nachhilfeunterricht braucht er! – Abg. Kern: Ein gelehriger Schüler des Androsch! – Abg. Dr. Gruber: Im Rechnen war er nie stark, der Gradenegger! – Präsident Minkowitsch gibt das Glockenzeichen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie diesem Initiativantrag zustimmen, wird ab Jänner 1979 die Post teurer. 800 Millionen Schilling mehr werden ab diesem Zeitpunkt dem österreichischen Volk für die gleiche Leistung vom Postfuchs aus der Tasche gezogen. Um einem Begutachtungsverfahren auszuweichen, haben die Abgeordneten Dr. Gradenegger und Genossen einen Initiativantrag im Schnellschußverfahren und im Blindflug eingebracht und diese exorbitante Tariferhöhung beantragt. (Beifall bei der ÖVP.) Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ergibt sich der Verdacht, daß diese Tariferhöhungen nicht ... (Abg. Dr. Fischer: Wie bringt man einen Initiativantrag im Langsamschritt ein?)

Herr Doktor, das war überfallsartig, denn er hat vormittag noch nichts davon gewußt und kennt heute die Auswirkungen nicht, er ist nämlich der Meinung, das macht 14,5 Prozent aus, es sind aber 800 Millionen Schilling. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ergibt sich der Verdacht, daß diese Tariferhöhungen nicht aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten vorgenommen werden, sondern daß die zu erwartenden Mehreinnahmen zur Sanierung des Budgets und des Notstands verwendet werden sollen. Der Gebührensprung bewegt sich seit der letzten Erhöhung 1976 bis zu 100 Prozent und steht im krassen Gegensatz zum Unternehmenskonzept. Es besteht absolut kein Grund für diese enormen Erhöhungen, da Löhne und Gehälter sowie Betriebskosten seit 1976 nicht im annähernd selben Ausmaß gestiegen sind. Würde ein derartiger Antrag von einem Unternehmer bei der Paritätischen Kommission eingebracht, so würde der Antragsteller mit Hohn und Spott bedacht werden.

10666

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

Kammerhofer

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach Auskunft des Herrn Bundesministers Lausecker im Ausschuß hat sich die Regierung als ganzes mit der Materie befaßt und bei der letzten Regierungsklausur die Erschließung aller Einnahmenmöglichkeiten beschlossen. Der wahre Grund ist der, Ihr Finanzdebakel zu sanieren.

Ich möchte nicht verhehlen, daß der vorliegende Gesetzentwurf wohl einige Verbesserungen für das Tarifsystem bei Drucksachen und Massensendungen enthält, jedoch infolge der vorgesehenen exorbitanten Erhöhung für die Gebühren bei Briefen und Geschäftsbriefen, sowie insbesondere auch bei den Paketen abzulehnen ist.

Und auch die vorhin erwähnten Verbesserungen wie bei der Zulassung von EDV-Abdrucken, bei Drucksachen und die Einführung höherer Gewichtsstufen bei Massensendungen bedeuten nichts anderes als die Erfüllung langjähriger berechtigter Forderungen der Wirtschaft, denen bisher aus unverständlichen Gründen nicht Rechnung getragen wurde.

Wenn in den Erläuterungen steht, daß mit den Initiativmehrreinnahmen für die Postverwaltung in der Höhe von 800 Millionen Schilling gezwungen 14,5 Prozent erzielt werden sollen, so wird hiebei die Tatsache verschwiegen, daß der Entwurf gerade bei jenen Sendungen und in jenen Gewichtsklassen, die von der Wirtschaft am stärksten in Anspruch genommen werden, allein gegenüber den derzeit geltenden Gebühren um 100 Prozent erhöht.

So wird etwa bei den Beförderungsgebühren für Briefe die Gebühr nicht nur für Standardsendungen von 3 auf 4 S erhöht, sondern durch die Neueinführung einer Gewichtsklasse bis zu 100 Gramm mit 6 S die Gebühr für derartige Poststücke von 3 S auf 6 S erzwungen, eben auf genau das Doppelte angehoben.

Bei Briefen bis 250 Gramm tritt eine Erhöhung von 5 S auf 8 S, also um 60 Prozent ein, bei Briefen bis zu 500 Gramm von 8 S auf 12 S, um 50 Prozent. Im gleichen Ausmaß wird die Gebühr für Briefe bis 1 000 Gramm erhöht und jene bis zu 2 000 Gramm gleichfalls noch immer um etwa 40 Prozent von 18 S auf 25 S. Gerade die Briefe in den höheren Gewichtsklassen sind es jedoch, die vor allem von der Wirtschaft zum Versand gebracht werden.

Bei den Geschäftsbriefen ist die Erhöhung keineswegs wesentlich geringer, wenn man bedenkt, daß die Standardsendung von 2,50 S auf 3,50 S erhöht wird und gleichfalls eine neue Gewichtsklasse mit 100 Gramm eingeführt wird, für die eine Gebühr von 5 S festgesetzt werden soll, während bisher für derartige Briefe 2,50 S

an Porto zu zahlen waren. Auch bei den Drucksachen beträgt die Steigerung mehr als 50 Prozent, so bei den Standardsendungen von 1,50 S auf 2,50 S und so weiter. Auch hier tritt durch die Einführung einer neuen Gewichtsklasse mit 100 Gramm eine Portosteigerung auf das Doppelte ein.

In den höheren Gewichtsklassen beträgt bei den Drucksachen die Gebührensteigerung 50 Prozent, gezwungen bei Sendungen bis zu 1 000 Gramm von 8 auf 12 S, bis 2 000 Gramm von 12 auf 18 S. Das gleiche ist bei WarenSendungen festzustellen, insbesondere auch bei den Paketgebühren, bei denen die Erhöhung zwar etwas mäßiger ist, sich jedoch noch immer zwischen 25 und 28,5 S bewegt.

Dem im Unternehmenskonzept der Postverwaltung festgelegten Grundsatz, Gebührenanpassungen in nicht allzulangen Zeitabständen vorzunehmen, stimmen wir prinzipiell zu, auch diese Meinung wird von der Wirtschaft geteilt, daß in kürzeren Abständen geringe Erhöhungen notwendig sind. Allerdings darf dies kein Freibrief für Gebührensteigerungen sein, die in keinem Verhältnis mehr zur Leistung und zum allgemeinen Preis- und Kostenniveau stehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn man die etwa seit 1976 eingetretenen Indexsteigerungen bei den Verbraucherpreisen betrachtet, so dürfen die Gebührensteigerungen keinesfalls mehr als 10 Prozent erreichen.

Es ist nur kennzeichnend für die Tarifpolitik der sozialistischen Regierung, wenn man die Posttarife mit dem Stand von 1970 vergleicht. Im großen und ganzen genommen würde, falls der sozialistische Initiativantrag zur Beschußfassung käme, seit 1970 sodann eine Gebührensteigerung auf das Dreifache eingetreten sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit vielen dieser Tarife liegen wir im Vergleich mit dem Ausland im Spitzensfeld und darüber. Deshalb stimmen wir diesem Initiativantrag nicht zu, denn nicht nur die Post, sondern auch diese Regierung ist uns zu teuer. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 1053 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Präsident Minkowitsch

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung mit Mehrheit angenommen.

5. Punkt: Bericht des Verkehrsausschusses über den Bericht des Bundesministers für Verkehr (III-101 der Beilagen) über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1976 (1054 der Beilagen)

Präsident Minkowitsch: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Bundesministers für Verkehr (III-101 der Beilagen) über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1976 (1054 der Beilagen).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Alberer. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Alberer: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Wahrnehmung des gesetzlichen Schutzes der Arbeitnehmer oblag im Berichtsjahr dem Bundesministerium für Verkehr, Verkehrs-Arbeitsinspektorat, bei 11 302 Betrieben bzw. 162 939 Arbeitnehmern. Damit lag die Zahl der Betriebe um rund 30% höher als im ersten vollen Tätigkeitsjahr der Verkehrs-Arbeitsinspektion (1953: 8 633 Betriebe) bzw. die Zahl der Arbeitnehmer um rund 20% über jener des Jahres 1953 (135 343 Arbeitnehmer).

Der Verkehrsausschuß hat den vorliegenden Bericht in seiner Sitzung am 2. November 1978 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen des Abgeordneten Dkfm. DDr. König sowie des Bundesministers für Verkehr Lausecker einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Verkehrsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Verkehr über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1976 (III-101 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Präsident Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den gegenständlichen Bericht III-101 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

6. Punkt: Bericht des Verkehrsausschusses über den Bericht des Bundesministers für Verkehr (III-135 der Beilagen) über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1977 (1055 der Beilagen)

Präsident Minkowitsch: Wir gelangen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Bundesministers für Verkehr (III-135 der Beilagen) über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1977 (1055 der Beilagen).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Alberer. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Alberer: Hohes Haus! Der ausführliche schriftliche Bericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates zeigt, daß dem gesetzlichen Auftrag an das Verkehrs-Arbeitsinspektorat bezüglich der Wahrnehmung des Schutzes des Lebens und der Gesundheit der Arbeitnehmer, wie in den letzten Jahren, auch im Berichtsjahr voll entsprochen werden konnte.

Der Verkehrsausschuß hat den vorliegenden Bericht in seiner Sitzung am 2. November 1978 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen des Abgeordneten Dkfm. DDr. König sowie des Bundesministers für Verkehr Lausecker einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Verkehrsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Verkehr über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1977 (III-135 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Präsident Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-135 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

10668

Nationalrat XIV. GP – 107. Sitzung – 8. November 1978

7. Punkt: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (1003 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens (1035 der Beilagen)

Präsident Minkowitsch: Wir gelangen zum 7. Punkt der Tagesordnung: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Halder. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. Halder: Hohes Haus! Das vorliegende Abkommen soll die Zusammenarbeit mit der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet des Veterinärwesens zum Zweck der Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen fördern.

Das vorliegende Abkommen ist gesetzändernd bzw. gesetzesergänzend und darf daher nur mit Genehmigung des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG abgeschlossen werden.

Der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 13. Oktober 1978 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses des Abkommens zu empfehlen.

Der Ausschuß ist der Meinung, daß im vorliegenden Falle die Erlassung von Gesetzen zur Erfüllung des Staatsvertrages im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG in der geltenden Fassung entbehrlich ist.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens (1003 der Beilagen) wird verfassungsmäßig genehmigt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen keine vor. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des vorliegenden Staatsvertrages in 1003 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

8. Punkt: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (1004 der Beilagen): Bundesgesetz über Ausnahmen von der Impfpflicht gegen Pocken in den Kalenderjahren 1979 und 1980 (1036 der Beilagen)

Präsident Minkowitsch: Wir gelangen zum 8. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz über Ausnahmen von der Impfpflicht gegen Pocken in den Kalenderjahren 1979 und 1980.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Vetter. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Vetter: Herr Präsident! Hohes Haus! Einerseits erscheint es noch zu früh, das Pockenimpfgesetz aufzuheben, und zwar insbesondere wegen der organisatorischen Voraussetzungen im Bedarfsfall, anderseits kann auf Grund der jetzigen weltgesundheitlichen Situation die Impfpflicht für die gesetzlichen Schutzimpfungen für die Jahre 1979 und 1980 ausgesetzt werden. Wenn allerdings der gesetzliche Vertreter des Kindes eine Schutzimpfung verlangt und keine Ausschlußgründe bestehen, soll die Impfung vorgenommen werden, wobei die Bestimmungen des Impfschadengesetzes auch bei diesen Fällen zur Anwendung kommen sollen. Eine entsprechende Regelung hat es bereits für die Jahre 1977 und 1978 gegeben.

Der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz hat den erwähnten Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 13. Oktober 1978 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Marga Hubinek, Dr. Wiesinger, Dr. Steyrer und Pansi sowie der Ausschußobmann und der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid Leodolter beteiligten, wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (1004 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Präsident Minkowitsch

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 1004 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

9. Punkt: Wahl von Vertretern Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates

Präsident Minkowitsch: Wir gelangen nunmehr zum 9. Punkt der Tagesordnung: Wahl von Vertretern Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates.

Durch das Ableben des Mitgliedes der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Herrn Prof. Karl Czernetz ist es notwendig geworden, eine Nachwahl vorzunehmen. An dessen Stelle soll nun das bisherige Ersatzmitglied Herr Abgeordneter Dr. Karl Reinhart treten.

Als neues Ersatzmitglied für Herrn Abgeordneten Dr. Reinhart wird Frau Abgeordnete Dr. Hilde Hawlicek vorgeschlagen. Da nur dieser Wahlvorschlag vorliegt, werde ich die Wahl im Sinne des § 87 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht mittels Stimmzettel, sondern durch Erheben von den Sitzen vornehmen. Besteht gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung? – Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Ich bitte zunächst jene Damen und Herren, die dem Wahlvorschlag betreffend den Abgeordneten Dr. Karl Reinhart als Mitglied ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Das bisherige Ersatzmitglied Dr. Reinhart ist somit zum Mitglied gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Abgeordneter Dr. Reinhart: Ich nehme die Wahl an. (*Beifall*)

Präsident Minkowitsch: Ich bitte nunmehr jene Damen und Herren, die der Wahl der Frau Abgeordneten Dr. Hilde Hawlicek zum Ersatzmitglied ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Die Frau Abgeordnete Dr. Hawlicek ist somit als Ersatzmitglied in die Beratende Versammlung des Europarates gewählt.

Ich frage sie, ob sie die Wahl annimmt.

Abg. Dr. Hilde Hawlicek: Ich nehme an. (*Beifall*)

Präsident Minkowitsch: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die n ä c h s t e Sitzung des Nationalrates, die für Dienstag, den 28. November, 9 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 122/A bis 125/A eingebbracht worden sind. Ferner sind die Anfragen 2171/J bis 2173/J eingelangt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 22 Uhr 35 Minuten